

Pressespiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **16.02.2021 / KW 06**

„Standard“, 16.02.2021

Nach Vorwurf gegen Blümel attackiert Kurz Staatsanwälte

Kanzler wirft Korruptionsanklagebehörde Verfehlungen vor – ÖVP für Justizreform

Wien – Nach den Hausdurchsuchungen bei Finanzminister Gernot Blümel hat die ÖVP am Montag ihre Attacken auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) intensiviert. Bundeskanzler Sebastian Kurz warf der Anklagebehörde „viele Verfehlungen“ vor und beschwerte sich unter anderem über eine angebliche Namensverwechslung. Allerdings hatte die Behörde in ihren Akten bereits darauf hingewiesen, dass es sich bei einem Treffen von Novomatic-Gründer Johann Graf mit – laut Kalendereintrag – „Kurz“ auch um die gleichnamige Schwiegertochter des Glücksspielunternehmers, Martina Kurz, handeln könnte.

Die Ermittlungen gegen Blümel hatten zuvor zu einem überraschenden Kurswechsel der ÖVP geführt. Sie sprach sich für die Schaffung eines weisungsfreien Bundesstaatsanwalts aus – wofür SPÖ, Grüne und Neos ohnehin schon seit Jahren plädieren. Vizekanzler Werner Kogler (Grüne), derzeit Justizminister, begrüßte den Sinneswandel der ÖVP. Er hielt aber auch fest, dass die Grünen mit diesem Vorhaben in den Koalitionsverhandlungen von Türkis noch abgeblockt wurden.

Grünen-Klubchefin Sigrid Maurer twitterte in Anspielung auf Blümel: „Offenbar hat es erst eine

Hausdurchsuchung fürs Umdenken gebraucht.“ Die Opposition konnte sich ob des türkisen Kurswechsels ebenfalls kaum Spott und Häme verkneifen. Die Vereinigung der Staatsanwälte plädiert dafür, dass der Bundespräsident eine Kommission zur Ernennung eines Bundesstaatsanwalts zusammensetzt.

Die Grünen wollen die Korruptionsermittlungen gegen Blümel darüber hinaus dafür nutzen, ein umfassendes Transparenzpaket durchzusetzen. Komme von der ÖVP keine verbindliche Zusage, steht nun sogar eine Abwahl von Blümel im Raum. Am Dienstag stellt die Opposition einen Misstrauensantrag gegen den Finanzminister. Aus dem grünen Klub heißt es dazu: „Wir werden unsere Entscheidung rechtzeitig vor der Sondersitzung kommunizieren.“

Finanz bei Novomatic

Wie DERSTANDARD erfuhr, läuft es bei Novomatic steuerlich nicht ganz rund. Die Großbetriebsprüfer nehmen den Konzern im Auftrag der WKStA gerade unter die Lupe, wobei staatliche Forschungsprämien von angeblich acht Millionen Euro auf besonderes Interesse stoßen sollen. Novomatic spricht von einer Routineprüfung. (red)

„Standard“, 16.02.2021

THEMA: Justiz und Politik

Großbetriebsprüfer nehmen Novomatic unter die Lupe

Glücksspielkonzern und seine österreichischen Töchter werden geprüft - Auch Forschungsprämien interessieren die Finanz

Seine langjährige Bekanntschaft mit dem einstigen Novomatic-Chef Harald Neumann bringt den jetzigen Finanzminister, Gernot Blümel (ÖVP), in eine unbequeme Lage. Eine Nachricht des Managers im Jahr 2017 (Themen: Spende; Problem der Novomatic in Italien; Terminwunsch mit Außenminister Sebastian Kurz) hat Blümel ja in den Beschuldigtenstatus katapultiert; zu Unrecht, wie er sagt.

Weiteres Problem: Zum einen übt Blümel als Finanzminister die Aufsicht über Glücksspielunternehmen aus -die Beschuldigtenrolle in der Causa Casinos/Novomatic ergibt da kein optimales Bild. Wobei Blümel da schon Lösungen anbietet: Die Aufsicht soll in eine unabhängige Behörde ausgegliedert werden, wie es -vage -im Regierungsprogramm festgeschrieben steht.

Bei Steuerangelegenheiten wird die Distanzierung nicht so einfach sein. Dem Finanzministerium unterstehen alle Behörden der Finanzverwaltung des Bundes, also auch die Finanzämter bzw. das neue Finanzamt Österreich. Bei Steuerprüfungen hat der Finanzminister - theoretisch - das letzte Wort, wenngleich die Prüfer sehr eigenständig und selbstbewusst aufzutreten pflegen und sich vom Ministerium nicht gern dreinreden lassen.

Interesse an Verfahren

Was nicht heißt, dass sich dort nicht auch der eine oder andere Spitzenbeamte über Steuerverfahren oder -

prüfungen von ihnen bekannten und prominenten Unternehmern informieren lassen und Hilfestellung zumindest signalisieren. Das soll in der Zeit von Generalsekretär Thomas Schmid (heute Chef der staatlichen Öbag) öfter so gewesen sein.

Und: Bei der Novomatic mit Sitz in Gumpoldskirchen läuft gerade eine Steuerprüfung. Die Großbetriebsprüfer der Finanz nehmen die Novomatic und ihre österreichischen Töchter (rund 20) unter die Lupe, durchforsten ihre Bücher mehr als sieben Jahre lang zurück, wie zu hören ist. Dass die Großbetriebsprüfung parallel zu den Ermittlungen Causa Casinos der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) stattfindet, ist kein Zufall: Die Finanz führt die Prüfung in ihrem Auftrag durch.

Anlass dafür waren auch die Schenkungen von Novomatic-Gründer Johann Graf. Zwischen April 2009 und März 2020 hat er der Finanz 157 Schenkungsverträge gemeldet, bedacht hat er Verwandte, Freunde und Exmitarbeiter. Die WKStA ermittelt gegen 21 Personen und einen Verband wegen Verdachts auf Abgabenhinterziehung. Sie alle weisen die Vorwürfe zurück. Grafs Anwälte sagen, er habe alles vorschriftsmäßig gemeldet und es handle sich um private und "echte" Schenkungsverträge. Also keine verdeckten Einkommen für Mitarbeiter, wie die Justiz vermutet.

Laut KPMG-Gutachten, das Graf vorlegte, stammt das Geld aus versteuerten Gewinnausschüttungen, die von 2009 bis 2019 rund 271 Millionen Euro betrugten und von denen er nach Steuern rund zwei Drittel verschenkt habe, das wären als rund 130 Mio. Euro.

Abseits dessen sollen sich die Steuerprüfer u. a. für von der Novomatic beantragte Forschungsprämien interessieren. Mit der Prämie können Unternehmen 14 Prozent ihrer jährlichen Forschungs- und Entwicklungskosten geltend machen; der Staat möchte so die Forschungsaktivitäten ankurbeln.

Routineprüfung

Ein Novomatic-Sprecher bestätigt die steuerliche Betriebsprüfung bei mehreren Konzerngesellschaften. Es sei "völlig üblich, dass Konzerne regelmäßig und durchgängig geprüft werden, so auch Novomatic". Etwaige Rückforderungen von Forschungsprämien in der Höhe von acht Mio. Euro bestätige er nicht, "ganz im Gegenteil hat Novomatic erst kürzlich eine Forschungsprämie zugesprochen bekommen".

Zudem würden erst am Ende einer Betriebsprüfung allfällige Nachforderungen bescheidmäßig festgestellt. "Damit kann es sich hierbei nicht um Tatsachen, sondern allenfalls nur um unrichtige Behauptungen handeln."

157 Schenkungsverträge hat Novomatic-Gründer Johann Graf der Finanz gemeldet.

„Standard“, 16.02.2021

Grüner Poker um Misstrauensantrag gegen Gernot Blümel

Es sei noch "offen", wie der Grüne Klub am Dienstag im Nationalrat abstimmt – gefordert werden Zugeständnisse der ÖVP

Die Grünen wollen die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) dafür nutzen, ein Transparenzpaket durchzusetzen. Im Hintergrund sollen dazu intensive Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien laufen. Der Juniorpartner verlangt von der ÖVP dem Vernehmen nach zügige Reformen im Korruptionsstrafrecht, mehr Kontrollrechte für den Rechnungshof bei der Prüfung von Parteienfinanzen sowie eine Senkung der Wahlkampfkostenobergrenze.

Die Volkspartei hatte sich zwar im Wahlkampf offen für derartige Änderungen gezeigt, danach waren die Bemühungen jedoch kaum spürbar. Ein geplantes Transparenzpaket samt Informationsfreiheitsgesetz hätte eigentlich vergangenen Sommer finalisiert werden sollen, es lässt weiterhin auf sich warten. Bei anderen im Regierungsprogramm festgelegten Punkten tat sich noch weniger.

Knackpunkt dürfte die Frage sein, wie man offiziell unabhängige Vereine mit Parteinähe erfassen kann. Paradebeispiel dafür ist das Alois-Mock-Institut, das vom Nationalratspräsidenten und U-Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) gegründet worden war.

Die Krux mit den Vereinen

Dieser Verein wird zum Beispiel von der Politischen Akademie der ÖVP als "Teil ihres Netzwerks" gesehen; auf dem Papier ist das Mock-Institut unabhängig. Die Novomatic unterstützte

den "Thinktank" mit Leistungen von über 100.000 Euro; als Parteienfinanzierung gilt das aber nicht – wenn gleich ein vorläufiger Prüfbericht der Korruptionsermittler festhielt, dass Sobotka durch Veranstaltungen und Druckerzeugnisse des Thinktanks eine Werbepräsenz erhält.

Kommt von der ÖVP keine verbindliche Zusage, die Reformen rasch und schonungslos anzugehen, steht eine "Abwahl" von Finanzminister Blümel im Raum. Gegen diesen stellt die Opposition am Dienstag in einer Sondersitzung des Nationalrats einen Misstrauensantrag. Aus dem Grünen Klub heißt es dazu, es sei noch "offen", wie man sich zum Misstrauensantrag verhalten wird: "Wir werden unsere Entscheidung rechtzeitig vor der Sondersitzung kommunizieren."

Ein erstes Zugeständnis gab es vonseiten der ÖVP bereits am Montagvormittag: Sie sei nun dafür, einen unabhängigen Bundesstaatsanwalt zu installieren (siehe Seite 3). Vizekanzler Werner Kogler, der derzeit das Justizministerium leitet, begrüßte diesen Schritt und sprach von "grünem Druck", dem die ÖVP nachgegeben habe.

SPÖ, Neos und FPÖ fordern indes weiter geschlossen den Rückzug Blümels, den die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft der Bestechung verdächtigt – es gilt die Unschuldsvermutung. Kern der Vorwürfe ist eine Nachricht des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel. In dieser bat er um einen

Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) wegen einer Spende und eines "Problems in Italien". Die Kombination dieser Anliegen wäre strafbar.

Die Nähe zur Novomatic

In einer Pressekonferenz thematisierten die Freiheitlichen am Montag "zahlreiche Verbindungen" zwischen der Novomatic und der ÖVP: Wolfgang Sobotkas einstiger Pressesprecher landete später beim Glücksspielkonzern, genau wie die ÖVP-Politiker Barbara Feldmann und Johannes Hahn. Auch Blümel selbst sei schon lange mit der Novomatic verbunden, behauptete der freiheitliche Fraktionsführer Christian Hafenecker.

Die SPÖ argumentiert, dass Blümel durch die Situation, in der er sich nun befinde, nicht handlungsfähig sei. "In der größten Wirtschafts- und Finanzkrise kann man keinen Finanzminister brauchen, der damit beschäftigt ist, seine Verteidigungsstrategie auszuarbeiten", sagt der rote Vizeklubchef Jörg Leichtfried zum STANDARD.

Blümel ist nach Innenminister Karl Nehammer der zweite türkise Minister, dem die Opposition geschlossen das Misstrauen aussprechen wird. Am Dienstag wird ab 14 Uhr dazu debattiert werden. Entscheiden sich fünf Grüne gegen Blümel, muss dieser die Regierung verlassen – dann dürfte es aber mit der gesamten Koalition zu Ende sein. In sozialen Medien zeigten sich einzelne grüne Abgeordnete sehr skeptisch gegenüber Blümel.



Kurz wirft Korruptionsjägern „Verfehlungen“ vor

Reform. Nach der Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel will die ÖVP nun einen Bundesstaatsanwalt installieren. Nur einer ist zu wenig, sagt Experte Georg Krakow

Kommentar

VON CHRISTIAN BÖHMER



Was verbessert ein Bundesstaatsanwalt?

Staatsanwälte agieren unabhängig. Dieser Satz ist schnell hingeschrieben. Richtig ist er trotzdem nicht. Denn entgegen der landläufigen Meinung agieren Staatsanwälte hierzulande nicht unabhängig, sondern in klarer Abhängigkeit von der Parteipolitik.

Im Unterschied zu Richtern haben Staatsanwälte ein Regierungsmitglied als „Boss“ – die Justizministerin steht am Ende ihrer Weisungskette.

Das soll sich nun ändern. Durchaus überraschend hat die ÖVP eine von Experten, Grünen und Teilen der Opposition seit Jahren gewälzte Idee aufgegriffen: Ein Bundesstaatsanwalt soll an die Spitze der Weisungskette.

An dem Plan gibt es nichts auszusetzen. Allein der Anschein, dass Staatsanwälte in Sorge um die eigene Karriere auf Politiker und deren Befindlichkeiten Rücksicht nehmen könnten, schadet einer Demokratie und schwächt das Vertrauen in die Justiz.

Wird es in Zukunft keine „Fehler, Missstände und Sorgfaltsmängel“ geben, wie sie die ÖVP ausgerechnet bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft beklagt? Natürlich nicht. Auch in Zukunft werden Fehler passieren. Aber diese zu benennen wäre dann der Job des neuen Bundesstaatsanwaltes – und nicht von Partei- oder Regierungspolitikern. Und davon würden beide profitieren: die Justiz wie auch die Politik.

christian.boehmer@kurier.at / Twitter: @CHBOEHMER



VON IDA METZGER

Eigentlich war es eine Pressekonferenz, um einen Pfad für weitere Lockdown-Lockerungen zu präsentieren. Kanzler Sebastian Kurz nutzte die Gelegenheit und machte seinem Ärger über die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel Luft. Er warf der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) „viele Verfehlungen“ vor, es gibt „dort dringenden Änderungsbedarf“.

So scharfe Kritik gegenüber der Justiz hört man selten von einem Bundeskanzler – aber das war noch nicht alles: „Ich bin Sebastian Kurz, nicht Martina Kurz“, meinte er in Anspielung auf einen Eintrag im Terminkalender von Novomatic-Gründer Johann Graf (siehe Artikel rechts).

So richtig „sauer“, um es umgangssprachlich zu formulieren, zeigte sich auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger. „Das kann so nicht weitergehen“, wettete er gegenüber dem KURIER.

Deswegen fordert die ÖVP nun die Installation eines Bundesstaatsanwaltes. Noch bei den Koalitionsverhandlungen vor 14 Monaten war die Schaffung eines unabhängigen Bundesstaatsanwaltes zur Kontrolle der Staatsan-



Kurz, Blümel: Der Kanzler und sein Minister im Visier der Justiz

waltschaften für die Türken denkmöglich.

Bis gestern. Wie das Amt ausgestaltet sein soll, das konnte Wöginger noch nicht konkret definieren. „Wir wollen eine breite Diskussion mit Richtern, Staatsanwälten, Justiz-Experten.“

Parlamentskontrolle

Aber nach der illegalen Hausdurchsuchung im BVT, den zahlreichen Leaks, einer Anzeige gegen eine Journalistin sowie gegenseitigen Abhörungen und Anzeigen innerhalb

der Beamtenschaft – womit Wöginger auf den Dauerkonflikt zwischen WKStA und Sektionschef Christian Pilnacek anspielt – muss es eine Veränderung geben, so der Tenor von Wöginger. Die Grünen versuchten die Haltungsänderung als ihren Erfolg zu verkaufen.

Aber der „Gust“, wie Wöginger genannt wird, will mehr: So wünscht sich der ÖVP-Klubobmann mehr parlamentarische Kontrolle für die Staatsanwaltschaft. „Es gibt ja auch einen geheimen Unterausschuss für Inneres.

Nach diesem Modell könnte man ein neues parlamentarisches Kontrollinstrument aufsetzen“, so der ÖVP-Klubchef gegenüber dem KURIER.

Ob dieser Unterausschuss begrüßt wird ist fraglich. Hingegen die Idee eines Bundesstaatsanwaltes gefällt Richtern wie auch Staatsanwälten. Deren Vorsitzende Cornelia Koller pochte auf einen großen Wurf. Der Bundesstaatsanwalt solle von einer vom Bundespräsidenten eingesetzten Kommission bestellt werden und bis zur Pension im Amt bleiben.

SPÖ Justizsprecherin Selma Yildirim will einen vom Parlament gewählten, unabhängigen und weisungsfreien Bundesstaatsanwalt als Weisungsspitze gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Behörden. Dieser soll auf eine Dauer von zwölf Jahren bestellt werden und nicht wiedergewählt werden können.

Vor- und Nachteile

Einer, der dieses Amt weniger euphorisch bewertet, ist der Vorstand von Transparency International Österreich und Ex-Oberstaatsanwalt Georg Krakow. Für ihn hat der Bundesstaatsanwalt auch einige Nachteile. „Ein unabhängiger Bundesstaatsanwalt steht viel weniger unter der öffentlichen Kontrolle als ein Justizminister. Ein

Was die Grünen für ihr Vertrauen in Blümel haben wollen

Damit man den Finanzminister heute im Nationalrat nicht hängen lässt, fordert der Junior-Partner Zugeständnisse von der ÖVP

Politik von innen

Wunschliste. Die Vorgehensweise ist clever gewählt: Die ÖVP fordert nach den Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) einen parteiunabhängigen Bundesstaatsanwalt.

Damit tut sie sich in zwei Richtungen einen Gefallen: Einerseits beinhaltet das implizit den Vorwurf an die WKStA, nicht unparteiisch zu sein – mitsamt der folgenden Debatte über die Unabhängigkeit der Justiz.

Andererseits kommt man mit der Forderung nach einem Bundesstaatsanwalt dem Koalitionspartner ent-

gegen, da die Grünen einen Bundesstaatsanwalt Generalstaatsanwalt schon bei den Regierungsverhandlungen thematisiert haben.

Die grundsätzliche Frage lautet freilich: Wer ist im Moment überhaupt in der Position etwas zu fordern?

Grüne lassen sich bitten

Die ÖVP, so viel ist klar, braucht die Grünen, um den Misstrauensantrag gegen Blümel bei der heutigen Sondersitzung des Nationalrates abzuschmettern. Die Grünen aber lassen sich bitten. Immerhin müssen sie auch intern das Gesicht wahren. Und sie können ihre Linie im Ibiza-Untersuchungsausschuss, nämlich der ÖVP beim The-

ma Parteipenden ordentlich auf die Füße zu steigen, nicht ohne Weiteres verlassen.

Neben dem Einsetzen eines Bundesstaatsanwaltes (das übrigens auch Neos und SPÖ gefordert hatten) wird es im Gegenzug für das Vertrauen der Grünen in den Finanzminister noch weitere Entgegenkommen brauchen, hieß es am Montag aus grünen Parteikreisen.

Inhaltlich gehe es dabei hauptsächlich um den Justizbereich. An den Verhandlungstisch mit der ÖVP musste also der Parteichef, Vizekanzler und stellvertretende Justizminister Werner Kogler selbst.

Ihm dürfte es vor allem darum gehen, bei Projekten, die für die Grünen wichtig



Was ist für die Grünen drinnen? Werner Kogler musste verhandeln

sind und bei denen die ÖVP bisher gebremst hatte, nun doch Gas zu geben.

Mehr Tempo

Zum einen soll, wenn es nach den Grünen geht, bei der Umsetzung des liegen gebliebe-

nen Transparenzpakets Tempo gemacht werden – das neue Informationsfreiheitsgesetz inklusive.

Aber auch beim Parteienfinanzierungsgesetz hoffen die Grünen auf Bewegung seitens der Türken. Zuletzt hat-

te sich dabei ein großer Streitpunkt zwischen den Koalitionspartnern ergeben, die Verhandlungen zum Thema waren vergangene Woche abgebrochen worden. Nun wittern die Grünen eine neue Chance, sich durchzusetzen. Sie wollen die Wahlkampfkostengrenze senken und mehr Kontrollrechte für den Rechnungshof.

Dem Vernehmen nach haben die Grünen aber noch einen weiteren Wunsch auf ihre Liste gesetzt: Die erst 2019 eingeführte Berichtspflicht der WKStA an die Oberstaatsanwaltschaft soll eingedampft werden, um die Möglichkeit politischer Einflussnahme zu reduzieren.

ELISABETH HOFER

Machtmensch und Netzwerker

Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann stürzte den Glücksspielkonzern ins Image-Desaster.
Das Porträt eines stark polarisierenden Top-Managers

Karriere. Während sich die Ereignisse in Wien überschlagen, sitzt jener Mann, dessen SMS der Justiz als Argument für eine Hausdurchsuchung beim Finanzminister dienten, in einem Vorort von Sydney. Auch in Australien scheint der 59-jährige Top-Manager vom Pech verfolgt. Er saniert derzeit den australischen Branchenriesen Ainsworth Game Technology, dessen Übernahme er als Novomatic-Chef vorangetrieben hatte. Hohe Wertberichtigungen, der Börsenkurs gedrittelt – die groß angekündigte Erfolgsstory des 300 Millionen Euro schweren Deals ist zerplatzt.

Seinen Job als CEO von Novomatic legte Neumann bereits Ende Februar 2020 zurück. Der Plan, den Glücksspielkonzern des niederösterreichischen Selfmade-Industriellen Johann F. Graf durch den Abgang von der Spitze in ruhigeres Fahrwasser zu bringen, ging nicht auf. Die Belegschaft soll allerdings erleichtert sein.

Genau genommen hat Neumann gar keinen Beratervertrag mit Novomatic, sondern stehe im Rahmen einer „üblichen Auflösungsvereinbarung“ seines Vorstandsvertrages bei internationalen Projekten unterstützend zur Seite, heißt es im Headquarter in Gumpoldskirchen. Die Frage, wie lange er noch an Bord bleibt, wurde dem KURIER nicht beantwortet.

Ausgeprägtes Alpha-Tier
Als Manager hat Neumann immer stark polarisiert. Sehr, sehr selbstbewusst im Auftreten, das Alpha-Tier heraushängen lassend, ein Vorstandsvorsitzender, der es gewohnt ist, knapp Befehle zu erteilen und der mit den Reichen und Schönen sowie den politisch Einflussreichen dieses Landes auf Augenhöhe ist.

Letzteres unterscheidet



Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann jobbt derzeit in Australien

ihn allerdings nicht von den traditionell eng mit der Politik verflochtenen Vorständen der Casinos Austria.

Nach einem erbitterten Kampf mit der tschechischen Sazka Group zog sich Neumann bis auf einen kleinen Anteil an der Cash-Cow-Tochter Lotterien wieder aus der teilstaatlichen Glücksspielgruppe zurück.

Neumann dürfte freilich etwas mehr und lockerer SMS verschickt haben als die Mitbewerber. Damals natürlich nicht ahnend, dass nicht nur die Staatsanwälte, sondern die gesamte Republik seine Texte lesen würde.

„Er war immer sehr korrekt, aber er hatte schon diese Everything-goes-Mentalität“, schildert ihn ein Wegbegleiter. Als Vorstandsvorsitzender war Neumann niemandem gegenüber weisungsgebunden, Eigentümer Graf mischte sich ins operative Geschäft nicht ein.

Die Kunst des Netzwerkens, quer durch die Parteien, beherrscht Neumann perfekt, die Politik war ihm schon lange vor Novomatic nicht fremd. Unter Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser wurde Neumann, der sich immer als parteifrei bezeichnete, Geschäftsfüh-

Hinter den Zeilen



Die Redakteurin

Andrea Hodoschek zählt seit vielen Jahren zu den Top-Profis der KURIER-Redaktion. Zudem ist sie eine der besten Aufdeckergournalistinnen des Landes. Ihre Storys unter der Marke „Wirtschaft von innen“ werden je nach Lage des Betrachters gefürchtet oder geliebt und finden oft Erwähnung in internationalen Medien wie zuletzt in der Agentur Bloomberg. Trotz ihrer Erfolge ist die gebürtige Tirolerin jedoch ein Mensch mit Bodenhaftung und viel Humor geblieben.

zen – was die Lawine gegen Novomatic ins Rollen brachte – kam mit Garantie nicht von Graf. Sondern von Bernhard K., den Neumann lange kannte und den er als Pressesprecher ins Unternehmen holte. K. jobbte einst für die ÖVP-Politiker Wolfgang Sobotta und Ernst Strasser, hat aber auch gute Kontakte zur FPÖ, mit Sidlo betrieb er eine gemeinsame Firma.

Als besonders geschickter Coup wurde 2018 das Engagement von Eva Glaswisch gefeiert. Die ehemalige Grünen-Chefin ist jedoch seit einem Jahr karentiert und nicht mehr für Novomatic tätig.

Society-Löwe

Auch auf dem gesellschaftlichen Parkett bewegt sich der ehemalige Boxer, Jäger und Golfer Neumann, der als Dienstwagen einen Lamborghini fuhr, im Gegensatz zum zurückgezogen lebenden Konzerneigentümer Graf, gerne. Der vierfache, verwitwete Familienvater, der zwei Mal ökonomisch gut geheiratet hatte, war beliebter Gast und Gastgeber. Einmal beispielsweise bei einem Abend für Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig, dann wieder bei der gemeinsamen, exklusiven Dinnerparty mit seinem Freund, C-Quadrat-Gründer Alexander Schütz. Society- und Geldadel, alle waren sie zur Party gekommen. Lediglich Minister Blümel blieb fern.

Zu Neumanns Ehrenrettung muss aber betont werden, dass er abgesehen vom Image-Desaster maßgeblich an der Expansion der Novomatic zu einem Weltmarktführer beteiligt war. „Ich bin fassungslos, wie mein Image permanent mit völlig haltlosen Anschuldigungen ruiniert wird. Ich habe mir nichts vorzuwerfen oder zuschulden kommen lassen.“

Mehr will er derzeit nicht zur Causa sagen.

Justizminister würde sich heute nicht trauen, eine Weisung zur Einstellung eines Verfahrens zu machen. Der Bundesstaatsanwalt könnte das schon“, meint Krakow.

Auf jeden Fall muss es mehr als eine Person geben, die dieses neue Amt ausübt. Krakow spricht sich für ein Gremium von drei bis fünf Personen aus, damit nicht einer allein agieren kann. „Gibt es nur einen Bundesstaatsanwalt, dann wird die Lage nicht transparenter“, gibt Krakow zu bedenken.

Was bisher geschah

Seltsames SMS

Novomatic-Boss Harald Neumann versuchte 2017 via Gernot Blümel einen Termin bei Sebastian Kurz zu bekommen. Im SMS erwähnt er eine Spende und bittet um Hilfe bei Novomatic-Problemen in Italien. Das ist für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ein möglicher Hinweis, dass es eine Gegenleistung – Parteispende gegen Amtsgeschäft – gegeben hat

Durchsucht

Die Justiz hat die Wohnung von Blümel durchsucht lassen – ein bislang einmaliger Vorgang

Wer traf wen am 25. Juli 2017?

Staatsanwaltschaft listet mehrere Termine zwischen Kurz und Novomatic auf

Termin-Check. In der Anordnung zur Hausdurchsuchung werden im Prinzip drei Treffen zwischen Sebastian Kurz mit Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und dem Gründer Johann Graf angeführt. Was hat Sebastian Kurz an diesen Tagen tatsächlich gemacht?

• Am 25. Juli – also zwölf Tage nach der Handynachricht von Neumann an Gernot Blümel – soll es ein Treffen zwischen Novomatic-Gründer Graf und Kurz gegeben haben. Denn im Terminkalender der persönlichen Assistentin des Johann Graf ist ein Termin mit dem Betreff „Kurz“ eingetragen. Graf sagt, damit sei seine Schwie-

gertochter Martina Kurz gemeint, die wenige Tage davor Geburtstag hatte. Die Staatsanwaltschaft bezweifelt das, weil sich kein anderer Termin mit Kurz im Kalender findet. Martina Kurz war von 2015 bis 2018 Novomatic-Aufsichtsrätin.

„Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist hier kein Bezug zur Aufsichtsrätin Martina Kurz erkennbar“, so die Staatsanwaltschaft. Wo der damalige Außenminister an diesem Tag war, lässt sich nicht herausfinden. Seinen Kalender aus dem Jahr 2017 hat er nicht mehr, ob der Kalender dem Staatsarchiv übergeben wurde, war bis zum Redaktionsschluss nicht eruierbar.



Martina Kurz war im Aufsichtsrat der Novomatic und ist Partnerin von Thomas Graf

• Weiters soll es ein Treffen mit dem Novomatic-Konzernsprecher und Kurz gegeben haben, listet die Staatsanwaltschaft auf. Das schließt die Staatsanwaltschaft daraus, dass der Konzernsprecher in seinem Terminkalender „Kurz“ eingetragen hatte. Tatsächlich hielt Kurz da einen Vortrag vor rund 100 Gästen, bei dem auch der Konzernsprecher anwesend war.

• Und dann gab es noch ein Frühstück zwischen Neumann und Sebastian Kurz im Hotel Sacher, das von PR-Unternehmerin Gaby Spiegelfeld organisiert wurde. Das soll aber kein Vier-Augen-Gespräch zwischen dem damaligen Außenminister und dem Ex-Novomatic-CEO gewesen sein, wie das Onlinemedium Zackack insinuiert, sondern ein Frühstück mit insgesamt 15 bis 20 Vorstandscheffs wie beispielsweise Siemens-Chef Wolfgang Hesoun. Gespräche wie diese, so heißt es aus dem Bundeskanzleramt, absolviert Kurz seit vielen Jahren, um sich Impulse für den Wirtschaftsstandort Österreich zu holen.

Die ÖVP und die Glücksspielkonzerne

Parteispenden. „Die ÖVP nimmt keine Spenden von Glücksspiel-, Waffen- oder Tabakunternehmen an.“

Mit diesem Satz verteidigt sich seit Donnerstag der von der ÖVP gestellte Finanzminister Gernot Blümel in der Causa Novomatic.

Diese Behauptung trifft streng genommen nur dann zu, nimmt man konkrete Mitarbeiter von Glücksspielkonzernen aus. Die langjährige Casinos Austria-Managerin Bettina Glatz-Kremsner (seit 2010 im Vorstand, seit 2019 Generaldirektorin) wurde im Wahljahr 2017 nicht nur stellvertretende Bundesparteiobfrau der Volkspartei gewählt und saß neben Parteichef Sebastian Kurz und den Ministern Köstinger und Blü-



Glatz-Kremsner: Spendete 10.000 Euro an die ÖVP

mel in der „Steuerungsgruppe“, um die Koalition mit der FPÖ zu verhandeln. Glatz-Kremsner hat zudem auch 10.000 Euro für den Nationalratswahlkampf der Volkspartei gespendet. „Das war ihre einzige Spende“, hieß es damals in der ÖVP. Sie selbst sagte übrigens im Untersuchungsausschuss, dass sie nicht mehr spenden würde.

„Die Presse“, 16.02.2021

Wie die Politik Unternehmen im Ausland hilft

Affäre. Hat Novomatic ein Hilfsansuchen an Blümel und Kurz mit einer Spende verknüpft? Dieser Frage geht die Justiz nach. Grundsätzlich sind Bitten um Unterstützung im Ausland aber nichts Ungewöhnliches. In Österreich und in anderen Ländern.

VON JAKOB ZIRM

Wien. „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz, erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus? Ig Harald“

Es ist diese Nachricht von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann aus dem Jahr 2017 an den heutigen Finanzminister Gernot Blümel, die in der Vorwoche zur Hausdurchsuchung bei Blümel geführt hat. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet die „pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts“, wie es in der Durchsuchungsanordnung heißt. Novomatic drohte in Italien eine Steuernachzahlung von bis zu 60 Mio. Euro. Um diese abzuwenden, suchte man Hilfe bei der Politik.

Gab es diese Hilfe im Gegenzug für eine Parteispende, wäre das strafbar. Blümel wies entsprechende Vorwürfe mehrmals entschieden zurück. Es habe keine Spenden gegeben. Hilfe für Firmen im Ausland durch österreichische Behörden sei jedoch gut und sinnvoll. Dem pflichtete Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck bei: Es sei in Regierungen üblich, Firmen im Ausland zu helfen. Das aber immer ohne Gegenleistung.

Die Unternehmen

Doch wie sehen das die Firmen? Probleme im Ausland hatten in den vergangenen Jahren einige. So etwa die Post in der Türkei. Dort wandelte sich der Einstieg bei Aras Kargo zu einem jahrelangen Streit mit dem türkischen Partner. Zuerst einmal suche man die Hilfe der Außenwirtschaft der Wirtschaftskammer, heißt es bei der Post. „Wenn es aber sehr schwierige Situationen gibt, dann werden auch außenpolitische Kontakte angerufen. Im Fall Aras Kargo war das so.“ Die Politik beider Länder habe vermitteln können, dass sich die zerstrittenen Partner wieder an einen Tisch setzten und das Problem lösten.

Wie sieht es aber aus, wenn die andere Regierung das Problem be-



Bundeskanzler Kurz sprach 2018 in Abu Dhabi auch Probleme von Red Bull und Waagner-Biro an.

(Helmut Fehring/KPA/tpc/facebook.com)

reitet? Davon können vor allem die Banken ein Lied singen. So wurden in vielen osteuropäischen Ländern äußerst ungünstige Gesetze bezüglich Fremdwährungskrediten oder hohe Bankensteuern eingeführt. Wie stark man im Kampf dagegen auf die Politik gesetzt hat, will man bei den Finanzinstituten aber nicht so genau sagen: „Als Unternehmen versucht man natürlich sämtliche Möglichkeiten, um bei Problemen zu guten Lösungen zu finden. Neben den Wirtschaftsdelegierten gehören auch diplomatische Beziehungen auf politischer Ebene dazu“, heißt es bei der RBI. Ähnlich unverbindlich äußert sich die Erste Group: „Es ist ein völlig normaler Vorgang, sich mit der Politik auszutauschen, wenn man im Ausland Schwierigkeiten hat.“

Etwas konkreter wird da der ehemalige RBI-Chef Karl Sevelda. „Bei Themen, bei denen wir uns ungerecht behandelt gefühlt ha-

ben, gab es schon immer wieder Interventionen.“ Allerdings habe das meist gar nichts gebracht. „Vor allem dann nicht, wenn die anderen Staaten auf ähnliche Regelungen in Österreich verweisen konnten“, so Sevelda zur „Presse“.

Ähnlich das Resümee eines anderen Ex-Managers, der seinen Namen jedoch nicht genannt haben will. Die Politik habe die Klagen der Firmen zwar angehört, aber wenig getan. „In Ungarn hat niemand einen Finger gerührt.“ Daher habe man sich mit der Zeit auch von der Politik entfernt. Durch die größeren Töchter habe man mitunter auch bessere Kontakte zu ausländischen Regierungen gehabt als die heimische Politik. Wenn es Probleme mit unfairen nationalen Gesetzen gab, dann waren europäische Institutionen der bessere Ansprechpartner. „Der rumänische Premier hört eher auf die EZB als auf den österreichischen Bundeskanzler.“

Die Politik

Bis zu 3000 Aktivitäten im Sinne österreichischer Unternehmen setzte das Außenministerium pro Jahr, heißt es auf Anfrage. Das könnten Gespräche auf Beamtenbene sein, aber auch Interventionen von Botschaftern bei ausländischen Ministern. „Wenn nötig, läuft das auch auf höchster politischer Ebene.“ Daher gibt es im Ressort auch eine eigene Abteilung dafür. Novomatic hat sich 2017 wegen der Steuerprobleme übrigens nicht ans Ministerium gewandt und auch nicht an die Außenhandelsstelle in Rom.

Die meisten Aktivitäten werden allerdings auf Auslandsreisen von Ministern, Kanzler oder Bundespräsident gesetzt. Hier werden im Vorfeld von der Wirtschaftskammer und der Botschaft im Land tätige Unternehmen nach eventuellen Problemen gefragt, die angesprochen werden sollen. So

etwa 2018 beim Besuch von Kanzler Sebastian Kurz in Abu Dhabi. Der Getränkehersteller Red Bull litt unter einer neuen Zuckersteuer, die Stahlbaufirma Waagner-Biro hatte unbezahlte Rechnungen für den Bau des Louvre Abu Dhabi. Beides wurde von Kurz angesprochen. Gefruchtet hat es aber nur bedingt, Waagner-Biro ging ein halbes Jahr später in Insolvenz.

Es sind also durchaus nicht nur Konzerne, sondern auch Mittelständler, die um die Hilfe der Politik ansuchen. So wie der steirische Abfallentsorger Saubermacher, der 2012 in Ungarn mit einem Gesetz konfrontiert war, das ausländische Entsorger de facto verpflichtete, ihr Geschäft zu verkaufen. Sowohl über den Botschafter in Budapest als auch über das Wirtschaftsministerium habe man versucht einzuwirken, es habe aber nicht gefruchtet, sagt Firmenchef Hans Roth. Interveniert worden sei auch von anderen Ländern und das auch mit etwas mehr Erfolg. So durfte ein deutscher Konkurrent – obwohl kleiner – als Einziger direkt mit der ungarischen Regierung verhandeln.

Das Ausland

Denn ausländische Regierungen werden ebenfalls regelmäßig für ihre Firmen tätig. So sorgte etwas das Eintreten von Deutschlands Bundeskanzlerin, Angela Merkel, für Wirecard in China oder des französischen Wirtschaftsministers, Bruno Le Maire, für Alstom bei der Übernahme von Bombardier im Vorjahr für Schlagzeilen.

Auch beim heimischen Finanzministerium gebe es regelmäßig Anfragen aus anderen Ländern wegen Steuerproblemen einzelner Firmen, heißt es dort. Besonders die USA sind bei diesem Thema aktiv. So drohte das US-Finanzministerium noch unter Barack Obama der EU öffentlich „Konsequenzen“ an, sollte die Union ihre Steuerpolitik gegenüber Konzernen wie Apple, Starbucks und Amazon nicht verändern. Grund war die Nachzahlung Apples in Milliardenhöhe für eine irische Sonderregelung.

„Kronen Zeitung“, 16.02.2021

Finanzminister Gernot Blümel sagte vergangenen Juni im Ibiza-U-Ausschuss aus. Dort offenbarte er ein schlechtes Gedächtnis. Zu möglichen Spenden der Novomatic an die ÖVP habe er „keine persönliche Wahrnehmung“, sagte er damals. ☹



Foto: www.picturedesk.com

Rechnungshof hat keinen Einblick in Kassen der Fraktionen

Undurchsichtig: Im Dickicht der parteinahen Vereine

Die Finanzierung der politischen Parteien muss transparent sein. So weit die Theorie, die Praxis sieht jedoch anders aus. Denn das Dickicht an parteinahen Vereinen, mit dem sich auch der Ibiza-U-Ausschuss beschäftigt, ist undurchsichtig. Und der Rechnungshof hat immer noch keinen Einblick in die Kassen der Parteien.

Finanzminister Gernot Blümel legte vor dem Wochenende eine eidesstattliche Erklärung vor, derzufolge es von der Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe.

Diese parteinahen Vereine, die sich alle Fraktionen halten, sind ein undurchsichtiger Dschungel, es lässt sich kaum nachvollziehen,

wer wo wie viel spendet. Die Organisationen, viele rangieren unter der allgemeinen Wahrnehmungsschwelle, sind in den vergangenen Jahren mehr und mehr in den Fokus geraten. In Wien nahm eine Untersuchungskommission zehn Vereine unter die Lupe, und in der Causa Ibiza stehen 13 dieser Vereinigungen im Visier der Ermittler.

Der Versuch, Licht ins Dunkel der Parteinähe zu bringen, ist ein äußerst schwieriges Unterfangen. Es gibt Hunderte Vereine, in denen Politiker diverse Funktionen innehaben, deren inhaltliche Umfang kennt keine Grenzen.

Um Parteispenden geht es auch bei der heutigen Sondersitzung des Nationalrats, bei der die FPÖ einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel einbringt. Die allgemeine Debatte dürfte das Klima innerhalb der türkis-grünen Koalition nicht verbessern. DV

POLITIK



ÖVP-Minister
Gernot Blümel.

Blümel- Showdown im Parlament

Grüne drohten, Misstrauensantrag zu unterstützen

In NR-Sondersitzung will die Opposition Blümel als „Beschuldigten“ ins Visier nehmen.

Wien. Nach den Hausdurchsuchungen hat die Opposition eine dringliche Sondersitzung des Nationalrats beantragt. Finanzminister Gernot Blümel soll in dieser „angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe“ gegen ihn persönlichen Abgeordneten Rede und Antwort stehen. Seine bisherigen Statements dazu bezeichnen SPÖ, FPÖ und Neos geschlossen als „skurril“.

Von allen Seiten wird mehr Aufklärung zu der un-

gewöhnlichen Situation gefordert. Denn: Bei einem amtierenden Finanzminister hat es noch nie eine Razzia oder einen Status als „Beschuldigter“ bei der Justiz gegeben.

Misstrauensantrag: FPÖ, SPÖ & Neos gegen Blümel

Sondersitzung. Die FPÖ plant, in der Sitzung heute einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Blümel zu stellen. Korruptionsvorwürfe im Glücksspielbereich und sein Amt seien nicht vereinbar. Auch die Neos sehen den Sachverhalt



Herbert Kickl (FPÖ).

als „absolut unvereinbar und untragbar“ und wollen bei dem Misstrauensantrag ebenso wie die SPÖ mitziehen.

Grüne. Die Grünen ihrerseits drohten gestern im Hintergrund, den Misstrauensantrag zu unterstützen, falls die ÖVP ihrem Anti-Korruptionspaket nicht zustimme.

Kanzler sieht Verfehlungen und Änderungsbedarf bei WKStA Kurz: Attacke auf Blümel-Staatsanwälte

Sebastian Kurz platzt wegen der Attacken auf ihn und Gernot Blümel die Hutschnur.

Wien. Kanzler Sebastian Kurz wurde gestern höchst emotional, als die Rede auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft kam, die gegen Finanzminister Gernot Blümel ermittelt: „Es hat so viele Verfehlungen gegeben, dass es

dort dringenden Änderungsbedarf gibt.“ Ebenfalls heftig seine Reaktion auf Vorwürfe, er habe Novomatic-Ex-CEO Neumann zum Frühstück im Hotel Sacher getroffen: „Ich bin es gewohnt, dass es Morddrohungen gegen mich gibt und ich beschimpft werde, aber es gibt eine Grenze und ich lasse



Kanzler Kurz wird jetzt höchst emotional.

mir kein strafrechtlich relevantes Vorgehen unterstellen.“ Dass er Wirtschaftskapitäne treffe, sei ja sein Job als Politiker.

„www.orf.at“, 15.02.2021

KURZ ZU CAUSA CASINOS

„Vorwürfe sind falsch“

In der Causa Casinos wird Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) als Beschuldigter geführt. Blümel dementierte bereits vergangene Woche mehrfach die Vorwürfe, dass sich die Novomatic gegen Spenden an die ÖVP eine Gefälligkeit erkaufte. Am Montag gab es auch ein Dementi von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP): „Die Vorwürfe, die erhoben worden sind, sind falsch.“

Blümel habe das innerhalb weniger Stunden aufklären können. Die Vorwürfe basierten auf zwei Fehlern, sagte Kurz. Es handle sich um eine Verwechslung. Er sei nicht Martina, sondern Sebastian Kurz. „Das Treffen (mit Johann Graf, Anm.) hat es nie gegeben.“ Es habe auch weder an die Bundes- noch an die Wiener Landespartei eine Spende der Novomatic gegeben. Kurz: „Wenn es diese Unterstellungen gibt, werden wir rechtliche Schritte setzen.“ Dass er Wirtschaftskapitäne treffe, sei eine Selbstverständlichkeit und sein Job als Politiker.

Am Wochenende ging die ÖVP in die Offensive. „Wir klagen jetzt in 13 konkreten Fällen wegen Beleidigung und übler Nachrede sowie auf Unterlassung“, sagte die stellvertretende Generalsekretärin Gaby Schwarz (ÖVP). Das betreffe vor allem Postings in Sozialen Netzwerken.

Termineintrag zu „Kurz“

Die WKStA wirft Blümel vor, dass er ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Eigentümer Graf herbeigeführt haben soll. Graf hatte einen Kalendereintrag mit einem Termin mit „Kurz“ im Sommer 2017. Doch dabei soll es sich Medienberichten zufolge um Grafs Schwiegertochter und Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Laut WKStA ist das jedoch der einzige Hinweis auf „Kurz“ im Kalender – damit lasse sich kein Bezug zu Martina Kurz feststellen.

Bericht über „Frühstück“ mit Neumann

Einige Tage vor Grafs Termineintrag hatte der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann ein SMS an Blümel geschickt und darin um einen Termin bei Sebastian Kurz gebeten und als Gründe eine Spende und ein „Problem“ in Italien genannt. Blümel dementierte Ende vergangener Woche mehrfach die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, wonach sich die Novomatic gegen Spenden an die ÖVP eine Gefälligkeit erkaufte. In einer eidesstattlichen Erklärung betonte er, dass von der Novomatic in seiner Zeit weder Spendengelder an die ÖVP Wien noch an ÖVP-nahe Vereine geflossen seien. „Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten“, sagte Blümel.

Zu einem möglichen Treffen zwischen Kurz und Neumann berichtete am Montag das Onlinemedium Zackzack.at auf Basis von Aussagen der Unternehmerin Gabriela Spiegelfeld, dass Kurz Neumann mehrmals zum „Frühstück“ getroffen habe. Spiegelfeld hatte eine Kampagne für Kurz im Wahlkampf organisiert.

Ein Sprecher des Kanzleramts bestätigte, dass Kurz viele Termine wahrgenommen habe. Bei Veranstaltungen in größerem Rahmen könnte auch Neumann anwesend gewesen sein. Spiegelfeld hatte regelmäßige „Frühstückstermine“ mit Kurz und potenziellen Großspendern in einem Wiener Nobelhotel organisiert.

Kurz: Veranstaltungen in größerem Kreis

Eine Einladung Neumanns zu einer dieser Veranstaltungen befindet sich laut Zackzack.at, der Webseite von Peter Pilz, im Akt der WKStA zu Blümel. Ob Neumann den Termin tatsächlich wahrgenommen hat, konnte Spiegelfeld nicht bestätigen. Ein Sprecher des Bundeskanzlers dementierte am Montag nicht, dass sich Kurz und Neumann auf denselben Veranstaltungen befunden haben könnten. Doch nachdem schon Sebastian Kurz mit Martina Kurz verwechselt worden sei und es kein Treffen mit Johann Graf gegeben habe, „werden jetzt weitere Termine mit unterschiedlichen Personen falsch dargestellt“, hieß es aus dem Kanzleramt.

Zudem würden andere Kalendereinträge als „Termine im Sinne einer Besprechung oder eines vertraulichen Gesprächs“ dargestellt, argumentierte der Sprecher des Kanzlers, „obwohl es Veranstaltungen, eine davon mit bis zu 100 Personen, waren“. Die „Krone“ berichtete am Montagabend, dass es sich bei den Frühstückstreffen um zwei mögliche Termine im Wahljahr 2017 gehandelt habe. Bei einem Termin sei Kurz gar nicht erschienen, bei einem anderen für zehn Minuten.

Kogler stellt sich hinter WKStA

Auch Kurz kritisierte, dass hier versucht werde, Veranstaltungen in größerem Kreis als „perfide Verschwörungen“ darzustellen. Erneut hob der Kanzler hervor, dass es bei der WKStA „dringenden Änderungsbedarf“ gebe. Entsprechend brauche es daher einen unabhängigen Bundesstaatsanwalt.

Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) stellte sich Montagabend in der ZIB2 hinter die WKStA. Sie genieße sein Vertrauen. Kogler: „Wir stellen uns hinter eine unabhängige Justiz. Dass einmal ein Fehler passiert, gehört auch zu den Checks und Balances im Rechtsstaat.“ Diese Unabhängigkeit müsse gestärkt werden.

Die vom Kanzler dargestellte Relation zwischen 40.000 von der WKStA Beschuldigten und letztlich 400 Verurteilten führe „in die Irre“, so Kogler. Denn es seien nicht 40.000 Beschuldigte, sondern „Beschuldigte im weiteren Sinn“. Das umfasse in der Justizstatistik auch Verdächtige, also Menschen, bei denen überhaupt erst geprüft wird, ob ein Anfangsverdacht gegeben ist.

In Glücksspielbranche „live dabei“

FPÖ-Fraktionsführer im „Ibiza“-U-Ausschuss, Christian Hafenecker, zeigte sich am Montag auch bei Blümel überzeugt, dass dieser Neumann keineswegs nur „vom Wegschauen“ kenne. Es handle sich um eine über die Jahre gewachsene enge Beziehung. Blümel sei in der Glücksspielbranche „live dabei“ gewesen, was auch die WKStA wisse.

Was für Hafenecker nach wie vor unverständlich ist, ist, dass nach wie vor nur SMS-Nachrichten und andere Chats von Neumann öffentlich würden, keine jedoch von Blümel oder gar Bundeskanzler Kurz. Darum sei es nun höchst an der Zeit, etwa auch Kalendereinträge aus dem Kanzleramt dem „Ibiza“-Untersuchungsausschuss zu übermitteln. Es gilt die Unschuldsvermutung.

„www.krone.at“, 15.02.2021

ÖVP-NOVOMATIC-DICKICHT

FPÖ rechnet mit Blümel-Rücktritt noch diese Woche

Die FPÖ stellt bei der Sondersitzung des Nationalrats am Dienstag einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Die Casinos-Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zeigten, dass die ÖVP seit Jahren in einer „sehr engen Beziehung“ zum Glücksspielkonzern Novomatic stehe, sagte FPÖ-Abgeordneter Christian Hafenecker am Montag. Blümel kenne Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann keineswegs „nur vom Wegschauen“, es handle sich um eine über die Jahre gewachsene enge Beziehung. Hafenecker erwartet entgegen aller ÖVP-Aussagen einen Blümel-Rücktritt noch diese Woche.

Blümel sei in der Glücksspielbranche „live dabei“ gewesen, was auch die WKStA wisse, so Hafenecker. Dass nach wie vor nur SMS-Nachrichten und andere Chats von Neumann öffentlich würden, jedoch keine von Blümel oder gar Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), ist für die FPÖ unverständlich. Es sei „höchst an der Zeit“, dem Ibiza-U-Ausschuss etwa auch Kalendereinträge aus dem Kanzleramt zu übermitteln.



Ex-Novomatic-Chef Neumann und die Spitzenpolitik - eine Beziehung "nur vom Wegschauen" oder mehr? (Bild: APA/HELMUT FOHRINGER)

„Anzeige nach Mafiaparagraf“

Hafenecker zeigte sich zuversichtlich, dass Blümel trotz anderslautender Aussagen noch in dieser Woche zurücktreten wird. Er könne aufgrund der Beschuldigungen gegen ihn seiner Aufsichtspflicht im Glücksspielbereich nicht mehr nachkommen. Im Fall der ÖVP würde es ihn außerdem „nicht wundern, wenn auch noch Anzeigen nach dem Mafiaparagraf folgen“.

„www.derstandard.at“, 15.02.2021

Grüner Koalitionspoker: Antikorruptionspaket oder Blümel-Abwahl

Es ist noch offen, wie sich der grüne Klub am Dienstag beim Misstrauensantrag gegen den Finanzminister verhält

Die Grünen wollen die Korruptionsermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) dafür nutzen, ein umfassendes Transparenzpaket durchzusetzen. Im Hintergrund sollen dazu Gespräche zwischen den beiden Regierungsparteien laufen; konkrete Verhandlungen werden dementiert. Der Juniorpartner verlangt von der ÖVP dem Vernehmen nach zügige Reformen im Korruptionsstrafrecht, mehr Kontrollrechte für den Rechnungshof bei der Prüfung von Parteifinancen sowie eine Senkung der Wahlkampfkosten-Obergrenze.

Die Volkspartei hatte sich zwar im Wahlkampf offen für derartige Änderungen gezeigt, danach waren die Bemühungen jedoch kaum spürbar. Ein geplantes Transparenzpaket samt Informationsfreiheitsgesetz hätte eigentlich vergangenen Sommer finalisiert werden sollen, es lässt jedoch weiter auf sich warten. Im Regierungsprogramm wurden zwar einige Eckpunkte angesprochen, aber es gab nur wenig Bewegung.

Knackpunkt Vereinswelt

Knackpunkt dürfte die Frage sein, wie man offiziell unabhängige Vereine mit großer Nähe zu Parteien erfassen kann. Ein Paradebeispiel dafür ist das Alois-Mock-Institut, das vom Nationalratspräsidenten und U-Ausschuss-Vorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) gegründet worden ist. Dieser Verein wird zum Beispiel von der Politischen Akademie der ÖVP als "Teil ihres Netzwerks" gesehen; auf dem Papier ist das Mock-Institut allerdings unabhängig.

Die Novomatic unterstützte den "Thinktank" in den vergangenen sieben Jahren mit Leistungen von insgesamt über 100.000 Euro; als Parteienfinanzierung gilt das aber nicht – wenngleich ein vorläufiger Prüfbericht der Korruptionsermittler festhielt, dass der Politiker Sobotka durch die Veranstaltungen und Druckerzeugnisse des Thinktanks eine Werbepräsenz erhält.

Kommt von der ÖVP keine verbindliche Zusage, die Reformen rasch und schonungslos anzugehen, steht eine "Abwahl" von Finanzminister Blümel im Raum. Gegen diesen stellt die Opposition am Dienstag in einer Sondersitzung des Nationalrats einen Misstrauensantrag. Aus dem grünen Klub heißt es dazu, es sei noch offen, wie man sich zum Misstrauensantrag verhalten wird: "Wir werden unsere Entscheidung rechtzeitig vor der Sondersitzung kommunizieren."

Ein erstes Zugeständnis gab es von der ÖVP bereits am Montagvormittag: Sie sei nun dafür, einen unabhängigen Bundesstaatsanwalt zu installieren. Vizekanzler Werner Kogler, der derzeit das Justizministerium leitet, begrüßte diesen Schritt und sprach von "grünem Druck", dem die ÖVP nachgegeben habe.

Opposition will Blümels Rückzug

SPÖ, Neos und FPÖ fordern indes weiter geschlossen den Rückzug Blümels, den die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft der Bestechung verdächtigt – es gilt die Unschuldsvermutung. Kern der Vorwürfe ist eine Nachricht des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel. In dieser bat er um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) wegen einer Spende und eines "Problems in Italien". Die Kombination der zwei Anliegen wäre strafbar.

In einer Pressekonferenz thematisierten die Freiheitlichen am Montag "zahlreiche Verbindungen" zwischen der Novomatic und der ÖVP: Sobotkas einstiger Pressesprecher landete später beim Glücksspielkonzern, genau wie die ÖVP-Politiker Barbara Feldmann und Johannes Hahn. Der türkise Sicherheitssprecher Karl Mahrer soll einst eine Aussendung mit der Novomatic abgesprochen haben (er sagt dazu, er habe sich "nichts vorzuwerfen").

Auch Blümel selbst sei schon lange mit der Novomatic verbunden, behauptete der freiheitliche Fraktionsführer Christian Hafenecker. Er monierte, dass der U-Ausschuss nach wie vor keine Chat-Nachrichten erhalten habe, die an Kanzler Kurz geschickt wurden.

Die SPÖ argumentiert, dass Blümel, durch die Situation, in der er sich nun befindet, nicht handlungsfähig sei. "In der größten Wirtschafts- und Finanzkrise kann man keinen Finanzminister brauchen, der damit beschäftigt ist, seine Verteidigungsstrategie auszuarbeiten", sagt der rote Vizeklubchef Jörg Leichtfried auf Anfrage des STANDARD. Darüber hinaus kritisieren die Sozialdemokraten das "Anpatzen" der unabhängigen Justiz durch Blümel und die ÖVP. Der Misstrauensantrag der FPÖ liege dem Klub noch nicht vor, man werde ihn aber mit "hoher Wahrscheinlichkeit unterstützen".

Hitzige Sondersitzung steht bevor

Blümel ist nach Innenminister Karl Nehammer somit der zweite türkise Minister, dem die Opposition geschlossen das Misstrauen aussprechen wird. Am Dienstag wird ab 14 Uhr darüber debattiert werden. Entscheiden sich fünf Grüne gegen Blümel, muss dieser die Regierung verlassen – dann dürfte es aber mit der gesamten Koalition zu Ende sein.

In sozialen Medien zeigten sich einzelne grüne Abgeordnete sehr skeptisch gegenüber Blümel. David Stögmüller schrieb, Blümels eidesstattliche Erklärung habe ihn "definitiv nicht überzeugt". Nina Tomaselli, Stögmüllers Kollegin im Ibiza-U-Ausschuss, meinte, eine "schwammige" eidesstattliche Erklärung sowie Klagsdrohungen gegen User seien ein "seltsamer Weg" der ÖVP, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. (Fabian Schmid, Katharina Mittelstaedt, 15.2.2021)

„www.zackzack.at“, 15.02.2021



FRÜHSTÜCK MIT KURZ

Sebastian Kurz traf Novomatic-Chef Neumann mehrmals im Sacher

Die WKStA interessiert sich für ein Gespräch zwischen Novomatic-Eigentümer Johann Graf und Sebastian Kurz. Nun belasten ZackZack-Recherchen den Kanzler schwer. Sie zeigen: Novomatic-CEO Harald Neumann und Sebastian Kurz trafen sich mehrmals im Sacher zum Frühstück.

Wien, 15. Februar 2021 | „Sebastian Kurz muss leider am 31. Mai um 9 Uhr einen wichtigen Termin wahrnehmen, daher müssen wir auf 11 Uhr verschieben.“ Aus dem Frühstück wird ein Brunch. Die Nachricht ging am 29. Mai 2017 an Novomatic-Chef Harald Neumann. Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Leuten sind brisant, denn die Ermittler der WKStA vermuten, dass die Novomatic Spenden an die ÖVP in Aussicht stellte, um dafür politische Unterstützung zu bekommen.

Im Mai 2017 plant Sebastian Kurz Neuwahlen. Doch die ÖVP ist hoch verschuldet und kann den Wahlkampf nicht finanzieren. Da betritt die PR-Beraterin Gabi Spiegelfeld die Bühne. Sie war wesentlich dafür verantwortlich, die Kampagne von Irmgard Griss für die Präsidentschaftswahl 2016 zu finanzieren – über Spender. Nun hilft sie Sebastian Kurz und seiner türkisen „Bewegung“.

Kurz traf sich mehrmals mit Neumann

Ein wichtiges Instrument: Regelmäßige Frühstückstermine mit Kurz und potenziellen Großspendern im Wiener Hotel „Sacher“. Die Einladung Neumanns zu einem dieser Termine findet sich im Blümel-Akt. Ist Neumann zum Treffen mit Kurz aufgetaucht? Spiegelfeld kann sich nicht mehr erinnern. Sie habe „viele dieser Frühstückstermine organisiert“, wie sie auf ZackZack-Frage sagt. Und: „Neumann war bei einigen Frühstücksterminen mit Kurz.“

Regierungsnahe Medien und die ÖVP versuchten vergangene Woche, jenes Treffen zwischen Novomatic-Eigentümer Graf und Sebastian Kurz, für das sich die Korruptionsermittler interessieren, in Zweifel zu ziehen. Die Frage ist nun bedeutungslos, weil feststeht: Kurz traf sich im Rahmen von Terminen mit möglichen Großspendern sogar mehrmals mit Novomatic-Chef Neumann.

Der Vorschlag, Kurz und Neumann zusammenzubringen, kam laut Spiegelfeld von Kanzlerberaterin Antonella Mei-Pochtler. Man könne den CEO eines so großen Unternehmens „nicht einfach übergehen“, sagt Spiegelfeld. Sie selbst kenne Neumann nicht näher, sehe ihn aber gelegentlich irgendwo. Neumann scheint bei Politikern und Politikberatern ein und aus zu gehen. Jeder im Politbusiness sehe Neumann gelegentlich, bestätigt Spiegelfeld auf Nachfrage.

Unter Freunden

2019 verlieh Kanzler Kurz Gabi Spiegelfeld das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Bei der Verleihung mit dabei: Ex-Finanzminister Hartwig Löger und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck. In seiner Ansprache freute sich Kurz, dass nur Personen anwesend seien, „die mich mögen und die ich auch mag.“

Spiegelfeld ist am 04. März als Auskunftsperson in den Ibiza-Untersuchungsausschuss geladen.

„www.zackzack.at“, 15.02.2021



GELD FÜR DEN KURZEN – NOVOMATIC, BLÜMEL, KURZ & DER DOPPELCLUB

Pilz am Montag

Peter Pilz über die Waffenkammer der ÖVP und die Spur des Geldes, die langsam deutlicher wird.

Wenn die ÖVP in Bedrängnis kommt, wird die Waffenkammer geöffnet. Als vor wenigen Tagen die beiden Wohnsitze des Finanzministers in Wien und Moosbrunn durchsucht wurden und die Beamten das Handy des engsten Kurz-Vertrauten mitnahmen, war es soweit.

Zuerst kamen wie immer die Nebelgranaten. Eine Falschmeldung wurde produziert und über den Medien abgeworfen. Diesmal lautete sie: Die Anordnung zur Hausdurchsuchung bei Blümel fuße auf einem Kalendereintrag von Novomatic-Eigentümer Graf. Dort sei die Aufsichtsrätin Martina Kurz mit dem Bundeskanzler verwechselt worden.

Krone, Presse und, wie hier, die Kleine Zeitung brachten die Falschmeldung als Tatsache.

Namensgleichheit

Denn die Anordnung der WKStA für die Hausdurchsuchung bei Blümel in der Causa Casinos fußt auf einem **Kalendereintrag von Graf vom 25. Juli 2017**, wo ein Treffen mit "Kurz" vermerkt ist. Dabei soll es sich laut dem Anwalt von Graf, Christopher Schrank, aber nicht um den Bundeskanzler, sondern um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Wie Schrank

Wie seriöse Zeitungen reagieren, wenn sie von türkisen Ministern angelogen werden, dokumentiert Oliver Das Gupta, der für die Süddeutsche Zeitung berichtet, auf Twitter:



Oliver Das Gupta @oliverdasgupta · 47 Min.

Finde es übrigens bemerkenswert, wenn man als Journalist von einem Bundesministerium eines befreundeten Nachbarlandes in einer wichtigen Sache angelogen wird. Und Wochen später dann dafür kritisiert wird, damals viel energischer als einheimische KollegInnen nachgehakt zu haben.

Ausgesuchte „einheimische Kollegen“ hakten auch diesmal nicht nach. Am nächsten Tag lag den Redaktionen die Anordnung zur Durchsuchung der Blümel-Wohnungen vor. Die WKStA hatte darin und in einem „*Amtsvermerk über die weiteren Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit Funktionären der ÖVP*“ erstmals die Spuren, die über Blümel zu Kurz führten, aufgelistet. In einem Aktenvermerk hatten die Staatsanwälte die mögliche Verwechslung der beiden „Kurz“ selbst erörtert und erklärt, warum trotz dieser Unklarheit das Beweismaterial eindeutig war.

Aber die eigene Ente war in den Chefredaktionen schon wieder vergessen, weil die nächste Aufgabe wartete: der atemlose Bericht über die „Gegenoffensive“ der ÖVP. Sie bestand aus einer „Ehrenerklärung“ des Finanzministers und aus einem frontalen Angriff auf alle, die nicht entenempänglich waren, von der WKStA bis zu Posterinnen auf Twitter. Aber Blümel ging einen Schritt weiter und drohte allen, die behaupten, die ÖVP habe von Novomatic Geld erhalten, mit Klage.

Wenn Blümel seine Drohung ernst meint, steht der erste Beklagte bereits fest: HC Strache. Wir wissen heute, dass Strache in Ibiza nichts als die Wahrheit gesagt hat. Ab Minute 55 des Videos klingt sie so:

		einiges unterwegs. Aber es gibt ja Doppelspieler auch auf allen Seiten. Es gibt ja Leute die den KURZEN zahlen und auch uns zahlen, die sind dann die Doppelclub unverst. Aber die sind dann wenigstens ehrlich, die sagen: schau' wir zahlen beiden Seiten. Und dann gibts noch ein paar
		Bigplayer, die sagen wir zahlen allen Dreien. Dann sag ich, na schau. Ist wenigstens pragmatisch. (lacht) Wir sind pragmatisch. Ist auch in Ordnung. Na? Na aber das ist dann wenigstens wahr, da weißt du dann, woran du bist. Und ist auch gut so.
00:56:00	HCS	NOVOMATIC zum Beispiel, NOVOMATIC, Generalbeschluss, wir zahlen drei
00:56:07	JH	Wir zahlen drei. Jede Partei?
00:56:11	HCS	alle Parteien mit Einfluss, das ist pragmatisch, das ist pragmatisch, das ist pragmatisch, macht aber auch Sinn.

Acht Minuten später bekräftigt Strache seine Anschuldigung gegen Novomatic und „alle“ in der oft zitierten Passage des Videos:

In Österreich ist Novomatic zweifellos ein „Bigplayer“. Aber wie soll das Geld von Novomatic an die ÖVP geflossen sein? Welche Vereine und Freundschaftsgesellschaften können hier Kurz und Blümel als „Geldomobils“ gedient haben? Hat die Zuwendung einen Umweg über eine Novomatic-Auslandstochter, wie die neuen Akten nahelegen, genommen? Und welche Spender versammeln sich im „Doppelclub“ von ÖVP und FPÖ?

Diese Fragen betreffen Novomatic. Aber dahinter taucht bereits eine für die ÖVP weit heiklere Frage auf: Hat Rene Benko, „einer der größten Immobilienmakler“, wirklich ÖVP und FPÖ „gezahlt“? Ist Benko ein Mitglied des „Doppelclubs“? Und was war die Leistung des KURZEN für Benko? Diese Spur führt direkt in den unteren Abschnitt der Wiener Mariahilferstraße und in ein Finanzamt in Wien.

Das alles versuchen WKStA und Untersuchungsausschuss noch zu klären. Aber bis zur Klärung gilt keine Ungeldvermutung. Dazu sind die Hinweise auf Blümel, die ÖVP und den KURZEN bereits viel zu dicht.

„www.profil.at“, 15.02.2021

Jedes Schriftl, a Giftl, jedes SMS, a Prozess?

Eine einzige Textnachricht kann noch Jahre später eine Regierung in ihren Grundfesten erschüttern.

Die Zweite Republik ist reich an gut dokumentierten Skandalen. Wie viele potenzielle Skandale im Verborgenen blieben, darüber kann nur spekuliert werden. Ebenso über die Frage, wie froh so manche Parteigranden a.D. sind, dass zu ihrer Zeit noch keine SMS zwischen Politikern und Wirtschaftsbossen hin- und herflogen. Der Grundsatz „jedes Schriftl, a Giftl“ war vor der Zeit automatischer Backups am Handy oder in Clouds definitiv einfacher zu befolgen. Worte bleiben nur im Kopf des Empfängers gespeichert, Papier kann man für alle Ewigkeit verbrennen oder schreddern.

Wohingegen eine einzige Textnachricht noch Jahre später eine Regierung in ihren Grundfesten erschüttern kann – wie jene des früheren Novomatic-Bosses Harald Neumann an den damaligen ÖVP-Wien-Chef Gernot Blümel aus dem Jahr 2017: *„Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problemes (sic!), das wir in Italien haben!“*

profil berichtete bereits knapp nach der jüngsten Hausdurchsuchung bei Blümel über dieses – man darf es wohl so nennen - Zeitdokument. Die aktuelle Cover-Story widmet sich der Frage, was diese Zeilen für die Amtsfähigkeit des nunmehrigen Finanzministers bedeuten; wie Novomatic tickt; wie eng oder lose Blümels Kontakte zu Managern des Glückspielriesen waren; worauf sich der Vorwurf der Bestechlichkeit noch stützt; und mit welcher Genugtuung die Grünen ihren türkisen Regierungspartner nun unter Druck setzen - **bisher lief es umgekehrt**.

Für Blümel und Neumann gilt natürlich die Unschuldsvermutung. Beide bestreiten alle Vorwürfe vehement. Was hinter der SMS steckt – oder nicht – muss die Justiz klären. Sicher nicht strafbar war Neumanns Textnachricht an einen Novomatic-Kollegen mit der Frage: „Wer ist dieser Idiot?“ Gemeint war Ihr Morgenpostler, nach **einem sehr kritischen Kommentar über neue Spielautomaten** in Wien. So lange Neumann solche Unfreundlichkeiten nicht auf offener Bühne austauscht, soll er nur kräftig schimpfen. Ich fand's witzig. Das Beispiel soll nur illustrieren, wie locker die SMS-Finger führender Manager und Politiker heutzutage sitzen. Die **Cover-Story** liefert diesbezüglich weitere Gustostückerl.

Ein Zeitdokument anderer Art haben wir im März 2020 am Beginn der Pandemie erstellt. Zwölf Bürger von Wien bis Vorarlberg führten in der ersten Woche des Lockdowns für profil Tagebuch. Nach bald einem Jahr Ausnahmezustand wiederholen wir die Corona-Chroniken. Sie geben Einblick in das total veränderte Leben eines Arztes auf der Corona-Station, eines Bürgermeisters, Postboten, Opernsängers oder einer Obdachlosenbetreuerin, um nur ein paar zu nennen. Es sind Geschichten über Ansteckungen, Dauerstress, Verzweiflung an der Menschheit, fast surrealer Normalität und der Freude, sich neu zu erfinden.

„Schon wieder dieser Ungustl.“ Wer gemeint ist? Das werden Sie nie erfahren. Das hab‘ ich meinem Kollegen soeben nur mündlich zugerufen.

Drücken Sie sich aus, aber achten Sie auf Ihren digitalen Fingerabdruck.

Einen schönen Wochenstart!

Clemens Neuhold

„Die Presse“, 15.02.2021

Kleine und große Gefälligkeiten

Affäre. Wusste Blümel von den Ermittlungen? Sprach Kurz mit Italiens Außenminister über Novomatic? SMS zeugen von Freunderlwirtschaft, Anhaltspunkte für Bestechung gibt es kaum.

VON ANNA THALHAMMER
UND GERHARD HOFER

Wien. Pannen und Indiskretionen dürften die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zur übereilten Hausdurchsuchung am Donnerstag bei Finanzminister Gernot Blümel veranlasst haben. Sebastian Kurz wird nicht als Beschuldigter geführt, die Ermittlungen zielen aber auf ihn ab.

Die Hausdurchsuchung

Tatsächlich hatten die Ermittler die richterliche Genehmigung für eine Hausdurchsuchung bereits seit kurz vor Weihnachten in der Tasche. Auch dürften die Anwälte des Finanzministers bereits vor zwei Wochen von Ermittlungen Wind bekommen haben. Am 1. Februar richtet die Kanzlei ein Schreiben an die WKStA. Darin heißt es: „Der Einschreiter ersucht höflich um Bekanntgabe, ob allfällige Ermittlungsverfahren (...) gegen

ihn eingeleitet wurden bzw. anhängig sind (...).“ Blümel erklärte, er habe von den Ermittlungen erst aus den Medien erfahren.

Auf „Presse“-Anfrage sagte sein Anwalt Werner Suppan, dass es sich um eine routinemäßige Anfrage gehandelt habe. Die WKStA habe nicht darauf geantwortet, sein Mandant sei über Twitter in Kenntnis der Ermittlungen gelangt. Von denen wusste auch die Oberstaatsanwaltschaft nichts – anscheinend ist es unterblieben zu berichten. Es wird deswegen diese Woche noch einige Krisensitzungen im Justizressort geben.

Der Verdacht

„Guten Morgen, hätte eine Bitte: Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz, erstens wegen einer Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben! Glauben Sie, geht sich das noch diese Woche aus?? Ig Harald“. Dieses Mail von Neumann erreichte Blümel am 12. Juli 2017 um 7:34 Uhr. Blümel war damals Wiener VP-Chef und Stadtrat.

„Es besteht der Verdacht“, Neumann habe „einem Amtsträger, nämlich Sebastian Kurz (...) für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts, nämlich in dessen Funktion als Außenminister (...), in einer Steuerangelegenheit einer Tochter der Novomatic AG in Italien zu intervenieren, einen Vorteil in einem zumindest 3000 Euro übersteigenden Wert angeboten“, heißt es. Blümel habe als „Mittelsmann“ agiert. „Nach der Verdachtslage haben daher Mag.

“
Wir haben noch etwas Besseres vor.

Harald Neumann
ehemaliger Novomatic-
Chef in einem SMS-
Chat, in dem von Partei-
spenden die Rede ist.

Neumann und Mag. Blümel das Verbrechen der Bestechung SS 307 Abs 1 und 2 erster Fall StGB begangen.“ Neumann und Blümel weisen diesen Vorwurf zurück. Es habe keine Spenden der Novomatic an die ÖVP oder parteinahe Organisationen gegeben.

Weiters seien die Novomatic-Wünsche nie an Kurz weitergeleitet worden, sagt Blümel. Eine Woche nach Neumanns SMS traf Kurz Italiens Außenminister Angelino Alfano. Es gab ein Vier-Augen-Gespräch. Ob Novomatic Thema war? Eine „Presse“-Anfrage dazu beantwortet das Außenministerium für den Kanzler so: „2017 gab es rund 2700 Servicierungen durch das BMEIA und ihre Botschaften für österreichische Unternehmen. Im konkreten Fall gibt es derzeit kein Indiz, dass die Novomatic an das BMEIA herangetreten ist. Wäre dies der Fall gewesen, hätte man die Novomatic wie jedes Unternehmen natürlich unterstützt.“

AUF EINEN BLICK

Im Sommer 2017 drohte Novomatic eine Steuerrückzahlung in Italien in Höhe von 60 Mio. Euro. Der damalige Konzernchef wandte sich per Mail an Blümel: „(...) bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende, zweitens bezüglich eines Problems (...).“

Wenige Anhaltspunkte

Auch Blümel erklärte in einem Interview, dass es auch Aufgabe von Politikern sei, österreichischen Unternehmen bei Problemen im Ausland zu helfen. Am 12. Juli 2017 schrieb er um 10:18 Uhr eine SMS an Thomas Schmid. „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich.“

Schmid dürfte dies dann – eher widerwillig – getan haben. Denn Neumann hatte Schmid bereits zwei Tage zuvor um Hilfe gebeten. „Hallo Thomas, wie können wir be-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Kleine und große Gefälligkeiten

züglich Italien weitermachen?? Ig Harald.“

Erst auf Blümels Bitte meldete sich Schmid zurück. Die Ungeduld des Ex-Novomatic-Chefs ist verständlich. Dem Konzern drohte in Italien eine Steuernachzahlung in Höhe von 60 Millionen Euro. Neumann setzte alle Hebel in Bewegung, um günstiger aus der Affäre auszusteigen. So sollte etwa auch der frühere SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer in Italien vermitteln. Schmid verwies Neumann schließlich an eine Expertin im Ministerium. Der Eindruck, dass man im Finanzministerium für die Novomatic alles liegen und stehen lässt, wird nicht erweckt.

Dementsprechend resümieren die Ermittler: „Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat.“ Die Staatsanwaltschaft kommt zu dem Schluss: „Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass MMag. Schmid von dem Spendenangebot in Kenntnis war, auch wenn dies aufgrund des engen Vertrauensverhältnisses zu Mag. Blümel naheliegend wäre.“

„Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian Kurz aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte.“ Es sei deshalb zu klären, „ob es zu einer finanziel-

len Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic in die Sphäre des Sebastian Kurz und/oder der ÖVP kam“.

Die Spendensuche

Die Novomatic dürfte davon ausgegangen sein, dass die ÖVP für finanzielle Zuwendungen offen sei. Der Novomatic-Pressesprecher erinnerte im Mai 2017 in einer SMS an seinen Chef Neumann an die leeren Kassen der Bundes-ÖVP. „Dort ist es nämlich sehr trist.“

Tatsächlich steckte die ÖVP damals mitten im Wahlkampf und sammelte auch Spenden ein. Die Unternehmer Stefan Pierer und Klaus Ortner tätigten Großspenden. Ende Juli 2017 schreibt der Sprecher an Neumann: „Hahaha ... Pierer verdoppelt ÖVP-Spenden.“ Neumann: „Wir haben noch etwas Besseres vor ;)“. Worauf der Pressesprecher schreibt: „Ja (...) hab u. a. gerade den Brief an die Parteien entworfen.“

Die Novomatic plante damals, an alle Parteien zu spenden, es kam nicht dazu. Dass sich Neumann Novomatic-intern aber stark für Parteispenden einsetzte, wird auch aus Mails klar. Spenden an parteinahe Ver-

eine – wie an das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut – untersucht auch der parlamentarische U-Ausschuss.

Die Ermittler gehen jedenfalls nicht davon aus, dass es sich nur um kleine gegenseitige Gefälligkeiten gehandelt hat, wie sie in einem Schriftverkehr am 6. Dezember 2017 angedeutet werden. SMS von Neumann an Blümel: „Guten Morgen, (...) meine Freundin (...) würde eventuell einen Job brauchen. Glaubst Du, da gibt es eine Möglichkeit im Gesundheits- oder Landwirtschaftsministerium im Bereich der Kabinetten?“. Blümel: „Sie soll mir Ihren Lebenslauf schicken und ich schau mal“ Ig Gernot“.

Neben kleineren und größeren Gefälligkeiten abseits des Strafrechts wird im Akt auch auf den damaligen ÖVP-Bundesgeschäftsführer Axel Melchior eingegangen. Er war damals auch für die ÖVP-Spendenkampagne zuständig. Am 8. August 2017 erhält er eine SMS von Thomas Schmid: „Reinigungsfirma. 100.000 spenden. Will nicht aufscheinen. Möglich?“ Melchiors kurze Antwort: „Nein.“ Und wenig später schreibt er an Schmid: „Aber Danke, Danke – weißt eh ... wir sind total transparent.“ Worauf Schmid retourniert: „Brav! Immer braver als die anderen (...).“

„Die Presse“, 15.02.2021

Experte: Eidesstattliche Erklärung ohne Folgen im Strafverfahren

Fall Blümel. Strafrechtsprofessor der WU sieht kein außergewöhnliches Vorgehen der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

VON MARTIN FRITZL

Wien. Mit einer „eidesstattlichen Erklärung“ hat Finanzminister Gernot Blümel am Freitag einen Befreiungsschlag angesichts der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft versucht. Vom Glücksspielkonzern Novomatic habe es keine Spenden an die Wiener ÖVP oder an ihr nahestehende Vereine gegeben, so der Inhalt dieser Erklärung. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt, ausgehend von einem SMS des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel, ob es eine derartige Spende in Verbindung mit einem Amtsgeschäft gegeben hat.

Aber welche Bedeutung hat eine derartige eidesstattliche Erklärung eigentlich? „In einem Strafverfahren gar keine“, sagt dazu Robert Kert, Professor für Strafrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien. Früher einmal seien Zeugen vereidigt worden, eine falsche Aussage sei dann mit höherer Strafe belegt gewesen. Inzwischen spiele eine eidesstattliche Aussage nur noch in Zivilverfahren eine gewisse Rolle. Aber für Beschuldigte in Strafverfahren – diesen Status hat Blümel – spiele die eidesstattliche Erklärung überhaupt keine Rolle. Sie habe keinen höheren Wert als eine normale Erklärung und keine negativen Folgen, wenn sie falsch ist. Zumal ja Beschuldigte in Strafverfahren gar nicht zur Wahrheit verpflichtet sind.

Beschuldigtenstatus ein Vorteil

Das von der ÖVP stark kritisierte Vorgehen der WKStA findet Kert nicht außergewöhnlich: Es gebe Anhaltspunkte für eine Straftat, dazu müsse die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren führen. „Das ist gesetzlich vorgeschrieben, da hat sie gar keinen Ermessensspielraum.“ Auch eine Hausdurchsuchung sei in diesem Zusammenhang keine außergewöhnliche Maßnahme. „Ich wüsste nicht, was sie sonst hätten machen sollen.“ Der Beschuldigtenstatus sei kein Nachteil, ein Beschuldigter hat mehr Rechte – wiewohl Kert zugibt, dass das in der medialen Wahrnehmung für einen Politiker zu einem Nachteil wird.

Kert betont aber, kein Verteidiger der WKStA zu sein. Die großen Verfahren würden immer noch viel zu lang dauern, was auch daran liege, wie die WKStA an die

Sache herangehe. Viele Ermittlungen seien so breit angelegt, dass sie kaum zu einem Ziel führen könnten. Konzentration auf die wichtigen Aspekte und rascheres Einstellen von Nebenaspekten wäre laut Kert eine Möglichkeit, die Verfahren zu beschleunigen und damit auch die Belastung für die Beschuldigten durch überlange Verfahren zu vermeiden. Denn: Strafverfahren, die länger als zehn Jahre dauern, seien für die Beschuldigten unzumutbar.

ÖVP reagiert mit Klagen

Die ÖVP setzt unterdessen ihre Offensive wegen der Vorwürfe gegen Finanzminister Gernot Blümel in der Parteispenden-Causa fort. „Wir klagen jetzt in 13 konkreten Fällen wegen Beleidigung und übler Nachrede, sowie auf Unterlassung“, teilte deren stellvertretende Generalsekretärin Gaby Schwarz am Sonntag mit. Die Klagen werden unter anderem auch beim Landesgericht für Strafsachen in Wien eingebracht und betreffen vor allem Postings in sozialen Medien.

Weitere Klagen seien in Vorbereitung, kündigte Schwarz an. „Gernot Blümel und die ÖVP waren in den letzten Tagen mit falschen Unterstellungen und Verleumdungen konfrontiert, die wir uns nicht gefallen lassen werden“, rechtfertigte sie die angekündigte Klagsflut, die nicht unbedingt prominente Persönlichkeiten betrifft. Blümel hatte bereits am Freitag alle Vorwürfe dementiert und angekündigt, all jene zu klagen, die „falsche Behauptungen in die Welt setzen und verbreiten“.

Schramböck: „Keine Gegenleistung“

Blümel zur Seite sprang am Sonntag auch Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP). Zur Bitte des einstigen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel um Unterstützung in Italien sagte sie in der ORF-„Pressestunde“, dass es in Regierungen üblich sei, heimischen Unternehmen im Ausland zu helfen – das auch immer ohne Gegenleistung. Ihrer Meinung nach kann man der weiteren Entwicklung bezüglich der Beschuldigung des Ministers durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft „gelassen entgegenschauen“, denn: „Ich gehe davon aus, dass sich das alles auflösen wird.“

“
Die Staatsanwaltschaft muss ermitteln, da gibt es keinen Ermessensspielraum

Robert Kert
Strafrechtsprofessor

➤ Die Justiz steht im Fokus ➤ Verbot von Veröffentlichung aus Verfahren?

„Fast einzigartig in Europa“

Gernot Blümel fiel aus allen finanzministeriellen Wolken, als er aus den Medien erfuhr, dass er als Beschuldigter im Casinos-Komplex geführt wird. Kurz darauf eine Hausdurchsuchung. Wie sinnvoll sind die Leaks, die auch die Ermittlungen behindern? Anwälte und Staatsanwälte wünschen eine Gesetzesänderung.



Alles fest im Griff? Justitia ist zurzeit wild umstritten.

„Das ist ein wunder Punkt“, sagt Norbert Wess. Der Promi-Anwalt – u. a. von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, Ex-Banker Martin Pucher und Ex-Novomatic-Manager Harald Neumann – benennt ein generelles Problem. Leaks aus laufenden Verfahren. Beschuldigte wie Gernot Blümel erfahren oft aus Medien von Ermittlungen. „Das ist fast einzigartig in Europa. Meine deutschen Kollegen etwa schütteln den Kopf darüber.“

Zentraler Punkt ist Paragraph 54 der Strafprozessordnung. „Verbot der Veröffentlichung“. Der Titel ist nicht Programm. Laut Text können etwa SMS-Nachrichten punktuell verbreitet werden, und nicht nur, wie vorgesehen, zur Exkulpation des Beschuldigten dienen. Ohne Konsequenzen. Dies kritisiert auch René Ruprecht von der Wirt-

schafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). „Wir haben keine Freude damit, dass unsere Ermittlungsvorhaben publik werden. Denn die werden dadurch behindert.“ Dass aus der WKStA im Fall Blümel geleakt worden sei, wie manche behaupten, mutet also absurd an. Zudem machen sich Behörden (im Gegensatz zu Beschuldigten oder Anwälten) strafbar, wenn sie Inhalte aus laufenden Verfahren preisgeben.

Staatsanwälte und Anwälte wünschen jedenfalls ein Verbot von derartigen Veröffentlichungen. Norbert Wess: „Zurzeit bleiben Beschuldigte angepatzt, auch wenn sich am Ende ihre Unschuld herausstellt.“ Nachsatz: „Im Bereich von Schutz vor Öffentlichkeit hat jeder Kinderschänder mehr Rechte als Menschen des öffentlichen Lebens.“

Erich Vogl

Türkise setzen Gegenoffensive fort

Blümel: Jetzt klagt die ÖVP

Nach den Hausdurchsuchungen bei ihm beteuerte Gernot Blümel, unschuldig zu sein – „wer etwas anderes behauptet, wird geklagt“, so der türkise Finanzminister. Und genau das tut die ÖVP nun gleich in etlichen Fällen, wie die Partei erklärte.

Am vergangenen Freitag drohte Finanzminister Gernot Blümel jedem, der ihn aufgrund der Ermittlungen gegen ihn in der Parteispenden-Causa als schuldig bezeichnet, mit einer Klage – und schon nach wenigen Tagen macht die ÖVP Ernst, die türkise Klagswelle rollt: Vize-Generalsekretärin Gabriela Schwarz kündigte an, zumindest in 13 Fällen „wegen Beleidigung und übler Nachrede“ rechtlich vorzugehen. Eingbracht werden die türkisen Klagen beim Straflandesgericht in Wien.

Brisant: Es handelt sich bei den Personen, gegen die die Kanzlerpartei nun ausrückt, nicht um prominente Personen, sondern um unbekannte Internet-Poster, die auf Facebook und Twitter Blümel nach Ansicht der ÖVP als schuldig bezeichnet oder beleidigt haben. „Gernot Blümel und die ÖVP waren in den letzten Tagen mit falschen Unterstellungen und Verleumdungen konfrontiert, die wir uns nicht gefallen lassen werden“, rechtfertigte die ÖVP den Schritt.

Und jene 13 Klagen dürften auch nicht die letzten gewesen sein, laut Schwarz befinden sich bereits weitere in Vorbereitung.

Gesagt, getan: Gernot Blümel drohte mit Klagen, die die ÖVP nun auch einbringt.

Foto: www.picturedesk.com

„Kurier“, 15.02.2021

„Expertenkabinett bis zu Neuwahlen“

Norbert Hofer. Der FPÖ-Chef über die Neuwahl-Forderung wegen Blümel sowie Herbert Kickl und die Corona-Demos

K Interview
VON IDA METZGER

Er kam mit FFP2-Maske, ist aber zur Begrüßung bereit, die Hand zu schütteln. Norbert Hofers Verhalten ist so ambivalent wie die Haltung der FPÖ in der Corona-Frage.

KURIER: Herr Hofer, Sie und Gernot Blümel waren in der ÖVP/FPÖ-Regierung Regierungskoordinatoren und haben sich gegenseitig sehr geschätzt. Hat Blümel jemals für Novomatic interveniert – für ein Gesetz, für Lizenzen?

Norbert Hofer: Nein, das war nie der Fall.

Nun verlangen Sie den Rücktritt. Ist die Wertschätzung vorbei, wenn man politischen Vorteil wittert?

Die persönliche Sympathie abseits der Politik werfe ich nicht einfach über Bord. Es muss in der Politik erlaubt sein, Mensch zu bleiben. Es hat sich aber gezeigt, dass die Koalition Türkis-Grün nicht funktioniert. Da waren die Schredderaffäre, der Rücktritt Lunaceks, die Plagiatsaffäre und der Rücktritt Aschbacher, Verfassungsbruch am laufenden Band, der skandalöse Ostererlass, das Impfstoffdesaster, der Vertuschungsvorwurf rund um den Terror von Wien, die Fake-Masken für die Altersheime, die Erkenntnisse aus dem Ibiza-Ausschuss, das Bundesheer an der Tiroler Grenze und jetzt auch noch die unangenehme Entwicklung rund um wohlwollendes Verhalten für finanzielle Zuwendungen.

Glauben Sie wirklich, dass die Österreicher statt Lösungen für die Krise Neuwahlen wollen?

Genau diese Lösungen kommen mit dieser Regierung nicht. Kein anderes Land in der EU kommt so schlecht durch die Krise wie Österreich. Daher soll die Regierung abberufen, ein Expertenkabinett eingesetzt und ein vernünftiger Termin für Neuwahlen vereinbart werden. Da muss gar nichts überstürzt werden.

Herbert Kickl hat in einem News-Interview angedeutet, dass er die Partei übernehmen würde, wenn es die Mitglieder wollen. Wie lange sitzen Sie noch im Chefessel?

Wenn sich einst die Frage stellt, wer mir als Bundesparteiobermann nachfolgen soll, bin ich froh zu wissen, dass es viele engagierte und qualifizierte Funktionäre gibt.

Bedient sich Kickl nicht eines alten Haider-Tricks? Er hat 2002 auch nicht gesagt „Ich will FPÖ-Chef werden“, sondern „Ich habe Riess angeboten, es wieder zu machen“.

Nein, es ist ein Zeichen der Freiheitlichen Pluralität. Es ist meine Aufgabe, das gesamte Wählerpotenzial rechts der Mitte zu vereinen, dazu brauche ich auch einen Herbert Kickl und seine oft missverständliche Art uns Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Die FPÖ geht in der Corona-Krise sehr unterschiedliche Wege. Kickl ist gegen die Impfung. Er zweifelt sogar die PCR-Tests an. Er findet Masken sinnlos. Sie würden sich impfen lassen. Manfred Haimbuchner lehnt die Impfung auch nicht vehement ab. Wer gibt nun den Ton an?

Corona war für alle ein Lernprozess. Der erste Lockdown war nachvollziehbar. Der zweite und der dritte Lockdown waren es für mich nicht mehr. Wir schauen uns sehr genau an, welche Maßnahmen wirken, welche wirken nicht. Die Europäische Union und die WHO sind gegen die FFP2-Masken. Deswegen sagen wir: Wer sich impfen lassen will, wird sich impfen lassen. Wichtig ist, es darf keinen Zwang geben.

„Daher soll die Regierung abberufen, ein Expertenkabinett eingesetzt und ein vernünftiger Termin für Neuwahlen vereinbart werden“

Norbert Hofer
FPÖ-Parteichef

In Politik-Alltag macht die Doppelspitze möglicherweise Sinn. Kickl besetzt die harten Sicherheitsthemen. Sie besetzen Umwelt und Wirtschaft. Aber bei einem Thema wie Corona nicht an einem Strang zu ziehen, verwirrt das nicht zu sehr?

Ich setze die Maske aus purer Höflichkeit auf, denn ich hatte Corona und kann hoffentlich niemanden mehr anstecken. Es gibt aber auch in anderen Parteien unterschiedliche Zugänge. Pamela Rendi-Wagner hat klar gesagt, es muss einen harten, langen Lockdown geben. Wenige Stunden später hat Bürgermeister Michael Ludwig gemeinsam mit dem Bundeskanzler in einer Presse-



FPÖ-Chef Norbert Hofer: „Blümel hat nie wegen Novomatic interveniert“

konferenz verkündet, dass der Lockdown aufgeweicht wird. Auch in der SPÖ gibt es eine unterschiedliche Sicht der Dinge, da sind wir stringenter.

Sie wollen eine Volksabstimmung über die Corona-Maßnahmen. Ist das wirklich die richtige Thematik für eine Volksabstimmung oder mehr Populismus?

Wir brauchen eine neue Strategie, weil uns das Virus noch zwei bis drei Jahre begleiten wird. Da können wir nicht von einem Lockdown in den nächsten gehen. Seit Monaten sind die Wirtschaftshäuser geschlossen. Wir haben über 60 Prozent der Ansteckungen aus dem privaten Bereich. Ich muss in der Politik überlegen, welche Maßnahmen kann ich setzen, wo die Menschen wirklich mitmachen. Die Volksabstimmung wäre eine klare Grundsatzentscheidung, ob die Österreicher weitere Lockdowns wollen oder ein öffentliches Leben unter nachvollziehbaren Hygienemaßnahmen.

Am Samstag gab es wieder eine Anti-Corona-Demonstration. Kickl meint, das sind alles friedliebende Kritiker. Ist es wirklich friedliebend, wenn der Neonazi Gottfried Küssel dabei ist?

Gottfried Küssel war auch in der Hainburger Au und hat dort demonstriert. Deswegen glaube ich nicht, dass die Grünen, die dort ihre Geburtsstunde hatten, auch nur im Ansatz dieselbe Ideologie vertreten. Zu sagen, weil diese Person dort war, gehörst du auch derselben Gesinnung an, wäre unfair.

Nochmals zu Kickl: Vertreibt er nicht zu viele gemäßigte FPÖ-Sympathisanten, die diesen jenseitigen Anti-Corona-Kurs nicht nachvollziehen können?

Was für mich jenseitig ist, das ist die Politik aus dem Gesundheitsministerium. Ich glaube, dass dort unfassbar viele Fehler passiert sind. Fehlerhafte Masken für die Altenwohnheime, verfassungswidrige Verordnungen, das Impfchaos oder die eigenartige Teststrategie. Ich weiß, dass viele sagen, der Kurs von Herbert Kickl ist zu hart. Ich höre das ja auch. Ich glaube aber, dass es notwendig ist, so vorzugehen, denn wir haben im Parlament diese starke Oppositionspartei FPÖ. Die SPÖ fährt ihren Kurs mit der Regierung. Daher braucht es eine Antithese zur Politik der Regierung.

„Kurier“, 15.02.2021

Novomatic-Chef bat hartnäckig um Treffen Blümel reagierte oft ausweichend

Nach Hausdurchsuchung bei Blümel: Medien veröffentlichen weitere Chatprotokolle, ÖVP reagiert auf Postings in sozialen Medien

Parteispenden. Nicht nur einmal hat der damalige Novomatic-Boss Harald Neumann beim aktuellen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) um Treffen und Termine angefragt. Am 10. Juli hatte er Blümel – damals noch Wiener ÖVP-Stadtrat – bekanntlich um einen „Termin bei Kurz“ gebeten, unter anderem wegen einer „Spende“. Blümel leitete die Nachricht an das Finanzministerium weiter.

Wie ging man dort mit der Nachricht um? Laut Blümel gehe man dieser Frage nach. Die ÖVP dementiert vehement, dass ein Treffen zwischen Kanzler Sebastian Kurz und Neumann stattgefunden habe und weist Spenden des Glücksspielkonzerns strikt zurück. Weitere

Chat-Verläufe zwischen Neumann und Blümel, veröffentlicht vom Nachrichtenmagazin *Profil*, dokumentieren, wie hartnäckig und regelmäßig Neumann an Blümel herantrat. Zwischen Jänner 2018 und Juni 2019 bat er ihn wiederholt um Termine und Treffen. „Hello, haben bei der Casag eine ungute Situation [...] Müsste heute oder morgen mit dir telefonieren“, hieß es etwa im Februar 2018. Blümel wickelte meist aus: „Büro meldet sich“ oder „persönlich momentan schwer“.

Nur einmal geht deutlich hervor, dass Blümel dem Werben nachgibt: Am 20. Juni 2019, als Blümel Neumann schreibt, dass er Zeit für ein Treffen habe. Neumann schlägt das Novomatic Forum

als Treffpunkt vor: „Da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen!“. Blümels Antwort: „Optimal! Mittwoch 26. 13 Uhr im Forum! Freu mich!“.

Und: Auch lange davor dürfte es bereits Treffen zwischen Neumann und Blümel gegeben haben, berichtete der *Standard*. Erstmals im Juni 2012, in einem Wiener Restaurant. Auch wegen eines Jobs für seine Freundin „im Gesundheits- oder Landwirtschaftsministerium“ fragte Neumann im Dezember 2017 nach. Blümel: „ich schau mal! LG Gernot“.

Für den Koalitionspartner der ÖVP, die Grünen, ist die Causa längst nicht erledigt. Sie verurteilen Vorwürfe der ÖVP gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsan-

walterschaft (WKStA). Klubobfrau Sigi Maurer forderte bei *Puls 24* Aufklärung und sagte: „Was Neumann macht, ist unfassbar dreist. Er schreibt eine SMS, bei der eine Intervention mit einer Spende verknüpft wird.“

ÖVP klagt in 13 Fällen

Dass Novomatic Parteien durchaus mit Spenden unterstützen wollte, geht aus einem Novomatic-internen Mail aus dem Jahr 2017 hervor: „Ich halte nichts davon, gesetzlich erlaubte und transparente Zahlungen an Parteien gänzlich zu unterbinden! Wir werden dies in einigen Ländern machen müssen und sollten uns nicht durch unsere Richtlinien einschränken!“, schrieb Neumann und beton-

te, dass eine Konzernrichtlinie dementsprechend angeglichen werden soll.

Blümel hatte am Freitag eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, wonach es unter seiner Ägide weder Spenden der Novomatic AG an die ÖVP, noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. Wer etwas anderes behauptet, werde verklagt, so Blümel. Gesagt, getan – am Sonntag verkündete die stv. VP-Generalsekretärin Gaby Schwarz: „Wir klagen jetzt in 13 konkreten Fällen wegen Beleidigung und übler Nachrede, sowie auf Unterlassung.“ Die Klagen werden unter anderem beim Wiener Landesgericht für Strafsachen eingebracht und sollen „vor allem“ Postings in sozialen Medien betreffen, hieß es.



Blümel und Novomatic-Boss pflegten regen Kontakt

„Standard“, 15.02.2021

ÖVP geht in Causa Blümel in die Offensive

Wien – Nach Aufkommen der Vorwürfe gegen ihren Finanzminister Gernot Blümel nimmt die Volkspartei eine offensive Abwehrhaltung ein. Am Wochenende wurde bekannt, dass der türkise Parlamentsklub in der Angelegenheit eine parlamentarische Anfrage ans grüne Justizministerium stellt. Darin wird das Vorgehen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft kritisiert und nach „Konsequenzen“ gefragt. Die Grünen sprechen von einer „türkisen Nebelgranate“.

Am Sonntag gab die ÖVP bekannt, dass sie gegen Beleidigungen und üble Nachrede gerichtlich vorgehen will. Betroffen sind vor allem Postings in sozialen Medien. (red)

„Standard“, 15.02.2021



Angriff als Verteidigung

Die ÖVP macht massiv mobil, um die politischen Weiten der Causa Blümel von Bundeskanzler Sebastian Kurz möglichst fernzuhalten.

Nach der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel kontert die ÖVP juristisch mit Klagen gegen 13 Posting-Verfasser und politisch mit einer Anfrage an das grüne Justizministerium, dem die Korruptionsermittler unterstehen.

Katharina Mittelstaedt, Lisa Nimmervoll

Die ÖVP hat sich in die offensive Abwehr begeben: Am Samstag wurde eine gesalzene parlamentarische Anfrage des türkisen Klubs an das grüne Justizressort veröffentlicht, in der das Vorgehen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Causa Blümel infrage gestellt wird. Das bezeichnen die Grünen prompt als „türkise Nebelgranate“. Am Sonntag wurde bekannt, dass die Volkspartei 13 Klagen wegen Beleidigung und übler Nachrede einbringen möchte – betroffen seien vor allem Postings in sozialen Netzwerken. Der große Koalitionspartner sei „offensichtlich nervös“, wird bei den Grünen gemunkelt. Was spielt sich da politisch gerade ab?

Mehrere türkise Problemfälle

Fest steht: Die ÖVP geriet in den vergangenen Wochen mehrfach in Bedrängnis. Die türkise Arbeitsministerin musste wegen ihrer peinlichen Doktorarbeit zurücktreten, Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) steht wegen Mängeln in der Terrorbekämpfung in Kritik, vergangenen Donnerstag dann die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel, einem engen Vertrauten von Kanzler Sebastian Kurz. Die WKStA ermittelt gegen Blümel wegen des Verdachts der Bestechlichkeit durch den Glücksspielkonzern Novomatic. Der Minister weist alle Vorwürfe zurück und verteidigte sich in mehreren Pressekonferenzen – die Causa ließe sich rasch aufklären.

„Die Probleme ballen sich“, hört man bei den Grünen. Ein Bündel an negativen Schlagzeilen sei man in der ÖVP nicht gewohnt, „und das halten sie offenbar nicht gut aus“. Offiziell wurde die grüne Justizsprecherin Agnes Sirk-

ka Prammer ausgeschiedt, um den Koalitionspartner zu maßregeln – vor allem für die türkise Kritik an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft: Die Spitzen der ÖVP würden an frühere Aussagen anknüpfen, „mit denen versucht wird, diese wichtige Behörde in der Öffentlichkeit zu beschädigen“. Entsprechende Formulierungen der ÖVP in der parlamentarischen Anfrage seien als „Ablenkung von weiterhin unaufgeklärten Fragen zu werten“, sagt Prammer.

Ein Termin, der keiner war

Die ÖVP kritisiert unter anderem, dass Basis für die Ermittlungen und die Hausdurchsuchung bei Blümel „ein Termin und eine Spende sind, obwohl es weder eine Spende noch einen Termin gegeben hat“. Der türkise Klub fragt das Justizressort auch, wer für diese „Verfehlungen“ die Verantwortung trage und was die Konsequenzen daraus seien.

Man muss sagen: Das Verhältnis der Kanzlerpartei zur Korruptionsanklagebehörde ist schon länger getrübt. Vor gut einem Jahr gab es Aufregung darüber, dass Kurz die WKStA in einem Hintergrundgespräch sinngemäß als ein Netzwerk roter Staatsanwälte bezeichnet haben soll, das gezielt gegen die ÖVP vorgehe – der Kanzler bestreitet, dass die Aussage so gefallen sei. Seitens der Justiz wurde schon damals kritisiert, dass durch Diskussionen über solcherlei unrichtige Unterstellungen das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat beschädigt werde.

„Es wird langsam zur Gewohnheit, dass nach jedem Schritt der Justiz in Verfahren, an denen ÖVP-Politiker beteiligt sind, aus ÖVP-Kreisen Kritik an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft laut wird“, sagt die grüne Justizsprecherin Prammer heute.

Dass die Reaktion der Volkspartei nicht gerade geeignet ist, das Vertrauen – in dem Fall – in die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zu stärken, sondern das Gegenteil befördert, sieht auch Verfassungsjurist Heinz Mayer so: „Das hat System“, sagt er im STANDARD-Gespräch mit Verweis auf die „roten Netzwerke“, die Kurz in der WKStA wähnt: „Das Problem dabei ist, dass man damit diese wichtige Institution delegitimiert, indem öffentlich erneut der Eindruck erweckt wird, die WKStA gehe politisch motiviert gegen einen Minister vor“, sagt Mayer. Er ist der Meinung, dass sich in der jetzigen Situation „der Justizminister zu Wort melden und hinter die WKStA stellen müsste. Sie untersteht ihm ja.“

Zuständig ist derzeit Vizekanzler und Grünen-Chef Werner Kogler, der die in Karenz befindliche Ministerin Alma Zadić vertritt.

Politisiertes Weisungsrecht

Derweil wurden anlässlich der aktuellen Causa die Rufe nach Abschaffung des ministeriellen (und somit politischen) Weisungsrechts gegenüber Staatsanwälten wieder laut – nicht nur seitens der Grünen, sondern etwa auch des Rechtsanwaltskammerpräsidenten Rupert Wolff und des Ex-Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler. Die Rechtswissenschaft fordere das „seit Jahrzehnten“, betont Verfassungsjurist Mayer: „Es ist notwendig, die Staatsanwaltschaft aus den politischen Klauen des Ministers zu lösen.“

Allerdings erinnert er im Fall Blümel an ein wichtiges Verfahrensdetail: „Eine Hausdurchsuchung, auch die beim Finanzminister, muss ja von einem Richter genehmigt werden. Die sind völlig weisungsfrei. Dass es sich bei dem Vorgang also nur um eine Teufelei der WKStA handelt, muss man daher ausschließen.“

„Standard“, 15.02.2021

Befreiungsschlag gegen Befangenheit in Vorbereitung

Glücksspielbehörde geplant
Unvereinbarkeiten bleiben

Andreas Schnauder

Es war eine Riesenaufregung, als vor Mitte 2014 drei zusätzliche Spielbanklizenzen im Raum Niederösterreich/Wien vergeben wurden. Novomatic wollte die zusätzlichen Kasinomöglichkeiten nutzen, um das Monopol des Erzrivalen Casinos Austria zu knacken und bestehende Spielhallen abzusichern. Es wäre nicht Österreich, hätten die beiden Konzerne nicht alle politischen Kontakte genutzt.

Und so kam es dann: Ein Beirat im Finanzministerium empfahl die Vergabe aller Lizenzen an die Casinos Austria. Doch Ex-ÖVP-Chef und Finanzminister Michael Spindlberger setzte sich über den Rat hinweg – Novomatic erhielt zwei der drei Lizenzen, Casinos Austria schaute gänzlich durch die Finger. Später wurde die Vergabe von den Gerichten wegen massiver Intransparenz zerpfückt und aufgehoben. Detail am Rande: Sowohl Spindelbergers Mentor Erwin Pröll, damals noch Niederösterreichs Landeshauptmann, als auch sein Wiener Pendant Michael Häupl machten sich für Novomatic stark.

Das Beispiel zeigt schon, wie stark die Verflechtung zwischen Glücksspielanbietern und Politik ist. Angesichts der Vorwürfe gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP), die dieser vehement bestreitet, hagelt es nun Rücktrittsforderungen der Opposition. Eines ihrer Argumente: Als Beschuldigter könne der Minister unmöglich als oberster Glücksspielaufseher und Lizenzentscheider fungieren.

Möglicherweise gibt es hier Abhilfe, die auch nicht notwendigerweise als Rückzieher der ÖVP zu werten wäre. Blümel hat bereits organisatorische Änderungen beim Glücksspiel in Aussicht gestellt, um jeden Anschein der Befangenheit zu vermeiden. Im Gespräch ist, die Glücksspielaufsicht, -kontrolle und den Spielerschutz an eine unabhängige Behörde auszulagern. „Vorarbeiten dazu sind im Laufen“, ist aus dem Ministerium zu hören. Es könnte jetzt sehr rasch gehen. Das oben beschriebene Problem würde durch die Reform freilich nicht behoben, weil die Lizenzvergabe im Ministerium bleiben wird. Sollten also wieder Spielhallen vom Bund ausgeschrieben werden, wäre erst recht wieder Blümel am Zug.

„Tu's für mich“

Auch eine weitere Schnittstelle bliebe erhalten: Über die Staatsholding Öbag ist der Finanzminister auch für den Bundesanteil an der Casinos Austria zuständig. Die Öbag wird ja von jenem Thomas Schmid geleitet, den Blümel gebeten hat, mit Novomatic-Chef Harald Neumann wegen eines Steuerproblems in Italien Kontakt aufzunehmen. „Tu's für mich“, schrieb der Minister an Schmid, der damals Generalsekretär im Finanzministerium war.

Einen Vorteil hätte die Reorganisation aber: Sie müsste nicht als Reaktion auf die Ermittlungen dargestellt werden – ist sie doch schon im Regierungsprogramm verankert.

„Standard“, 15.02.2021

Kurz erschrocken

Mit Gernot Blümel steht die rechte Hand von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Visier der Ermittler. Und mit ihm die Volkspartei, deren Involvierung in der Casinos-Affäre immer mehr ins Rampenlicht rückt.

ANALYSE: Fabian Schmid

W o auch immer Sebastian Kurz war, war Gernot Blümel nicht weit. Im Abstand von nur zwei Monaten traten beide der JVP in der Wiener Innenstadt bei; dann folgte der gemeinsame Aufstieg auf der Karriereleiter. Kurz wurde Obmann der JVP Innere Stadt, Blümel wurde sein Vize. Kurz wurde Chef der gesamten Wiener JVP, Blümel wurde sein Vize – und so weiter und so fort. Nur einmal ließ Kurz seinem Vertrauten den Vortritt: Nach dem desaströsen Wahlergebnis bei den Wiener Landtagswahlen 2015 wehrte sich Kurz mit Nachdruck, die Landespartei zu übernehmen. Also opferte sich Blümel.

Im Winter 2017 gelangten Kurz und Blümel dann an den vorläufigen Zenit ihrer Macht. Die lang geheim in Kurz' Umfeld geplante „Operation Ballhausplatz“ war erfolgreich absolviert worden. Mit der FPÖ hatte man den richtigen Koalitionspartner, hieß es doch schon in den internen Papieren, die „ÖVP neu“ unter Kurz solle „FPÖ Themen, aber mit Zukunftsfokus“ zu ihrem inhaltlichen Kern machen. Kurz wurde Bundeskanzler, Blümel Minister im Kanzleramt – nicht weit entfernt also. Und passend zum Verhältnis der beiden lautet auch Blümels Colour-Name „Alkuin“ – nach dem Berater Karl des Großen.

Aber auch zu anderen hochrangigen ÖVP-Politikern hat Blümel enge Verbindungen. Im Kabinett des einstigen Außenministers Michael Spindelegger saß er gemeinsam mit Alexander Schallenberg, heute selbst Außenminister, sowie Thomas Schmid, heute Chef der staatlichen Beteiligungsholding Öbag.

Die Einschläge rücken näher

Die Eingeschworenheit der türkischen Führungsspitze, deren Mitglieder einander fast blind vertrauen, galt lange als herausragender Vorteil gegenüber anderen Parteien. Nun könnte die enge Verbundenheit allerdings zur Gefahr werden, weil die Ermittler der Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) immer mehr Einblick in den türkischen Machtzirkel bekommen und dort Verdächtiges entdeckt haben wollen.

All das hängt indirekt mit dem Ibiza-Video zusammen, das im Mai 2019 die türkisch-blaue Koalition sprengte. Als Spiegel und SZ kurz vor der Veröffentlichung der Aufnahmen Medienanfragen nach Wien schickten, urlaubte Blümel gerade in Portugal. Kurz bat ihn, sofort wieder nach Wien zurückzukehren, wie der Krone-Journalist Klaus Knittelfelder in seinem Buch *Inside Türkei* nachzeichnet.

Als klar wurde, dass Kurz vom Nationalrat das Misstrauen ausgesprochen werden wird, schredete ein Mitarbeiter des Kanzlers unter falschem Namen Festplatten aus dem Kanzleramt. Schon da wurde die WKStA hellhörig und nahm Ermittlungen auf. Auch weil sie nicht rekonstruieren konnte, was sich auf den Festplatten befindet, wird das Verfahren eingestellt. Die den Fall führende Staatsanwältin, nun aus der WKStA ausgeschieden, sprach vergangene Woche im U-Ausschuss von „politischem Störfeuer“ bei den Ermittlungen.

Die „Casag-Frage“

Durch das Ibiza-Video wurden Verdachtsmomente rund um die Causa Casinos Austria AG (Casag) erhärtet: Dort war im März 2019 der einstige blaue Bezirksrat und Finanzmanager Peter Sidlo zum Finanzvorstand bestellt worden. Vorstandsvorsitzende wurde Bettina Glatz-Kremsner, einst ÖVP Vizeparteioberfrau.

Die Causa Casinos ist komplex, lässt sich aber vereinfacht herunterbrechen: Im Grunde ging es unter Türkis-Blau um die Frage, welcher der drei großen Eigentümer die Strategie der Casag bestimmen kann – die Republik Österreich über die staatliche Beteiligungsholding, die tschechische Sazka-Gruppe oder der Privatkonzern Novomatic.

Eigentlich hatten sich Novomatic und Sazka miteinander verbündet, wodurch die Re-

Die ÖVP formiert sich rund um Finanzminister Gernot Blümel, gegen den nun ermittelt wird.



Foto: APA

publik bei „ihrer“ Casag außen vor war. Deshalb war die Neuaufstellung der Casag im Hintergrund ein ständiges Thema.

Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Klubobmann Johann Gudenus (beide FPÖ), Finanzminister Hartwig Löger und dessen Kabinettschef und Generalsekretär Thomas Schmid (beide ÖVP): Sie alle involvierten sich in der „Casag“-Frage – und sie sind heute alle Beschuldigte in den Ermittlungen der WKStA, es gilt die Unschuldsumutung.

Den Ausgangspunkt in den Ermittlungen lieferte eine anonyme Anzeige, in der behauptet wurde, die Novomatic wäre mit der FPÖ einen Deal eingegangen. Sidlo Krönung zum Casag-Vorstand mithilfe der Novomatic sowie finanzielle Unterstützung für FPÖ-nahe Vereine sollten von der FPÖ mit neuer Glücksspielgesetzgebung und Casinos-Lizenzen „bezahlt“ werden – die Beteiligten bestreiten das. Deshalb wurden im Sommer 2019 Hausdurchsuchungen bei Strache und Gudenus durchgeführt und Smartphones beschlagnahmt.

Nach und nach fragte sich die WKStA, welche Rolle die ÖVP bei dem vermuteten Deal gespielt haben könnte. Einerseits wurde die einstige Vizeparteioberfrau und langjährige Casinos-Managerin Glatz-Kremsner zur Casag-Chefin; andererseits erreichte auch Finanzkabinettschef Thomas Schmid neue Karrierehöhen. Denn zeitgleich zur Neubestellung des Casinos-Vorstands wurde auch die österreichische Beteiligungsholding umgebaut: Aus der Öbag wurde die Öbag, als deren neuer Alleinvorstand Schmid fungierte. Im Herbst 2019 setzte es deshalb die nächste Runde an Ermittlungsschritten: Die WKStA führte Hausdurchsuchungen bei Löger und Schmid

durch. Letzterer hatte zu diesem Zeitpunkt sein Smartphone neu aufgesetzt. Doch über ein Back-up konnten Ermittler Chats wiederherstellen. Seitdem gerät auch die ÖVP immer mehr in den Sog der Casinos-Affäre.

Erinnerungslücken im U-Ausschuss

Bei den Nationalratswahlen im September 2019 konnte die ÖVP reüssieren: Die FPÖ stürzte wegen der Ibiza-Affäre und weiteren Skandalen auf 16 Prozent ab; während die Kanzlerpartei auf 37,5 Prozent kletterte. Auch die Grünen feierten einen Erfolg, sie zogen mit fast 14 Prozent wieder in den Nationalrat ein. Rasch kristallisierte sich heraus, dass Kurz nun auf eine türkisch-grüne Koalition setzen würde. Der neue Regierungspartner stand für Antikorruption, Transparenz und Sauberkeit; Kurz konnte damit den ehemaligen Ibiza-Koalitionspartner vergessen machen.

Regieren würde aus Sicht der ÖVP zwar nicht so unkompliziert werden wie mit der inhaltlich ähnlich eingestellten FPÖ; im Unterschied zu Türkis-Blau, den zwei fast gleichgroßen Koalitionsparteien, gab es nun aber eine klare dominierende ÖVP mit einem Juniorpartner. Das zeigte sich auch im Regierungsprogramm, wo vor allem in Asyl- und Migrationsfragen eine klar türkische Handschrift vorherrschte. Da die Volkspartei unbedingt wieder den Innenminister stellen wollte, war klar, dass die Grünen das Justizressort besetzen sollten. Die Casinos-Ermittlungen sollten somit unter grüner Aufsicht weiterlaufen. Was das heißt, spürte Justizministerin Alma Zadic (Grüne) nach wenigen Wochen im Amt. Schon im Jänner 2020 griff Kanzler Kurz in einem Hintergrundgespräch vor Journalisten

die WKStA scharf an. In einigen Medien lancierte die ÖVP Berichte über „rote Netzwerke“ in der Justiz und beklagte die lange Verfahrensdauer bei Korruptionsermittlungen.

Die türkische Vereinswelt

Die Corona-Pandemie, die im März 2020 Österreich erreichte, froh diesen Konflikt ein. Doch spätestens mit dem Ibiza-Untersuchungsausschuss, der im Sommer 2020 seine Arbeit aufnahm, begann der Streit wieder zu schwellen. Rasch wurde klar, dass der Ausschussvorsitzende Wolfgang Sobotka (ÖVP) selbst enge Verbindungen zur Novomatic hat: Der Glücksspielkonzern unterstützte Sobotkas Thinktank, das Alois-Mock-Institut, seit vielen Jahren. Insgesamt erreichte die Unterstützung einen Geldwert von über 100.000 Euro. Auch die grünen Abgeordneten begannen, Sobotkas Vorsitzführung zu kritisieren und seinen Rückzug zu fordern.

Langsam fokussierte sich der Ausschuss auf die ÖVP: Auf ihre Spender samt deren Einzug in Aufsichtsräte und Vorstände staatsnaher Vereine; sowie auf Gesetzesänderungen, die jahrelang von diesen Unternehmern gefordert worden waren. Besonders mokierte sich die Opposition über die Erinnerungslücken, die türkische Spitzenpolitiker im U-Ausschuss erlitten. 86-mal konnte Gernot Blümel keine klare Auskunft geben. Befragt, ob Spenden ein Thema waren, meinte Blümel kryptisch, er könne für sich ausschließen, sich erinnern zu können, dass das ein Thema war.

„Erstens Spende“

Bis Blümel ins Visier der Ermittler geriet, verging aber noch einige Zeit. Im Dezember 2020 landeten die Datenauswerter der WKStA dann aber einen „Zufallsfund“, als sie das Smartphone des einstigen Novomatic-Chefs Harald Neumann weiter durchsuchte. Sie fand dort eine Nachricht, die der Novomatic-CEO im Sommer 2017 an Blümel geschickt hatte. Darin bat Neumann um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz wegen „erstens Spende, zweitens eines Problems (sic), das wir in Italien haben!“. Blümel kontaktierte Schmid im Finanzministerium, der dann mit Neumann telefonierte.

Gemeinsam mit anderen Indizien war das für die WKStA genug, um eine Hausdurchsuchung bei Blümel zu beantragen. Schon am 23. Dezember 2020 bewilligte das eine unabhängige Richter. Ein erster Zugriff Anfang Februar kam wegen des Lockdowns nicht zustande – vergangene Woche leakte dann Blümels Beschuldigtenstatus, die Hausdurchsuchung wurde „dringlich“.

Nun ist klar: Die WKStA ist direkt ins Zentrum der ÖVP vorgestoßen. Der Namen von Sebastian Kurz wird in der Durchsuchungsanordnung öfter als der des Beschuldigten Blümel genannt, wenngleich keine Verdachtsmomente gegen den Kanzler bestehen. Nach einer Schrecksekunde ging die ÖVP dann in die Offensive: Blümel gab Pressestatements und Interviews, in denen er versprach, die „falschen Vorwürfe“ ließen sich „rasch aufklären“. Außerdem legte er eine eidesstattliche Erklärung ab, selbst keine Spende für eine Gegenleistung angenommen zu haben.

Im Hintergrund nahmen die Attacken gegen die WKStA an Fahrt auf; die türkische Justizsprecherin Michaela Steinacker will gar bemerkt haben, dass die Staatsanwältin die „Diktion“ von SPÖ und FPÖ benutzen, wenn sie von „Kurz' Machtübernahme“ in der ÖVP schreiben. Sowohl Blümel als auch das Kanzleramt drohten mit Klagen, wenn Korruption unterstellt würde. Die Grünen stellten sich hingegen schützend vor die Justiz. Die WKStA solle sogar mehr Unabhängigkeit erlangen, sagte Vizekanzler Werner Kogler, der Zadic in ihrer Babypause vertritt. Am Dienstag könnten deshalb in einer Sondersitzung des Nationalrats auch die beiden Koalitionspartner aufeinanderprallen. Für Kurz geht es nun um viel, womöglich sogar um alles – für die WKStA aber ebenso.

„www.kurier.at“, 14.02.2021



Novomatic-Boss über ÖVP-Großspender: "Haben etwas noch Besseres vor"

Interne eMails des Glücksspielkonzerns zeigen, dass Novomatic zumindest 2017 nicht abgeneigt war, an Parteien zu spenden.

Harald Neumann wollte einen Termin beim ÖVP-Chef, also schickte er ein SMS an Gernot Blümel. Soviel ist seit Tagen bekannt. Auch, dass der frühere Novomatic-Boss 2017 zwei Dinge in seinem SMS miteinander verbunden hat, die selbst bei wohlwollender Betrachtung ein seltsames Licht auf ihn werfen. Denn mit der Formulierung "*bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems das wir in Italien haben!*)" stellte er einen Zusammenhang zwischen Parteispenden und einem Amtsgeschäft her; und er hat damit zumindest aus Sicht der Justiz einen Grund dafür geliefert, um gegen Blümel wegen Bestechlichkeit zu ermitteln und dessen Wohnung zu durchsuchen.



Wie nun das Nachrichtenmagazin *profil* berichtet, hat sich Neumann auch konzern-intern dafür stark gemacht, dass die Novomatic Parteien direkt mit Spenden unterstützt. Im Zuge einer Debatte um Spenden in Deutschland schrieb Neumann an mehrere Führungskräfte der Novomatic folgendes eMail: *"Liebe Alle, die Konzernrichtlinie hatte die Absicht, dass keine verdeckten Zahlungen an Parteien in all unseren Ländern vorgenommen werden dürfen! Ich halte nichts davon gesetzlich erlaubte und transparente Zahlungen an Parteien gänzlich zu unterbinden! Wir werden dies in einigen Ländern machen müssen und sollten uns nicht durch unsere Richtlinien einschränken! Dh wir ändern die Richtlinie in der Form, dass diese Zahlungen nur dann stattfinden dürfen, wenn sie im gesetzlichen Rahmen und transparent vorgenommen werden! Eine Meldung (und nicht Genehmigung) an das Compliance Komitee soll aber bleiben."*

Zusammengefasst: Neumann hält an Parteispenden fest.

Und nicht nur das: Über weitere interne Novomatic-Chats berichtete Sonntagabend die *Presse*. Darin unterhalten sich Neumann und ein Novomatic-Pressesprecher offensichtlich über mögliche Wahlkampfspenden an die ÖVP und weitere Parteien. Sprecher: *„Hahaha ... Pierer verdoppelt ÖVP-Spenden.“* Neumann: *„Wir haben noch etwas besseres vor ;)).“* Sprecher: *„Ja [...] hab u. a. gerade den Brief an die Parteien entworfen.“* Unternehmer Stefan Pierer war 2017 Großspender des ÖVP-Nationalratswahlkampf

"Müsste dich dringend sprechen!"

Die Hartnäckigkeit des Glücksspielmanagers ist auch in den *profil* vorliegenden Chat-Verläufen dokumentiert, in denen er Duz-Freund Blümel zwischen Jänner 2018 und Juni 2019 immer wieder um Termine und Treffen bittet.

reich

"Hätte eine Bitte: Prof. Graf (Novomatic-Gründer, Anm.) und ich möchten ab Mitte Februar einen Termin bei SK (Sebastian Kurz?, Anm.)! Thema Glücksspiel generell aber auch Casag etc. Könntest Du solch einen Termin organisieren? lg Harald" Blümels Antwort: *"Bitte direkt bei ihm anfragen und ich stoße dann nach!"*

Ähnlich geht es im Februar 2018 ("*Hello, haben bei der Casag eine ungute Situation (...). Müsste heute oder morgen mit dir telefonieren*"), im März ("*müsste dich dringend sprechen! wenn geht persönlich!*") oder im Jänner 2019 ("*Wann hättest du mal Zeit für einen Kaffee, hätte einige Themen welche ich gerne besprechen möchte*").

Blümel gibt sich mitunter ausweichend ("*Büro meldet sich. Kann ein bissl dauern*") bis ablehnend ("*Tel gerne, persönlich momentan schwer*"). Nur einmal ist nachgerade Begeisterung dokumentiert – und zwar am 20. Juni 2019 als Blümel Neumann schreibt, dass er Zeit für ein Treffen habe. Neumann schlägt das Novomatic Forum vor ("*Da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen!*"). Blümels Antwort: "*Optimal! Mittwoch 26. 13uhr im Forum! Freu mich!*"

Hausdurchsuchung vor Weihnachten genehmigt

Die *Presse* stellt indirekt infrage, ob Blümels Anwalt nicht schon Anfang Februar über die Ermittlungen informiert war. Blümel hatte gesagt, erst kurz vor der Hausdurchsuchung über Medien von seinem Beschuldigtenstatus erfahren zu haben. Sein Anwalt bestätigte das am Sonntag.

Laut *Presse* hätten WKStA-Ermittler die richterliche Genehmigung für eine Hausdurchsuchung bereits vor Weihnachten bekommen. Am 1. Februar hätten Blümels Anwälte ein Schreiben an die WKStA gerichtet und gefragt, ob "allfällige Ermittlungsverfahren" gegen Blümel "eingeleitet wurden bzw. anhängig sind".

Auf *Presse*-Anfrage sagte Blümels Anwalt Werner Suppan, es habe sich um eine routinemäßige Anfrage gehandelt habe. Die WKStA habe nicht darauf geantwortet.

Maurer: "Neumann unfassbar dreist"

Für den Koalitionspartner der ÖVP, die Grünen, ist die Causa längst nicht erledigt. Der grünen Klubobfrau Sigi Maurer kommen die Rücktrittsaufforderungen zwar zu früh, wie sie im Interview mit dem Fernsehsender PULS 24 sagt. Es müsse geklärt werden, ob Blümel vor dem Hintergrund dieser Vorwürfe sein Amt ausführen kann. Sollten diese ihn aber "intensiv belasten", dann sei "zweifelhaft ob er das Amt unbeeinflusst ausführen kann", hält Maurer fest. Nun sei die Staatsanwaltschaft am Zug.

Maurer verurteilte jedenfalls das Verhalten von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann. "Was Neumann macht ist unfassbar dreist. Er schreibt eine SMS bei der eine Intervention mit einer Spende verknüpft wird". Es müsse aufgeklärt werden, was da dahintersteckt.

„www.zackzack.at“, 14.02.2021



DIE ABGRÜNDE DES IBIZA-AUSSCHUSSES

Steffi Krisper über Drohungen, Kurz-Gerüchte und andere Nebelgranaten

Rund um den Ibiza-U-Ausschuss läuft eine knallharte Politschlacht, die Aufklärung von mutmaßlicher Korruption und Gesetzeskauf unter Türkis-Blau wird sabotiert. Drohungen, Rufschädigung und bewusst gestreute Gerüchte über Sebastian Kurz: NEOS-Abgeordnete Stephanie Krisper im Interview.

Stephanie Krisper (40) ist seit 2017 für die NEOS im Nationalrat. Die ausgebildete Juristin steht vor allem für den Kampf um Menschenrechte und die Aufklärung von Korruption. Als NEOS-Fraktionsführerin im Ibiza-U-Ausschuss geht sie der Frage nach, ob die türkis-blaue Koalition unter Kanzler Sebastian Kurz käuflich war. Der Preis der Aufklärung ist hoch: gerade für die ÖVP ist Krisper ein Feindbild.

ZackZack: Am Donnerstag gab es eine Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel, dem amtierenden Finanzminister. Wie ist diese einzuordnen, wie geht es jetzt weiter?

Steffi Krisper: Das werden die strafrechtlichen Ermittlungen zeigen. Bis dahin gilt die Unschuldsvermutung. Trotzdem ist für uns klar, dass Gernot Blümel zurückzutreten hat. Er kann nicht Beschuldigter sein, sich gerade zu diesen Vorwürfen im U-Ausschuss zur Sicherheit mal nicht erinnern haben und gleichzeitig als Finanzminister über die Eigentümervertretung in der ÖBAG die Aufsicht über Glücksspiel und Lotterien innehaben. Das geht sich jetzt wirklich nicht mehr aus, wenn man seinen Job ernst nimmt – und einen Funken Anstand hat.

ZZ: Nach Bekanntwerden der Meldung lief die ÖVP-PR-Maschine heiß: die WKStA solle “rasch” ermitteln, es habe keine Spenden an die ÖVP seitens Novomatic gegeben, die Opposition stürze sich unberechtigt auf Blümel. Wie viel Vertrauen in die vollumfängliche Aufklärung kann ein Normalbürger eigentlich haben?

Krisper: Gar keines. In Österreich gibt es, sobald Politiker oder politiknahe Personen im Fokus der Ermittlungen stehen, keine Korruptionsbekämpfung, die diesen Namen verdient. So bestätigte es wieder einmal eine Staatsanwältin diese Woche im U-Ausschuss, die für den Schredder-Fall zuständig war, und ging, weil sie nicht ergebnisoffen und ohne „Störfeuer“ ermitteln konnte. Sie sprach von einem „politischen Korsett“.

ZZ: Welche Erfolge kann der Ibiza-U-Ausschuss bislang verbuchen? Die Kritik an U-Ausschüssen lautet ja oft: Alles Geldverschwendung, Anpatzen, Show der Opposition.

Krisper: Klar herausgearbeitet haben wir schon das System Postenschacher, Gesetzesänderung vonseiten der ÖVP gegen Geld – wie in der Causa Premiquamed, in der die Ermittlungen gegen Hartwig Löger ausgeweitet wurden. Und auch bei Gesetzgebung im Bereich Glücksspiel, Stichwort Novomatic, gerät die ÖVP in den Fokus.

Neben diesen Fragen des Machtmissbrauches ist mir besonders die zweite Ebene wichtig: wie dazu die Ermittlungen laufen. Es wurde im U-Ausschuss schon sehr gut herausgearbeitet, wie die WKStA an ihrer Arbeit bislang behindert worden ist. Dass sich SOKO Tape-Leiter Holzer auf irgendwelche vermeintlichen mündlichen Absprachen herausreden musste, weil die WKStA schriftlich dokumentiert hat, wie hinderlich und wenig unterstützend die SOKO für sie ist – bis hin zur Beweismittelunterdrückung bei der Hausdurchsuchung in der ÖVP-Parteizentrale in der Schredderaffäre. Oder auch, was Sektionschef Pilnacek und Oberstaatsanwalt Fuchs für ein Verhalten an den Tag legen, Stichwort Befangenheit, Berichtspflichten, schikanöse Aufsichtsbeschwerden. Die Frage, ob eine Korruptionsbehörde in diesem Land ungehindert ermitteln kann, wenn es um die geht, die an den Schalthebeln der Macht sitzen – also die ÖVP –, beantwortete eine Staatsanwältin diese Woche im U-Ausschuss: nein.

Der U-Ausschuss hat geschafft, dass auch dieser Machtmissbrauch der ÖVP aufgezeigt wird. Nun müssen wir darum kämpfen, dass die WKStA endlich bis zum Ende ohne Störfeuer ermitteln kann. In diesem, aber auch in allen kommenden Korruptionsverfahren. Und die werden kommen.

ZZ: Welche Rolle spielt die Justizministerin bei der Frage der Beeinflussung der Justiz?

Krisper: Ich bin sehr kritisch Alma Zadic gegenüber, und zwar, weil sie zu langsam agiert. Sie ist sehr schnell mit Worten, aber dann kommt nichts. Sie weiß seit Mai – das haben wir herausgefunden, schriftlich genauestens dokumentiert – über die Behinderung der WKStA in ihrer Arbeit Bescheid, im größten gegenwärtigen Korruptionsverfahren der Republik. Und tut nichts. Das ist natürlich ein Machtkampf zwischen ÖVP und Grünen.

ZZ: Ist der Druck innerhalb des Justizministeriums zu groß?

Krisper: Ich glaube, nachdem Pilnacek in Reaktion auf seine Treffen mit Pröll und Rothensteiner durch eine Organisationsreform elegant entmachtet wurde, hat Zadic kaum mehr Handlungsspielraum gegenüber einer aufgebrachten ÖVP – deren Ärger zeigt, wie wichtig Pilnacek für die ÖVP war und ist. Richtig mutig und entschlossen wäre es gewesen, ihn schon zu diesem Zeitpunkt zu suspendieren. Mein Vertrauen hätte er nicht mehr, insbesondere wenn ich erfahre, was er sonst noch alles getan hat. Zum Beispiel Mails schreiben, wie man die WKStA am besten anpatzt.

Zadic müsste sich vor und hinter ihre Korruptionsbehörde stellen, und endlich die 3-Tages-Berichtspflicht abschaffen. Das kann sie per Weisung. Und sie müsste es tun und Fuchs die Zuständigkeit für das Verfahren entziehen. Sie müsste sich den Dynamiken im eigenen Haus ehrlich stellen und handeln.

ZZ: Wir reden über die Beeinflussung der Ibiza-Ermittlungen. Wie sieht es bei Politikerinnen aus: Gab es Ihnen gegenüber Drohungen und Einschüchterungen, die über das „politische Spiel“ hinausgingen?

Krisper: Es gibt immer wieder Informationen aus dem Sicherheitsapparat selbst, dass ich besonders vorsichtig sein soll. Das ist natürlich besorgniserregend. Grundsätzlich ist vor allem das Niveau, mit dem die ÖVP schießt, so tief gesunken. Da werden routinemäßig irgendwelche Presseaussendungen während des U-Ausschusses ausgesandt, besonders dann, wenn ich etwas außerhalb des Aktenbestandes vorlege oder es für die ÖVP unangenehm wird.

ZZ: Nebelgranaten und Ablenkungsmanöver, wenn es eng wird...

Krisper: Ja, zum Beispiel, aber auch unredlichst: dass sie dafür sorgen werden, dass sich die Staatsanwaltschaft mit mir beschäftigt – mit der Unterstellung, ich wäre rechtswidrig an Dokumente gelangt. Das mache ich natürlich aus Prinzip nicht, aber mit diesen Attacken wollen sie einem den Ruf ruinieren. Auf's Erste lustig: Drohungen, die Staatsanwaltschaft auf mich zu jagen, implizieren ja, dass die ÖVP Verfügungsgewalt über die Staatsanwaltschaft hat (lacht). Aber ich kriege auch unschöne Briefe, die anscheinend auf dem Nährboden solcher Unterstellungen verfasst werden. Da steht dann drin, was ich nicht für eine unmögliche Person bin, ich solle mein Mandat zurücklegen, ich Furie, ich Rechtsbrecherin.

Aber ganz grundsätzlich ist die ÖVP im U-Ausschuss auf Maximalzerstörung unterwegs. Sie lädt Personen, die für die Aufklärung völlig sinnlos sind, das ist oft im Vorhinein aufgrund des Lebenslaufs der Auskunftspersonen klar. Andererseits sind die Auskunftspersonen, die ÖVP-Nähe haben, unglaublich vergesslich und ausschweifend. Da geht es nicht um Aufklärungsinteresse, sondern um Verzögerungs- und Vernebelungstaktik.

ZZ: Konkretes Beispiel?

Krisper: Abgesehen von Gernot Blümel, an dessen Performance wohl nur er sich nicht erinnern kann: Bei der Befragung von Kurz-Intimus Bernhard Bonelli habe ich mich gefühlt wie zuhause mit den Kindern, die ich vom Schummeln abhalten muss. Denn es ist ja so, dass die Auskunftsperson entweder selbst antworten oder sich für einen Rat davor der Vertrauensperson zuwenden muss – aber das geht nicht umgekehrt, um Beeinflussung zu verhindern. Aber voila: Ich habe gemerkt, dass was nicht stimmt, beobachtet und mitbekommen, dass Bonelli eine Frage gestellt bekommt und sich kurz danach umdreht zur Vertrauensperson und fragt „Wie bitte?“. Also hat die Vertrauensperson unter der Maske eine Antwort zugeflüstert. Da muss ich dann jedes Mal den Herrn Sobotka darauf hinweisen, dass das so nicht geht. Ich meine, da sitzt der Kurz-Kabinettschef und als Vertrauensperson der Sicherheitsreferent des Kanzlers, und die führen sich so auf. Abgesehen davon musste sich Bonelli wirklich bei jeder einzelnen Frage, selbst bei den simpelsten und harmlosesten vorab beraten. Das ist sein gutes Recht. Aber auffällig war es halt schon.

ZZ: Nochmal zurück zur Rufschädigung. Gibt es da auch Beispiele für öffentliche Aktionen?

Krisper: Beispiel Presseaussendung von August Wöginger (*ÖVP-Klubchef, Red.*) im Oktober letzten Jahres. Ich hab's erst selber gar nicht gelesen, aber es haben sich alle gewundert, was jetzt schon wieder los ist. Wöginger vermittelt in der Aussendung das Bild „Krisper und Krainer attackieren Kurz im Ausschuss“. Darin enthalten ist ein Absatz mit angeblichen Hitler- bzw. Dollfußvergleichen und Referenzen auf die sexuelle Orientierung des Kanzlers. Nahtlos schimpft er über „pink-rotes Schmierentheater“. Es wird also insinuiert, wir würden diese substanzlosen Gerüchte verbreiten. An dem Tag war aber rein gar nichts Relevantes mit Bezug zu Kurz im U-Ausschuss Thema. Nach außen hin wird der Ausschuss mit solchen Tricks vom Niveau her als in den Keller rasselnd präsentiert. Hinzu kommt: man muss über Sachverhalte nachfragen, die auch in einer Bananenrepublik peinlich wären. Da tun sich Abgründe auf.

ZZ: Sie sprechen die Insidern geläufige Strategie, nicht belegbare Gerüchte selbst zu streuen und anderen in den Mund zu legen, an. Was man sich fragt: Wovor hat die ÖVP Angst? Sind es pikante Details oder eher das verheerende Gesamtbild?

Krisper: Naja, vor irgendetwas, das auftauchen könnte, wird sie sich wohl fürchten – Stichwort 300.000 Nachrichten von Thomas Schmid (*ÖBAG-Chef und Kurz-Intimus, Red.*). Denn bekommen haben wir aus dieser Ecke bisher kaum etwas, keine relevanten Akten – aus dem Kabinett von Kurz wurde nichts dem Staatsarchiv übergeben. Chats wurden gelöscht. Die Aktenlage ist aber entscheidend, weil die Auskunftspersonen sonst vergesslich werden können. Dass sich ein Blümel an nichts erinnert, ist ja nur deshalb so, weil er nicht weiß, welche Aktenlage der U-Ausschuss noch haben wird am Ende, und ob er da nicht in Widerspruch gerät mit diesen künftigen Dokumenten. Leider ist der Ausschuss nicht öffentlich, denn da würde man sehen, wie stark auch der Kanzler rudert. Da geht's dann auch um die Vertrauensfrage. Ich traue zumindest niemandem, der Fragen so ausweicht oder einfachste Dinge vermeintlich vergessen hat. Blümels Verhalten hat aber der Partei nachhaltig geschadet.

ZZ: Wie geht's weiter im U-Ausschuss, wer wird noch geladen?

Wir kämpfen weiterhin dafür, dass Novomatic-Eigentümer Graf (*der hatte sich aus Angst vor Corona entschuldigen lassen, wurde aber laut „Krone“ am selben Tag bei einer dreistündigen Zigarrenverkostung fotografiert, Red.*) kommt. Das Thema Novomatic bleibt natürlich heiß. Ansonsten machen wir bei anderen Themen weiter, bei denen es weiterhin offene Fragen gibt. Zum Beispiel im Bereich der Ermittlungen rund um SOKO Ibiza-Chef Holzer, beim Thema Finanzmarktaufsicht und vielem mehr.

ZZ: Danke für das Gespräch!

Das Gespräch führte Benjamin Weiser

„Profil“, 14.02.2021

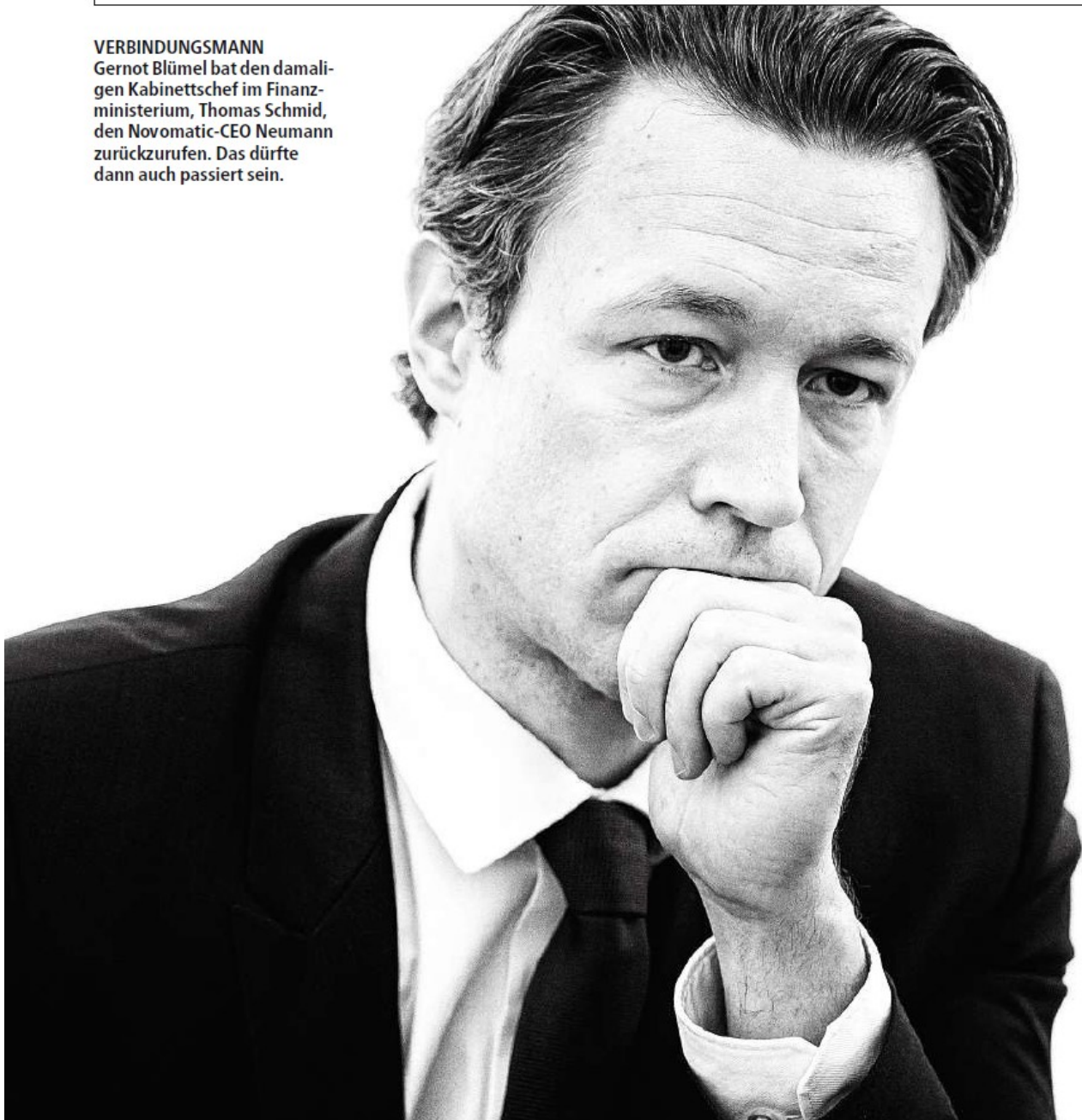
„Wir werden dies in einigen Ländern machen müssen“

Ein Glücksspielkonzern, eine – angebotene – Spende und eine Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister: Wie sich der Fall Blümel nahtlos in die Geschäftspraktiken von Novomatic einreicht. Und: Wie die Ermittlungen die türkis-grüne Koalition auf die Probe stellen.

Cha	Participants	Source	Ins	From	Body	Timestamp: Tii
620	Harald Neumann (owner)	iMessage: 11	11	Harald Neumann	Thomas hat mich angerufen ☺war etwas sauer aber alles ok!! danke	12.07.2017 17:07:07(UTC+0)
620	Blümel Neumann (owner)	iMessage: 12	12	Blümel		12.07.2017 20:39:04(UTC+0)

VERBINDUNGSMANN

Gernot Blümel bat den damaligen Kabinettschef im Finanzministerium, Thomas Schmid, den Novomatic-CEO Neumann zurückzurufen. Das dürfte dann auch passiert sein.



Novomatic. Das ist zunächst ein global agierender Glücksspielanbieter. Automaten, Casinos, Sportwetten, Online-Portale. 22.000 Mitarbeiter arbeiten in mehr als 70 Ländern, das Marketing- und Lobbyingbudget ist groß, der geschäftliche Ehrgeiz nur noch größer.

Novomatic. Längst ist diese Buchstabenfolge auch eine Zustandsbeschreibung der österreichischen Innenpolitik. Da ist über die Jahre eine Nähe entstanden zwischen einem Glücksspielkonzern und Politikern, die sich mit Euphemismen wie „politische Landschaftspflege“ kaum noch behübschen lässt.

Novomatic und Wolfgang Sobotka, ÖVP, derzeit Nationalratspräsident. Der Glücksspielkonzern schaltete Anzeigen in der Vereinszeitschrift des Alois-Mock-Instituts, dessen Gründer und Präsident Sobotka ist. Novomatic sponserte auch das Orchester, das Sobotka dirigiert.

Novomatic und Markus Tschank, FPÖ, vormalig Nationalratsabgeordneter und Vertrauter von Parteichef a. D. Heinz-Christian Strache. Tschank war einer der Architekten des FPÖ-nahen Vereinsnetzwerks, sein „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) erhielt ein Novo-Sponsoring.

Novomatic und Karl-Heinz Grasser. Da gab es die Geschichte mit den Lobbying-Aufträgen des Konzerns an Walter Meischberger und Peter Hohegger, als Grasser noch Finanzminister war.

Novomatic und Alfred Gusenbauer, SPÖ. Nach seinem Abschied aus der Politik heuerte der Altkanzler bei Novomatic-Gründer Johann Graf als Berater an.

Novomatic und Johannes Hahn, ÖVP. Heute Mitglied der EU-Kommission, einst Novomatic-Vorstandsvorsitzender.

Novomatic und Eva Glawischnig, einst Bundessprecherin der Grünen, dann Managerin bei – Novomatic.

„Novomatic zahlt alle“ – es ist einer der ikonischen Sätze aus dem „Ibiza“-Video 2017, in welchem sich Heinz-Christian Strache um Kopf, Kragen, Karriere soff. Das war in dieser Form natürlich blödes Gerede. Und doch steht diese Aussage programmatisch über dem laufenden „Ibiza“-Untersuchungsausschuss – und sie bildet auch die Klammer eines komplexen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens, des sogenannten „Casino“-Komplexes.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt seit Monaten gegen mehr als ein Dutzend teils sehr prominenter Personen, profilberichte ausführlich. Amtierende Politiker, Regierungsmitglieder zumal, waren zunächst nicht unter den Beschuldigten.

Und dann kam Gernot Blümel.

Donnerstag vergangener Woche passierte in Österreich Ungekanntes. Eine Hausdurchsuchung – vollzogen als „freiwillige Nachschau“ – bei einem amtierenden Finanzminister, der in einem Korruptionsverfahren als Beschuldigter geführt wird. Das hat es in der Zweiten Republik noch nicht gegeben. Die Aufre-

gung war angemessen. Die Opposition forderte unverzüglich Blümels Rücktritt (diese Forderung vernehmen türkise Regierungsmitglieder neuerdings öfter, dazu später).

Blümel bestreitet jedwedes Fehlverhalten. Es habe keine Spenden von Novomatic an die ÖVP gegeben. Novomatic hatte bereits in der Vergangenheit immer wieder betont, niemals Geld an Parteien gezahlt zu haben. Auch die Novomatic-Zentrale in Gumpoldskirchen wurde am Donnerstag durchsucht, nicht zum ersten Mal.

Novomatic und Gernot Blümel. Wieder so ein Puzzlestück.

Blümel steht im Verdacht, Mitte 2017 für Novomatic in den eigenen Reihen interveniert zu haben, um dem Konzern bei Problemen auf dem italienischen Markt zu helfen. Blümel war damals noch kein Regierungsmitglied, er stand der ÖVP Wien vor und war nicht-amtsführender Stadtrat. Eine solche Intervention – so sie stattgefunden hat – hätte für sich genommen noch keine strafrechtliche Relevanz gehabt.

Toxisch wird der Fall für Blümel dadurch, dass eine Gegenleistung im Raum stand – eine „Spende“ von Novomatic an die ÖVP nämlich. Dass es diese Spende gab, ist durch nichts belegt. Strafrechtlich könnte hier allerdings bereits das In-Aussicht-Stellen eines Vorteils problematisch gewesen sein, daher die Ermittlungen gegen Blümel und Neumann und einen weiteren früheren Novomatic-Manager. Der Bestechungsvorwurf richtet sich zunächst gegen den früheren Novomatic-Chef Harald Neumann, Blümel ist hier in der vermuteten Rolle eines Beitragstäters.

Um zu verstehen, worum es in dieser Sache geht, muss man einen „Amtsvermerk“ der WKStA bemühen, der profil und der ORF-„ZIB 2“ vorliegt. Die Medien recherchieren an diesem Fall gemeinsam. Der Bericht der WKStA stammt vom 21. Dezember 2020 und fasst die wichtigsten Ermittlungsergebnisse zusammen.

Eines der zentralen Beweismittel ist eine SMS-Nachricht, die Harald Neumann am 12. Juli 2017 an Gernot Blümel schrieb: „Guten Morgen hätte eine Bitte bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problems das wir in Italien haben! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus?? lg Harald“

Der damalige Novomatic-Chef Neumann suchte also über Blümel einen Kontakt zu Amtsträgern im ÖVP-Umfeld, genauer gesagt: zum damaligen Außenminister Sebastian Kurz. Wobei gegen den heutigen Bundeskanzler selbst nicht ermittelt wird.

Gesichert ist: Die Novomatic AG hatte damals tatsächlich Probleme in Italien, das drängendste mit der italienischen Finanz. Wie profil vergangenen Donnerstag online berichtete, hatte die „Guardia di Finanza“ die Tochtergesellschaft Novomatic Italia Mitte 2017 geprüft, die Prüfung war unschön verlaufen, Neumann selbst rechnete damals mit Steuernachzahlungen in einer Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro (am Ende waren es knapp mehr als 20 Millionen).

Blümel kannte Neumann zu diesem Zeitpunkt bereits seit einiger Zeit. „Mag. Blümel und Mag. Neumann standen offensichtlich in einem gewissen Vertrauensverhältnis, das sich aus dem evidenten lang-

GERNOT BLÜMEL
Half der ÖVP-Mann
dem Novomatic-
CEO im Jahr 2017
bei einem „Problem
in Italien“?

jährigen Kontakt und ein Vertrauensverhältnis voraussetzenden Handlungen (Jobvermittlung für Lebensgefährtin des Mag. Neumann; streng vertrauliche Nachrichten bezüglich des Vorstandsvertrags von Mag. Glatz-Kremsner; Briefübergabe an Justizminister durch Mag. Blümel im Strafverfahren des Mag. Neumann) ergibt“, schreibt die WKStA in ihrem Amtsvermerk. Wie nah das Verhältnis war, zeigen auch profil vorliegende Chats zwischen Neumann und Blümel (siehe Kasten rechts).

Gernot Blümel war allerdings gar nicht Neumanns erste Anlaufstelle gewesen. Zuvor hatte der Novomatic-Manager sich in der Italien-Sache bereits an den langjährigen Berater des Hauses – Alfred Gusenbauer – und den damaligen Generalsekretär des Finanzministeriums Thomas Schmid gewandt (Schmid ist einer der Beschuldigten im Casinos-Verfahren, allerdings nicht in Bezug auf diese Spenden-Causa).

„Alfred bitte asap Herrn Brodi kontaktieren und vielleicht gelingt es Dir einen Termin im Finanzministerium zu erreichen!!“, schrieb Neumann Gusenbauer am 11. Juli via E-Mail. „Herr Brodi“ – gemeint wohl Romano Prodi, einst unter anderem italienischer Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident, ein Geschäftspartner und Freund Gusenbauers. Was der Altkanzler darauf antwortete, geht aus dem Akt nicht hervor (das ist für dieses Ermittlungsverfahren allerdings auch unerheblich).

Schon am 10. Juli 2017 hatte Neumann Thomas Schmid angetextet. Als Generalsekretär des Finanzressorts war Schmid die Nummer zwei hinter Hansjörg Schelling und schon damals ein Vertrauter von Sebastian Kurz, heute steht er der Staatsholding ÖBAG vor. Neumann schrieb: „Hallo Thomas, hoffe es geht dir gut! Hast Du bzw. der HBM gute Kontakte zum italienischen BMF? Wäre wichtig!“ (Anm.: HBM für Herr Bundesminister, BMF für Finanzministerium).

Schmid replizierte: „Haben wir ja.“

Zwei Tage später folgte das bereits zitierte SMS von Neumann an Blümel mit dem Ersuchen um einen Termin beim Außenminister. Die Nachricht erreichte Blümel frühmorgens, um 7.34 Uhr. Um 10.18 Uhr meldete sich Blümel bei Thomas Schmid: „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich Danke!“

Schmid antwortete mit einem Smiley und telefonierte am selben Tag mit Neumann – wofür Blümel sich spätabends bedankte. Schmid replizierte mit einem Daumen-nach-oben-Zeichen: „Bei 40 Mio. Steuer Nachzahlung würde ich mich auch anscheissen :-“

Tags darauf meldete sich Schmid abermals bei Neumann: „Haben ein paar gute Kontakte auf Beamten Ebene ... Und einen ins Kabinett.“ Am 18. Juli 2017 schrieb Schmid ein E-Mail an Neumann: „Lieber Harald, aus unserer Sicht kann das auch ein Fall für ein Verständigungsverfahren sein.“ Verständigungsverfahren sind zwischenstaatliche Verfahren zwischen Abgabenbehörden, um Konflikte rund um die sogenannte Doppelbesteuerung zu lösen. Schmid übermittelte Neumann in diesem Mail den Namen der Leiterin der Abteilung für internationales Steuerrecht im Finanzministerium. Die Nachricht schließt mit den Worten: „Wir versuchen unser bestes.“

„Du wärst mir natürlich lieber“

Aus den Novo-Chats: Gernot Blümel hatte schon vor seiner Zeit Finanzminister immer wieder Kontakt zu Novomatic-Chef Neumann.

„Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz“ – so beginnt das verhängnisvolle SMS vom 12. Juli 2017, das Gernot Blümel nun eine als „freiwillige Nachschau“ titulierte Hausdurchsuchung durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft einbrachte. Die vollständige Text-Nachricht lautete: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problemes das wir in Italien haben! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus?? Ig Harald“

Die Nachricht kam vom damaligen Novomatic-CEO Harald Neumann, Blümel war damals noch Wiener ÖVP-Chef. Man war damals noch per Sie, doch das sollte sich alsbald ändern.

profil liegen zahlreiche Handy-Chats zwischen Blümel und Neumann ab dem Jänner 2018 vor. Blümel war da schon ÖVP-Kanzleramtsminister, also ein Mitglied des Kabinetts Kurz I (Finanzminister ist er seit Jänner 2020). Die Kommunikation lässt auf eine wachsende Vertrautheit zwischen Blümel und Neumann schließen. Und sie zeigt auch, dass Blümel immer wieder den Türöffner zu Kurz spielen sollte.

STEUERN UND SPENDEN
Ex-Novomatic-CEO Neumann wollte laut einer Notiz in Italien 50 bis 60 Millionen an Steuern vermeiden. In einem Mail an Konzernmitarbeiter plädiert er für eine Aufweichung der konzerninternen Spendenregeln.

4. Steuerthemen Italien

(Vermeidung von EUR 50-60m und Versuch einer Einigung mit Steuerbehörde und Aufsetzen einer Struktur, welche Steuerzahlungen in Zukunft verhindert; Interne Revision bezüglich Lohnsteuer)

Von: Neumann, Harald <HNeumann@novomatic.com>

Sende-Uhrzeit: 02.09.2017 01:16:00

An:

Cc:

Betreff: Re: Antw: Re: Parteispenden in Deutschland

Liebe Alle,
die Konzernrichtlinie hatte die Absicht, dass keine verdeckten Zahlungen an Parteien in all unseren Ländern vorgenommen werden dürfen! Ich halte nichts davon gesetzlich erlaubte und transparente Zahlungen an Parteien gänzlich zu unterbinden! Wir werden dies in einigen Ländern machen müssen und sollten uns nicht durch unsere Richtlinien einschränken!
Dh wir ändern die Richtlinie in der Form, dass diese Zahlungen nur dann stattfinden dürfen wenn sie im gesetzlichen Rahmen und transparent vorgenommen werden! Eine Meldung (und nicht Genehmigung) an das Compliance Komitee soll aber bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Neumann

Vorstandsvorsitzender Novomatic AG

Von meinem iPhone gesendet

CHAT 1

30.01.2018

Neumann: Hallo Gernot, hoffe es geht Dir gut! Hätte eine Bitte: Prof. Graf und ich möchten ab Mitte Februar einen Termin bei SK (vermutlich Sebastian Kurz, Anm.)! Thema Glückspiel generell aber auch Casag (Casinos Austria, Anm.) etc. Könntest Du solch einen Termin organisieren? lg Harald

Blümel: Bitte direkt bei im anfragen und ich stoße dann nach!

03.02.2018

Neumann: Hello, haben den Termin mal eingekippt! Hatte auch ein Gespräch mit Thomas Schmid (damals Generalsekretär und Kabinettschef im ÖVP-geführten Finanzministerium, Anm.) bezüglich einer Idee für Casag (österreichische Lösung). Würde Dir das auch gerne mitteilen. Möchte Feedback bevor Prof Graf bei Löger und Kurz seinen Termin hat! Können uns ja am 13.3. kurz zurückziehen (das Schloss ist ja gross genug;)) schönes Wochenende Harald
Blümel: Passt danke! Bis bald!

CHAT 2

06.02.2018

Neumann: Hello, haben bei der Casag eine ungute Situation bezüglich Verkauf Casino International! Müsste heute oder morgen mit dir telefonieren! wann würde es bei Dir gehen (bin derzeit in London auf der Messe) lg Harald
Blümel: Geht jetzt noch 30 min und dann ab 18uhr wieder!
Neumann: bitte ab 18 Uhr! Danke
Blümel: Ok meldest du dich?
Neumann: ja
Blümel: (knapp vor 18 Uhr, Anm.) Ich kann gerade nicht sprechen.
Neumann: ok, bin erreichbar!

CHAT 3

08.02.2018

Blümel: Muss mich für Abendessen kommenden Dienstag leider entschuldigen, sorry! Muss Budget zu Ende verhandeln!
Neumann: schade!! vielleicht geht sich in den nächsten Tagen ein Kaffee aus! lg

12.02.2018

Blümel: Yes! Büro meldet sich. Kann ein bissl dauern. Wenn dringend jeder Zeit tel

CHAT 4

06.03.2018

Neumann: müsste dich dringend sprechen! wenn geht persönlich! lg Harald
Blümel: Tel gerne, persönlich momentan schwer
Neumann: ok, dann telefonieren! wann geht es?
Blümel: (schickt einige Zeit später mehrere Bilddateien, Anm.)
Neumann: grossartig
07.03.2018
Neumann: gutes Meeting mit Löger gehabt! Österreichische Mehrheit ist gewünscht! Ist gut so lg Harald

CHAT 5

24.05.2018

Neumann: Hallo Gernot, Karl Stoss ist an Prof Graf herangetreten und hat ihm gesagt er geht so oft mit Seb wandern und Seb hat ihn gebeten einen Termin mit Prof Graf zu organisieren! Stimmt das oder macht er sich nur wichtig?? Anyway der Termin zwischen Seb und Prof Graf wäre trotzdem wichtig. lg Harald
Blümel: Ich glaub er war einmal vor zwei Jahren...
Blümel: Aber Termin sicher gut

CHAT 6

02.06.2018

Neumann: tolle Rede

CHAT 7

20.06.2018

Blümel: Schaffe es nicht mehr. Lass uns morgen tel LG Gernot
Neumann: ok, hab das Fest schon verlassen;))

CHAT 8

27.06.2018

Neumann: Hallo Gernot, am 1. August gibt es einen Empfang anlässlich meiner Ernennung zum Honorarkonsul von Rumänien. Es gibt einen Empfang im Novomatic Forum (mit Hanni ML) und von Seiten Rumänien ist der Aussenminister dabei. Danach soll es ein Abendessen im kleinen Rahmen geben (inkl Botschafter und Außenminister). Bräuchte ein standesgemäßes Gegenüber für den Minister und da kommst nur Du in Frage;)). Hast Du Zeit/Lust? lg Harald

28.06.2018

Blümel: Hi! Nach derzeitigem Stand bin ich da im Ausland! Falls sich das verschiebt melde ich mich! LG Gernot
Neumann: ok, dann werde ich die Margarethe fragen! Du wärst mir natürlich lieber;)) lg Harald

CHAT 9

09.01.2019

Neumann: Hallo, hoffe du bist gut gerutscht. Wann hättest du mal Zeit für einen Kaffee, hätte einige Themen welche ich gerne besprechen möchte. lg Harald
Blümel: Terminvorschlag kommt!!
Neumann: Danke!!

CHAT 10

25.01.2019

Neumann: Alles geklärt, sollte auf jeden Fall durchgehen. lg Harald

CHAT 11

19.06.2019

Neumann: Hallo, hast du nächste Woche Mittwoch Zeit für ein Mittagessen? lg Harald

20.06.2019

Blümel: Hi! 13 bis 14Uhr würde bei mir gehen. Wo?
Neumann: Bei uns im Forum! Da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen! lg Harald
Blümel: Optimal! Mittwoch 26. 13uhr im Forum! Freu mich!

Es ist vorerst nicht belegt, dass das österreichische Finanzministerium je bei den italienischen Steuerbehörden intervenierte, um für Novomatic einen vorteilhaften Deal zu erreichen. Es ist auch nicht belegt, dass Sebastian Kurz diesbezüglich aktiv wurde, oder überhaupt von all dem wusste (eine profil-Anfrage an das Bundeskanzleramt blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet).

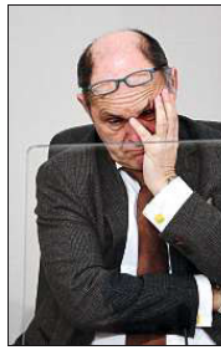
Seitens der Novomatic AG beantwortete Firmenanwalt Peter Zöchbauer eine profil-Anfrage so: „Bei der von Ihnen angesprochenen Thematik in Italien handelte es sich um einen üblichen internationalen Geschäftsfall im Zusammenhang mit der Verrechnung von Softwarelizenzengebühren. Konkret ist es um eine potentielle zusätzliche Steuervorschreibung der italienischen Behörden gegangen, die von Novomatic mit zwei internationalen ‚Big4‘-Steuerberatungskanzleien erfolgreich bestritten und entkräftet wurde. Schließlich wurde das Verfahren einvernehmlich beendet.“ Novomatic zahlte nach eigener Darstellung in Italien schlussendlich knapp mehr als 20 Millionen Euro an Steuern nach.

Rätselhaft bleibt, woran genau Novomatic-Manager Neumann dachte, als er in seiner Nachricht an Blümel von einer „Spende“ schrieb (und genau darüber offenbar auch mit Sebastian Kurz sprechen wollte). Neumann weilt nach Auskunft seines Anwalts Norbert Wess derzeit im Ausland. Laut Wess hat es weder von seinem Mandanten „noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben“. Neumann habe auch in Zusammenhang mit Italien nichts „versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt“. Das erklärt, was nicht geschah. Es erklärt aber nicht, was möglicherweise geschehen sollte – doch das ist für den Fortgang der Ermittlungen entscheidend. Denn, wie schon gesagt, auch ein nur versprochener Vorteil kann strafrechtlich relevant sein.

Geht es nach der WKStA, dann wusste Neumann ab dem Mai 2017 nur zu gut, dass die eben erst von Kurz übernommene ÖVP finanzielle Mittel benötigte. In diesen Kontext stellen die Ermittler ein Novomatic-internes E-Mail vom 2. Juni 2017, in welchem Neumann aus Anlass einer Diskussion über Parteispenden einer deutschen Novomatic-Tochter mehreren Empfängern unter anderem Folgendes schrieb: „Ich halte nichts davon gesetzlich erlaubte und transparente Zahlungen an Parteien gänzlich zu unterbinden! Wir werden dies in einigen Ländern machen müssen und sollten uns nicht durch unsere Richtlinien einschränken! Dh wir ändern die Richtlinie in der Form, dass diese Zahlungen nur dann stattfinden dürfen, wenn sie im gesetzlichen Rahmen und transparent vorgenommen werden!“

Wir werden dies – Zahlungen an Parteien nämlich – in einigen Ländern machen müssen, schrieb Neumann am 2. Juni an seine Leute. War damit auch Österreich gemeint? Jedenfalls schickte er am 12. Juli das SMS an Blümel, in welchem er den Begriff „Spende“ verwendete.

Harald Neumann hatte zu dieser Zeit einen Mann an seiner Seite, der stets um die Verfasstheit der ÖVP Bescheid wusste: Bernhard K., ab Jänner 2017 Leiter



WOLFGANG SOBOTKA
Das Alois-Mock-Institut, das der Nationalratspräsident gegründet hat, erhielt nachweislich Inseratengelder von der Novomatic. Auch bei Veranstaltungen wurde kooperiert.

APARIGRAND SCHAEFER

der Konzernkommunikation von Novomatic, mittlerweile dort ausgeschieden. Auch gegen K. wird ermittelt, ihn halten die Ermittler für ein „aktives Verbindungsglied zur Politik“.

K. kennt das politische Parkett und ist sowohl in Richtung ÖVP als auch FPÖ bestens vernetzt: Der PR-Experte war früher unter anderem Pressesprecher von Wolfgang Sobotka, als dieser für die ÖVP in der niederösterreichischen Landesregierung saß. Danach wirkte er im Kabinett von Innenminister Ernst Strasser. Auf der anderen Seite war er mit den Protagonisten eines FPÖ-nahen Vereinsnetzwerks gut bekannt und früher auch geschäftlich verbandelt. Beste Voraussetzungen also für die Zeit einer türkis-blauen Bundesregierung, wie sie sich nach der Nationalratswahl 2017 abzeichnete und bald darauf auch manifestierte.

Weshalb suchte Novomatic politische Connections? Es ging immer ums Geschäft. Kaum etwas zeigt das deutlicher als folgender Chat zwischen Harald Neumann und Bernhard K. vom 6. November 2017: „Hello, können wir tschank treffen! sollten etwas in die regierungsverhandlung einbringen!“, schrieb der damaligen Novomatic-Chef an seinen Konzernsprecher. Der Rechtsanwalt und blaue Vereins-Spezialist Markus Tschank zählte zum Bekanntenkreis von K. und war damals gerade für die FPÖ auf dem Sprung in den Nationalrat. K. hielt ein Treffen für möglich, wies aber darauf hin, dass Tschank den Medienbereich verhandeln würde, nicht Finanzen. Neumann replizierte: „egal brauchen jemanden der das thema kasinolizenzen einbringt!“.

Novomatic bestreitet vehement, je verdeckte Parteispenden geleistet zu haben. Fest steht allerdings, dass der Konzern 2018 und 2019 insgesamt 240.000 Euro an den Tschank-Verein ISP bezahlt hat. Dies offiziell als Sponsoring mit Gegenleistung – etwa im Rahmen von Vereins-Veranstaltungen. Die WKStA hegt jedoch den Verdacht, dass ein Scheinvertrag erstellt wurde und stuft die Zahlungen als mögliche Bestechung ein. Alle Betroffenen bestreiten das.

Am 14. Mai 2017, also zwei Monate, bevor Neumann sich mit dem „Spenden“-SMS an Blümel wandte, hatte der stets alerte Bernhard K. dem Novomatic-Chef folgende Nachricht geschickt: „Kurz wird seine Forderung bekommen. Er hat aber einen ganz wichtigen achten Punkt vergessen. Die Finanzierung der Bundespartei. Dort ist es nämlich ziemlich trist, werden von landesparteien sehr kurz gehalten.“ Am 24. Mai berichtete K. Neumann von einem Meeting mit Kurz: „War heute übrigens bei kurz. Hat eingeladen. Das wird nix ... Er tut sich schwer mit Inhalten. Nix mit övp neu.“

Lobbying – bei Novomatic waren und sind die Kontakte zur Politik ganz offensichtlich Teil des Tagesgeschäfts. Beispiele dafür gibt es zuhauf. So knüpfte man etwa enge Bande mit einem oberösterreichischen Steuerberater, der wiederum mit dem damaligen FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs, bekannt war. Augenscheinlich sollten über den Steuerberater Treffen eingefädelt werden. Man überlegte sich, in welcher Atmosphäre man mit Fuchs zusammenkommen wollte – und ob man dem

Geht es nach der WKStA, dann wusste Neumann ab dem Mai 2017 nur zu gut, dass die eben erst von Kurz übernommene ÖVP finanzielle Mittel benötigte.

oberösterreichischen Mittelsmann nicht vorab Informationen zukommen lassen möchte, damit dieser „schon flüstern kann“.

Die politische Landschaft wurde nicht nur gepflegt, sondern auch ordentlich beackert. In diversen Chats sind Hinweise auf – direkte oder indirekte – Interventionen in Richtung eines früheren oberösterreichischen FPÖ-Landesrats und eines ÖVP-Nationalratsabgeordneten dokumentiert. Konzernsprecher K. ließ gegenüber Neumann angebliches Insiderwissen aus dem Innenministerium durchblitzen und behauptete sogar, über eine Quelle zu NEOS-Internas zu verfügen.

Neumann wiederum brachte sich – ausgewerteten Chats zufolge – 2017 in direkter Kommunikation mit einer Kabinettsmitarbeiterin im Finanzministerium in die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage in Bezug auf Novomatic ein. Ende 2018 nützte er die politischen Connections augenscheinlich, um einen nahen Angehörigen beim Bundesheer an eine genehmere Stelle versetzen zu lassen. Ein besonders heikles Manöver im politiknahen Raum folgte 2019: Da drückte Novomatic den blauen Wunschkandidaten Peter Sidlo als Vorstand der Casinos Austria durch – nach einer vermuteten Absprache mit der damaligen FPÖ-Spitze. Dieser Vorgang beschäftigt bekanntermaßen bis heute die Justiz – alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe.

Etwas länger zurück liegen die Verbindungen zum Netzwerk des früheren Finanzministers Karl-Heinz Grassner. Hier stand lange der Verdacht im Raum, Novomatic habe 2006 (erfolglos) versucht, sich ein genehmtes Gesetz zu kaufen (im Wege von Aufträgen an Grassners Freunde Meischberger und Hohegger). Die WKStA ermittelte viele Jahre und stellte das Verfahren schließlich ein. Alle Betroffenen hatten die Vorwürfe stets bestritten.

2005 hatte die damalige niederösterreichische SPÖ-Landesrätin Christa Kranzl nach eigener Darstellung ein telefonisches „Angebot“ vom damaligen Novomatic-Chef Franz Wohlfahrt erhalten. Dabei ging es um die Anzahl der in Niederösterreich zugelassenen Glücksspielautomaten, von der Wohlfahrt nicht wollte, dass Kranzl daran rüttelt. Das zumindest sagte sie Jahre später in einem Zivilverfahren unter Wahrheitspflicht: „Dr. Wohlfahrt hat mich angerufen und mich auch auf diesen Bescheid angesprochen und hat im Zuge des Telefonats gemeint, dass das Unternehmen Wert darauf legt, dass alles so bleibt, und dass er Wert darauf legt, dass so wie der Bescheid ist, so alles bleibt. Er hat gemeint, dass das für mich nicht mein Nachteil sein würde. Ich habe allerdings nichts erhalten und auch nichts genommen und auch nichts bekommen von ihm.“ Wohlfahrt bestritt, je ein solches Angebot gemacht zu haben.

Das Meisterstück in Sachen politischer Vereinnahmung lieferte Novomatic jedoch am 2. März 2018. Damals präsentierte Neumann in einer geschichtsträchtigen Pressekonferenz die frühere Grünen-Chefin Eva Glawischnig als Managerin für „Corporate Responsibility und Sustainability“. Glawischnig beteuerte, sie werde ihren „kritischen Geist“ nicht aufgeben. Hinter den Kulissen tippte Bernhard K. in sein Handy: „Alle Gutmenschen haben heute Schnappatmung.“ Nur



HARALD NEUMANN
Für wen war die „Spende“ gedacht, über die der Ex-Novomatic-CEO in der Nachricht an Gernot Blümel schrieb?

Die politische Landschaft wurde nicht nur gepflegt, sondern auch ordentlich beackert. In Chats sind Hinweise auf – direkte oder indirekte – Interventionen.

fünf Tage später, am 7. März 2018, übermittelte Glawischnig – einem von den Ermittlern ausgewerteten Chat-Protokoll zufolge – Neumann folgende Vollzugsmeldung: „FYI: war gerade bei Vdb, hab ihm novomatic als Unternehmen näher gebracht und auch sensibilisiert zu CasAG-Frage. Lg“

Schnappatmung – das dürfte die ersten Reaktionen der ÖVP-Führungsriege zum Fall Blümel ganz gut beschreiben. Diese hat sich mittlerweile zwar gelegt – aber sogar den türkisen Marketinggenies wird es kaum gelingen, den Vorfall als bloße Unpässlichkeit zu verkaufen. Ein Minister sollte, erstens, nicht die Staatsanwaltschaft am Hals haben. Umso mehr gilt das, zweitens, für den Finanzminister, der nach dem Kanzler das mächtigste Regierungsmitglied ist. Wie will Gernot Blümel mit finanziellen Begehrlichkeiten aus anderen Ressorts umgehen, während er selbst unter dem Verdacht steht, auf einen Deal eingestiegen zu sein? Dass die Causa im Glücksspielmilieu spielt, macht sie noch peinlicher; das Finanzministerium ist nämlich für die Aufsicht über diese Branche zuständig. Blümel ist von Amts wegen so etwas wie der Oberaufseher der Branche.

Die Rücktrittsaufforderungen aus allen drei Oppositionsparteien sind deshalb mehr als politische Folklore: „Das geht sich einfach nicht aus“, fasste NEOS-Chefin Beate Meisl-Reisinger die Lage zusammen. „In einem zivilisierten Land nimmt der Finanzminister seinen Hut“, sagte der SPÖ-Abgeordnete Jan Krainer.

Die Affäre trifft die ÖVP zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt. Schon davor war es mit der Popularität von Türkis-Grün sachte bergab gegangen. Die aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Unique research im Auftrag von profil wurde noch vor den jüngsten Ereignissen durchgeführt – weist aber bereits deutliche Verluste für die Regierungsparteien aus: Die ÖVP käme derzeit auf 36 Prozent der Stimmen, die Grünen würden von zehn Prozent gewählt. Eine gemeinsame Mehrheit ginge sich also nicht mehr aus. Seit der Nationalratswahl Ende 2019 haben die zwei Koalitionspartner fünf Prozentpunkte abgebaut. Noch deutlicher wird der Liebesentzug, wenn man die ÖVP an ihren besten Zeiten misst: Im April 2020 war sie bei 48 Prozent gelegen. In der Kanzlerfrage hat Sebastian Kurz noch immer einen Respektabstand auf die Verfolger, aber auch sein Stern leuchtete schon einmal heller. Für 32 Prozent der Befragten ist Kurz noch immer ihr Wunsch-Regierungschef. Im Mai vergangenen Jahres hielten ihn noch 55 Prozent für die Idealbesetzung (siehe Seite 11).

Schuld daran sind natürlich in erster Linie die Fehler und Pannen in der Pandemiepolitik. Nach drei Lockdowns und dem schwersten Wirtschaftseinbruch seit Jahrzehnten können viele Bürger die Heldensaga von der ach so erfolgreichen Virusbekämpfung nicht mehr recht glauben. Auch das Impfprogramm kommt nur langsam in Schwung. Österreich hinkt im Vergleich zu anderen EU-Ländern hinterher. Die jüngsten Streitereien zwischen der Bundesregierung und dem Land Tirol zeigten, wie sehr die Nerven auch unter den politischen Akteuren blank liegen.

Aber Corona ist nicht an allem schuld, so praktisch das als Ausrede wäre. Vor allem die türkisen Minister

haben einen rabenschwarzen Start ins neue Jahr hingelegt – und zwar ganz ohne Feindeinwirkung: Den Anfang machte Arbeitsministerin Christine Aschbacher, die von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt wurde. Der Plagiatsjäger Stefan Weber warf der Politikerin in ihrer Diplomarbeit „Ideen- und Textplagiate“ vor, und entdeckte in ihrer Dissertation auch noch schier unfassbare sprachliche Fehler. Wer das Kauderwelsch gelesen hat, musste sich fast wünschen, dass es nicht von der Ministerin stammt. Aschbacher hielt den Spott nur ein paar Tage lang durch, am 11. Jänner legte sie ihr Amt zurück.

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck hatte es im Herbst des Vorjahres für eine super Idee gehalten, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer dem lockdowngeplagten österreichischen Handel auf die Sprünge zu helfen. Flugs wurde eine Online-Plattform namens „Kaufhaus Österreich“ aufgestellt – die leider nie richtig funktionierte. Mit dem neuen Jahr kam die Abrechnung: Die Wirtschaftskammer stieg aus, das Projekt wurde quasi beerdigt. In Beantwortung einer NEOS-Anfrage musste das Ministerium zugeben, dass die Kosten mit fast 1,3 Millionen Euro etwa doppelt so hoch ausgefallen waren wie bis dahin angegeben wurde. Die SPÖ will jetzt gegen Schramböck Ministeranklage einbringen.

Auch Innenminister Karl Nehammer hatte mutmaßlich schon mehr Spaß im Job. Am Mittwoch vergangener Woche präsentierte die Untersuchungskommission zum Terroranschlag in Wien ihren Abschlussbericht über die Behördenarbeit im Vorfeld. Das Ergebnis in Kurzfassung: Bei der Überwachung des als Gefährder bekannten späteren Täters ist so ziemlich alles schiefgegangen, was schiefgehen konnte. Wichtige Informationen wurden nicht ernst genommen, nicht weitergeleitet oder falsch interpretiert. Ingrid Zerbes, Strafrechtlerin und Leiterin der Kommission, richtete dem Innenminister auch noch aus, dass die von ihm geplanten und groß angepriesenen Änderungen im Terrorismusstrafrecht unnötig seien. In diesem Bereich bestehe „kein Ergänzungsbedarf“, heißt es im Bericht.

Nehammer hatte mit der Abschiebung einer georgischen Familie kurz zuvor schon den bisher heftigsten Krach in der Koalition verursacht. Die Grünen waren sehr sauer, verknierten sich aber die offene Revolte. Diesmal könnte es anders ausgehen.

Offenbar brauchte die Nachricht eine Weile, bis sie einsortiert war. In den ersten Stunden nach der Hausdurchsuchung übten sich die Grünen noch in demonstrativer Gelassenheit. Es sei zu früh, die Lage zu beurteilen, hieß es. Die ÖVP soll zunächst redlich bemüht gewesen sein, auf vermeintlichen Fehlern der WKStA herumzureiten. Der kleinere Koalitionspartner hatte sich darauf eingestellt, dass diese auch bei der Blümel-Pressekonferenz am vergangenen Donnerstagabend detailliert zur Sprache kommen würden. Stattdessen überraschte der Finanzminister mit einem knappen, pauschalen Dementi. Tenor: Unter seiner Führung seien keine Geldspenden an die Landespartei Wien geflossen. Dasselbe gelte für die Bundespartei unter Sebastian Kurz.

Das wiederum dürfte auch beim Koalitionspartner



THOMAS SCHMID
Intervenierte der ehemalige Kabinettschef im Finanzministerium für die Novomatic in Italien, um eine Steuernachzahlung in zweistelliger Millionenhöhe zu reduzieren? Derzeit gibt es dafür keine Belege.

„An seiner Stelle würde ich auf der Stelle zurücktreten. Das ist eine Frage der Ehre.“

Johannes Rauch, grüner Landesrat in Vorarlberg

Irritationen ausgelöst haben. Die Grünen erhöhten den Druck auf Blümel. Am Freitag, einen Tag nach der Hausdurchsuchung, schlug die Grüne Klubchefin Sigrid Maurer deutlich schärfere Töne an. „Minister Blümel hat mit seiner Pressekonferenz unsere Erwartung an unverzügliche, vollumfassende Aufklärung nicht erfüllt“, tönte sie. Und forderte im Ö1-„Mittagsjournal“ den Finanzminister auf, „unverzüglich alle Fakten auf den Tisch zu legen“ und die „berechtigten Fragen der Öffentlichkeit“ zu beantworten. Rücktrittsrufen wollte sie sich nicht anschließen – noch: „Das wäre verfrüht“, so Maurer.

Einige Kollegen gingen da weiter – wenn auch verklausuliert. Er wolle Gernot Blümel keine Ratschläge geben, natürlich sei das ausschließlich seine Sache und die der ÖVP, sagte etwa Johannes Rauch, grüner Landesrat in Vorarlberg. Zusatz: „Wenn ich an seiner Stelle wäre, würde ich auf der Stelle zurücktreten. Das ist eine Frage der Ehre.“

Vor allem aus den Bundesländern kam größer werdender Druck, die Grünen sollten diesmal Kante gegen den Koalitionspartner zeigen. Der Schock über das ohnmächtige Zusehen bei der Abschiebung sitzt tief, zudem ist der Kampf gegen Korruption ein Markenkern der Grünen.

Offen ist, wie die Grünen sich beim bevorstehenden Misstrauensantrag im Parlament verhalten werden. Dieser wurde bereits angekündigt – und eine Sondersitzung des Parlaments hat die Opposition auch schon beantragt.

Die Volkspartei reagiert auf die aktuellen Kalamitäten, wie sie das seit geraumer Zeit immer tut, wenn etwas schiefgegangen ist: mit gemeinsamem Mauerbau. Noch am Donnerstagabend wurde ein interner „Newsletter“ an Parteifunktionäre verschickt. Darin werden „die Fakten“ aus türkiser Sicht aufgezählt, etwa: „Wir nehmen keine Spenden von Glücksspielunternehmen, Waffenproduzenten oder Tabakkonzernen an.“ Oder: „Reflexartige Vorverurteilungen schaden der Demokratie!“ Auch ein Hinweis, dass Kärntens SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser ebenfalls einst Beschuldigter war, fehlte nicht. Genau diese Textbausteine aus dem Newsletter tauchten dann in allen Stellungnahmen von ÖVP-Politikern zur Causa auf.

Gegen Sebastian Kurz wird aktuell zwar nicht ermittelt, dennoch hat der Bundeskanzler Grund zur Nervosität. Blümel ist einer seiner engsten Vertrauten. Sollte sich der Verdacht gegen ihn nicht sehr rasch auflösen, wird das auf Kurz abfärben. Auch die Fehlleistungen anderer türkiser Minister könnten irgendwann am Chef hängen bleiben. Kurz hat ja nie ein Hehl daraus gemacht, dass er es ist, der die Entscheidungen trifft – besonders bei der Personalauswahl.

Am späten Freitagnachmittag trat Gernot Blümel noch einmal vor die Journalisten, um seine Unschuld zu beteuern. Er legte eine eidesstattliche Erklärung vor, dass vom Novomatic-Konzern weder Spenden an die ÖVP noch an vier namentlich aufgelistete ÖVP-nahe Vereine geflossen seien. „Wer etwas anderes behauptet, der wird von mir geklagt werden“, sagte Blümel (siehe dazu auch Kasten Seite 17).

Einen Gegenangriff könnte man das nennen. Hilft nicht immer. ■

Blümels Ehrenämter

Der türkise Politiker war in den Vorständen von vier Vereinen im Umfeld der ÖVP vertreten. Wie finanzierten sie sich?

TOBIAS STEINMAUER / PICTURESK.COM

Heinz-Christian Strache ist politisch zwar längst Geschichte – Gernot Blümel verflucht seinen früheren Koalitionsbuddy aber wohl bis heute. Es waren bloß drei Sätze, mit denen Strache auf der Finca in Ibiza einen Trick zur verdeckten Parteienfinanzierung ausplauderte: „Es gibt ein paar sehr Vermögende. (...) Die zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein. (...) Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof.“

Was Straches Andeutung mit der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Blümel zu tun hat? Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet, dass der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann ÖVP-Vertreter um Hilfe bei einem „Problem in Italien“ gebeten hat – im Gegenzug für eine „Spende“ (siehe Haupttext). Hinweise auf eine offizielle Zuwendung der Novomatic an die ÖVP finden sich in den Rechenschaftsberichten der Partei keine. Auffällig war aber, dass Blümel seine Pressekonferenz am Donnerstag beendete, als eine Journalistin nachbohrte, ob Spenden an parteinahe Vereine geflossen sein könnten. Am Freitag legte er nach: Er könne auch Spenden an ÖVP-Vereine ausschließen.

Fest steht, dass im Umfeld der ÖVP zahlreiche Vereine existieren – und Gernot Blümel war als Multifunktionär gleich in mehreren davon vertreten: Da ist etwa der Verein „Heimatverein Pro Patria – Für Niederösterreich“, der im Vorfeld der niederösterreichischen Landtagswahlen 2003 gegründet wurde und dessen Vorstand Blümel zumindest seit 2006 angehörte – zuletzt als Kassier. Im April 2016 schied er dort aus. Oder das „Karl Lueger-Institut“, das unter Blümel zu „Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum“ umgetauft wurde. Er war dort bis August 2017 Präsident. Danach sollte der Verein unabhängiger von der ÖVP werden, enge Verbindungen bestanden aber bis zuletzt: So besaß der Verein „Modern Society“ zumindest bis 2020 mehrheitlich das Springer-Schlössl nahe Schönbrunn, in dem die Parteiakademie der ÖVP ihren Sitz hat. Dem Verein sollen auch einige weitere Immobilien in Wien gehören, die an ÖVP-Bezirksparteien zunächst unter Marktwert vermietet wurden. Inzwischen sollen die Mieten eine marktübliche Höhe haben. Darüber hinaus finanzierte sich der Verein bis 2019 über Förderungen der Stadt

Wien, dafür wurde von „Modern Society“ etwa eine Bibliothek aufgebaut. Ob auch Spenden bei dem parteinahen Verein eingingen – unbekannt.

Blümel war jedenfalls ein umtriebiger Vereinsmeier: bis Juni 2020 war er Präsident des Vereins „Plattform Stadtparteien – Die Städteplattform der Volkspartei“ und bis Jänner 2019 Vorstandsvorsitzender des „Karl v. Vogelsang – Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich“.

Beide Vereine residierten wie auch „Modern Society“ an der Adresse der ÖVP-Akademie.

Und dann gibt es noch einen Verein, dessen Vorstand Blümels heutige stellvertretende Kabinettschefin im Finanzministerium angehörte. Der „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ schien bis 2019 als Medieninhaber der Website von Blümel auf. Als die NEOS öffentlich Fragen zu den Geldquellen des Vereins stellten, erklärte die ÖVP: Die Website werde ausschließlich durch die ÖVP Wien finanziert, Spenden von Dritten an den Verein gebe es keine, der Verein verfüge nicht einmal über ein Konto. Bleibt die Frage, warum es den Verein überhaupt gab. Inzwischen wird auf Blümels Website die Wiener ÖVP als Medieninhaberin geführt.

Der „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ wurde im Vorjahr aufgelöst. Wie übrigens auch die „Plattform Stadtparteien“ und „Pro Patria“.

Fakt ist: Hinweise oder gar Belege zu einer Novomatic-Spende an die Vereine mit Blümel-Beteiligung gibt es nicht. Der Finanzminister legte am Freitag gar eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach es von der Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an Vereine gegeben habe, in denen er Funktionär war. Darüber hinaus schloss Blümel auch Zuwendungen an andere Vereine im Umfeld der ÖVP Wien aus, er nannte namentlich den „Verein Wiener Stadtfeste“.

Klar ist aber auch, dass die Novomatic zumindest einen ÖVP-nahen Verein finanziell unterstützte: Das Alois-Mock-Institut, das von ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gegründet wurde. Zwischen 2013 und 2019 flossen Sach- und Geldleistungen in Höhe von knapp 109.000 Euro. Außerdem hat der Konzern das von Sobotka dirigierte „Waidhofner Kammerorchester“ unterstützt und zumindest eine Rechnung für den früher von ihm geführten NÖAAB, einem Bund der ÖVP, übernommen.



„Kurier“, 14.02.2021

Causa Blümel kommt ins Parlament

Parteispenden. Die ÖVP geht in die Gegenoffensive. Sie stellt die Argumentation der WKStA infrage und bringt eine parlamentarische Anfrage ein. Die Opposition wird einen Misstrauensantrag stellen



Die Opposition wird Blümel voraussichtlich das Misstrauen aussprechen. Nach Nehammer müssen die Grünen somit einen weiteren VP-Minister „retten“

VON MICHAEL HAMMERL

Die SMS-Affäre rund um Finanzminister Gernot Blümel wird am Dienstag im Nationalrat in Form einer Sonder-sitzung fortgesetzt. Diese soll mit einer „Dringlichen Anfrage“ an Blümel beginnen – und mit einem Misstrauensantrag samt Zustimmung der gesamten Opposition enden.

Am Donnerstag wurden Ermittler der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bei Blümel vorstellig. Dieser stimmte daraufhin einer Hausdurchsuchung freiwillig zu.

Hintergrund: Am 10. Juli 2017 hatte Blümel, damals Wiener ÖVP-Stadtrat, ein SMS von Harald Neumann, ein SMS von Harald Neumann, damals Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic, erhalten: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz ers- tens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien

haben!“ Blümel bat daraufhin den Generalsekretär des Finanzministeriums, Thomas Schmid, um einen Rückruf bei Neumann: „Tu es für mich“.

Die WKStA führt Blümel deshalb als Beschuldigten im „Casinos-Akt“. Das sickerte bereits vor der Hausdurchsuchung auf Social Media durch. Nun stehen folgende Fragen im Raum: Hat die Novomatic an die ÖVP oder dieser nahe stehende Vereine gespendet? Gab es dafür Gegenleistungen? ÖVP und Novomatic bestreiten das vehement, Blümel legte am Freitag gar eine „eidesstattliche Erklärung“ vor.

ÖVP fordert Aufklärung

Die Opposition fordert geschlossen Blümels Rücktritt, die ÖVP blies am Samstag zur Gegenoffensive: In einer parlamentarischen Anfrage an die Justizministerin fordert sie eine „volle Aufklärung der Vorgehensweise der

WKStA“ (siehe rechts). Die Basis der Hausdurchsuchung sei infrage zu stellen, da es weder eine Spende noch einen Termin mit Kurz gegeben habe.

Welche/r Kurz?

Im Terminkalender von Novomatic-Gründer Johann Graf wurde zwar am 25. Juli 2017 der Name „Kurz“ eingetragen. Es soll sich aber um eine Verwechslung handeln. Laut Novomatic ist mit dem Eintrag nicht Sebastian, sondern Martina Kurz, Grafs Schwiegertochter, gemeint. Das erscheint zwar ungewöhnlich, ist aber nicht unmöglich.

In der Begründung der Hausdurchsuchung hat die WKStA laut KURIER-Informationen nicht vermerkt, dass „Kurz“ jemand anderer sein könnte als der Kanzler. Unklar ist, ob in der richterlichen Entscheidung, die Hausdurchsuchung zu genehmigen, das auch berück-

sichtigt wurde. Blümel de- mentiert jedenfalls, einen Termin vermittelt zu haben.

Wie sehen Justiz-Insider die Ermittlungen? Im Zusammenhang mit der Hausdurchsuchung sprechen sie gegen- über dem KURIER von einem „kühnen Schluss“. Aus dem Akt ergebe sich – wenn über- haupt – ein Tatverdacht gegen Neumann, nicht gegen Blümel. Dieser trete lediglich als Dritter auf, der eine SMS empfängt und das Finanzmi- nisterium um einen Rückruf bittet. Um weitere Beweise zu finden, so zumindest der Ein- druck, habe die WKStA nun seine Wohnung durchsucht. „Blümel kommt wie die Jung- frau zum Kind“, heißt es.

Grüne verstimmt

Franz Fiedler, Ex-Präsident des Rechnungshofs und Ehrenpräsident von Transparen- cy International Österreich, äußerte sich gegenüber dem Ö1-Mittagsjournal am Sams- tag diplomatisch: Falls an den

Vorwürfen gegen Blümel et- was dran sei, „kann man nur empfehlen, dass er möglichst bald zurücktritt“. Blümel weist indes alle Vorwürfe vehement zurück und möchte im Amt bleiben. Blümel drohe für die ÖVP zur *lame duck* („lahme Ente“) zu mutieren: „Er muss sich darüber im Klaren sein, dass er unter dem Brennglas der Öffentlichkeit steht und vermutlich mit un- unterbrochenen Anwürfen konfrontiert werden wird“, meinte Fiedler, der betonte, dass auch für einen Minister die Unschuldsvermutung gel- ten müsse.

Sehr verstimmt zeigten sich die Grünen aufgrund der parlamentarischen An- frage der ÖVP. Der Koali- tionspartner versuche wie- derholt, mit Nebelgranaten die WKStA, eine „wichtige Behörde“ im Kampf gegen Korruption, „in der Öffent- lichkeit zu beschädigen“, meinte Justizsprecherin Ag- nes Sirkka Prammer.



KLAUS KNITTELFELDER

Verfahren

Was für eine Woche: Zusätzlich zur Dauerkrise und dem niederschmetternden Expertenbericht über die Verfassung des heimischen Geheimdienstes wurde also auch noch mit einer Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister Polit-Geschichte geschrieben.

Über den Ausgang der Sache lässt sich, auf voreilige Urteile über dünne oder vielleicht doch nicht so dünne Ermittlungs-Suppen verzichtend, derzeit so gut wie nichts sagen – mit einer Ausnahme: Denn fix ist in der eskalierten Auseinandersetzung zwischen ÖVP und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nur, dass einer der beiden enormen Schaden davontragen wird. Sei es die einst den „neuen Stil“ versprechende und nun durch die WKStA der Korruption beschuldigte Kanzlerpartei, die im Falle einer Anklage die Regierung in die Krise stürzen würde. Oder aber eine der demokratiepolitisch wichtigsten Behörden des Landes – die nach der Skandal-Razzia im Verfassungsschutz 2018 und gescheiterten Anzeigen in eigener Sache gegen Journalisten oder Top-Beamte wie kaum je in Erklärungsnot geriete, so die Blümel-Hausdurchsuchung wirklich überschießend gewesen sein sollte.

Und selbst wenn, wäre kein Ende des verfahrenen Streits, der nicht sein sollte und nur dem Ruf von Politik und Justiz schadet, in Sicht: Denn jedweder von einer ÖVP-geführten Regierung getane Eingriff in den Wirkungsbereich der WKStA, und sei er noch so vernünftig, wäre eine von Orbánismus-Vorwürfen begleitete weitere Eskalation mit Anlauf – und würde wohl allein deshalb nie passieren.

➤ Anfrage an Justiz über „Verfehlungen“ der Korruptionsjäger

ÖVP fährt nächsten

Die türkise Gegenoffensive rund um die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel geht weiter: So kündigte die ÖVP eine parlamentarische Anfrage an das grüne Justizressort an, in der es unter anderem um „Konsequenzen der Verfehlungen“ in der Korruptionsstaatsanwaltschaft geht. Die Grünen reagierten empört.

Es passiert nicht allzu oft, dass Abgeordnete im Parlament Anfragen an ein vom Koalitionspartner geführtes Ressort richten – und jetzt ist dies noch dazu in einer ausgesprochen heiklen Angelegenheit der Fall: So will

die ÖVP im Wirbel um die von der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) veranlasste Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel nun etwa vom Justizressort wissen, wie Details aus dem Akt an die Öffentlichkeit gelangt sind und wieso Formulierungen im Akt immer wieder „1:1 den parteipolitischen Diktionen der Sozialdemokratie bzw. der Freiheitlichen Partei entsprechen“. Auch fragen die Türkisen, wie die Justiz nun, nachdem Blümel ihrer Ansicht nach „sämtliche Vorwürfe als falsch darlegen konnte“, mit der Causa gedenkt umzugehen – und wer



EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Finanzminister Blümel war beim Friseur. Man wird sehen, ob er wegen der aktuellen Vorwürfe auch noch Haare lassen muss.

Ex-RH-Präsident Franz Fiedler im „Krone“-Gespräch

Rechnungshof-Kontrolle hätte „heilsame Wirkung“

Rechtlich hat die Republik so gut wie nichts aus Ibiza gelernt: Neue Regeln für mehr Transparenz gibt es immer noch nicht. Ex-Rechnungshof-Chef Franz Fiedler fordert deshalb, dass Parteikassen besser durchleuchtet werden sollen. Der Finanzminister muss ihm zufolge derzeit nicht abtreten.



Foto: www.picturedesk.com

Ex-RH-Chef Franz Fiedler

Einen ganzen Nationalratswahlkampf lang wurde ausgehend von der Ibiza-Affäre 2019 über Parteienfinanzierung geredet, von dubiosen Vereinskonstruktionen bis hin zu Politik-Sponsorings – und passiert ist seither wenig. Rechtliche Instrumente für mehr Transparenz gibt es noch keine – dabei wären manche rasch umzusetzen, erklärt der ehemalige Chef des Rechnungshofes, Franz Fiedler. Er fordert beispielsweise eine „echte Kontrolle“ der Parteikassen durch den Rechnungshof. Derzeit, so Fiedler, müsse dieser mit Wirtschaftsprü-

fern arbeiten, um Parteikassen zu prüfen. Sonst könne der Rechnungshof dies überall selbst tun, nur bei den Parteien eben nicht. Das Argument, dass ohnehin immer Umwege für illegale Spenden gefunden werden können, spricht für Fiedler nicht gegen eine solche Ausweitung der Prüfkompetenzen: Es hätte eine „heilsame Wirkung“, würden Parteien wissen, dass sie der Rechnungshof genauer kontrolliert, sagt er.

In der Causa Blümel selbst sieht Fiedler indes nicht zwingend einen Rücktrittsgrund: Auch für Blümel gelte die Unschuldsvermutung; hat der Türkise nichts Unrechtes getan, müsse er jetzt aufgrund der Debatte um ihn auch nicht gehen. Jedenfalls hat die Sache in den nächsten Monaten geklärt zu werden. KK

➤ Grüne mit Kritik

Konter

nun die „Verantwortung für die Verfehlungen trägt“. Kurzum, so ÖVP-Justizsprecherin Michaela Steinacker: „Wir fordern Aufklärung, weil die Vorgehensweise der WKStA viele Fragen aufgeworfen hat.“

Der türkise Konter stößt indes auf heftige Kritik des Koalitionspartners: So sprach die grüne Mandatarin Agnes Sirkka Prammer von einer „Nebelgranate zur Ablenkung von weiterhin unaufgeklärten Fragen“. Die ÖVP versucht damit laut der Grünen „diese wichtige Behörde (Anm.: die WKStA) in der Öffentlichkeit zu beschädigen“. KK

Der ÖVP-Parlamentsklub rückt aus, um Finanzminister Gernot Blümel zu verteidigen: Via parlamentarischer Anfrage wird erneut Kritik an den Korruptionsjägern geübt.

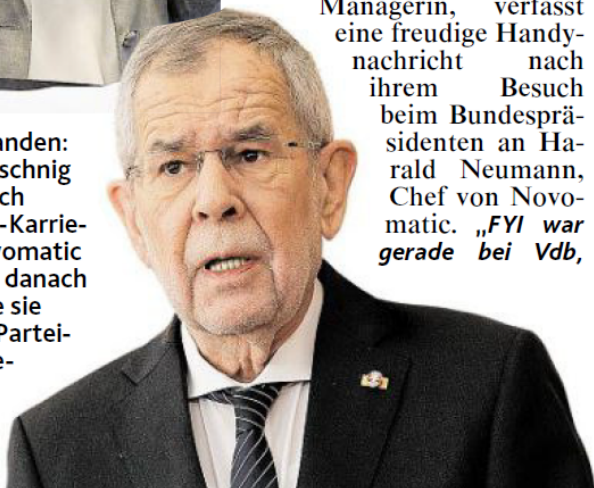


Foto: REUTERS/LISI NIESNER



Fotos: www.picturedesk.com

Grüne Granden: Eva Glawischnig dockte nach ihrer Polit-Karriere bei Novomatic an. Gleich danach berichtete sie ihrem Ex-Partei-freund Alexander van der Bellen davon.



➤ Wieder neue Namen ➤ Lobbying durch Eva Glawischnig?

Ibiza & Co.: Nun gibt es auch Schatten im grünen Bereich

Farbenlehre auf Österreichisch. Parteien im Visier eines Glücksspielkonzerns. Lobbying für Novomatic, Zuwendungen für Parteien? Die Frage beschäftigt Justiz und den Ibiza-U-Ausschuss. Gernot Blümel ist nicht der einzige Big Name im filmreifen Plot. In Akten der Ermittler tauchen auch prominente Grüne auf.

7. März 2018. Eva Glawischnig, Ex-Grünen-Chefin und Neo-Novomatic-Managerin, verfasst eine freudige Handynachricht nach ihrem Besuch beim Bundespräsidenten an Harald Neumann, Chef von Novomatic. „FYI war gerade bei Vdb,

hab ihm novo als Unternehmen näher gebracht und auch sensibilisiert zu CasAG-Frage Lg“. CasAG steht für Casinos Austria, an denen neben Novomatic auch der Staat beteiligt ist. Ermittlungen gibt es zu mutmaßlichem Postenschacher und Korruption von 2017–2019 unter Türkis-Blau. Hat Glawischnig im Gespräch beim Präsidenten lobbyiert? Nein, sagt sie, sie habe mit ihrem Ex-Partei-freund Van der Bellen lediglich über ihren (bei den Grünen umstrittenen, weil die Partei traditionell gegen Glücksspiel auftritt) Jobwechsel geplaudert. Van der Bellen kann

sich an das Gespräch, nicht aber an Details erinnern. Er empfangen regelmäßig Ex-Politiker. Die Episode passt jedenfalls in einen 2006 für Novomatic erstellten Masterplan des Lobbyisten Peter Hochegger (bekannt durch Buwog) zur Gewinnung von Politikern jedweder Couleur. Viele fanden früher oder später ihr Glück. Auszug aus dem Papier, knapp vor der Nationalratswahl: **Stakeholderanalyse neu! Wer sitzt im BMF? (rot/schwarz oder schwarz/grün?)**

Es gab zwar keinen grünen Finanzminister, doch für den Zeitraum von 2017–2019 entschied jüngst der Verfassungsgerichtshof, dass nichts gegen Eva Glawischnig beim Ausschuss spreche. Die FPÖ will auch den Bundespräsidenten. Zumindest für Aufsehen ist gesorgt.

Erich Vogl

ÖSTERREICH hat den Blümel-Akt



Blümel
Wohnung gefilzt,
Handy & MacBook
beschlagnahmt.



**Harald
Neumann
schrieb
WhatsApp an Blümel.**

Auf 13 Seiten listet die WKStA Verdachtsmomente auf: Mit einer WhatsApp hat es begonnen. Allerdings plagen auch die WKStA Zweifel (s. u.).

■ Hausdurchsuchung wegen zwei WhatsApp-Nachrichten
■ Novomatic hatte Steuersorgen ■ Auch Gusi eingeschaltet

ÖSTERREICH liegt die 13-seitige Anordnung zur Hausdurchsuchung vor. Die Suppe ist dünn...

Wien. Hausdurchsuchung beim Finanzminister – die Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA hat im Fall Gernot Blümel Geschichte geschrieben. Doch wie dicht ist die Verdachtslage wirklich?

■ **Die Anordnung.** Auf 13 Seiten listet die WKStA die Vorwürfe gegen Blümel und Ex-Novamatica-ChefHarald Neumann auf. ÖSTERREICH liegt der komplette Akt vor. Auffallend: Die Anordnung zur Hausdurchsuchung datiert vom 21. Dezember 2020, tatsächlich fand sie erst am 11. Februar 2021 statt. Es geht um den Verstoß gegen §307 – Bestechung. Je nach Schadenshöhe drohen von 6 Monate bis zu 10 Jahre Haft. Beide bestreiten den Vorwurf, es gilt die Unschuldvermutung.

■ **Spenden & Intervention.** Der Anlass: Am 12. Juli 2017 um 7:34 Uhr schrieb Neumann eine WhatsApp an Blüme: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen **Spende** und zweitens bezüglich eines **Problems**(sic!) das wir in Italien haben)“. In Italien drohte der Novomatic eine Steuernachzahlung von 50 Mio. Euro. Man suchte Hilfe auf allen Ebenen.

so wurde sogar Ex-SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer um Intervention gebeten (siehe unten).

■ **Nachricht an Schmid.** Drei Stunden später: Blümel schickt eine Nachricht an Finanzministeriums-Generalsekretär Thomas Schmid: „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich.“ Dazu zwei Küsschen-Emojis. Blümel sagt heute, es sei selbstverständlich, sich für ein österreichisches Unternehmen einzusetzen.

■ **Drei Stunden.** „Was in diesen drei Stunden passierte, ist noch nicht im Detail bekannt“, schreibt die WKStA. Sie hat aber eine Vermutung: „Jedenfalls gab es einen weiteren derzeit nicht näher feststellbaren Kontakt – wahrscheinlich per Telefonat – zwischen Neumann und Blümel.“ Auch Blümel vermutet das im oe24.TV-Interview, kann sich aber nicht genau erinnern. Und die WKStA schreibt in dem Akt: „Blümel informierte Kurz über das Angebot und akkordierte das weitere Vorgehen.“ Blümel bestreitet diesen Vorwurf: Er habe Kurz nicht vom Angebot informiert (siehe Interview).

Fest steht: Um 12.43 Uhr kontaktierte Schmid dann Neumann und avisierte einen Rück-

ruf. Um 17 Uhr telefonierten Schmid und Neumann. Danach schickte Schmid eine WhatsApp an Blümel: „Bei 40 Millionen Steuer Nachzahlung würde ich mich auch anscheißen :-“

■ **Spende gegen Intervention?** Jedenfalls gehen die Staatsanwälte „von einer Spende nicht unter 3.000 Euro aus“, die Blümel – damals Wiener Stadtrat – für die Intervention in Italien in Aussicht gestellt worden sei. Dabei muss kein Geld geflossen sein, erklärt Oberstaatsanwalt René Rupprecht: „Es geht darum, ob es ein Angebot gab und ob es wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.“ Blümel und Neumann dementieren

■ **Suppe zu dünn?** Tatsächlich hat auch die WKStA Zweifel: So sei unklar, ob der Termin mit Kurz und Novomatic-Chef Johann Graf zustande kam, heißt es im Akt. Ein Eintrag „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Gründer Johann Graf entpuppt sich als einer mit Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz. Das bestätigt Graf in einem Statement gegenüber ÖSTERREICH.

Und: „Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Kurz aufgrund des Angebots Handlungen setzte“, muss selbst die WKStA eingestehen...

Nach der Verdachtslage haben daher Mag. NEUMANN und Mag. BLÜML, M.B.A. das Verbrechen der Bestechung SS 307 Abs 1 und 2 unter Fall StGB begangen.

Weil nach der zu Punkt 1. angeführten Verdachtslage die Straftat von Mag. NEUMANN als Vorsitzender der NOVOMATIC AG, wohin als deren Entscheidungsträger (Sd § 2 Abs 1 Z1 YHGG, begangen wurde, ist der belagte Verband gemäß § 3 Abs 1 Z 1 und Abs 2 YHGG für das zu Punkt 1. angeführte Verbrechen verantwortlich.

Am 12. Juli 2017 um 7:34 Uhr ersuchte Mag. NEUMANN Mag. BLÜMEL, MBA um einen Termin

bei KURZ mit dem genannten Wortlaut: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einem Problem, das wir in Italien haben). Glauben Sie geht sich das noch diese Woche an?? Jg Harald“ (ON 1118 5 16).

Am 23. Juli 2017 findet sich im Terminkalender der persönlichen Assistentin des Johann GRAF ein Termin mit dem Betreff „Kurz“ (ON 11185 20 f).

5 von 13
17 St 5/190

Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass MMag. SCHMID von dem Spenderangebot in Kenntnis war, auch wenn dies aufgrund des engen Vertrauensverhältnisses zu Mag. BLÖMEL, MBA nahegelegt wäre.

Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian KURZ das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian KURZ aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzt.

Durch Ermittlungen zu klären ist, ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der NOVOMATIC AG in die des Schwaiger-Unternehmens der ÖVP kam.

ÖVP schießt gegen WKStA

■ Anfrage an Kogler ■ »Verfehlte Ermittlungen« ■ »SP-Diktion im Akt«

Die ÖVP stellt jetzt eine Anfrage an den amtierenden Justizminister Werner Kogler.

Wien. Die Anfrage von ÖVP-Justizsprecherin Martina Steinacker mit dem Titel „Wer trägt für die Verfehlungen die Verantwortung und was sind die Konsequenzen?“ hat es in sich. Steinacker wirft der WKStA von Ilse Vrabl-Sanda vor, dass ihre Behörde ein Leck habe: „Wie konnte

der Beschuldigtenstatus Blümel in die Medien gelangen?“ Die Anschuldigungen gegen Blümel weist die ÖVP zurück: „Ist es nicht problematisch, dass die Basis für Ermittlungen und Hausdurchsuchung ein Termin und eine Spende sind, obwohl es weder eine Spende noch einen Termin gegeben hat?“ Im Akt ortet die ÖVP „SPÖ- und FPÖ-Diktion“.

Dass offensichtlich - wohl unter Zuhilfenahme von Dr. GUSENBAUER - politische Interventionen dachte, zeigt sich dadurch, dass er die „Schiene Prodi“ und die Spaltung der „Partido Democratico“ in seine Überlegungen zur Lösung der Steuerreform einbezog. Letztlich bat er Dr. GUSENBAUER um Informationen, ob Kontakte bestehen, nachdem die „Schiene Prodi“ wenig erfolgversprechend schien.



Gusenbauer
kommt im Akt vor:
Novomatic bat auch
ihn um Hilfe.

„Österreich“, 14.02.2021



OE24.TV: Wie ist die Hausdurchsuchung abgelaufen?

GERNOT BLÜMEL: Am Mittwochabend habe ich einen Anruf erhalten und bin zu einem Gespräch für Donnerstagmorgen in die Staatsanwaltschaft eingeladen worden. Da wurde mir das Dokument vorgelegt. Nachdem ich alles gelesen habe, war ich erleichtert, weil ich gewusst habe, dass der Vorwurf falsch ist. Ich habe dann mein Handy übergeben und wir sind in meine Wohnung gegangen. Die Hausdurchsuchung hat etwa eineinhalb Stunden gedauert. Diverse elektronische Geräte sowie das MacBook von meiner Frau und mir haben die Beamten mitgenommen.

OE24.TV: Es geht um eine Nachricht, die der ehemaligen Novomatic-Chef Neumann Ihnen schickte und um eine Nachricht, die an den Generalsekretär im Finanzministerium, Schmid, ging. Was ist in den drei Stunden dazwischen passiert, ein Telefonat mit Neumann?

BLÜMEL: Es wird wohl um das Thema gegangen sein, um die steuerlichen Probleme der Novomatic in Italien. Und die habe ich auch an den Generalsekretär weitergegeben. Falls das Spendenthema eines gewesen wäre, dann hätte ich mit Sicherheit auch klargestellt, dass wir keine Spenden von Glücksspielunternehmen nehmen.

OE24.TV: Wesentlich ist: Haben Sie Sebastian Kurz da-

mals über die WhatsApp-Nachricht informiert? Damals war er Außenminister.

BLÜMEL: Das ergibt sich überhaupt nicht aus den Themen, die daliegen. Es war immer klar, wir brauchen keine Spenden von Glücksspielunternehmen. Sebastian Kurz war damals im Intensivwahlkampf, deshalb weiß ich, dass es niemals zu so einem Termin betreffend Spenden gekommen ist.

OE24.TV: Vermuten Sie ein politisches Motiv der Korruptionsstaatsanwaltschaft für die Ermittlungen gegen Sie?

BLÜMEL: Die machen ihren Job. Ihr Umgang mit mir war professionell, das wurde sensibel gehandhabt.

OE24.TV: Hat das Ganze nicht eine schiefe Optik, wenn Sie sich die Vorwürfe gegen Sie so durchlesen?

BLÜMEL: Die Situation ist unangenehm. Ich kann mich aber erinnern, dass Faymann Beschuldigten-Status gehabt hat, der Josef Ostermayer oder auch Landeshauptmann Kaiser ist 5 Jahre Beschuldigter gewesen. Es führt aber in den allermeisten Fällen zur Einstellung des Verfahrens.

OE24.TV: Zuerst schlossen Sie aus, dass es Spenden von der Novomatic an die ÖVP-Bundespartei gab. Am Ende haben Sie erklärt, dass es keine Spenden an VP-nahe Vereine

Faymann war Beschuldigter, auch Ostermayer & Kaiser.

Gernot Blümel im Interview auf oe24.TV

in diesem Zusammenhang gegeben hat. Warum sind Sie da so sicher?

BLÜMEL: Was ich ausschließen kann, ist, dass es in meiner Zeit als Landesparteiobmann in Wien eine Spende der Novomatic gegeben hat. Auch, dass es in den Vereinen, wo ich Verantwortung getragen habe, eine Spende der Novomatic gegeben hat. Und ich kann auch ausschließen, dass insgesamt jemals ein Verein Spenden von der Novomatic als Gegenleistung für eine politische Handlung von mir erhalten hat.

OE24.TV: Die Opposition fordert Ihren Rücktritt. Käme ein vorübergehender Rückzug für Sie in Frage, bis diese Causa aufgeklärt ist?

BLÜMEL: Nein, weil ich weiß, dass nichts Falsches gemacht worden ist.

OE24.TV: Grünen-Klubobfrau Sigi Maurer hat gesagt, dass sie noch nicht beurteilen kann, ob Sie amtsfähig sind. Ärgert Sie das?

BLÜMEL: Was ich verstehen kann, ist, dass jeder in dieser Republik eine Aufklärung will – und glauben Sie mir: Ich habe selbst das größte Interesse daran, dass diese Aufklärung rasch erfolgt, insofern kann ich dem Wunsch nur beitreten.

OE24.TV: Aber vermissen Sie die Unterstützung Ihres Koalitionspartners?

BLÜMEL: Die Zusammenarbeit in der Koalition ist eine gute, auch in schwierigen Zeiten.

INTERVIEW: N. Feilner

„Österreich“, 14.02.2021

DAS SAGT ÖSTERREICH

WOLFGANG FELLNER



Kanzler Kurz ist unter Druck – die Justiz spielt »Django«

Sebastian Kurz ist in diesen Tagen – erstmals in seiner Zeit als Kanzler – schwer unter Druck. 2021 könnte – nicht nur coronabedingt – für Kurz tatsächlich zu einem „Seuchen-Jahr“ werden.

Zuerst zerbröckelt ihm der Koalitionspartner – der Gesundheitsminister wird mit Anzeigen, Misstrauens-Anträgen und Rücktrittsforderungen regelrecht zugeschüttet; der Vizekanzler wirkt weggetreten; die Justizministerin ist auf Babypause, während die Justiz völlig aus den Fugen gerät; und die grüne Basis fordert wegen der Abschiebungen von drei Mädchen das Koalitions-Ende...

...und jetzt zerfällt dem Kanzler auch noch das eigene Regierungsteam: Zuerst der noch eher kabarettreife Rücktritt der „Fälschungs-Königin“ Aschbacher; dann das Dauer-Bombardement auf Innenminister Nehammer mit seinen Terror- und Abschiebe-Fehlern; schließlich die Enthüllungen rund um Wirtschaftsministerin Schramböck und ihr „Kaufhaus Österreich“ – und jetzt auch noch die Korruptions-Vorwürfe gegen den für Kurz so wichtigen Finanzminister Blümel, von denen Kurz weiß: In Wahrheit richten sich die Vorwürfe der Justiz auch gegen ihn.

In Regierung brennt der Hut: Vier wichtigste Minister wackeln

In der Regierung brennt der Hut. Die vier wichtigsten Minister – Anschöber, Nehammer, Blümel und Schramböck – wackeln. Die Grünen gehen auf Konfrontationskurs mit der ÖVP. Der grüne Gesundheitsminister hat die Corona-Krise – von der Tiroler Südafrika-Mutation bis zum Impf-Chaos – nicht mehr im Griff. Und jetzt geht die – traditionell rot-grüne – Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft auch noch frontal gegen die Regierung los.

Prinzipiell verdient diese Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft vollste Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Korruption – denn davon gibt's in diesem Land genug.

Indiskutabel wird es allerdings, wenn diese Staatsanwaltschaft selbst ins Chaos stürzt, wenn es dort jede Menge politi-

sche Interventionen gibt (wie die wichtigste Mitarbeiterin gerade im U-Ausschuss ausgesagt hat), wenn die Justiz wie im Fall der WKStA intern „Krieg“ spielt – und wenn diese Staatsanwaltschaft dann zu einer „Polit-Junta“ gegen politisch Andersdenkende wird.

Im „Fall Gernot Blümel“ wurde nicht nur sein „Beschuldigter-Status“ vorweg an die Medien „gespielt“, es wurde auch eine Hausdurchsuchung nur auf der Basis von zwei – zugegebenermaßen verdächtig klingenden – SMS durchgeführt, die Blümel mit dem Novomatic-Boss austauschte.

Es gibt keinen Beweis, dass die in den SMS behauptete Spende an die ÖVP und ein Treffen mit Sebastian Kurz je stattgefunden haben. Im Gegenteil: Blümel kann bis jetzt schlüssig beweisen, dass es eine Novomatic-Spende zumindest in der Partei-Buchhaltung nicht gibt.

Die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft gerät jetzt wohl auch unter Druck. Laut ÖSTERREICH-Recherchen kommt es bei hundert (!) Ermittlungen der WKStA nur zu einer einzigen (!) Verurteilung. Das heißt: 99 von 100 Bürgern wird schlicht der Ruf ruiniert.

Im „Fall Blümel“ ist die Causa besonders heikel: Eine Staatsanwaltschaft kann ja nicht den – gerade in der Corona-Krise – wichtigsten Minister monatelang „grillen“, ohne handfeste Beweise vorzulegen. Vor allem weil der logische nächste Schritt – wenn der Verdacht der Staatsanwälte stimmt – ja Ermittlungen gegen Kanzler Kurz wären. Und dann auch der Kanzler zum „Beschuligten“ würde.

Dann wäre die Staats-Krise perfekt: Korruptions-Ermittlungen gegen einen Kanzler (à la Israels Netanjahu) hat es in Österreich noch nie gegeben.

Der WKStA wäre deshalb dringend anzuraten, in diesem Fall sehr rasch „harte Facts“ – die es ja durchaus geben kann – auf den Tisch zu legen. Oder aber Blümels Ruf (und damit auch den Ruf des Kanzlers) wiederherzustellen.

Denn noch sind wir Gott sei Dank nicht so weit, dass auch in Österreich das Motto gilt: „Ist der Ruf erst mal ruiniert, regiert es sich völlig unge- niert ...“

Post
von
Jeannée



MICHAEL JEANNÉE
michael.jeannee@kronenzeitung.at

Lieber Gernot Blümel,

selten so ein redaktionelles Griss, über einen Politiker zu schreiben, erlebt wie gestern in der „Krone“. Denn eine polizeiliche Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister der Republik wegen Verdacht der Korruption ist halt ein „Ding“, das unsere Branche einen „Hammer“ nennt.

Für mich allerdings besteht der Hammer weniger im Durchwühlen Ihrer Wohnung als vielmehr in der Reaktion der Oppositionsparteien.

Die Sozis, die Freiheitlichen und die Pinken verlangen in seltener Eintracht Ihren Rücktritt.

Was aber würde ein solcher in Zeiten wie diesen bedeuten? Einen politischen Scherbenhaufen.

Corona, die Tests, das Impfen, der gemeinsame Kampf gegen das Virus – den Roten, den Blauen und den Neos doch völlig powidl. Denn es winkt die Macht.

Was angestrebt wird, ist das Platzen der Regierung. Ist die Verzweiflung der Wähler, der Menschen, der Österreicher, die nicht mehr wissen, was es und wie es weitergehen soll.

Sind Neuwahlen.

Halleluja, jetzt bekommt sie ihr Fett ab, die Kurz-Partei. Jetzt kommen wir zum Zug. Endlich wieder ein rotes Bundeskanzleramt. Frau Rendi-Wagner, Herr Leichtfried & Co. am Ruder.

Besten Dank, Herr Blümel, von dieser Seite. Ob Sie nun schuldig sind oder nicht. Denn das interessiert die nicht. Weil es ihnen um die Pfründe, ums Regieren geht und um sonst nix.

PS: Bleiben Sie bloß auf Ihrem Posten, Herr Minister!

Details zu den Vorwürfen gegen den ÖVP-Finanzminister

Minister Blümel unter

Wollte sich die Novomatic im Gegenzug für Spenden an die ÖVP deren Unterstützung in einem Verfahren rund um Steuernachzahlungen in Millionenhöhe erkaufen? Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet Bestechung, alle Beteiligten weisen die Vorwürfe zurück. Die Optik für Finanzminister Gernot Blümel und die gesamte ÖVP ist dennoch verheerend.

Der Akt, in dem alle Anschuldigungen gegen Gernot Blümel, die am Donnerstag zur Hausdurchsuchung beim Finanzminister geführt haben, gesammelt sind, ist 13 Seiten lang. Anhand von Chatprotokollen skizziert die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ihren Verdacht, dass der damalige Novomatic-Geschäftsführer Harald Neumann im Jahr 2017 dem damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) Spenden im Gegenzug für Interventionen in Italien angeboten hat. Gernot Blümel soll dabei als Vermittler fungiert haben. Novomatic drohte in Italien eine Steuernachzahlung in der Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro. Neumann bat, möglichst noch in

der aktuellen Woche, um einen Termin mit Sebastian Kurz. Drei Stunden später schrieb Blümel eine Nachricht an Thomas Schmid, damals Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium, heute Alleinvorstand der Verstaatlichten-Beteiligungs AG (ÖBAG), dieser möge Neumann zurückrufen. „Tu es für mich“, schrieb Blümel – und schickte ein Küsschen mit.

Aus den Aufzeichnungen der Staatsanwaltschaft geht ebenso hervor, dass die Novomatic für ihr Italien-Problem auch Unterstützung bei Ex-SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer suchte. Dieser wurde um Informationen, „ob Kontakte zum ‚Renzi-Lager‘ bestehen, nachdem die ‚Schiene Prodi‘

wenig erfolgversprechend schien“, gebeten. (Gemeint sind die beiden ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi und Romano Prodi.)

Neumanns Anwalt Norbert Wess richtet aus, dass weder sein Mandant noch die Novomatic AG Spenden an politische Parteien geleistet habe. Novomatic-Eigentümer Johann Graf sagt, dass es nie ein Treffen mit Sebastian Kurz oder mit Gernot Blümel gegeben habe.



Ganz abgesehen davon, was die Ermittlungen noch alles zum Vorschein bringen, lässt sich eines jetzt schon sagen: Dass Gernot Blümel als Finanzminister für die Kontrolle und Überwachung des Glücksspiels zuständig ist und gleichzeitig selbst in ebendieser Causa beschuldigt wird, macht – salopp gesagt – keinen schlanken Fuß. Man könnte aber auch konstatieren: Das geht sich nicht aus.

Doris Vettermann

Viel Kritik Sondersitzung am Dienstag

Grüne: „Alle Fakten auf den Tisch legen“

So geeint tritt die Opposition gerade in Corona-Zeiten selten auf: Gemeinsam veranlassten SPÖ, FPÖ und Neos eine Sondersitzung des Nationalrates, in der Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zu den gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfen Stellung beziehen muss.

Stattdessen wird die Sitzung bereits am kommenden Dienstag. Auch forderten Rot, Blau und Pink Blümel zum Rückzug auf. Die Freiheitlichen verlangen gar, dass der Bundespräsident die gesamte Regierung abberuft.

Kritik äußerte selbst der Koalitionspartner der Türkisen: Zwar sei es für Rücktrittsaufforderungen an Blümel noch zu früh, erklärte Grünen-Klubchefin Sigrid Maurer – jedoch müsse der Finanzminister jetzt „unverzüglich alle Fakten auf den Tisch legen“.



Grünen-Klubchefin
Sigrid Maurer.

Foto: SEPA Media | Martin Juen

► Novomatic sucht auch bei Ex-SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer um Hilfe an

Beschuss – „hätte eine Bitte“

A. Tatverdacht:

Es besteht der Verdacht, es haben in Wien

1. Mag. Harald NEUMANN am 12. Juli 2017 einem Amtsträger, nämlich Sebastian KURZ in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres

für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts, nämlich in dessen Funktion als Außenminister im Rahmen seiner ihm nach dem Bundesministeriengesetz zugewiesenen Aufgaben in einer Steuerangelegenheit einer Tochter der NOVOMATIC AG in Italien zu intervenieren, einen Vorteil in einem zumindest 3.000 Euro übersteigenden Wert angeboten eventualiter Mag. Gernot BLÜMEL, MBA dazu

Am 2. Juni 2017 setzte sich Mag. NEUMANN intern im NOVOMATIC-Konzern dafür ein, dass die Konzernrichtlinien zu Parteispenden insofern geändert werden sollten, dass offene Parteispenden zulässig sein sollten (ON 1118 S 6).

Am 12. Juli 2017 um 7:34 Uhr ersuchte Mag. NEUMANN Mag. BLÜMEL, MBA um einen Termin bei KURZ mit dem genauen Wortlaut „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problems das wir in Italien haben! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus?? Ig Harald“ (ON 1118 S 16).

Rund drei Stunden später, um 10:18 Uhr kontaktierte Mag. BLÜMEL, MBA MMag. SCHMID mit dem Wortlaut „Bitte ruf den Neumann zurück zurück. Tu es für mich 🙏“

Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian KURZ das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian KURZ aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte. Durch Ermittlungen zu klären ist, ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der NOVOMATIC AG in die Sphäre des Sebastian KURZ und/oder der ÖVP kam.



Finanzminister Gernot Blümel steht gehörig unter Beschuss.

Foto: www.picturedesk.com

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Der Finanzminister ist derzeit mit anderen Dingen beschäftigt, die geplante Steuerreform kommt wohl erst am übernächsten 29. Februar.



So reagiert der türkise Finanzminister auf die Vorwürfe

Konter mit Warnung und eidesstattlicher Erklärung

Gernot Blümel geht in die Gegenoffensive: Per eidesstattlicher Erklärung beteuerte der Minister, dass die ÖVP oder ihr nahestehende Vereine während seiner Verantwortung keine Novomatic-Spenden erhalten haben. „Wer etwas anderes behauptet, wird geklagt.“

Der unter Korruptionsverdacht stehende Finanzminister Gernot Blümel denkt offenbar nicht an einen Rücktritt, im Gegenteil: Der Türkise ging gestern in die Gegenoffensive. Vor Journalisten erklärte er, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe „völlig falsch“

seien, er sprach sogar von „Verleumdungen“. Vom Glücksspielkonzern Novomatic seien keine Spenden an die ÖVP oder ihr nahestehende Vereine geflossen, das beteuerte Blümel gar per eidesstattlicher Erklärung; er schließe zudem aus, dass „Vereine mit meinem Wis-

sen Spenden als Gegenleistung für mein politisches Handeln erhalten haben“, so Blümel. „Wer etwas anderes behauptet, wird geklagt.“

Dass sich Firmen etwa bei Steuerproblemen im Ausland an die Politik wenden, sei „völlig normal“. Und warum wurde 2017 ausgerechnet der damalige Stadtpolitiker Blümel vom Novomatic-Boss kontaktiert? „Er wird sich an jemanden gewandt haben, von dem er die Nummer hatte“, so Blümel. KK

„Die Presse“, 13.02.2021

Was hinter dem Fall Blümel steckt



Kanzler Sebastian Kurz und sein Vertrauter, der Finanzminister Gernot Blümel, sind im Visier der Ermittler der WKStA.

[photomontage.at/Georgios Schneider]

VON ANNA THALHAMMER

Wien. „Novomatic zahlt alle“, sagte Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Vollrausch auf Ibiza im Sommer 2017. Ein Jahr später nahm die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Ermittlungen im Ibiza-Casinos-Komplex auf. Heute gibt es eine lange Liste an Beschuldigten, auf der seit Kurzem auch ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel steht. Am Donnerstag wurden bei ihm Hausdurchsuchungen durchgeführt. Aber was soll er angestellt haben?

Der Vorwurf

Im Jahr 2017 fungierte Blümel in Wien als nicht amtsführender Stadtrat, Sebastian Kurz als Außenminister. Es war kein Geheimnis, dass Kurz plante, die Partei zu übernehmen. Die WKStA vermutet in diesem Zeitraum Folgendes: Die Novomatic sei damals an Blümel herangetreten und habe ihn um Hilfe in Italien gebeten. Der Glücksspielkonzern war wegen Steuererhöhungen zu Zahlungen von rund 50 Millionen Euro verdonnert worden. Im Gegenzug seien dafür Spenden in den Raum gestellt worden, um die maroden ÖVP-Parteikassen aufzubessern.

Es soll in diesem Zusammenhang auch Treffen von Novomatic-Vertretern mit Kanzler Kurz gegeben haben, vermutet die WKStA. Kurz hatte der Wirtschaft damals als Außenminister tatsächlich sehr offensiv angeboten, bei Problemen im Ausland vermittelnd zur Verfügung zu stehen. Da sei etwas ganz Normales, wie er heute sagt. Die Novomatic wollte dieses Angebot offensichtlich auch annehmen. Am 12. Juli schrieb Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel eine Nachricht: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben). Glauben Sie, geht sich das die Woche aus? Ig Harald.“

Casinos. Die Ermittlungen fußen auf vielen Annahmen und (noch) wenig Stichhaltigem. Das Vorgehen der WKStA sorgt für Verstimmungen in Koalition und Justiz.

Blümel würde sich schon strafbar machen, wenn er zum Tauschgeschäft Spenden gegen Gefallen Bereitschaft signalisieren würde. Da muss noch gar kein Geld geflossen sein. Die Sicherstellungsanordnung liegt der „Presse“ vor. Daraus geht hervor, dass auch Kanzler Kurz Ermittlungsziel ist. Er wird momentan (noch) nicht als Beschuldigter geführt. Aber der Vorwurf der Bestechlichkeit wird impliziert.

“

Ich kann ausschließen, dass Spenden von Novomatic an mich oder einen mir zuzuordnenden Verein geflossen sind.

Gernot Blümel, Finanzminister

Die Indizien

Die Indizien ergeben sich für die WKStA aus Chat-Auswertungen, die man im Zuge der Casinos-Ermittlungen gewinnen konnte.

Nachdem sich Neumann per SMS an Blümel gewandt hatte, bat er darauf Thomas Schmid – damals Kabinettschef im Justizministerium –, Neumann zurückzurufen. Das war drei Stunden später. Es hatte zuvor schon Kontakt zwischen Neumann und

Schmid zu dieser Thematik gegeben. Die WKStA geht wegen des erbetenen Rückrufs davon aus, dass Blümel und Neumann dazu auch telefoniert haben.

Sie geht weiters davon aus, dass Blümel Kurz in Kenntnis gesetzt hat – das ergibt sich für die Behörde aus einer „lebensnahen Betrachtung“. Dann finden die Korruptionsermittler weitere Spuren: Im Terminkalender der persönlichen Assistentin von Novomatic-Eigentümer Johann Graf findet sich am 25. Juli ein Termin mit dem Betreff „Kurz“. Außerdem soll es ein Treffen zwischen dem Novomatic-Presesprecher, Neumann und Kurz gegeben haben, behauptet die WKStA. Und schreibt weiters: „Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian Kurz aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte. Durch Ermittlungen zu klären ist, ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic AG in die Sphäre des Sebastian Kurz und/oder der ÖVP kam.“

Geldflüsse

Konkret belegte Geldflüsse gibt es (noch) nicht. Die ÖVP pocht darauf, nie Spenden von einem Glücksspielkonzern angenommen zu haben. In den ÖVP-Rechenschaftsberichten finden sich solche Spenden auch nicht. Blümel gab am Mittwoch eine eidesstattliche Erklärung ab und sagte vor Journalisten: „Um es klarzustellen: Ich kann ausschließen, dass Vereine, die der ÖVP Wien gehören oder ihr nahestehen, Spenden erhalten haben. Das gilt für alle Vereine, in denen ich eine Funktion hatte, aber eigentlich auch für alle, in denen ich keine hatte.“ Und: „Wer das behauptet, wird von mir geklagt.“

Auch von Novomatic heißt es auf „Presse“-Anfrage: „Novomatic hat an keine Partei – auch nicht an die ÖVP – eine Spende geleistet.“

Fortsetzung auf Seite 2

Mehr zum Thema:

Leitartikel von Oliver Pink: Seuchenjahr für die Volkspartei S. 2
Strafrecht ist nicht das große Problem S. 2
Der Höhepunkt einer türkisen Personal-misere S. 4
Grünlicht für „ungehorsame“ WKStA S. 4
Blümels Online-Plattform und die bürgerliche Politik S. 4
Anneliese Rohrer: Was das „Kaufhaus Österreich“ mit einer Hausdurchsuchung zu tun hat S. 29

Der Fall Blümel

Die von Neumann erwähnte Spende soll sich um karitative Zwecke gedreht haben – näher definiert wurde das nicht.

Spenden an parteinahe Vereine sind schon seit 2018 Thema von Ermittlungen der WKStA, die ihre Fühler in viele Richtungen ausstreckte. Strafrechtlich relevant war nur wenig, fast alles wurde eingestellt – es laufen allerdings noch Ermittlungen gegen das Alois-Mock-Institut, das als ÖVP-parteinah gilt und an das auch die Novomatic rund 120.000 Euro im Laufe der Jahre gezahlt hat. Unterstützung der Politik über Vereine, Sponsoring und Inserate hat es seitens der Novomatic aber vielfach gegeben – prinzipiell ist das nicht verboten, solange es dafür keine Gegenleistungen gibt.

Wer intervenierte?

Auch was die angeblichen Treffen zwischen Novomatic-Vertretern und Bundeskanzler Kurz betrifft, gibt es Unklarheit. „Es hat diese angesprochenen Treffen zwischen Kurz und Neumann nicht gegeben. Und auch das Treffen mit Kurz und Graf nicht. Ebenso wenig Gespräche zu dem Thema“, heißt es aus dem Bundeskanzleramt. Kurz hatte im U-Ausschuss ausgesagt, Neumann zu kennen und ihm ab und zu über den Weg gelaufen zu sein. Auch seitens der Novomatic wird ein derartiges Treffen bestritten: „Es wurde damals auf vielen Wegen versucht,

“

Bei dem angeführten Termin im Juli 2017 mit dem Betreff „Kurz“ handelt es sich vermutlich um eine Besprechung mit Martina Kurz.

Christopher Schrank, Anwalt von Johann Graf

einen kompetenten Ansprechpartner für die Anliegen der Novomatic in Italien zu finden. Vor dem Hintergrund war es eine Idee, einen Draht zu Kurz über Blümel zu versuchen. Das alles ist aber völlig im Sand verlaufen“, sagt Neumanns Anwalt, Norbert Wess. Es habe schließlich weder ein Gespräch noch einen Termin gegeben.

Einer, der auch für Novomatic intervenieren sollte, war übrigens Ex-SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer. Entsprechender Mailverkehr liegt der „Presse“ vor. Die Novomatic schreibt: „Sehr geehrter Herr Dr. Gusenbauer, (...) wir prüfen gerade, ob hier besser auf politischer oder Beamten-Ebene angesetzt werden kann. Ich erwarte diese Informationen morgen und melde mich dann nochmals bei Ihnen zwecks Abstimmung.“ Vorher unterhielt man sich intern, bei welchem italienischen Politiker man am besten andocken sollte. Gusenbauer sagt auf „Pres-

se“-Anfrage, dass er in der Causa aber nicht tätig geworden sei.

Andere Chats zeigen, dass die Ex-Grünen-Chefin Eva Glawischnig bei Präsident Alexander Van der Bellen war und die Anliegen der Novomatic vorgetragen hat.

Und das Treffen zwischen Kurz und Graf? Dieser habe weder Kurz noch Blümel jemals in seinem Leben getroffen oder auch nur Kontakt gehabt, heißt es seitens des Anwalts, Christopher Schrank. Der Kalendereintrag sei eine Missinterpretation. Es handle sich dabei um ein Treffen mit seiner Schwiegertochter: Martina Kurz ist Frau von Thomas Graf und Aufsichtsrätin der Novomatic.

Die Justiz

Für Verstimmungen sorgt der Fall Blümel auch im Justizministerium. Blümel erfuhr über Twitter, dass gegen ihn ermittelt wird. Er wurde nicht verständigt, das ist in Ausnahmefällen zulässig, wenn das Ermittlungen gefährden würde. Allerdings wurden die Oberbehörden auch nicht von den Ermittlungen in Kenntnis gesetzt, obwohl das prinzipiell berichtspflichtig wäre. Eigentlich sollten die Oberbehörden auch drei Tage vor einer Hausdurchsuchung informiert werden – sie wurden am Tag davor vor vollendete Tatsachen gestellt.

Das Justizministerium sagte am Donnerstag in einer Stellungnahme, dass dies im Fall der Dringlichkeit in Ordnung sei und dass sich alles wegen der medialen Ereignisse überstürzt habe. Allerdings wurde die Hausdurchsuchung schon am 23. Dezember bewilligt und ab dem 3. Februar mit der Exekutive geplant. Es wäre also genug Zeit für Berichte gewesen. Zwischen WKStA und ÖStA gibt es schon seit einiger Zeit größere Verstimmungen – und das grün geführte Ministerium hält Ersterer stets die Stange. Sehr zum Ärger anderer Staatsanwaltschaften und auch der ÖVP. Die befindet eine Razzia bei der dünnen Verdachtslage als überschießend.

Die Opposition

Die Opposition beantragt nach der Hausdurchsuchung eine Sondersitzung des Nationalrats. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch forderte Blümels Rücktritt und eine Stellungnahme von Kurz. Neos-Chefin Beate Meini-Reisinger fordert eine Regierungsumbildung, sprach sich wegen der Coronakrise aber gegen Neuwahlen aus. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl erinnerte in der Aussendung daran, dass Blümel als oberster Behördenleiter die Glücksspielagenden aufgrund laufender Ermittlungen nicht mehr verantworten könne.

„Die Presse“, 13.02.2021

Blümels Onlineplattform und die bürgerliche Politik

Vereine. Vor allem der Verein zur Förderung bürgerlicher Politik steht im Fokus - aber nicht nur er.

Wien. Im Zentrum der Causa Blümel steht vor allem der Verein zur Förderung bürgerlicher Politik, der die Onlineplattform für Wiens ÖVP-Obmann Gernot Blümel betrieb. Der 2016 gegründete Verein wies als Obmann-Stellvertreter Wiener ÖVP-Funktionäre aus, unter anderem den damaligen ÖVP-Stadtrat und Landesgeschäftsführer Markus Wölbitsch. Dessen Nachfolgerin, Landesgeschäftsführerin Bernadette Arnoldner, hatte am 20. Mai 2019 dazu erklärt: „Dieser Verein ist gegründet worden, mit dem Ziel, die ÖVP zu öffnen und zu verbreitern.“ Finanziert worden sei die Plattform „ausschließlich aus Mitteln der ÖVP“, hatte Arnoldner erklärt. Und: Seit Bestehen „hat der Verein keinen einzigen Cent an Spenden oder Geldleistungen von Dritten erhalten“. Alle Parteispenden, seien es Sach- oder Geldleistungen, „werden seitens der Wiener Landespartei ausnahmslos auch als solche verbucht und gemeldet“.

Zusätzlich rückte am Freitag der Verein „Wir Niederösterreicher in Wien“ in den Fokus. Konkret geht es um ein Fest am

25. Juli 2018, das Novomatic gesponsert haben soll – wie der „Falter“ damals berichtet hatte. Die ÖVP hatte dazu erklärt, es sei kein Fest der Partei gewesen.

U-Kommission in Wien

Parteinahe Vereine hatten bereits im Vorjahr für Diskussionen gesorgt – auf Wiener Ebene. Eine gemeinderätliche Kommission untersucht auf FPÖ-Initiative Förderungen, die an parteinahe Vereine gingen. Ohne es beim Namen zu nennen, ging es um versteckte Parteispenden über Vereinskonstruktionen. Damals musste Blümel in seiner Eigenschaft als Wiener ÖVP-Obmann und als früherer Obmann des Vereins Modern Society (vormals: Dr.-Karl-Lueger-Institut – Verein Wiener Volksheime) vor der Kommission aussagen.

Die Conclusio zum Abschluss der Kommission fiel sehr unterschiedlich aus. Die damalige rot-grüne Rathauskoalition legte einen Abschlussbericht vor, der sich von jenem der FPÖ diametral unterschied. ÖVP und Neos legten dazu eine eigene Stellungnahme vor. (stu)

Blümel schwört: Keine Spenden an die ÖVP oder ihre Vereine

Novomatic-Gelder. Finanzminister wehrt sich – die wichtigsten Fragen und Antworten

SEITEN 4, 5

„Ich werde alles, was ich darf, offenlegen“

Gernot Blümel. Der Finanzminister über die eidesstattliche Erklärung, warum er einen Privatlaptop, aber keinen Arbeitslaptop besitzt und warum Politiker verpflichtet sind, österreichischen Unternehmen zu helfen

K Interview

VON IDA METZGER

Frisch vom Friseur, aber deutlich angespannt, nimmt Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zum Interview Platz. Er spricht trotz der Hausdurchsuchung von den Staatsanwälten positiv, weil sie sehr behutsam vorgegangen seien. Wie es nun weitergeht, erklärt er im KURIER-Interview.

KURIER: Der Grüne Johannes Rauch sagt, es sei eine Frage der Ehre, das Amt niederzulegen. Die gesamte Opposition fordert Ihren Rücktritt. Das kommt für Sie zwar nicht infrage, aber wäre es nicht ein positives Zeichen, wenn Sie Ihr Amt bis zur Klärung der Causa zurücklegen?

Gernot Blümel: Mir ist bewusst, dass es eine herausfordernde Situation ist. Das ist auch nicht angenehm für mich oder für mein persönliches Umfeld. Was ich aber auch weiß, ist, dass die Vorwürfe falsch sind und dass sie sich sehr schnell auflären lassen. Und deswegen werde ich den Zurufen von Personen, die es politisch offensichtlich nicht so gut mit mir meinen, sicherlich nicht Folge leisten.

Sie haben eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, wonach es von der Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an ÖVP-nahe Vereine gab. Gilt das nur für parteinahe Vereine, bei denen Sie engagiert waren – oder auch für parteinahe Vereine wie das Alois-Mock-Institut?

Es gibt sicherlich sehr viele Vereine, Medien, Verlage und wahrscheinlich auch viele Unternehmen in Österreich, mit denen die Novomatic kooperiert. Weder ich noch die ÖVP Wien noch die mit mir medial in Verbindung gebrachten Vereine haben während meiner Verantwortung als Landesparteiobmann der ÖVP Wien Spenden der Novomatic erhalten.

Sie haben den Behörden Ihr Handy ausgehändigt. Wie viele Jahre könnte die Staatsan-

GERNOT BLÜMEL

Am Freitag war Gernot Blümel beim Friseur am Wiener Judenplatz



waltschaft hier zurückrecherchieren?

Die Rufnummer habe ich schon lange, aber dieses Handy habe ich, seit ich Finanzminister bin. Im Übrigen habe ich die Rechnung für das Diensthandy stets persönlich bezahlt.

Das heißt, die Behörden haben Zugriff auf Nachrichten der letzten 13 Monate?

Ich kenne die technischen Grundlagen dafür nicht. Ich weiß, dass es die Rufnummer schon sehr lange gibt. Was man über die Nummer etwas herauslesen kann, kann ich nicht sagen. Das zu bewerten, das ist Sache der Staatsanwaltschaft.

Als Finanzminister sind Sie auch für die Glückspielaufsicht zuständig. Wie kann man die Aufsicht ausüben, wenn man Beschuldigte im Novomatic-Verfahren ist?

Ganz unabhängig von den

Entwicklungen der letzten Tage war für mich immer klar, dass die Mehrfach-Rolle des Finanzministeriums beim Glücksspiel nicht optimal ist. Deswegen haben wir auch im Regierungsprogramm vereinbart, dass es zu einer Entflechtung dieser Vielfachrolle kommen soll. Bereits vor einem Jahr habe ich gesagt, dass es eine unabhängige Behörde braucht, wo die Entscheidungsträger idealerweise weisungsfrei sind. Diese Vorhaben ist zwar pandemiebedingt verzögert worden, ist aber geplant.

Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann hat Sie via Handy-Nachricht um Hilfe bei einem Steuerproblem in Italien gebeten. Sie haben die Nachricht an den damaligen Kabinettschef Thomas Schmid geschickt und ihn gebeten, Neumann anzurufen. Hat das Finanzministerium geholfen?

Wenn österreichische Unternehmen mich ersucht haben, eine Behörde dazu zu bringen, dass sie zurückruft, dann werde ich das hundertprozentig gemacht haben. Weil das auch die Aufgabe eines Politikers ist, österreichischen Unternehmen und damit Arbeitsplätzen zu helfen. Im Außenministerium gibt es Tausende Fälle pro Jahr, wo österreichische Unternehmen das Außenamt oder andere Ministerien bitten, ihnen im Ausland behilflich zu sein. Es wäre absurd, wenn das Politiker verweigern würden.

Wie überrascht waren Sie, als Ihnen bei der WKStA die Anordnung zur Hausdurchsuchung präsentiert wurde?

Zunächst einmal war ich überrascht, als über die Medien kolportiert worden ist, dass ich als Beschuldigter geführt werde und sowohl darüber als auch

über die Vorwürfe im Dunkeln gelassen wurde. Als ich dann den Akt gelesen habe, habe ich mir ehrlicherweise gedacht, dass alles sehr unproblematisch klingt. Das lässt sich schnell auflären. Als dann die Hausdurchsuchung trotzdem im Raum stand, habe ich Handy und Pin der Staatsanwaltschaft gegeben. Ich bin mit ihnen nach Hause gegangen und habe ihnen auch die privaten elektronischen Geräte gegeben. Das lief alles sehr ruhig ab.

Warum haben Sie einen Privatlaptop, aber keinen Laptop im Ministerium?

Mich überrascht die Frage ein bisschen, weil ich immer gesagt habe, dass ich einen Privatlaptop besitze. Es ist ein Laptop, den meine Frau und ich gemeinsam nutzen und den ich meiner Frau geschenkt habe. Aber dienstlich verwende ich keinen zum Arbeiten, sondern nur das Handy.

Werden Sie den Straftat offenlegen, um mehr Transparenz in die Causa zu bringen?

Alles, was ich zur Transparenz beitragen kann, werde ich sehr gerne machen. Aber ich bin juristisch nicht so bewandert, um zu wissen, was man alles vorlegen darf und was nicht. Aber alles, was ich darf, werde ich gerne offenlegen.

Es gibt Rücktrittsaufforderungen gegen Sie, Karl Nehammer und Margarete Schramböck. War das eine schwarze Woche für Türkis?

Man könnte auch sagen, dass die Rücktrittsaufforderungen offensichtlich inflationär verwendet werden.

Die Spenden im Jahr 2017 waren ein wichtiger Bestandteil des Wahlkampfs. Wäre es nicht besser gewesen, darauf zu verzichten, weil die ÖVP nun permanent Unterstellungen ausgesetzt ist, dass Gesetzeskauf im Spiel ist?

Das glaube ich nicht, weil die Opposition sich dann sicher ein anderes Thema zum Verbeißen findet. Insofern glaube ich nicht, dass es falsch gewesen ist.

Hinter den Zeilen



Die Redakteurin Ihre Karriere startete sie 1995 bei

„News“, 2013 kam sie zum KURIER. Für den hat die Neigungssteirerin zuletzt mit großer Sachkenntnis etwa den Grasser-Prozess begleitet. Ihre Interviews mit der (nicht nur Polit-)Prominenz des Landes sind eine Trademark dieser Zeitung

Klärt die Vorwürfe blitzartig!

„Drohen nun Neuwahlen? Sehr unwahrscheinlich, winkt man in der Regierung ab. Aber was ist in den vergangenen zwei Jahren nicht alles geschehen, was kurz davor noch als völlig unrealistisch galt! Die Stimmung zwischen Kanzler und Vizekanzler mag weiterhin in Ordnung sein, weiter unten ist sie frostig. Und der Druck von außen ist immens groß.“

Dass der Finanzminister nun als „Beschuldigter“ von der Wirtschaftskorruptionsstaatsanwaltschaft geführt wird, obwohl die Suppe relativ dünn wirkt, ist ein Geschenk für Rot-Blau-Pink und ein Imageschaden für die Kanzlerpartei. Da spielt es keine Rolle, dass seit Bestehen der WKStA von knapp 40.000 als „Beschuldigte“ geführten Personen letztlich nur 471 verurteilt wurden. Die Novomatic hat in einem SMS an den damaligen Wiener ÖVP-Stadtrat Blümel ihre Spendenbereitschaft mit einer Bitte um eine Terminvermittlung wegen eines italienischen Steuerverfahrens verbunden. Eine Parteispende schließt die ÖVP aber aus. Und Hilfe bei Rechtsproblemen großer Firmen im Ausland ist nicht unüblich. Das eine, verknüpft mit dem anderen wäre strafbar. Wie üblich konnte die WKStA das Amtsgeheimnis nicht wahren. Deshalb wurde die Hausdurchsuchung bei Blümel unter Umgehung von Informationspflichten vorgezogen.

Das erfolgreiche Unternehmen Novomatic unterhält traditionell gute Kontakte zu allen Parteien, der Chef traf sich mit dem Wiener SPÖ-Bürgermeister, holte seinerzeit den

LEITARTIKEL
VON MARTINA SALOMON



*Eine gelähmte
Regierung können
wir uns angesichts
der derzeitigen Lage
nicht leisten – und
auch Neuwahlen
wären schwierig*

ÖVPler Johannes Hahn und die Grüne Eva Glawischnig ins Team. „Novomatic zahlt alle“, schwadronierte Strache im Ibiza-Video. Tatsächlich zeigte sich die Novomatic immer spendabel – auch bei Kultur und Sozialem. Grünen-Klubchefin Maurer will nun wissen, ob es auch Spenden an ÖVP-nahe Vereine gab (was Blümel am Freitag eidesstattlich verneinte).

Die Grünen stehen selbst unter aggressivem Druck ihrer früheren NGO-Fangemeinde, die sich in Sachen Migrationspolitik verraten sieht. Die grüne Basis würde lieber mit der SPÖ regieren, wobei sie bei der roten Asylpolitik durchaus auch manch „blaues Wunder“ erleben könnte (und der Paarlauf in Wien unschön endete).

Interessant ist, wie sehr sich die parteiintern so lange umstrittene SPÖ-Chefin Rendi-Wagner etablieren konnte. Es ist nicht mehr undenkbar, dass sie Vizekanzlerin oder gar Kanzlerin werden könnte.

Die größte Zeitung des Landes unterstützt sie auffällig. Da ein fliegender Koalitionswechsel aber ziemlich ausgeschlossen ist, müsste es davor Neuwahlen samt monatelanger Mega-Schlammschlacht geben. Und das mitten in der größten Wirtschaftskrise seit zumindest 1945. Daher ein dringender Appell an die Korruptionsstaatsanwaltschaft: Klärt die Vorwürfe blitzartig, so schwierig ist das nicht! Eine gelähmte Regierung wäre jetzt der allerschlimmste Zustand.

martina.salomon@kurier.at

VON CHRISTIAN BÖHMER

Und wieder ein Auftritt. Keine 24 Stunden nachdem sich Gernot Blümel am Donnerstag in eigener Sache erklären musste, trat der Ressortchef im Finanzministerium am Freitag erneut vor ein Mikrofon: „Einige Dinge sollen endgültig klargestellt werden“, sagte Blümel.

Nachdem bekannt geworden ist, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Blümel wegen eines Stranges der Casinos-Affäre als „Beschuldigten“ führt und bei ihm am Donnerstag eine Hausdurchsuchung durchgeführt hat, hat der Minister erhöhten Erklärungsbedarf. Was ist bisher bekannt, was gesichertes Wissen?

Der KURIER beantwortet die wichtigsten Fragen:

Warum wird von der WKStA eigentlich gegen Blümel ermittelt?

Zentraler Auslöser ist ein SMS, das der nunmehrige Minister am 10. Juli vom damaligen Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic, Harald Neumann, erhalten hat. Darin bittet Neumann um zwei Dinge: Erstens hätte er gerne einen Termin bei ÖVP-Chef Sebastian Kurz, und zweitens hofft er auf Unterstützung „bezüglich eines Problems, dass wir (Novomatic; Anm.) in Italien haben“. Das Pikante daran: In dem SMS findet sich auch der Satz „Spende an ÖVP gefällig?“ – was zumindest für die WKStA den Verdacht begründet, Blümel sei möglicherweise bestechlich.

Was genau ist denn an dem SMS strafbar?

An Neumanns Nachricht alleine nichts. Allerdings ist es in Österreich verboten, im Gegenzug für Geld oder andere Annehmlichkeiten (Parteispenden etc.) Amtsgeschäfte vorzunehmen. Dabei genügt es bereits, wenn man sich prinzipiell nur dazu bereit erklärt, seine Stellung als Amtsträger zu missbrauchen – weder das Geschäft noch eine Zahlung müssen wirklich passieren (exemplarisch dafür ist die Causa des fallenen Ex-Ministers Ernst Strasser). Im konkre-

ten Fall bedeutet das: Schon eine Andeutung Blümel, dass er sich im Gegenzug für eine Parteispende eine Intervention (in Italien) vorstellen könnte oder dafür sorgen würde, wäre ein Verstoß gegen das Korruptionsstrafrecht.

Wie hat Blümel reagiert?

Dokumentiert ist, dass Blümel die SMS an den damaligen Kabinettschef im Finanzministerium, Thomas Schmid, weitergeleitet und diesen gebeten hat, Neumann zurückzurufen. Blümel schrieb „Tu es für mich.“ Was hat er gemeint? Genau konnte das der Minister am Freitag nicht sagen („Es sind vier Jahre vergangen“). Am plausibelsten erschien ihm selbst, dass er Schmid mit seinem Hinweis motivieren wollte, sich um die Neumann-Sache zu kümmern. Frei nach dem Motto: „Wenn's dich nerven sollte, tu's bitte trotzdem für mich.“

Die „Affäre Blümel“ unter der Lupe

Fragen und Antworten. Mit einer eidesstattlichen Erklärung versuchte der Finanzminister, in die Offensive zu kommen. Kann das gut gehen?

Hat das von Neumann gewünschte Gespräch mit Sebastian Kurz nun stattgefunden?

Dafür gibt es derzeit keinen belastbaren Beleg. Im Kalender von Novomatic-Eigentümer Johann Graf ist für 25. Juli 2017 zwar ein „Termin Kurz“ eingetragen, und den hat die WKStA auch mit zum Anlass für ihre Hausdurchsuchung bei Blümel genommen. Sowohl die ÖVP als auch die Novomatic bestritten am Freitag allerdings, dass es zu einem Treffen zwischen Graf und dem späteren Kanzler gekommen ist. Der Kalendereintrag wird als Treffen zwischen Graf und seiner Schwiegertochter, der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz erklärt. Gegen ein Treffen von Kurz mit Graf spricht rein politisch auch noch ein anderes Argument: Schon 2017 galt in der Kurz-ÖVP die Direktive, dass Branchen wie Glücksspiel oder Waffen auf keinen Fall als Partispender infrage kommen. In-

sofern erscheint es eher unwahrscheinlich, dass sich der wahlkämpfende Chef der Volkspartei wenige Monate vor einer entscheidenden Nationalratswahl mit dem Vertreter eines milliardenschweren Glücksspielkonzerns trifft.

Ist nun Geld von der Novomatic an die Volkspartei oder dieser nahestehende Vereine geflossen?

Sowohl die Novomatic als auch die ÖVP und Blümel bestreiten das. Um seiner Aussage mehr Gewicht zu verleihen, legte der Finanzminister am Freitag eine „eidesstattliche Erklärung“ vor, in der er mit Unterschrift erklärt, dass „weder ich, noch die ÖVP Wien noch die mit mir medial in Verbindung gebrachten Vereine Spenden der Novomatic AG erhalten haben“. Wer anderes behauptet, dem droht Blümel mit Klage.

War die Hausdurchsuchung der WKStA beim Finanzminister gerechtfertigt?

„Vom Gesetz her kann die Staatsanwaltschaft alleine keine Hausdurchsuchung durchführen, diese wird immer von einem Richter genehmigt“, sagt der frühere Rechnungshofpräsident und Staatsanwalt Franz Fiedler. Man müsse im konkreten Fall darauf vertrauen, dass das erwähnte SMS und Kalendereinträge „wie kleine Puzzelstücke in einem Gesamtpuzzle“ zu sehen seien. Grundrechtseingriffe – und das seien Hausdurchsuchungen – würden in der Regel immer gut abgewogen. Das wird im Hintergrund nicht einmal in der Volkspartei in Zweifel gezogen. Gegenüber dem KURIER hieß es, die Behörde sei sensibel vorgegangen.



„Kurier“, 13.02.2021

Wie die Opposition und der Koalitionspartner reagieren

Grünen wollen Korruptionsjägern die Arbeit erleichtern. SPÖ, FPÖ und Neos berufen Nationalrat ein und fordern Blümel's Rücktritt

Analyse. Während in der ÖVP hinter vorgehaltener Hand über die Korruptionsstaatsanwaltschaft und deren angebliche politische Schlagseite gelästert wird, preschen die Grünen mit dem Versprechen vor, die Arbeit der Korruptionsjäger von Fesseln zu befreien, indem man sie von lästigen Berichtspflichten entbindet. Berichtspflichten bedeuten, dass sich die Ermittler von Vorgesetzten geplante Ermittlungsschritte genehmigen lassen müssen und danach über deren Erfolg berichten müssen. Zuletzt hatte im U-Ausschuss eine Staatsanwältin erzählt, dass sie unter massiver Einflussnahme ihrer vorgesetzten Behörde (der Oberstaatsanwalt-



Stephanie Krisper: Minister Kogler soll Weisung geben

schaft Wien) litt, als sie in der Schredderaffäre ermittelte. Stephanie Krisper von den Neos sagt, die Grünen bräuchten zur Abschaffung der Berichtspflichten kein Gesetz (und damit die Zustimmung der ÖVP), es genüge eine Weisung des Justizministers, derzeit Werner Kogler.



Sigrid Maurer: Staatsanwältin die Arbeit erleichtern

In der Causa Blümel steht die ÖVP ziemlich allein da. Die Grünen warten ab, Klubchefin Sigrid Maurer verlangt, Blümel müsse alle Fakten auf den Tisch legen.

Grüne riskieren Eigentor
Die Grünen können sich allerdings nicht allzuweit aus dem

Fenster lehnen mit ihrer Kritik am Finanzminister, denn dann riskieren sie ein Eigentor. Die Opposition hat nämlich eine Sondersitzung des Nationalrats beantragt, damit sich Blümel dort erkläre. Den Misstrauensantrag gegen Blümel müssen die Grünen mit der ÖVP gemeinsam ablehnen. Andernfalls wäre die Regierung beendet, und Österreich würde mitten in der Pandemie auf Neuwahlen zu steuern.

Von FPÖ und Neos kann Blümel jedenfalls nicht auf Verständnis hoffen, SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner hat sich etwas weniger schrill im Ton, aber in der Sache den Rücktrittsforderungen angeschlossen. Die Stoßrichtung

der Opposition lautet: Blümel ist als Minister für die Aufsicht über das Glücksspiel zuständig, nun aber selbst in eine Glücksspielfaffäre verwickelt. „Das geht sich nicht aus“, meint etwa Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger.

Außerdem dürfe ein Finanzminister in dieser Jahrhundertkrise nicht durch so ein Verfahren „gelähmt“ sein.

Die ÖVP hält dem Argument entgegen, dass es auch gegen SPÖ-Politiker (Peter Kaiser, Werner Faymann, Josef Ostermayer) Ermittlungen gab, ohne dass diese zurückgetreten seien. Dann habe sich herausgestellt, dass die Vorwürfe nicht für eine Anklage reichten, die Politiker blieben unbescholten.

FPÖ-Chef Norbert Hofer lässt durchblicken, was er als Bundespräsident tun würde: Hofer fordert Alexander Van der Bellen auf, eine Expertenregierung einzusetzen und Wahlen auszurufen. Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger ist für eine Regierungsumbildung, spricht sich aber wegen der Corona-Krise gegen Neuwahlen aus. **DANIELA KITTNER**

Checkpoint

FPÖ-Parteichef **Norbert Hofer** ist zu Gast bei Ida Metzger: Das Interview sehen Sie am **Samstag, 13. Februar um 19.30 Uhr** (Wiederholung um **21.30 Uhr**) auf **schauTV**.

„Wiener Zeitung“, 13.02.2021

Ein Puzzlestück eines größeren Puzzles

Finanzminister Gernot Blümel geht nach der Hausdurchsuchung bei ihm mit einer eidesstattlichen Erklärung in die Offensive: Spenden von Glücksspiel- und Waffenkonzernen habe die ÖVP seit Kurz nie angenommen.

Von Brigitte Pechar
und Simon Rosner

Politik, das sind nicht nur die Debatten im Plenum des Nationalrats, das Pressefeyor nach dem Ministerrat, die Pressekonferenzen der Regierung. Das ist nur ihr öffentlicher Teil. Politik, das sind auch Absprachen, Deals und Junktims, sind Postenbesetzungen und Lobbyismus. Dies geschieht meist im Verborgenen. Es ist die intransparente Seite der Politik. Weder ist sie verboten noch per se illegitim. Doch aus diesem Verborgenen speisen sich Irritationen sowie auch die kleineren und größeren politischen Skandale, die die Republik immer wieder erschüttern, wenn etwas aus dem Geheimen an die Öffentlichkeit dringt.

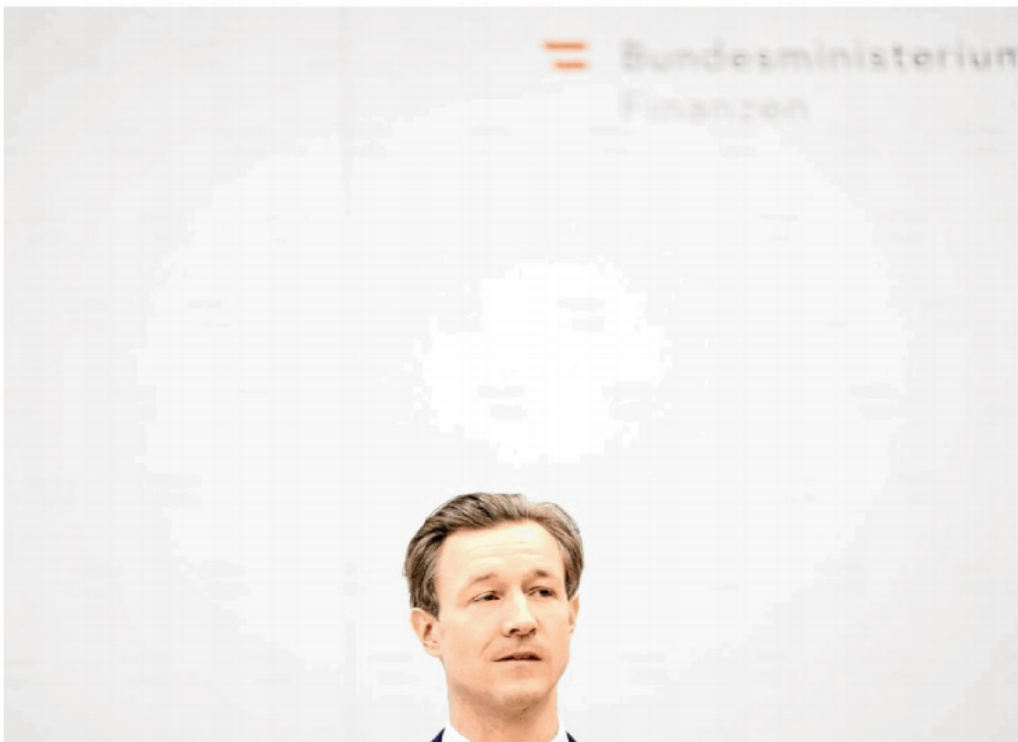
So war es, wieder einmal, als es im August 2018 aufgrund einer anonymen Anzeige über mutmaßliche Absprachen zu einer Postenbesetzung bei den Casinos Austria zu diversen Hausdurchsuchungen kam. Das war der Anfang. Sichergestellt wurden dabei auch die Handys von Politikern, Managern und Funktionären mitsamt einer noch nie da gewesenen Fülle an SMS- und WhatsApp-Nachrichten. Allein bei Öbag-Chef Thomas Schmid sollen sich 324.000 solcher Nachrichten gefunden haben.

Seit Monaten beschäftigt sich nun die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) mit der Auswertung dieser Daten, ihrer chronologischen Zuordnung, ihren möglichen Hintergründen. Es geht um jenen Teil der Politik, in dem es um Absprachen, Deals und Junktims geht, um die Postenbesetzungen und um Lobbyismus. Es liegt nun wie ein Puzzle, in zigtausenden Nachrichten, ausgebreitet vor den Ermittlern.

Eine SMS-Kommunikation aus dem Sommer 2017 ist es nun auch, die Finanzminister Gernot Blümel in die Bredouille bringt. Er wird von der WKStA als Beschuldigter geführt, am Donnerstag fand eine Hausdurchsuchung bei ihm statt, inklusive der Sicherstellung elektronischer Geräte. Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, der ÖVP könnte via Blümel eine Parteispende in Aussicht gestellt worden sein, mutmaßlich für eine Intervention des damaligen Außenministers und jetzigen Kanzlers Sebastian Kurz in Italien. Dort war Novomatic von einer saftigen Steuernachzahlung bedroht, die „ZiB 2“ berichtete von bis zu 60 Millionen Euro.

Zur Erinnerung: Im Sommer 2017 war Österreich nach dem jähren Ende der großen Koalition bereits im Vorwahlkampf. Kurz hatte im Mai die ÖVP übernommen und Anfang Juli dann seine Kampagne für Wahlkampfspenden präsentiert. Ähnlich wie im Jahr davor Alexander Van der Bellen bei der Präsidentschaftswahl wollte Kurz viele Klein- und Kleinspender ab 10 Euro gewinnen. In wenigen Wochen kamen mehr als zwei Millionen Euro zusammen, allerdings auch dank einiger Großspender.

Am 12. Juli schrieb der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben.)“ Blümel war zu diesem Zeitpunkt Landespartei- und Parteichef in Wien und nicht amtierender Stadtrat. Er galt als Vertrauter von Kurz, der ab 2013 Außenminister war. Etwa drei Stunden nach der Kontaktaufnahme wandte sich Blümel an Thomas Schmid, den heutigen Öbag-



Chef. Damals war Schmid noch Generalsekretär im Finanzministerium. Blümel bat Schmid, Neumann anzurufen – „Tu es für mich“.

Was dann passierte, ist Gegenstand der Ermittlungen. Gesichert ist, dass sich Novomatic mit den italienischen Behörden auf eine Nachzahlung von 20 Millionen Euro einigte, und gesichert ist ein Kalendereintrag am 25. Juli 2017 von Novomatic-Eigentümer Johann Graf mit dem Wort „Kurz“. Sowohl Graf als auch der Bundeskanzler bestreiten, einander je getroffen zu haben. Laut Grafs Anwalt, Christopher Schrank, habe es sich um eine Besprechung mit der damaligen (nicht verwandten) Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt.

Blümel legt eidesstattliche Erklärung vor

Blümel sowie die gesamte ÖVP-Spitze dementieren die Vorwürfe sowie allgemeine Spenden von Glücksspiel-, Waffen- und Tabakkonzernen. Diese habe man nicht angenommen, seit Kurz Obmann ist. „Das ist unsere klare Policy gewesen“, sagt Blümel, für den, wie auch für zwei weitere Beschuldigte, die Unschuldsumutung gilt. Am Freitag legte Blümel auch eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach auch keine Spenden an Vereine geflossen seien, die der Landes- sowie der Bundespartei nahestehen. Insgesamt vier Vereine, in denen Blümel eine Funktion hatte, werden in der Erklärung angeführt.

Am Vormittag hatten die Grünen mehr Transparenz von Blümel eingemahnt. Klubchefin Sigrid Maurer hatte moniert, dass Blümel am Donnerstag die Frage, ob es Spenden an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe, nicht beantwortet habe. Sie hatte ihn aufgefordert, „unverzüglich alle Fakten auf den Tisch zu legen“. Erst dann könne seine Amtsfähigkeit beurteilt werden. Was es bedeutet, dass Blümel von der WKStA als Beschul-

digter geführt wird, erklärte der frühere Rechnungshofpräsident, Richter und Vorsitzende von Transparency Österreich, Franz Fiedler, der „Wiener Zeitung“ so: „Das ist ein begründeter Anfangsverdacht und immer noch meilenweit von einer Anklage oder gar einer Verurteilung entfernt.“ Wie dicht die Verdachtsmomente seien, wisse er nicht.

Parteispenden seit 2019 streng reglementiert

Die WhatsApp-Nachrichten müsse man als Puzzlestein in einem größeren Puzzle sehen. Er könne sich nicht erinnern, dass jemals bei einem amtierenden Minister eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden sei. Und für eine Hausdurchsuchung brauche die Staatsanwaltschaft die Zustimmung eines Gerichts. Man stehe ratlos vor der Situation, dass man einen Finanzminister habe, gegen den ermittelt werde. „Es deutet darauf hin, dass sich aus der Aktenlage ein anderes Bild – als das, was man allgemein weiß – ergibt, das die Verdachtslage erhärtet.“ Aber selbst wenn Zusatzverdachtsmomente da sein sollten, müsse daraus noch keine Anklage folgen, sagt Fiedler.

Zwischen den zwei SMS am 12. Juli 2017 dürfte es zu einem Telefonat zwischen Blümel und Neumann gekommen sein – sagt der Finanzminister, ohne jedoch eine konkrete Erinnerung daran zu haben, wie er angibt. Er folgte dem Anruf aus seiner Nachricht an Schmid, da im SMS von Neumann nicht stünde, um welches Problem in Italien es sich handle. Erst durch Nachfrage könne er erfahren haben, dass es um Steuerprobleme geht, Schmid also der richtige Adressat sei. „Ich wollte nur einen Behördenweg herstellen“, sagt Blümel. Eine Gegenleistung schloss er aus.

Er habe sein Ministerium gebeten, nachzuforschen, ob das Ministerium damals aktiv geworden sei, fündig ge-

Die Opposition beantragte gemeinsam eine Sondersitzung des Nationalrats. Die Opposition verlangt, dass Finanzminister Gernot Blümel „angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe“ gegen ihn Rede und Antwort steht.

Foto: Reuters / L. Niesner

worden sei man bisher nicht. Blümel stellte sein Engagement in dieser Sache als normalen Einsatz eines Politikers für heimische Unternehmen dar.

Kurz vor der jüngsten Nationalratswahl gab es eine gesetzliche Änderung für Parteispenden. Seit 2019 sind maximal 7.500 Euro für eine Einzelspende zulässig, pro Jahr insgesamt 750.000 Euro. Eine Spendenkampagne, wie sie die ÖVP 2017 führte, ist nicht mehr möglich. Spenden an parteinahe Vereine wurden damals aber nicht inkludiert, allerdings wären auch Zuwendungen solcher Vereine an die Partei als Spenden zu sehen. Das können sie zwar tun, doch auch hier greift die Spendenobergrenze von 750.000 Euro, so der auf Parteienfinanzierung spezialisierte Politologe Hubert Sickingner.

Fiedler fordert Prüfung durch Rechnungshof

Die Grenzen sind aber nicht immer trennscharf, gewisse Graubereiche sind nach wie vor gegeben. Wie könnte solchen Spendenvorwürfen am besten begegnet werden? Der frühere Rechnungshofpräsident Fiedler hat dazu eine sehr einfache Lösung: „Der Rechnungshof sollte die Parteifinanzien wirklich prüfen dürfen.“ Der Rechnungshof erhalte zwar die Rechenschaftsberichte der Parteien, diese könne er aber nicht prüfen – selbst im Falle eines Verdachts dürfe er nur einen Wirtschaftsprüfer damit beauftragen. „Die Ausschaltung der Rechnungshof-Prüfung ist ein schwerer Mangel und sollte dringend behoben werden“, rät Fiedler.

Dass Blümel als Finanzminister für das Glücksspiel zuständig ist, ist angesichts der Ermittlungen doch pikant. Blümel verweist darauf, dass er immer für eine Aufsicht durch eine unabhängige Bundesbehörde war, diese stehe auch im Regierungsprogramm und solle nun schnell umgesetzt werden. ■

„Ich wollte nur einen Behördenweg herstellen.“

Gernot Blümel



Grund für Hausdurchsuchung

GEHEIM- AKTE BLÜMEL

Nach der Verdachtslage haben daher Mag. NEUMANN und Mag. BLÜMEL, MBA das Verbrechen der Bestechung §§ 307 Abs 1 und 2 erster Fall StGB begangen. Weil nach der zu Punkt 1. angeführten Verdachtslage die Straftat von Mag. NEUMANN als Vorstandsvorsitzender der NOVOMATIC AG, somit als deren Entscheidungsträger iSd § 2 Abs 1 Z1 VbVG, begangen wurde, ist der belangte Verband gemäß § 3 Abs 1 Z 1 und Abs 2 VbVG für das zu Punkt 1. angeführte Verbrechen verantwortlich.

WARUM DIE RAZZIA „Verdacht der Bestechung.“

Am 12. Juli 2017 um 7:34 Uhr ersuchte Mag. NEUMANN Mag. BLÜMEL, MBA um einen Termin bei KURZ mit dem genauen Wortlaut: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problems das wir in Italien haben). Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus?“. (ON 1118 S 16).

WHATSAPP AN BLÜMEL „Brauche Termin bei Kurz.“

Am 25. Juli 2017 findet sich im Terminkalender der persönlichen Assistentin des Johann GRAF ein Termin mit dem Betreff „Kurz“ (ON 1118 S 20 f.).

5 von 13

17 Str 5/190

Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass MMag. SCHMID von dem Spendenangebot in Kenntnis war, auch wenn dies aufgrund des engen Vertrauensverhältnisses zu Mag. BLÜMEL, MBA naheliegend wäre.

Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian KURZ das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian KURZ aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte.

Durch Ermittlungen zu klären ist, ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der NOVOMATIC AG in die des Sebastian KURZ gekommen ist.

KEINE ANHALTSPUNKTE räumt die WKStA ein.

Anordnung: Bestechungs-Verdacht – aber »Kurz-Termin« verwechselt

ÖSTERREICH hat Anordnung zur Hausdurchsuchung: Was Blümel vorgeworfen wird.

Wien. Am Freitag ging Gernot Blümel zunächst mal zum Friseur. Der Finanzminister ließ sich seine Corona-Frisur stutzen. Hoffentlich entspannend – denn dem ÖVP-Politiker fliegt gerade die Casinos-Affäre um die Ohren. Am Donnerstag durchsuchte die Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA seine Wohnung. ÖSTERREICH hat die Geheim-Akte: ■ **Verdacht der Bestechung.** Laut der gerichtlich genehmigten Anordnung stehen Blümel und der frühere Novomatic-Geschäftsführer Harald Neumann unter Verdacht: „Bestechung §§ 307 Abs. 1 und 2“. Beide bestreiten den Vorwurf, es gilt die Unschuldsvermutung.

■ **WhatsApp.** Am 12. Juli 2017 – Sebastian Kurz hatte gerade die ÖVP übernommen,

das Land stand vor Neuwahlen – whatsappte Neumann an Blümel: „(...) Hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problems (!) das wir in Italien haben).“ Das Problem war eine 50-Millionen-Steuerschuld – Neumann hoffte dabei auf Hilfe des Außenministers Kurz.

■ **Nicht unter 3.000 Euro.** „Der Manager beabsichtigte, dass Blümel Kurz bereits anlässlich der Terminanfrage über das Spendenangebot in Kenntnis setzen würde“, so die WKStA. Sie geht von einer Spende „nicht unter 3.000 Euro“ aus, die in Aussicht gestellt wurde. Dabei, so Oberstaatsanwalt René Rupprecht, sei es aber unerheblich, ob das Geld geflossen sei: „Der Punkt ist, ob es ein Angebot gab und ob es wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.“

■ **SMS an Schmid?** Doch was passierte nach der WhatsApp? Fix ist: Blümel schickte eine SMS an Finanzministeriums-General Thomas Schmid: „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich.“ Was in den drei Stunden dazwischen passierte, ist unklar. Blümel sagt, es müsse ein Telefonat mit Neumann gegeben haben. Er könne sich aber nicht erinnern: „Ich habe ihm sicher gesagt, dass wir keine Spenden von Glücksspielfirmen nehmen.“

■ **Dünnere Verdacht.** Doch es hat auch die WKStA Zweifel: So sei unklar, ob der von Neumann verlangte Termin mit Kurz und Novomatic-Chef Johann Graf zustande gekommen sei, heißt es im Akt.

■ **Verwechslung: andere Kurz.** Und tatsächlich: Zwar findet sich im Terminkalender der Assistentin des Novomatic-Eigentümers ein Termineintrag „Kurz“. Doch das entpuppte sich als Verwechslung: Gemeint sei Aufsichtsrätin Martina Kurz ...

Blümel: »Kurz nicht informiert«

» **ÖSTERREICH: Was haben Sie gedacht, als Sie mit dem Durchsuchungsbeschluss der Justiz konfrontiert wurden?**

BLÜMEL: Ich bin gerne mit den Herrschaften in meine Wohnung gegangen. Ich hatte mein Handy bereits abgegeben, sie nahmen den Laptop meiner Frau mit. Es lief alles fair ab.

ÖSTERREICH: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie die Vorwürfe im Beschluss gelesen haben?

BLÜMEL: Ich habe mich erleichtert gefühlt. Ich wusste, der Vorwurf ist falsch und kann leicht widerlegt werden.

ÖSTERREICH: Jetzt beruht diese Hausdurchsuchung auf einer WhatsApp-Nachricht, die der Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann Ihnen geschickt hat, und einer Nachricht, die Sie danach an den ehemaligen Kabinettschef im Finanzministerium geschickt haben. Dazwischen sind allerdings drei Stunden vergangen, was ist in diesen drei Stunden passiert?

BLÜMEL: Die Schlussfolgerung der StA ist, dass es da einen Kontakt zw-

ischen Harald Neumann und mir gegeben haben muss, zwischen den beiden Nachrichten, der ist nachvollziehbar, denn es stellt sich im Laufe dieses Akts heraus, dass es sich um eine Steuerproblematik zwischen dem Unternehmen und den italienischen Behörden handelt. Ich habe eine Nachricht geschrieben an den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, mit der Bitte, den Herrn Neumann zurückzurufen.

ÖSTERREICH: Eine wesentliche Frage ist: Haben Sie Kanzler Kurz über die WhatsApp informiert? Er war Außenminister.

BLÜMEL: Die Frage stellte sich nicht. Kurz war im Intensiv-Wahlkampf. Ich weiß, dass es niemals zu so einem Termin betreffend Spenden gekommen ist.

ÖSTERREICH: Das heißt, Sie haben mit Kurz niemals über dieses Thema gesprochen?

BLÜMEL: Das schließe ich mit Sicherheit aus.

ÖSTERREICH: Die Opposition fordert Ihren Rücktritt.

BLÜMEL: Auch das schließe ich aus. <<

Blümel kontert Vorwürfe: Gilt auch für VP-nahe Vereine

Eidesstattliche Erklärung: Keine Spende

Mit einer eidesstattlichen Erklärung geht Blümel zum Gegenangriff über.

Wien. Blümel (ÖVP) hat am Freitag versucht, in der Parteispenden-Causa zu beruhigen. Er legte eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach es von der No-

vomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an VP-nahe Vereine gegeben habe. Tags zuvor hatte er direkt nur Parteispenden dementiert – jetzt verneint er das auch im Fall einiger ÖVP-naher Vereine.

„Ich will und muss Ver-

leumdungen entgegentreten“, sagte er. „Wer etwas anderes behauptet, der wird von mir geklagt werden.“

Einen Rücktritt als Finanzminister schloss der Kurz-Vertraute am Freitag neuerlich aus.

„Österreich“, 13.02.2021



Ex-Grünen-Chefin sensibilisiert den Präsidenten für die CasAG

Ex-Politikerin Eva Glawischnig lobbyierte für die Novomatic in der Hofburg.

Wien. Die Casinos-Affäre erfasst nach der ÖVP nun auch SPÖ und Grüne. Wie Ermittlungsakten, die ÖSTERREICH vorliegen, zeigen, wird von der Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft auch ein Treffen zwischen der ehemaligen Grünen-Chefin Eva Glawischnig und dem Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen thematisiert. Am 7. März 2018 meldete sich Glawischnig, die damals gerade ihren Job bei der Novomatic angetreten war, bei Novomatic-Chef Harald Neumann: „FYI: war gerade bei VdB, hab ihm Novo als Unternehmen näher gebracht und auch sensibilisiert zu CasAG-Frage. Lg“, heißt es in der WhatsApp-Nachricht.

Das Büro von Bundespräsident Van der Bellen bestätigt diesen Termin auf ÖSTERREICH-Anfrage: „Der Bundespräsident empfängt immer wieder Gesprächspartner, die in der Politik tätig waren. So hat er sich am 7.3.2018 auch mit Eva Glawischnig über aktuelle Fragen ausgetauscht, und sie hat über ihre neue berufliche Tätigkeit berichtet.“

Auch Glawischnig er-



Ex-Novomatic-Chef Neumann: Adressat der Nachricht.

klärt gegenüber ÖSTERREICH, dass sie den Bundespräsidenten bei dem Termin über ihren Jobwechsel zu Novomatic informiert habe. „Es kann sein, dass wir dort auch über die Casinos gesprochen haben, ich kann mich im Detail aber nicht mehr an das Gespräch erinnern“, so Glawischnig zu ÖSTERREICH.

Auch ein zweiter prominenter ehemaliger Parteichef scheint in den Ermittlungsakten auf: Ex-SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Er wurde im Juli 2017 von Novomatic-CFO Peter Stein per E-Mail kontaktiert, um bei den Problemen bezüglich der Steuernachzahlung in Italien behilflich zu sein. Am 11. Juli 2017 schreibt dann auch Neumann ein Mail an Gusenbauer: „Alfred, bitte ASAP Herrn Prodi (ehemaliger italienischer Ministerpräsident, Anm. d. Red.) kontaktierten und vielleicht gelingt es dir, einen Termin im Finanzministerium zu erreichen!“

Türkise Nöte



Hausdurchsuchung beim Finanzminister, Widerstand in Tirol, der Innenminister und die Wirtschaftsministerin massiv in der Kritik, die Grünen sind sauer, und die Pandemie nimmt kein Ende: Sebastian Kurz und seine ÖVP haben schon bessere Zeiten gesehen. Allein es gibt keinen eleganten Ausweg aus der Krise. Weiterwursteln ist angesagt.

AGENDA Seiten 2 und 4

Blümel geht in die Offensive, Grüne bleiben skeptisch

Minister legt eidesstattliche Erklärung zu Spenden vor

Wien – Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat am Freitag mit Nachdruck versucht, Korruptionsvorwürfe vom Tisch zu wischen. Tags zuvor hatte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) eine Hausdurchsuchung an Blümels privater Wohnadresse durchgeführt. Sie verdächtigt den Finanzminister, im Jahr 2017 ein Spendenangebot mitsamt einer Bitte um politische Intervention vom damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann an den damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) vermittelt zu haben. Die Beteiligten bestreiten die Vorwürfe vehement.

Blümel legte bei einer Pressekonferenz eine eidesstattliche Erklärung vor, der zufolge er bei Vereinen, in deren Vorstand er war, nie Spenden der Novomatic angenommen hatte. Die Volkspartei verwies ebenfalls darauf, keine Parteispenden aus der Glücksspielbranche erhalten zu haben. Außerdem will die ÖVP Ermittlungsfehler entdeckt haben. Diese bilden jedoch nur einen Nebenaspekt der Vorwürfe ab – für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung. Die Grünen, der Koalitionspartner der ÖVP, forderten Blümel am Freitag zu mehr Offenheit auf, dem dürfte er mit seiner Pressekonferenz nachgekommen sein. Dennoch herrscht, vor allem unter den Abgeordneten, Skepsis vor. Aus der ÖVP hieß es in Hintergrundgesprächen, die Grünen verhielten sich „sehr fair“. Von der Opposition wurde erneut Blümels Rücktritt gefordert. Blümel will dem nicht nachkommen. (red)

AGENDA Seite 2
Pro & Kontra Seite 48

Kann der Finanzminister ausschließen, dass ihm je von einem Vertreter der Novomatic Spenden angeboten worden sind? „Ich kann für mich ausschließen, dass ich mich erinnern kann, dass das ein Thema war“, antwortete Gernot Blümel, der studierte Philosoph, am 25. Juni 2020. Die Antwort ließ die Abgeordneten des Ibiza-Untersuchungsausschusses schmunzeln. „Darf ich mir den Satz einrahmen?“, rief der rote Fraktionsführer Jan Krainer. Auch Stephanie Krisper (Neos) war laut Protokoll „erheitert“, sie hakte nach. Blümel blieb dabei: „Ich kann für mich ausschließen, dass ich Erinnerungen diesbezüglich habe.“ Acht Monate später wurden Blümels Erinnerungen durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft aufgefrischt – auf spektakuläre Art und Weise. Sie führte am Donnerstag eine Hausdurchsuchung bei dem amtierenden Finanzminister durch. Tags darauf legte Blümel eine eidesstattliche Erklärung vor, nie Spenden der Novomatic an die ÖVP oder „mit ihm medial in Verbindung gebrachte“ ÖVP-nahe Vereine angenommen zu haben. Damit gemeint: Pro Patria, Modern Society, Verein zur Förderung bürgerliche Politik sowie der Verein Wiener Stadtfeste.

Projekt Ballhausplatz

Als die belastenden Vorgänge 2017 stattfanden, war Blümel nichtamtführender Stadtrat und ÖVP-Landespartei- und in Wien. Er galt als enger Vertrauter des damaligen Außenministers Sebastian Kurz, der gerade die ÖVP übernommen hatte und mit Blick auf baldige Neuwahlen auf den Einzug ins Kanzleramt am Ballhausplatz hoffte.

Das war schon länger das Ziel einer vertrauten Gemeinschaft rund um Kurz, zu der auch Blümel gehörte. Unter dem Namen „Operation Ballhausplatz“ plante man die Neuaufstellung der ÖVP. Ein zentraler Punkt sollte dabei die Parteifinanzierung durch Spenden von Unternehmen und Superreichen werden. Der U-Ausschuss zeigte, wie Kurz und seine Vertrauten schon vor dem Rücktritt von ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner bei Industriellen um Spenden und Unterstützung warben.

Auch beim Glücksspielriesen Novomatic weiß man darüber Bescheid. Das geht aus Chats zwischen dem damaligen CEO Harald Neumann und Pressesprecher Bernhard K. hervor. Letzterer schrieb im Mai 2017 an seinen Chef, die Finanzierung der ÖVP sei „ziemlich trist“, die Spenden würden wohl „überschaubar bleiben“.

Italienische Probleme

Zwei Monate später wandte sich Neumann dann an Blümel: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!)“ Das „Problem in Italien“ ist gewaltig, der Novomatic drohen dort Steuernachzahlungen in der Höhe von bis zu fünfzig Millionen Euro. Bot Neumann der ÖVP über Blümel eine Spende an, falls Kurz der Novomatic in Italien helfen sollte?

Diese Frage treibt jetzt die WKStA um. Sie verdächtigt Neumann und Blümel ausgehend von dieser Chatnachricht der Bestechung. Blümel blieb jedenfalls nicht untätig: Er wandte sich drei Stunden nach Neumanns Nachricht an Thomas Schmid, damals Generalsekretär und Kabinettschef im Finanzministerium. „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich“, schrieb er mit Kuss-Emoji. In den folgenden Tagen soll das auch passiert sein. Die Beteiligten bestreiten die Vorwürfe.

Die WKStA sah nun eine Razzia als notwendig an, um mehr über das Spendenverhalten der Novomatic und Blümels Kommunikation mit Glücksspielmanagern zu erfahren. Er habe einen „Behördenweg herstellen“ wollen, sagte Blümel nun; offenbar habe das Finanzministerium vorher nicht reagiert. So rekonstruierte er nun den Chat aus dem Jahr 2017. Warum sich Neumann ausgerechnet an



Finanzminister Gernot Blümel trat Freitagnachmittag erneut vor die Presse, um sich zu erklären: Wer der ÖVP Gegenleistungen für Spenden unterstelle, werde geklagt.

Blümel geht in die Offensive

Mit einer Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister Gernot Blümel hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) einen riskanten Schachzug unternommen. Aber auch für die ÖVP und Kanzler Sebastian Kurz steht nun viel, wenn nicht sogar alles, auf dem Spiel. Der Versuch einer Einordnung.

ANALYSE: Fabian Schmid, Renate Graber

Blümel gewandt habe? Das könne er nicht beantworten, hieß es.

Die bisher bekannten Chats stammen aus den Smartphones von Neumann, Schmid, den einstigen FPÖ-Spitzenpolitikern Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus. Diese wurden im Verfahren schon länger sichergestellt. Mit Blümels Geräten liegen erstmals die eines amtierenden Ministers bei der WKStA. Bis zur Auswertung der Chats dürfte aber noch einige Zeit vergehen. Einstweilen versicherte die ÖVP, dass sie keine Spenden von der Novomatic erhalten hätte. Für das Delikt der Bestechung reicht aber schon das „Anbieten“ oder „Versprechen“ von Vorteilen.

Abgesehen davon konzentriert sich die ÖVP auf etwaige Ermittlungsfehler. So bestreitet das Kanzleramt, dass sich Neumann und Kurz im Frühjahr 2017 getroffen hätten, um über die „ÖVP neu“ zu sprechen. Klubobmann August Wöginger ging sogar so weit, zu behaupten, die Hausdurchsuchung habe wegen einer „Namensverwechslung“ stattgefunden. Er bezieht sich offenbar auf einen Satz in der Anordnung, dass Novomatic-Gründer Graf einen Termin mit „Kurz“ eingetragen habe. Damit könnte auch Grafs Schwiegertochter Martina Kurz gemeint sein. Allerdings ist dieser Termin für die Vorwürfe gegen Blümel irrelevant.

Vorwurf: Bestechung Warum dafür kein Geld geflossen sein muss

Es sind schwerwiegende Vorwürfe, die die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) erhebt. Er ist demnach verdächtig, ein „Verbrechen der Bestechung“ begangen zu haben.

Für den Strafrechtler der Wirtschaftsuniversität Wien, Robert Kert, könnte sich Blümel an einer Bestechung durch die Novomatic beteiligt haben, indem er das Angebot womöglich an den damaligen Außenminister Sebastian Kurz weiterreichte. Voraussetzung sei, dass der Vorteil, also eine Spende, mit einer konkreten Amtshandlung, einer Hilfe für Novomatic in Italien, in einem Zusammenhang stehe. Das lasse sich laut Kert anhand der vorliegenden SMS noch nicht sagen.

Aber in der Causa sei noch ein anderer Punkt zentral und macht aus Sicht Kerts die Verteidigung des Finanzministers löchrig. Nur weil Blümel darauf hinweise, dass die ÖVP kein Geld von der Novomatic erhalten habe, sei die Bestechung juristisch nämlich noch nicht vom Tisch. Denn das Versprechen eines Vorteils ist für die Verwirklichung des Delikts bereits ausreichend. (jan)

Außerdem heben ÖVP-Kreise angebliche Ungereimtheiten rund um das Vorgehen der WKStA hervor. Diese liegt mit der Oberstaatsanwaltschaft (ÖStA) Wien schon länger im Clinch, sie vermutet eine Befangenheit von deren Leiter Johann Fuchs. Eigentlich muss die WKStA Ermittlungsschritte wie Razzien drei Tage im Vorhinein bei der ÖStA Wien melden, ebenso brisante Entwicklungen in prominenten Verfahren. Beides sei nicht wie vorgesehen erfolgt, hieß es. So wurde die ÖStA wegen „Dringlichkeit“ der Hausdurchsuchung erst Mittwochnachmittag informiert; vom Beschuldigtenstatus Blümels soll sie erst sehr spät erfahren haben. Angesichts der Tatsache, dass die Hausdurchsuchung weit davor richtigerlich bewilligt worden war, herrscht bei der ÖStA Wien deshalb Unmut. Die Verletzung von Berichtspflichten würde die Maßnahmen aber nicht illegal machen. Das Justizministerium sprach von „ausreichenden“ Informationen.

An der Reaktion des Justizministeriums ist ablesbar, dass die Grünen in der Causa hartnäckig bleiben wollen. Sie schlossen sich den Rücktrittsforderungen an Blümel zwar nicht an, zeigten sich aber von dessen ersten Statements enttäuscht. Besonders die Frage nach der Finanzierung der ÖVP durch Umwege sei ungeklärt. Hier ist die Novomatic seit Jahren aktiv, es floss beispielsweise Geld an den Thinktank von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) und an die Julius-Raab-Stiftung. Unterstützt wurde auch der NÖAAB.

Im Kern ist das die große Frage seit Ibiza: Dort prahlte FPÖ-Chef Strache davon, dass man Parteien „am Rechnungshof vorbei“ unterstützen könne – eben durch Vereine. Nun haben die Ermittlungen dazu endgültig die ÖVP erreicht. Für alle Genannten gilt die Unschuldsumutung. Blümel selbst will nicht zurücktreten: Auch gegen andere Minister oder gar Kanzler sei während deren Amtszeit ermittelt worden, sagte er am Freitag. Eine Hausdurchsuchung gab es bei diesen allerdings nicht. Um Vorwürfe der Befangenheit zu begegnen, könnte die Glücksspielgesetzgebung auch ausgelagert werden, hieß es am Freitag. Wer der ÖVP Gegenleistungen für Spenden unterstelle, werde jedenfalls geklagt, sagte Blümel.

„Standard“, 13.02.2021

MUSS BLÜMEL ZURÜCKTRETEN?

Verantwortlich handeln

Petra Stuibner

PRO

Interessant an Gernot Blümel's Auftritt am Freitag war weniger die eidesstattliche Erklärung des Finanzministers, dass er keine Spenden angenommen habe. Viel interessanter war, was er sich nicht erklären konnte: Warum der Novomatic-Chef ihn, den damaligen Wiener nicht amtsführenden Stadtrat, überhaupt angerufen habe? Eine gute Frage – keine Ahnung. Ob das Finanzministerium für die sich damals in Italien in Steuerturbulenzen befindliche Novomatic interveniert habe? Auch eine gute Frage – keine Ahnung. Das war dann eher nicht das, was er tags zuvor beteuert hatte: dass man diese Sache „mit wenigen Worten aufklären“ könne.

Übrig bleibt das mittlerweile schon Gewohnte: ein komisches Gefühl, ein Verdacht, der in der Luft hängt, eine „schiefe Optik“. Das hat mittlerweile eine recht unappetitliche Systematik. Seit dem Auftauchen des Ibiza-Videos umwabert die türkise ÖVP ständig irgendetwas komisch. Man erinnere sich an die Schredderaffäre, bei der ein Mitarbeiter des Bundeskanzleramts eine ominöse Rolle spielte; an dubiose Nachrichten auf dem beschlagnahmten Handy von Thomas Schmid, dem ehemaligen Generalsekretär im Finanzministerium und Öbag-Vorstand; oder auch an die Zuwendungen an das Alois-Mock-Institut und das Sponsoring des Waidhofener Kammerorchesters, bei denen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka wichtige Funktionen innehat. Immer ist irgendetwas komisch. Und jetzt also der amtierende Finanzminister, für den, natürlich, die Unschuldsvermutung gilt.

Das ist die strafrechtliche Seite. Die andere ist die politische Verantwortung einer Partei, die seit über drei Jahrzehnten Teil österreichischer Bundesregierungen ist und mit Sebastian Kurz den Bundeskanzler stellt. Politische Verantwortung kommt vor dem Strafrecht – lange davor.

Sie liegt bei der ÖVP, beim Finanzminister selbst und beim Bundeskanzler. Er hätte längst dafür sorgen müssen, dass der Rechnungshof alle Parteifinanzen kontrollieren darf. Und er müsste es unvereinbar finden, dass der Finanzminister, der über das Glücksspiel in Österreich wacht, gleichzeitig von der Staatsanwaltschaft in einem Ermittlungsverfahren als Beschuldigter geführt wird. Blümel muss offensiv mithelfen, die Sache aufzuklären. Und er darf nicht den leisesten Verdacht aufkommen lassen, dass er seine politische Funktion mit einem persönlichen Interesse verknüpfen könnte. Kurz müsste das sehen – wenn es Blümel schon selbst nicht tut.

„Standard“, 13.02.2021

Verdächtig ist nicht schuldig

Eric Frey

KONTRA

Im Straf- und Medienrecht erlischt die Unschuldsvermutung für Beschuldigte erst, wenn ein Urteil rechtskräftig geworden ist. In der Politik ist diese Frist deutlich kürzer. Es ist unvorstellbar, dass der in erster Instanz verurteilte Karl-Heinz Grasser heute in einer Regierung sitzen könnte. Allein schon eine Anklage muss eine politische Karriere beenden oder zumindest bis zu einem rechtskräftigen Freispruch unterbrechen.

Aber davon ist Finanzminister Gernot Blümel in der Causa Novomatic meilenweit entfernt. An sich sind Spenden von Konzernen an Parteien unter gewissen Auflagen legal; ebenso ist es zulässig, wenn ein Unternehmen bei einem Problem im Ausland um politischen Beistand bittet. Problematisch ist die Verknüpfung der beiden Aktivitäten – und die hat Novomatic-Chef Neumann in seiner Nachricht an den damaligen Wiener Stadtrat zumindest angedeutet.

Das zu klären ist nun die Aufgabe der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die deshalb zu Recht bei Blümel rasch eine Hausdurchsuchung durchführen ließ. Der Finanzminister wird zwar als Beschuldigter geführt. Aber wie der Korruptionsexperte Georg Krakow erläutert, ist diese Bezeichnung irreführend. Blümel wird einfach nur verdächtig, weil gewisse Indizien auf ein mögliches strafbares Verhalten weisen. Verdacht allein kann nicht das Kriterium für einen Rücktritt sein; es gibt auch so etwas wie politische Unschuldsvermutung. Dass Blümels Handlungsfähigkeit als Minister eingeschränkt ist, weil er sich Befragungen der Staatsanwaltschaft stellen muss, ist ebenfalls unwahrscheinlich.

Das kann sich ändern, wenn sich die Indizien erhärten, dass es tatsächlich ein Quidproquo gab, also Geld für Amtshilfe – und Blümel daran beteiligt war. Das Angebot allein ist zwar auch schon strafrechtlich relevant, aber nur dann, wenn es nicht zurückgewiesen wurde. Auch das müssen Blümel und die Staatsanwälte klären. Bis dahin ist die Suppe doch sehr dünn.

Politisch kann man sich fragen, ob eine Partei, die ständig um hohe Spenden aus der Wirtschaft wirbt, um mit überbeurten Wahlkämpfen ihre Macht abzusichern, die bestimmende Kraft des Landes sein soll. Die Reihe der Spendenskandale im schwarz-türkisen Umfeld ist lang und geht viele Jahre zurück. Die Antwort darauf haben die Wähler allerdings mehrmals gegeben: Es ist vielen ziemlich egal. Auch das muss man akzeptieren.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 13.02.2021

"Tu es für mich", bat der Finanzminister

Gernot Blümel weist in Wien den Vorwurf der Bestechlichkeit zurück - Ermittlungsdetails werden öffentlich

Von Stephan Löwenstein, Wien

Ein amtierender Minister als Beschuldigter in Ermittlungen, eine staatsanwaltliche Durchsuchung bei ihm zu Hause: Kein Wunder, dass die österreichische Innenpolitik seit Donnerstag in heller Aufregung ist. Sämtliche Oppositionsparteien forderten den Rücktritt von Finanzminister Gernot Blümel. Alle wissen, dass es politisch bedrohlich würde für Bundeskanzler Sebastian Kurz, wenn sein enger Weggefährte in der christdemokratischen ÖVP stürzte. Doch Blümel weist jegliche Schuld weit von sich. Das hat er am Donnerstagabend in einer hastigen, wenig souverän wirkenden Stellungnahme erklärt und am Freitag, etwas ausgeruhter, bekräftigt. Er wies alle "Unterstellungen und Verleumdungen" in einer eidesstattlichen Erklärung zurück und drohte jedem, der anderes behauptete, mit Klage.

Worum geht es? Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, dass Blümel im Juni 2017 ein Spendenangebot des österreichischen Glücksspielkonzerns Novomatic erhalten habe, in Verbindung mit dem Wunsch, der Firma zu helfen, die gerade Auseinandersetzungen mit den italienischen Behörden hatte. Es liegt eine SMS des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel vor: "Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz, erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien ha-

ben!" Am selben Tag bat Blümel per Kurznachricht den damaligen Spitzenbeamten im Finanzministerium, Thomas Schmid, Neumann einmal anzurufen. "Tu es für mich." Außerdem hat die Staatsanwaltschaft - wie aus dem gegen Blümel erwirkten Durchsuchungsbeschluss hervorgeht - im Terminkalender der Assistentin des Novomatic-Eigentümers Graf einen Eintrag mit dem Betreff "Kurz" wenige Tage darauf.

Das Ganze ist ein Beifang aus Hausdurchsuchungen im sogenannten Casinos-Verfahren. Dort geht es um die Frage, ob der Glücksspielkonzern Novomatic Vorteile dafür erhalten habe, dass er 2019 der damaligen Mitte-rechts-Regierung von ÖVP und FPÖ bei einer Personalbestellung bei den Casinos Austria half. Diese Ermittlung läuft schon seit anderthalb Jahren, zieht weite Kreise mit beschuldigten ÖVP- und FPÖ-Leuten, ohne dass bislang etwas über eine konkret bevorstehende Anklage bekannt geworden wäre. Dafür wird regelmäßig etwas aus den Ermittlungsakten öffentlich und befeuert die Debatte über angebliche Mauscheleien, seit Kurz an der Regierung ist. So eben auch die SMS aus den Handys der Beteiligten. Es würde nicht verwundern, wenn bald auch Blümel-SMS kursierten.

Blümel war 2017 ÖVP-Chef im Bundesland Wien und "nicht amtierender Stadtrat". Inwieweit er überhaupt ohne relevantes öffentli-

ches Amt korrupte Handlungen hätte tun können, lässt sich schwer erschließen. Ohne auf diese Ungereimtheit der Ermittlungen einzugehen, schloss er jetzt für sich, für die Partei und für Vereine, in denen er tätig war, kategorisch aus, Spenden von Novomatic erhalten zu haben. Dass eine Firma sich an das Außenministerium wenden wolle, wenn sie Probleme im Ausland habe, sei "täglich Brot". Er selbst habe damals nach Erhalt der SMS offenbar mit Neumann telefoniert, erinnere sich aber nicht daran.

Er werde ihn wohl mit dem Finanzministerium in Verbindung gebracht haben, weil es um eine Finanzfrage ging. Bislang habe man im Haus keinen Vorgang gefunden, der etwa daraus resultiert wäre. Hätte Neumann ihm Spenden angeboten, hätte er ihm klar gesagt, dass die ÖVP keine Spenden von Glücksspielunternehmen und Waffenproduzenten annehme, seit Kurz im Mai 2017 Parteichef wurde.

Allgemein bekannt ist freilich, dass Novomatic sehr intensiv die politische Landschaft wässerte: mit Spenden und Sponsorentätigkeit für Vereine und Veranstaltungen, bei denen Parteimitglieder sowohl der ÖVP als auch der FPÖ und der SPÖ engagiert sind. Darauf könnte sich der Satz von Heinz-Christian Strache (ehemals FPÖ) im berühmten Ibiza-Video bezogen haben: "Novomatic zahlt alle."

MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Staatsanwälte bei Österreichs Finanzminister Blümel

Es kommt nicht alle Tage vor, dass die Staatsanwaltschaft die Privaträume eines amtierenden Finanzministers durchsucht. In Österreich ist das am Donnerstag passiert. Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) steht unter dem Verdacht, Parteispenden gegen Vorteilsgewährung angenommen zu haben. Er weist das weit zurück, die bekanntgewordenen Belege erscheinen schütter. Dass ihn die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft als Beschuldigten führt, hat er aus der Zeitung erfahren. Gleichwohl: Der Verdacht erschüttert die Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP).

Als reiche die Corona-Krise nicht aus, hatte der in den vergangenen Wochen schon genug personalpolitische Probleme: Anfang Januar musste Arbeitsministerin Christine Aschbacher (ÖVP) nach Plagiatsvorwürfen im Zusammenhang mit ihrer Master- und Doktorarbeit den Hut nehmen. Ersetzt wurde sie durch den parteilosen Wissenschaftler Martin Kocher. Auch Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck macht nicht die beste Figur, in der eigenen ÖVP-Fraktion sprechen einflussreiche Leute nicht gut über sie. Diese Woche musste sie das Scheitern ihres Projektes der Interneteinkaufsplattform "Kaufhaus Österreich" verkünden.

Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) hatte die seit einem Jahr bestehende Koalition mit den Grünen in der Vorwoche in schweres Fahrwasser gebracht, als sein Haus Abschiebungen veranlasste, die wohl rechtens, vielleicht aber politisch unklug waren. Nehammer hatte soeben versucht, mit der Ankündigung einer Radikalreform des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, das auch im Fall des flüchtigen und wegen Milliardenbetrugs gesuchten früheren Wirecard-Finanzvorstands Jan Marsalek eine unrühmliche Rolle spielte, politisch positive Nachrichten zu setzen.

Und nun Blümel. Der grüne Koalitionspartner gießt Öl ins Feuer und spricht von einem "offenbar begrün-

deten Verdacht". Gemeint sind Vorwürfe, er habe sich 2017 für den österreichischen Glücksspielkonzern Novomatic eingesetzt. Der hatte in Italien ein Steuerproblem und wollte das - so heißt es - über den damaligen Außenminister Kurz womöglich "klären". Blümel war damals ÖVP-Vorsitzender in Wien und Stadtrat - allerdings ohne ein Amt in der von SPÖ und Grünen geleiteten Stadtverwaltung zu führen. SMS-Mitteilungen Blümels an den damaligen Kabinettschef im ÖVP-geführten Finanzministerium ("Tu es für mich.") sollen den Verdacht erhärten. Einen Beleg für den "Erfolg" einer Intervention gibt es nicht, Novomatic hat wohl die gesamte Steuernachzahlung in Italien geleistet.

Der Presse sagte Blümel, er komme Rücktrittsforderungen der Opposition "sicher nicht" nach. "Seitdem ich Landesparteiobmann der ÖVP Wien bin und seitdem Sebastian Kurz Bundesparteiobmann ist, hat es keine Spenden der Novomatic an die Landespartei Wien oder an die Bundespartei gegeben." Am Freitag legte er eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach es von der Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. "Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten", sagte Blümel, er kündigte Klagen gegen andere Behauptungen an.

Blümel ist ein enger Weggefährte von Kurz. Er gehört zu jener Gruppe, die die alte österreichische Volkspartei umgestaltet, in neue Volkspartei umgetauft und die Parteifarbe von Schwarz auf Türkis geändert hat. Die Vorwürfe gegen Blümel scheinen ein altes Stereotyp neu zu bedienen, das der Freunderlwirtschaft. Erst im Dezember wurde der frühere Finanzminister Karl-Heinz Grasser wegen Untreue bei der Privatisierung staatlicher Immobilien zu acht Jahren Haft verurteilt, das Urteil ist nicht rechtskräftig. Das Parlament befasst sich im "Ibiza"-Untersuchungsausschuss mit der Frage, ob Minister der früheren ÖVP-FPÖ-Regierung käuflich waren. Bei Ermittlungen um die "Casino-Af-

färe" tauchte nun Blümel überraschend als Beschuldigter auf.

Der 39 Jahre alte, mit einem MBA der Wirtschaftsuniversität Wien ausgestattete Philosoph hat sein Berufsleben in der Politik zugebracht: als Mitarbeiter im Parlament, Referent der Regierung, Generalsekretär der ÖVP, Landeschef der Partei in Wien und seit Dezember 2017 als Minister, zunächst ohne Geschäftsbereich, dann für Europa und Kultur, seit Januar vergangenen Jahres für Finanzen. Das erste Jahr im Amt war überschattet von den Folgen der Corona-Krise. Angetreten mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte und einer Rückführung der Staatsschuldenquote, musste er nun hohe Schulden machen, um Betrieben Steuern zu stunden, Umsatzausfall zu erstatten, Hilfen zu gewähren, Kurzarbeit zu finanzieren.

Die Staatsverschuldung stieg laut Österreichischer Nationalbank von 70 auf 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Doch Blümel, der voriges Jahr Vater wurde, gibt sich zuversichtlich, dass es in wenigen Jahren gelingen werde, die Schulden zurückzuführen - mit Hilfe von mehr Wachstum, ohne Steuererhöhungen oder zusätzliche Abgaben.

Dem Streit mit der Opposition, und sei es nun um die im Haushaltsgesetz fehlende Angabe "in Millionen Euro", weshalb 2020 der Haushalt ein zweites Mal beschlossen werden musste, geht er nicht aus dem Weg. Und es scheint, als suche er den mit der EU. Immer wieder beklagt er die Langsamkeit der Brüsseler Behörde. Er legte sich an mit dem Brüsseler Statthalter in Wien, Martin Selmayr, forderte das Beihilferecht wegen Corona auszusetzen, höhere Staatshilfen an hilfebedürftige österreichische Betriebe zuzulassen.

Zugleich erwartet der laut Selbsteinschätzung "überzeugte Europäer" Sparsamkeit von Brüssel. Mit Kanzler Kurz hat er lange gegen Ausmaß und Form des 750 Milliarden Euro großen Corona-Hilfspaketes gekämpft - obgleich davon viele Länder Ostmittel- und Südosteuropas profitieren, in de-

nen österreichische Unternehmen oft eine marktführende Stellung haben und Gewinne nach Wien transferieren. Erst vor wenigen Tagen beklagte

Blümel in der Zeitung "Kurier", Österreich zahle 12 Milliarden Euro an die EU, bekomme aber nur 3 Milliarden

Euro zurück. Sein Fazit: "Kein besonders gutes Geschäft."
ANDREAS MIHM

Casino Wien

Finanzminister Gernot Blümel muss Korruptionsvorwürfe abwehren, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Der Hilferuf eines Unternehmens und ein Spendenangebot hatten die Justiz alarmiert

VON CATHRIN KAHLWEIT

Wien – Die SPÖ hatte nur noch wenige Sekunden übrig von ihrer Fragezeit im "Untersuchungsausschuss zur möglichen Käuflichkeit der türkis-blauen Regierung", als eine Abgeordnete der ehemaligen Staatsanwältin im so genannten Ibiza-Komplex, Christine Jilek, zurief: "Was ist Ihre Wahrnehmung zum Beschuldigtenstatus von Gernot Blümel?" Zu diesem Zeitpunkt hatte in Wien längst die explosive Nachricht die Runde gemacht, dass der Finanzminister von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) als Beschuldigter geführt werde, aber keiner wusste genau, warum. Nun versuchte die Abgeordnete bei Jilek ihr Glück.

Die Juristin schwieg; die Causa war zu heikel. Dabei hatte Jilek eine wichtige Rolle in diversen Verfahren gespielt, die 2019 – nach dem Skandal um ein Treffen von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache mit einer vermeintlichen Oligarchennichte – von der Justiz eröffnet worden waren. Dem Ausschuss hatte sie, erkennbar frustriert, über die schwierigen Ermittlungen gegen aktive und frühere Regierungsmitglieder berichtet. Ihre Arbeit sei von der Oberstaatsanwaltschaft durch unverständliche Weisungen und unsinnige Arbeitsaufträge behindert worden, sie sei aus nichtigen Anlässen gemäßregelt worden. Im Dezember warf sie hin.

Die Abgeordneten hatten also gerade im Detail gehört, wie Ermittlungen zu Parteispenden, bestellten Gesetzen und politischem Postenschacher aus Jileks Sicht torpediert wurden. Umso mehr elektrisierte sie nun die Nachricht, dass es einen Verdacht gegen den engsten Vertrauten von Bundeskanzler Sebastian Kurz gebe. Blümel war bis zum Bruch der ÖVP-FPÖ-Koalition nach dem Ibiza-Skandal Kanzleramtsminister gewesen.

Einen Tag später gab es Klarheit, die WKStA zog wegen des medialen Drucks einige Maßnahmen vor: Der

Minister erfuhr, dass gegen ihn wegen Bestechlichkeit und Bestechung in einem Fall aus dem Jahr 2017 ermittelt wird, als er ÖVP-Chef und Stadtrat in Wien war. Die Aktenfunde sind Ausfluss des Verfahrens um den mächtigen und in Österreich ungeheuer einflussreichen Glücksspielkonzern Novomatic und dessen frühere Tochter, die Casinos Austria (Casag). Seit längerem gehen die Staatsanwälte dem Verdacht über einen Deal zwischen ÖVP- und FPÖ-Politikern und der Novomatic nach, bei dem es um eine Lockerung des Glücksspielgesetzes im Tausch gegen einen FPÖ-Vorstandsposten bei der Casag gegangen sein soll. Alle Beschuldigten dementieren die Vorwürfe.

2017 bat der damalige Novomatic-Chef, Harald Neumann, Blümel um Vermittlung und Hilfe bei einem Steuerproblem in Italien; konkret ging das so: Er habe da eine Bitte, er brauche einen "kurzen Termin bei Kurz" – wegen einer Spende und wegen eines Problems, das "wir in Italien haben!" Offenbar hätte die Novomatic in Italien mehr als 40 Millionen Euro Steuern nachzahlen müssen; zum Schluss waren es dann aber nur noch 20 Millionen.

Dafür, dass der Novomatic-Hilferuf den damaligen Außenminister Kurz erreichte, gibt es keine Belege. Blümel indes schickte den Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, los, der später unter Türkis-Blau weiter aufstieg und von dem die Ermittler seit Monaten etwa 300.000 Chatnachrichten auswerten; er solle sich kümmern.

Mit dem Angebot einer Spende steht nun auch der Verdacht verdeckter Parteispenden im Raum – und ein Gefallen, den Blümel dem Glücksspielkonzern Novomatic getan haben könnte. In der Sprache der Korruptionsstaatsanwaltschaft klingt das so: Es bestehe der Verdacht, "dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politi-

sche Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe". Für den Tatbestand der Bestechung reicht es übrigens schon aus, wenn ein Vorteil angeboten wird. Eine versprochene Spende muss nicht zwingend auch geflossen sein.

Deshalb gab es dann auch am Donnerstagmorgen mehrere Hausdurchsuchungen, eine davon bei Blümel. Am Abend trat der sichtlich genervte Minister kurz vor die Presse und wiederholte mehrmals mantraartig, die Partei habe unter Kurz und ihm nie Spenden von Glücksspiel-, Waffen- oder Tabakkonzernen genommen. Die – offenbar schwieriger zu beantwortende – Frage einer Reporterin, ob stattdessen womöglich eine Spende an einen ÖVP-nahen Verein geflossen sei, mochte Blümel am Donnerstag nicht beantworten.

Warum ist das heute politisch noch so bedeutsam? Im Sommer 2017 regierte die ÖVP noch mit der SPÖ; Außenminister Sebastian Kurz drängte ins Kanzleramt und bereitete sich mit einer engen Gruppe von Vertrauten akribisch darauf vor. Es gab sogar einen langfristigen Plan, "Operation Ballhausplatz", welcher der SZ in Auszügen vorliegt. Darin war genau festgelegt, wie die Partei übernommen, die strategische Kommunikation organisiert werden solle. Enthalten auch: eine Namensliste, unterteilt nach "Top" und "Euro", mit der einflussreiche ÖVP-Sympathisanten, so Eingeweihte, um Wort- oder Geldspenden gebeten werden sollten. Unter dem Eurozeichen finden sich viele illustre Namen, Novomatic-Gründer Johann Graf und der damalige Vorstandschef Harald Neumann stehen nicht darauf. Aber: Ein Novomatic-Sprecher hatte intern ohnehin bereits selbst festgestellt, dass Kurz die "Finanzierung der Bundespartei" offenbar "vergessen" habe, dort sei es "ziemlich trist".

Die WKStA bezieht sich, wie die SZ erfuhr, bei ihren Ermittlungen rund um ein mutmaßliches Spendenangebot der Novomatic unter anderem auf "Operation Ballhausplatz" und die ÖVP-Parteienfinanzierung. Insider glauben, Geld aus dem Konzern könnte an einen parteinahen Verein oder auch, beispielsweise, in ein aufwändig inszeniertes Stadtfest wie jenes der ÖVP im September 2017 geflossen sein, bei dem der US-Entertainer David Hasselhoff auftrat. Der Konzern ist bekannt dafür, dass er Veranstaltungen durch Kostenübernahmen oder Anzeigen querfinanziert. Blümel dementierte am Freitag auf einer zweiten Pressekonferenz aber explizit, dass in seiner Zeit als Wiener ÖVP-Chef Geld an parteinahe Vereine oder auch an den Verein "Wiener Stadtfeste" geflossen sei.

Es ist sehr gut möglich, dass Blümel recht behält und alle Vorwürfe "mit wenigen Worten" entkräften

kann. Es gibt noch keine Anklage, es gilt die Unschuldsvermutung. Sollte das Verfahren eingestellt werden, stünde die WKStA, der von ihren Gegnern im Justizapparat einseitige Ermittlungen und Überforderung unterstellt wird, noch mehr unter Druck.

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft arbeitet, anders als in vielen EU-Ländern, nicht selbstständig, sie existiert in einem Graubereich zwischen Exekutive und Judikative. Die Oberstaatsanwaltschaft, die wiederum an das Justizministerium berichtet, kann ihr Weisungen geben. In einer seitenlangen Eingabe an die grüne Justizministerin Alma Zadic, die der SZ vorliegt, flehen die Korruptionsermittler regelrecht darum, ihre Verfahren "frei von Befangenheiten und politischer Einflussnahme" führen zu dürfen. Zadic reagierte nicht, derzeit ist sie in der Babypause.

Der grüne Vizekanzler Kogler, der sie vertritt, betonte nun auf SZ-Anfra-

ge: Um die unabhängige Ermittlungsarbeit zu stärken, sei ein in die Kritik geratener, umstrittener Abteilungsleiter "jetzt für andere Aufgaben zuständig" und der WKStA sei mehr Personal zugeteilt worden. Zudem gebe es "Reformpläne zu den Berichtspflichten. Daran wird aktuell intensiv gearbeitet." In der WKStA wird gemutmaßt, dass frühere Hausdurchsuchungen an Verdächtige durchgestochen worden sein könnten. Im Falle von Gernot Blümel hatte sie ihre Pflicht, der Oberstaatsanwaltschaft drei Tage im Voraus zu berichten, aus ermittlungstaktischen Gründen verkürzt. Jetzt muss sie liefern.

Es gibt noch keine Anklage, es gilt die Unschuldsvermutung, doch der Minister ist genervt

"Ich kann für mich ausschließen, dass ich mich erinnern kann, dass das ein Thema war."

GERNOT BLÜMEL IM IBIZA-AUSSCHUSS

„www.falter.at“, 13.02.2021

„Tu's für mich“

Was steckt hinter der Razzia bei Gernot Blümel? Wieso drücken die Korruptionsermittler so aufs Tempo? Und wer finanziert die ÖVP?

Harald Neumann ist ein reicher Mann, aber auch er hat seine kleinen und großen Sorgen. In persönlichen „To do“-Listen hat er sie immer wieder notiert. Der Hüftspeck muss weg. Er will endlich einmal eine Million im Jahr verdienen. Die Freundin will versorgt sein. Und in Italien steht zum Beispiel eine Steuernachzahlung des damals von ihm geführten Glücksspielkonzerns Novomatic in der Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro an.

„Guten Morgen, sag mal eine Frage“, schrieb Neumann deshalb am Morgen des 6. Dezember 2017 an den Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel, der damals am Sprung ins Kanzleramt als Medienminister war. „Meine Freundin (ich glaube Du hast sie einmal im Fitnessclub gesehen) würde eventuell einen Job brauchen. Glaubst Du gibt es eine Möglichkeit (...) im Bereich der Kabinetten (sic)?“

Blümel antwortete: „Sie soll mir ihren Lebenslauf schicken und ich schau mal“.

Blümel, der Slim-Fit-Philosoph und Kurz-Vertraute. Neumann, der Glücksspielmanager im Nadelstreif: ein merkwürdiges Paar, das sich gerne half.

Das Italien-Problem

Neumann hatte auch noch dieses Problem mit Italien: 40 Millionen Euro sollte sein Konzern nachzahlen, Fahnder der Guardia di Finanza hatten die italienische Tochter des Konzerns gefilzt und festgestellt, dass konzernintern verrechnete Lizenzgebühren einem Fremdvergleich nicht standhielten. Steuerbetrug also, so der Verdacht.

Da schrieb Neumann am 12. Juli 2017 Blümel wieder eine seiner morgendlichen SMS. Der Politiker stand damals zwar im alles entscheidenden ÖVP-Wahlkampf von Sebastian Kurz, er war die rechte Hand des jungen Außenministers, der die Große Koalition mit Christian Kern aufkündigte, um selbst Kanzler zu werden. Aber er hatte dennoch oder vielleicht auch deshalb ein offenes Ohr

7 Uhr 37, SMS Neumann an Blümel: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende) und zweitens bezüglich einen Problemes (sic!) das wir in Italien haben!“.

Erstens Spende, zweitens Problem. Neumann war ungewöhnlich direkt und Blümel wimmelte ihn nicht empört ab, im Gegenteil, er vernetzte ihn.

Eine Antwort Blümels auf dieses Ansinnen ist zwar nicht dokumentiert, aber drei Stunden später, um 10 Uhr 18 nervte Blümel einen wichtigen Mann im Finanzministerium damit: Thomas Schmid, den damaligen Generalsekretär des damaligen Finanzministers Hans-Jörg Schelling und heutigen Chef der Bundesbeteiligungsagentur. Die ÖBAG verwaltet die Staatsanteile an Konzernen wie den Casinos oder der OMV.

Ein Herzerl-Smiley

Blümel an Schmid: „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich. Danke!“.

Dazu ein Kuss-Herzerl-Smiley.

So geschah es auch. Blümel bedankte sich bei Schmid am Abend per SMS. Und der schrieb mit Smiley zurück: „Bei 40 Mio Steuer Nachzahlung würde ich mich auch anscheissen :-“

Neumann war damals ziemlich nervös, wie sichergestellte Mails zeigen. Er beschimpfte in internen Memos seinen Finanzvorstand, der auf den Steuerbescheid der Italiener warten wollte, statt politische Connections spielen zu lassen. „Mir fehlt schön langsam das Vertrauen in Dich!“, blaffte er ihn an. Denn: „Du setzt nicht alle Hebel und Beziehungen ein, die wir im Unternehmen haben!“

Die „Hebel und Beziehungen“ der Novomatic. Was war damit gemeint?

Etwa der ehemalige SPÖ-Kanzler und nunmehrige Unternehmensberater Alfred Gusenbauer, der im Aufsichtsrat einer Novomatic-Tochter sitzt und „bitte asap Herrn Brodi kontaktieren“ sollte, wie Neumann befahl? Gemeint war offenbar der ehemalige Ministerpräsident Romano Prodi. „Gusi“ sollte sein altes rotes Netzwerk ausspielen. Doch Prodi nützte im konkreten Fall nichts. Seine Partei war aufgespalten, der anvisierte Finanzminister saß im falschen Flügel.

Also wandte sich Neumann an Gernot Blümel, damit dieser Kurz in Bewegung setze, Österreichs damaligen Außenminister. Der solle in Italien für den mutmaßlichen Steuersünder Novomatic intervenieren, so Neumanns Wunsch. Kurz, der Steuerberater.

Die mysteriöse „Spende“

Schon am nächsten Tag rotierte das Finanzministerium. Dort behandelte man Neumann wie einen VIP, und das war er als Teilaktionär der teilverstaatlichten Casinos AG ja in gewisser Hinsicht ja auch: „Haben ein paar gute Kontakte auf Beamtenebene. Und einen ins Kabinett. Sind unterwegs“, schrieb Finanz-Generalsekretär Schmid an Neumann, der um Hilfe bat. Der bedankte sich und schickte Schmid sofort eine Zusammenfassung seines Steuerproblems. Schmid: „Wir versuchen unser Bestes!“

Sieht man die Sache kritisch, könnte man meinen, das österreichische Finanzministerium agierte als persönliche Steuerberatungskanzlei eines Milliardenkonzerns und half diesem Steuern zu sparen.

Interpretiert man sie wohlmeinend, könnte man sagen: ein ganz normaler Bürgerservice der Regierung für ein österreichisches Milliardenunternehmen, das zehntausende Arbeitsplätze garantiert und hier Millionen an Steuern zahlt.

Aber was ist nun mit der „Spende“?

Neumanns Anwalt Norbert Wess schreibt: „Mein Mandant hält fest, dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt“.

Und auch Gernot Blümel legte am Freitag – frisch frisiert – eine eidesstattliche Erklärung vor. Weder er, noch die ÖVP, noch parteinahe Vereine hätten Geld bekommen. Die Sache lasse sich schnell aufklären. Die Grünen wurden leiser.

Unternehmenspraxis

Doch die WKStA bleibt misstrauisch, nicht nur weil Heinz-Christian Strache in Ibiza das berühmte Sätzchen „Die Novomatic zahlt alle drei“ aussprach. In tausenden Chats, die die Staatsanwälte auf Straches Handy, aber auch auf Festplatten von Thomas Schmid und anderen ÖVP-Politikern gefunden haben, zeigt sich eine etwas andere Unternehmenspraxis.

Immer wieder sponserte die Novomatic parteinahe Vereine „am Rechnungshof vorbei“ und das mit stattlichen Summen. Das Institut für Sicherheitspolitik des ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank bekam 200.000 Euro, große Teile davon leitete Vereinsvorstand Tschank als „Regiekosten“ in seine eigene Tasche um. Derweil setzte sich die FPÖ für Online-Lizenzen ein und die Novomatic versorgte ihren Bezirksrat mit einem Posten im Casinos-Aufsichtsrat, ein „Hintergrunddeal mit den Blauen“, wie ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger gegenüber dem Casinos-Aufsichtsrat und Raiffeisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner gesagt haben soll.

In der schwarzen Reichshälfte profitierte etwa jahrelang das Alois-Mock-Institut des heutigen Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka von der Novomatic, wie man im Ibiza-U-Ausschuss erfuhr. 120.000 Euro bekam sein „Think-Tank“ und immerhin 8000 Euro das von ihm dirigierte Orchester. Immer wieder sponsert die Novomatic auch Feste privater Vereine, die in Wahrheit nur dem Zweck dienen, ÖVP-Politikern eine Bühne zu bieten.

All das hat wohl System, glaubt die WKStA, es folge einem „Masterplan“, den die Novomatic schon im Jahr 2005 von einem Mitarbeiter des Lobbyisten Peter Hochegger hat ausarbeiten lassen, ein „Drehbuch für Korruption“, nennt der in der Buwog-Affäre verurteilte Lobbyist das Papier heute selbst.

Politiker sollten eine „Bühne“ geboten werden, steht darin geschrieben, und der Konzern solle sie für ihre Zwecke einspannen. Man solle nach „Win-Win-Situationen“ suchen, Gesetzesvorschläge ausarbeiten und Politiker umgarnen. „Verbündete Politiker stellen eine schnelle Einbindung in den Gesetzgebungsprozess sicher“, schrieb der Verfasser des Papiers, denn: „Politiker werden in der Regel erst dann tätig, wenn sie für sich einen konkreten Nutzen darin sehen.“ Mögliche Nutzen-Beispiele sind „Schaffen einer medialen Bühne, konkrete Sponsoring-Projekte in einem Wahlkreis etc.“ Im Jahr 2017, so die Vermutung, habe auch Kurz Geld gebraucht. Für die „Operation Ballhausplatz“ ([siehe den damaligen Falter-Artikel dazu](#)).

Kriminell oder österreichische Landschaftspflege

Aber ist das kriminell? Oder nur österreichische Landschaftspflege? Die WKStA will es genau wissen. Denn das „In Aussicht stellen“ eines Vermögensvorteils für ein Amtsgeschäft ist schon im Versuchsstadium strafbar, heißt es im Gesetz. Und jeder, der dabei mitmacht, hängt als Beitragstäter mit drin. Die WKStA hat daher eine Frage zu prüfen: hat Gernot Blümel, der heutige Finanzminister, einen Beitrag dazu geleistet, dass Kurz ein Vorteil für ein Amtsgeschäft angeboten worden ist? Was bedeutete sein Satz „Tu es für mich!“ genau? Was hatte Blümel persönlich davon, wenn Schmid Neumann anruft? Wieso lag ihm die Intervention so am Herzen? Und was genau wusste Kurz?

Die WKStA muss den Neumann-Blümel-Chat, den sie im sichergestellten Handy von Neumann gefunden hatte, also penibel aufklären, so verlangt es das Gesetz. Und deshalb beantragte die Anti-Korruptions-Behörde beim Landesgericht für Strafsachen erfolgreich einen Hausdurchsuchungsbefehl, und zwar bereits am 23.12.2020. Rechtsschutzrichterin Julia Rusdich hält so – wie die WKStA – aufgrund der Chats fest, es bestünde der Verdacht, Harald Neumann habe Sebastian Kurz in seiner Eigenschaft als Außenminister für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts zu bestechen versucht und es bestehe weiters der Verdacht, Gernot Blümel sei dazu angestiftet worden, Kurz diesen Vorteil anzubieten.

Die WKStA formuliert erstaunlich zurückhaltend, sie tastet sich langsam vor. Sie nimmt Kanzler Sebastian Kurz aus dem Schussfeld. „Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian Kurz aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte“, schreiben die Staatsanwälte. „Derzeit“.

Die WKStA recherchiert also noch. Doch die Opposition wertet den Hausdurchsuchungsbefehl gegen Harald Neumann und Gernot Blümel bereits wie eine Anklage gegen die beiden. Neos, FPÖ und SPÖ fordern den Rücktritt. Die ÖVP beginnt – wieder einmal – die Korruptionsbehörde zu attackieren. Sebastian Kurz bezeichnete die Truppe in einem Hintergrundgespräch vor einem Jahr ja einmal als „linkes Netzwerk“, weil sie gegen Hartwig Löger ermittle, Blümels Vorgänger. Zu dünn sei die Suppe, zu hart die Ermittlungsmaßnahmen, streuen die schwarzen Spin-Doctoren, und einige Tageszeitungen verbreiten es unkritisch. Die WKStA habe die Oberbehörden zudem zu spät informiert, sie wolle sich der Kontrolle widersetzen, so ein weiterer Vorwurf.

Der Aufschrei der Oberstaatsanwältin

Tatsächlich platzte die Hausdurchsuchung in einen offenen Machtkampf, den die WKStA seit eineinhalb Jahren mit ihren Vorgesetzten führt. Erst vergangene Woche eskalierte der Konflikt, wie man im Ibiza-U-Ausschuss miterleben konnte. Da trat Christina Jilek in den Zeugenstand, eine 40jährige resolute Oberstaatsanwältin die eineinhalb Jahre gegen Neumann, Strache und Co ermittelte.

Ihr Eingangsstatement ([hier zum Nachlesen](#)) glich einer Abrechnung mit dem österreichischen Justiz-System. Eine zügige und politisch unbefangene Ermittlung sei im Ibiza-Komplex nicht mehr möglich, beklagte sie. Die Untersuchungen würden von der ÖVP und Vorgesetzten torpediert. Sie folge nun ihrem Gewissen und schmeiße den Job hin. Zu massiv sei der Druck auf sie geworden – und zwar seitens der ÖVP. Die WKStA brauche endlich mehr Freiheit. Wenn die Politik von Ermittlungen betroffen sei, dürfe nicht die Politik die Korruptionsermittlungen kontrollieren. Die Grünen verloren zu Jileks Anklage kein Wort – aus Koalitionsrason. Alma Zadic und ihr Karenzvertreter Werner Kogler verhalten sich auffallend still.

Nicht nur der Ibiza-Komplex, auch die neue, fast 600 Seiten starke Akte Blümel („Amtsvermerk über weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Funktionären der ÖVP“) bietet Einblicke in einen merkwürdigen Sumpf. Die WKStA gräbt sich immer tiefer ins Machtzentrum der ÖVP vor, sie hinterfragt immer hartnäckiger, wer die ÖVP finanziert und was Spender dafür bekommen. Und die Behörde agiert dabei immer selbstbewusster.

Die Akte Blümel ist aber auch abseits der strafrechtlichen Dimension einmal mehr ein Sittenbild, wie eng verflochten Österreichs größter Glücksspielkonzern mit der ÖVP, aber auch mit anderen politischen Parteien und Persönlichkeiten dieser Republik ist. Akribisch hat der in dem Fall federführende Staatsanwalt Mathias Purkhart Chats, Kalendereinträge und E-Mails wie ein Puzzle zu einer sehr österreichischen Erzählung montiert. Sie zeigt, wie ein Glücksspielkonzern, der Zehntausende in die Spielsucht und somit in die Kriminalität gestürzt hat, von der ÖVP und auch von Kanzler Kurz hofiert wird – und umgekehrt.

Im Mai 2017 beginnt die Auswertung der Chats. Als Kurz zum Sprung auf den ÖVP-Chefsessel ansetzt, plaudert Novomatic-Chef Neumann mit seinem Pressesprecher Bernhard Krumpel über die Geldnot der Partei. „Kurz wird seine (politischen, Anm.) Forderungen bekommen“, analysiert Krumpel, „Er hat aber einen ganz wichtigen Punkt vergessen: die Finanzierung der Bundespartei. Dort ist es nämlich ziemlich trist, werden von Landesparteien sehr kurz gehalten.“ Tatsächlich ist die Partei fast pleite, die Länder zahlen ihre Beiträge nicht.

Was auffällt: Immer wieder sucht der Konzern in dieser Zeit die Nähe zu Kurz oder anderen Ministern und umgekehrt. Mai 2017: „War heute übrigens bei Kurz“, schreibt Krumpel und ist enttäuscht. „Hat eingeladen. Das wird nix. Er tut sich schwer mit Inhalten. Nix mit ÖVP neu“. Auch Neumann sucht die Nähe zum damaligen Außenminister und findet sie. Eine Kurz-Lobbyistin, die für den Kanzler offenbar Geld für den Wahlkampf aufstellt, lädt Neumann etwa im Mai 2017 zum „Frühstück mit Sebastian Kurz“ ins Außenamt ein, wie ein beschlagnahmtes Mail zeigt.

Nur drei Monate später, im August 2017, folgt schon der nächste exklusive Termin, Neumann wird umgarnt. Die Unternehmensberaterin Antonella Mai-Pochtler, Chefin des Kurz-Thinktanks „Think Austria“ lädt Neumann in den noblen Innenstadt-Italiener Fabios zum Dinner mit dem Thema „Politische Prioritäten von Sebastian Kurz“. Neumann schreibt: „Komme gerne und freue mich“.

Wieso wird einer wie Neumann ständig von den Beratern und Spendenkeilern von Kurz eingeladen? Und wieso sucht die ÖVP seine Nähe?

Die WKStA stellt in ihrem Bericht eine wichtige Frage: „Erfolgte eine Spende durch die Novomatic-AG?“. Eine Antwort bleibt aus, die Behörde schreibt aber: „Erwähnenswert ist, dass Mag. Neumann nur 12 Tage nach dem Spendenchat zwischen ihm und Mag. Blümel und nur einen Tag vor dem Termin mit dem Betreff „KURZ“ mit dem Konzernsprecher über Parteispenden räsoniert“.

Das liest sich so: Konzernsprecher Krumpel an Neumann: „Hahaha. Pierer (Kurz-Spender und KTM-Chef Stefan Pierer, Anm.) verdoppelt alle ÖVP- Spenden, die bis 31.7. eingelangt sind.“ Neumann: „Wir haben noch etwas besseres vor ;)“ hat dir stefan (Stefan Krenn, heute Konzernsprecher, Anm.) schon erzählt???

Krumpel: „Ja... FP hat mich angerufen, tschank ist alter freund von mir...bin da voll eingebunden: hab u.a. gerade den brief an die parteien entworfen und stefan geschickt“.

Solche Chats machen die WKStA misstrauisch. Was meinte Neumann mit „Wir haben noch etwas besseres vor“ und wieso erwähnt Krumpel im Zusammenhang mit Parteispenden Markus Tschank, den Vorstand jenes Vereins, dem die Novomatic 200.000 Euro überwiesen hatte – während sie diesem ihre Wünsche für eine Online-Casino-Lizenz vortrug? War es wieder so wie bei Blümel: „Erstens Spende“, „zweitens Problem“? Und was ist der „Termin KURZ“? Ein Treffen zwischen Novomatic-Boss Graf mit seiner gleichnamigen Aufsichtsrätin, wie Graf beteuert?

Wurde auch an die ÖVP über Vereine gespendet? In einer anonymen Anzeige, die die gesamte Casinos-Affäre ins Rollen brachte, wird dieser Verdacht ausgesprochen: „Wer nicht direkt an die Partei spenden wollte, wurde an das Alois Mock Institut oder an die Julius Raab-Stiftung verwiesen. Dort sind Vertraute und ehemalige Mitarbeiter von Kurz tätig.“

Die WKStA wird sich wohl auch dort hinein graben müssen, sofern sie die Oberstaatsanwaltschaft Wien frei ermitteln lässt. Es gibt ja noch viel zu tun. Auf einer beschlagnahmten Festplatte von Thomas Schmid fanden die Staatsanwälte ein Backup seines Handys und rund 300.000 Chats. Die Nachrichten werden gerade ausgewertet und versetzen die ÖVP in höchste Unruhe. Sie werden einen Lichtstrahl werfen ins Innerste der Volkspartei und wohl auch zu Sebastian Kurz und seiner Seilschaft.

Die Novomatic zahlte am Ende übrigens nur 20 Millionen Euro. Ob das Finanzministerium in Italien intervenierte, konnte Blümel nicht sagen. Das lasse er gerade von seiner Beamtenschaft recherchieren. Bis jetzt habe er keinen Hinweis dazu finden können. Vielleicht finden sich ja entlastende Spuren auf den am Donnerstag sichergestellten privaten Festplatten von Blümel.

„www.orf.at“, 13.02.2021

Misstöne zwischen Koalitionsparteien

Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) haben für Unmut bei der ÖVP gesorgt. Die Reaktion der Kanzlerpartei rief wiederum Kritik des Koalitionspartners hervor. Die ÖVP wollte in einer parlamentarischen Anfrage das Vorgehen der Staatsanwaltschaft hinterfragen. Die grüne Justizsprecherin sah darin eine „reine Nebelgranate“.

Am Samstag ging die ÖVP nach dem Aufkommen der Vorwürfe gegen ihren Finanzminister in die Offensive – und kündigte eine parlamentarische Anfrage an. Darin will die Abgeordnete Michaela Steinacker Genaues zur Vorgehensweise der WKStA wissen – und wirft der Behörde zugleich Fehler vor. „Wer trägt für die Verfehlungen die Verantwortung, und was sind die Konsequenzen?“, wird etwa gefragt. Der ÖVP-Klub wünscht sich vom Ressort des grünen Regierungspartners unter anderem zu erfahren, wie der Beschuldigtenstatus von Blümel vorher in die Medien gelangen konnte, ob Rechte des Ministers verletzt worden seien und wer allenfalls dafür verantwortlich sei.

Auch die Beschuldigungen selbst werden in der Anfrage erneut zurückgewiesen und als unwahr bezeichnet: „Ist es nicht problematisch, dass die Basis für die Ermittlungen und die Hausdurchsuchung ein Termin und eine Spende sind, obwohl es weder eine Spende noch einen Termin gegeben hat?“ Zudem heißt es in der Anfrage, dass Formulierungen in den Akten „den parteipolitischen Diktionen der Sozialdemokratie bzw. der Freiheitlichen Partei“ entsprechen, etwa jene von der „Machtübernahme“ durch Sebastian Kurz. Nicht zuletzt will der ÖVP-Klub von der Justiz wissen, wie diese weiter vorgehe, nachdem Blümel „innerhalb von 48 Stunden sämtliche Vorwürfe als falsch darlegen konnte“.

Scharfe Kritik von grüner Justizsprecherin

Beim Koalitionspartner rief dieses Vorgehen augenscheinlich keine Freude hervor. „Es wird langsam zur Gewohnheit, dass nach jedem Schritt der Justiz in Verfahren, an denen ÖVP-Politiker*innen beteiligt sind, aus ÖVP-Kreisen Kritik an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) laut wird“, so die Justizsprecherin der Grünen, Agnes Sirkka Prammer, in einer Aussendung.

In der ÖVP-Anfrage sah die Abgeordnete den Versuch, „diese wichtige Behörde in der Öffentlichkeit zu beschädigen“. Das Vorgehen „ist in diesem Zusammenhang als reine Nebelgranate zur Ablenkung von weiterhin unaufgeklärten Fragen zu werten“, so Prammer. Für die Justizsprecherin der Grünen ist es zwar legitim, dass „der Finanzminister in einer Pressekonferenz und einer eidesstattlichen Erklärung die Vorwürfe leugnet“. Das sei „aber keinesfalls ein Gegenbeweis“.

Blümel wies Vorwürfe zurück

Die Aussendung der grünen Justizsprecherin war die erste Reaktion der Grünen, seit Blümel am Freitag in die Offensive gegangen war. In einer Pressekonferenz – und später auch noch einem Interview mit der ZIB2 – dementierte er am Freitag die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, wonach sich die Novomatic gegen Spenden an die ÖVP eine Gefälligkeit erkaufte habe.

In einer eidesstattlichen Erklärung betonte er, dass von der Novomatic in seiner Zeit weder Spendengelder an die ÖVP Wien noch an ÖVP-nahe Vereine geflossen seien. „Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten“, sagte Blümel. „Wer etwas anderes behauptet, wird von mir geklagt werden.“ Umgehungskonstruktionen schloss Blümel jedenfalls für die Wiener ÖVP aus: „Ich kann das für meinen Bereich mit Sicherheit ausschließen.“

Blümel sagte, er „wisse“, dass sich die Causa aufklären werde. „Sie können mir glauben, dass ich größtes Interesse habe, dass das rasch und umfänglich passiert“, so Blümel. Eine Unvereinbarkeit mit seiner Tätigkeit als Finanzminister, der auch für das Glücksspiel zuständig sei, gebe es nicht, außerdem sei im Regierungsprogramm festgelegt, dass dieses einer weisungsfreien Behörde überantwortet werden solle.

Neue Details aus Ermittlungsakten

Noch ist das freilich nicht der Fall. Das verleiht auch einer weiteren E-Mail des Glücksspielkonzerns Novomatic Brisanz, die am Samstag durch Recherchen von „profil“ und ZIB2 bekannt wurde. Am 2. Juni 2017 schrieb der damalige Vorstandschef Harald Neumann in Bezug auf eine entsprechende Diskussion zu Parteispenden in Deutschland: „Die Konzernrichtlinie hatte die Absicht, dass keine verdeckten Zahlungen an Parteien in all unseren Ländern vorgenommen werden dürfen! Ich halte nichts davon gesetzlich erlaubte und transparente Zahlungen an Parteien gänzlich zu unterbinden!“

„Wir werden dies in einigen Ländern machen müssen und sollten uns nicht durch unsere Richtlinien einschränken“, schrieb Neumann weiter und: „Dh wir ändern die Richtlinie in der Form, dass diese Zahlungen nur dann stattfinden dürfen, wenn sie im gesetzlichen Rahmen und transparent vorgenommen werden! Eine Meldung (und nicht Genehmigung) an das Compliance Komitee soll aber bleiben.“

Der „Standard“ zitierte wiederum aus Ermittlungsakten, wonach Blümel und Neumann bereits vor 2017 seit Jahren Kontakt miteinander hatten. In den Unterlagen, die Mitauslöser der Hausdurchsuchung bei Blümel gewesen seien, habe die Staatsanwaltschaft „die Beziehung des heutigen Finanzministers und des damaligen Managers“ rekonstruiert, schreibt der „Standard“.

Fiedler sieht Blümel vor „langer Durststrecke“

Es steht zu vermuten, dass dies nicht die letzten Details bleiben, die rund um die Ermittlungen an die Öffentlichkeit gelangen. Laut dem Korruptionsexperten und ehemaligen Rechnungshof-Präsidenten Franz Fiedler, muss sich Blümel klar darüber sein, dass er „im Brennglas der Öffentlichkeit steht“.

„Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass auch einem Minister die Unschuldsvermutung zugutezukommen hat. Das heißt, solange er nicht verurteilt ist, gilt er als unschuldig, und dann hat er auch sein Amt auszuüben, aber wie schwer ihm das gemacht wird, das muss er sich im Klaren sein“, so Fiedler am Samstag in der Ö1-Reihe „Im Journal zu Gast“. Allerdings handle es sich nicht um juristische Argumente, sondern um Fakten, mit denen Blümel sich auseinanderzusetzen habe. „Und da wird er vermutlich eine lange Durststrecke durchzuhalten haben, wenn er sich entschließt, im Amte zu bleiben“, sagte Fiedler.

Filzmaier: „Fortgesetzte Tragikomödie“

Ähnlich hatte die Situation bereits Donnerstagabend der Politologe Peter Filzmaier in der ZIB2 beurteilt. Die juristische Unschuldsvermutung für Blümel sei richtig und wichtig, sagte Filzmaier. Er verwies allerdings darauf, dass das Finanzministerium für die Glücksspielaufsicht zuständig ist. Bei einem Vorwurf der Bestechlichkeit durch einen Glücksspielkonzern stehe die Frage der Unvereinbarkeit und der Handlungsfähigkeit im Raum.

Filzmaier sah eine „fortgesetzte Tragikomödie: die Parteien und das liebe Geld“. Das komödiantische Element sei dabei, dass einfach via Textnachricht lobbied werde. Es fehlten nach wie vor Sanktionen für Parteienvertreter, wenn sie Spenden an die Partei oder parteinahe Vereine nicht angeben. Der Rechnungshof könne nach wie vor nicht überprüfen, was in den Konten der Parteien geschehe.

Problem für Handlungsfähigkeit

Auch Ex-Staatsanwalt Georg Krakow, Vorstandsmitglied von Transparency International, forderte mehr Handhabe gegen verdeckte Parteispenden, eine Reform des Korruptionsstrafrechts und effektivere Kontrollen durch den Rechnungshof. Dafür brauche es auch eine Änderung des Parteiengesetzes, forderte Krakow am Freitag im Ö1-Morgenjournal.

Die Frage, wann bei Ermittlungen ein Rücktritt angebracht sei, ist laut dem ehemaligen Kabinettschef im Justizministerium allerdings „gar nicht einfach zu beantworten“. Es komme darauf an, „wie sehr sich ein Tatverdacht schon verdichtet hat“. Nur eine Anzeige oder ein Ermittlungsverfahren allein würden nicht reichen. Es gelte die Unschuldsvermutung, so Krakow. Sehr wohl könnte eine Ermittlung aber die Handlungsfähigkeit eines Regierungsmitglieds einschränken. „Insbesondere dann, wenn die Ermittlungen im Zusammenhang stehen mit Zuständigkeiten, die ein politischer Funktionsträger aktuell hat, weil natürlich alle ganz genau auf diese Zuständigkeit schauen werden und wie er diesbezüglich agiert“, sagte der Anwalt.

NR-Sondersitzung am Dienstag

Ganz besonders gilt das für die Opposition. SPÖ, FPÖ und NEOS forderten am Freitag, dass Blümel – zumindest auf Zeit – sein Amt zurücklege. Zugleich rief die Opposition die Kanzlerpartei auf, alle Spenden, auch an ÖVP-nahe Vereine, offenzulegen. Die drei Oppositionsparteien beantragten noch am Freitag gemeinsam eine Sondersitzung des Nationalrats.

Diese wird, wie am Samstag bestätigt wurde, am Dienstag um 11.00 Uhr eröffnet, um 14.00 Uhr soll die Debatte über die zu erwartende Dringliche Anfrage an den Finanzminister beginnen. Ein konkretes Thema für die Sondersitzung nannten SPÖ, FPÖ und NEOS im Verlangen zwar nicht, einer gemeinsamen Aussendung zufolge wollen sie aber insbesondere die von der WKStA angeordnete Hausdurchsuchung bei Blümel thematisieren.

„APA“, 12.02.2021

12.02.2021, 10:47 | OTS0065 | [Dr. Christopher Schrank](#)

Causa Casinos – Stellungnahme zum Kalendereintrag mit dem Betreff "Kurz"

(Wien/OTS) - Im Hinblick auf die zum Teil falsche bzw missverständliche Medienberichterstattung in der Causa Casinos hält Dr. Christopher Schrank, Rechtsvertreter von Prof. Johann Graf, namens seines Mandanten Folgendes fest:

Mein Mandant, Prof. Johann F. Graf, hält fest, dass es sich bei dem in der Durchsuchungsanordnung der WKStA in der Causa Casinos angesprochenen Termin mit dem Betreff "Kurz" nach seiner Erinnerung um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Frau Mag. Martina Kurz gehandelt hat.

Mit dem früheren Außenminister und nunmehrigen Bundeskanzler Sebastian Kurz und auch mit Finanzminister Gernot Blümel hatte mein Mandant noch nie Kontakt. Folglich kann ausgeschlossen werden, dass Herr Prof. Graf im Juli 2017 Herrn Bundeskanzler Kurz oder Herrn Finanzminister Blümel getroffen hat.

Rückfragehinweis:

Dr. Christopher Schrank
Rechtsanwalt
01/522 57 00
schrank@brandtlos.com
www.brandtlos.com

„APA“, 12.02.2021

Parteispenden - Int. Presse: "Österreich ist nicht wie andere Länder"

Utl.: "SZ": Vorgänge wie rund um Blümel würde in anderen Staaten zu Rücktritt führen - "FT": Mächtige Glücksspiellobby in Österreich, "Novomatic pays everyone"

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Österreichische Finanzminister scheinen, beobachtet man die vergangenen Jahre, für ein so kleines Land überproportional oft in die Schlagzeilen internationaler Medien zu gelangen. Nach der Razzia und Einvernahme des amtierenden Finanzministers Gernot Blümel (ÖVP) wegen staatsanwaltlich vermuteter Parteispenden - der Spitzenpolitiker bestreitet die Vorwürfe und es gilt die Unschuldsvermutung - ist jedenfalls auch er in internationalen Berichten prominent vertreten.

Die englischsprachige "Financial Times" ("FT", London) titelt mit den Worten "Home of Austria's finance minister raided by police" (Wohnsitz von Österreichs Finanzminister von Polizei gefilzt). Betont wird, dass Blümel einer der engsten Vertrauten von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) ist. Der Vorgang stehe in Zusammenhang mit Bestechungsvorwürfen der Staatsanwaltschaft durch "Österreichs mächtige Glücksspiellobby", im aktuellen Fall Novomatic. Schließlich wird an den berühmten Sager von Ex-FPÖ-Chef und -Vizekanzler Heinz-Christian Strache auf Ibiza erinnert: "Novomatic pays everyone" ("Novomatic zahlt alle").

"Bald knallt's", titelt die "Süddeutsche Zeitung" ("SZ", München) einen Kommentar zur Razzia bei Blümel. "Eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Untreue, wie sie bei Österreichs Finanzminister vorgenommen wurde, führte in anderen Ländern wohl zum Rücktritt", lautet der erste Satz des Artikels. "Der Betroffene würde Schaden vom Amt abwenden wollen, auch wenn die Unschuldsvermutung gilt", heißt es weiter. Die Ermittlungen rund um mögliche Korruption in der früheren ÖVP-FPÖ-Regierung seien "extrem nah an Kanzler Kurz herangerückt". "Auch gegen seinen Ex-Finanzminister Hartwig Löger wird ermittelt, ebenso gegen zahlreiche Vertraute aus Partei und Politik."

In ihrem Artikel zu Blümel schreibt die "SZ": "Es ist ein Paukenschlag, wie ihn auch das skandalgewohnte Österreich selten erlebt: Nachdem bereits am Dienstag in Wien durchgesickert war, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) den österreichischen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) als Beschuldigten im sogenannten Ibiza-Komplex führt, wurden am Donnerstagmorgen bei dem Minister und beim Glücksspielkonzern Novomatic Hausdurchsuchungen durchgeführt."

Das deutsche "Handelsblatt" ("HB", Düsseldorf) hat Blümel gleich zu seinem "Politiker des Tages" gemacht. In einem Kurzbericht werden die gestrigen Vorgänge erläutert.

Zahlreiche weitere deutsche Zeitungen wie etwa die renommierte "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ("FAZ") griffen die Thematik auf. Bei "bild.de" hieß es: "Hausdurchsuchung bei Ösi-Finanzminister Gernot Blümel (39)! Wegen Korruptionsverdacht ist er ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten."

Auch in weiteren europäischen Ländern wurde über die Hausdurchsuchung und die Einvernahme des heimischen Finanzministers berichtet.

„dpa Deutsche Presse Agentur“, 12.02.2021

Österreichs Finanzminister wehrt sich mit eidesstattlicher Erklärung

Wien (dpa) - Österreichs Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wehrt sich mit einer eidesstattlichen Erklärung gegen Korruptions-Vorwürfe. Er könne ausschließen, dass in seiner Amtszeit als Landeschef der ÖVP in Wien Spenden seitens des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Partei oder an konkret vier Vereine geflossen seien, betonte Blümel am Freitag. "Wer etwas anderes behauptet, der wird von mir geklagt werden." Er habe zwar 2017 Kontakt zum damaligen Chef des Glücksspielunternehmens gehabt. Aber es sei "völlig normal", dass man versuche, österreichischen Unternehmen, die im Ausland tätig seien, so gut es gehe zu helfen. "Ich schließe generell aus, dass Vereine mit meinem Wissen oder Zutun Spenden als Gegenleistung für politisches Handeln erhalten haben", heißt es in der Erklärung.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft führt Blümel als Beschuldigten in Ermittlungen rund um den Glücksspielkonzern Novomatic. Es geht um den Verdacht der Bestechung und Bestechlichkeit. Am Donnerstag kam es zu einer Hausdurchsuchung bei Blümel, einem engen Vertrauten von Bundeskanzler Sebastian Kurz. 2017 soll ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Parteispenden angeboten haben - im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern angesichts drohender Steuernachforderungen im Ausland.

Vor der Erklärung Blümels hatte die Opposition weiter auf dessen Rücktritt gedrungen. Wenn dem Minister etwas an der politischen Kultur des Landes liege, sei der einzig mögliche Schritt, jetzt zurückzutreten, sagte die Chefin der liberalen Neos, Beate Meisl-Reisinger. Erschwerend komme hinzu, dass er als Finanzminister auch mit der Aufsicht über die Glücksspielbranche betraut sei. "Das ist eine krasse Unvereinbarkeit", so Meisl-Reisinger weiter. Die Opposition hat eine Sondersitzung des Nationalrats beantragt.

Die Parteienfinanzierung in Österreich gilt als wenig transparent. "Der Rechnungshof kann nach wie vor nicht überprüfen, was in den Konten der Parteien eigentlich geschieht", sagte der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier am Donnerstagabend im ORF-Fernsehen. Die Rolle parteinaher Vereine bei der Parteienfinanzierung hat auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Ibiza-Affäre im Blick. Er geht etwaigen Hinweisen zur "mutmaßlichen Käuflichkeit" der damaligen Bundesregierung von ÖVP und FPÖ nach.

„dpa Deutsche Presse Agentur“, 12.02.2021

Österreichs Opposition macht weiter Druck: Minister soll zurücktreten

Wien (dpa) - Die Opposition in Österreich dringt weiter auf einen Rücktritt von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) aufgrund der Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechung und Bestechlichkeit. Dessen Dementi reiche nicht ansatzweise aus, weiter offene Fragen rund um Parteispenden auch an parteinahe Vereine zu klären, sagte die Chefin der liberalen Neos, Beate Meinl-Reisinger, am Freitag in Wien. Wenn dem Minister etwas an der politischen Kultur des Landes liege, sei der einzig mögliche Schritt, jetzt zurückzutreten. Erschwerend komme hinzu, dass er als Finanzminister auch mit der Aufsicht über die Glücksspiel-Branche betraut sei. "Das ist eine krasse Unvereinbarkeit", so Meinl-Reisinger weiter.

Blümel, ein enger Vertrauter von Kanzler Sebastian Kurz, wird nach Angaben der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft als Beschuldigter in Ermittlungen rund um die Glücksspielkonzerne Casinos Austria und Novomatic geführt. Schon 2017 soll ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Parteispenden angeboten haben - im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern angesichts drohender Steuernachforderungen im Ausland.

Blümel und andere Beschuldigte hatten die Vorwürfe umgehend dementiert. Seitdem er Landeschef der ÖVP in Wien und Kurz Bundeschef der ÖVP sei, habe es keine Spenden des Glücksspielunternehmens an die Partei gegeben, so Blümel am Donnerstagabend.

Die Parteienfinanzierung in Österreich gilt als wenig transparent. "Der Rechnungshof kann nach wie vor nicht überprüfen, was in den Konten der Parteien eigentlich geschieht", sagte der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier am Donnerstagabend im ORF-Fernsehen. Die Rolle parteinaher Vereine bei der Parteienfinanzierung hat auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Ibiza-Affäre im Blick. Er geht etwaigen Hinweisen zur "mutmaßlichen Käuflichkeit" der damaligen Bundesregierung von ÖVP und FPÖ nach.

„www.orf.at“, 12.02.2021

Heikle Causa mit bekannten Mustern

In der Affäre rund um angebliche Politspenden weisen alle Akteure, allen voran Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP), sämtliche Vorwürfe zurück. Die Causa weist jedenfalls ähnliche Muster auf, wie man sie bereits kennt: Wieder geht es um Glücksspiel, wieder ist der Konzern Novomatic involviert, wieder gibt es verdächtige Textnachrichten, und auch ein Teil der handelnden Personen taucht nicht zum ersten Mal in einer Affäre auf.

Laut ORF- und „profil“-Recherchen begann alles mit einer Nachricht, die Blümel 2017 von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann erhalten haben soll. Darin soll Neumann den damaligen Wiener ÖVP-Chef und nicht amtsführenden Wiener Stadtrat um die Vermittlung eines Termins beim damaligen Außenminister und heutigen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) gebeten haben. Das rief die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) auf den Plan.

Sie nimmt an, dass ein Verantwortlicher des Glücksspielunternehmens Spenden an die ÖVP bot und sich im Gegenzug dafür Unterstützung durch Amtsträger der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland erwartete, wie die WKStA sinngemäß mitteilte.

SMS an Blümel, SMS von Blümel

Neumann schrieb demzufolge am 10. Juli 2017 an Blümel: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problemes, das wir in Italien haben!“ Blümel bat laut Medienberichten daraufhin den Generalsekretär des Finanzministeriums, Thomas Schmid, um einen Rückruf bei Neumann – mit dem Hinweis „Tu es für mich“. Schmid, mittlerweile Alleinvorstand der Staatsholding ÖBAG, wird auch in den Ermittlungen in der Casinos-Austria-Affäre als Beschuldigter geführt.

Im November 2019 fand bei ihm eine Hausdurchsuchung statt, wo unter anderem sein Handy beschlagnahmt worden ist. Laut „Falter“ sind die Behörden immer noch damit beschäftigt, die 323.600 Nachrichten darauf auszuwerten. Laut Anklagebehörde habe Blümel auch den damaligen Außenminister Kurz informiert. Sie betont aber, dass es derzeit keine Anhaltspunkte gebe, wonach Kurz aktiv geworden sei.

Steuerprobleme in Italien

Novomatic machten in Italien zu der Zeit strengere Glücksspielgesetze und eine Steuernachzahlung zu schaffen: Wie dem Halbjahresfinanzbericht der Novomatic von 2017 zu entnehmen ist, hatte die italienische Tochter Novomatic Italia S.p.a. im April 2017 Besuch von der italienische Steuerpolizei.

Diese monierte, dass die Italien-Tochter Lizenzgebühren an die Novomatic Gaming Industries GmbH bezahlt und damit ihre Steuergrundlage in Italien minimiert habe. Im Raum stand laut WKSTA eine Summe von 50 bis 60 Millionen Euro, die es zu begleichen gegolten haben soll. Ein rechtskräftiger Steuerbescheid lag bei der Erstellung des Halbjahresfinanzberichts noch nicht vor. In der Folge musste Novomatic aber etwas mehr als 20 Millionen Euro Steuern in Italien nachzahlen.

„Kurz“ gar nicht „der“ Kurz?

Neben den Textnachrichten sorgt auch ein Kalendereintrag für Spekulationen: So hatte Novomatic-Eigentümer Johann Graf im Juli 2017 einen Termin mit „Kurz“ auf seiner Agenda. Bundeskanzleramt wie Blümel dementieren ein Treffen, auch Graf ließ über Anwalt Christopher Schrank ausrichten, dass er weder zu Bundeskanzler Kurz noch Blümel jemals Kontakt gehabt habe. Folglich könne Graf ein Treffen mit Kurz im Juli 2017 ausschließen. Laut Anwalt liegt eine Verwechslung vor: Es soll sich um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Sie ist Graf's Schwiegertochter, mit dem Kanzler ist sie nicht verwandt.

Dementi von Blümel

Laut Neumanns Anwalt Norbert Wess gegenüber der „Presse“ seien damals die Bemühungen, Kurz zu kontaktieren, aber „völlig im Sand verlaufen“. Und Blümel betonte, dass die Unterstellungen falsch seien: Die ÖVP habe unter ihm als Chef der Wiener Landespartei und unter Kurz als Parteichef nie Spenden von Glücksspielunternehmen, Waffenproduzenten und Tabakkonzernen angenommen.

Das lasse sich durch die öffentlich einsehbaren Spendenlisten der ÖVP beweisen, die auch vom Rechnungshof geprüft würden. Er legte eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach es von der Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. Umgehungskonstruktionen – etwa über zwischengeschaltete Vereine – schloss Blümel für die Wiener ÖVP aus: „Ich kann das für meinen Bereich mit Sicherheit ausschließen.“ „Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten“, sagte Blümel und kündigte Klagen gegen andere Behauptungen an.

Unklar ist bisher, ob das Finanzministerium oder das von Kurz geleitete Außenministerium im Jahr 2017 zugunsten der Novomatic tätig geworden sind. Er habe diesbezüglich im Finanzministerium nachforschen lassen und „bis dato nichts gefunden“, sagte Blümel. Vom Außenministerium wisse er diesbezüglich nichts.

Novomatic-Spekulation zu ÖVP-Financen

Laut „Standard“ stellten die Ermittler die Kommunikation zwischen Blümel und Neumann in ihrer Durchsuchungsanordnung in einen Zusammenhang mit der damaligen Neuaufstellung der ÖVP. Kurz hatte die Partei im Mai 2017 nach dem Rücktritt von Reinhold Mitterlehner übernommen. Die Koalition mit der SPÖ zerbrach, Neuwahlen wurden für den Herbst angesetzt.

Die Machtübernahme war zuvor von Kurz' Umfeld geplant worden. Dazu existieren Dokumente, die unter dem Namen „Operation Ballhausplatz“ bekannt sind. Laut der Ermittlungsanordnung kam es „im Zuge des Projekts ÖVP neu“ im Frühjahr 2017 zu einem Treffen zwischen Kurz, Neumann und dem damaligen Novomatic-Sprecher Bernhard K.

Der Novomatic-Sprecher schrieb danach in Chats an Neumann, dass Kurz die „Finanzierung der Bundespartei“ offenbar „vergessen“ habe, dort sei es „ziemlich trist“. Zwei Wochen später soll sich Neumann dann intern dafür eingesetzt haben, dass offene Parteispenden zulässig seien. Im Juli 2017 schrieb der Novomatic-Sprecher seinem Chef, dass der ÖVP-Spender Stefan Pierer die Summe aller Kleinspenden an die Partei „verdoppeln“ wolle. „Wir haben noch etwas Besseres vor :))“, soll Neumann geantwortet haben. Neumann zog sich 2020 als Geschäftsführer von Novomatic zurück, aus familiären Gründen, wie es hieß.

Immer wieder in den Schlagzeilen

Es ist freilich nicht das erste Mal, dass der niederösterreichische Glücksspielkonzern in den Politschlagzeilen ist. Im Untersuchungsausschuss zur „Ibiza“- und Casinos-Affäre waren Geldflüsse aus der Novomatic in das Umfeld der ÖVP bzw. von deren Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka gleich mehrmals Thema. Dort verteidigte der Public-Affairs-Leiter der Novomatic, Stefan Krenn, die Strategie, Vereine zu sponsern und Zugang zu politischen Entscheidungsträgern zu bekommen, als völlig üblich in der Branche. Unlautere Methoden wie den Kauf von Gesetzen wies er aber von sich. Ein Zitat von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache aus dem „Ibiza-Video“ aufnehmend sagte er: „Nein, Novomatic zahlt nicht alle. Aber sehr viele wollen die Unterstützung von Novomatic.“

Viel Geld für Niederösterreich

Für besonderes Aufsehen sorgte die Unterstützung für das Umfeld Sobotka: So übernahm die Novomatic Kosten für eine Veranstaltung des von Sobotka geführten niederösterreichischen ÖAAB, sponserte das von ihm dirigierte Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs und inserierte in der Zeitschrift des Alois-Mock-Instituts. Präsident des Instituts ist ebenfalls Sobotka. Allein die Unterstützung des Mock-Instituts bezifferte die Novomatic intern mit 109.000 Euro.

Sobotka hatte wiederholt betont, dass das Alois-Mock-Institut ein „bürgerlicher Thinktank“ und kein parteinaher Verein sei. Zudem habe man die Kooperation mit der Novomatic stets auf der Website ausgewiesen. Von Anfang an sei es lediglich um eine Kooperationen gegangen. Der Glücksspielkonzern habe Interesse daran gehabt, weil das Alois-Mock-Institut „interessante Themen“ geboten habe.

Kontakte auch mit anderen Parteien

Für Aufsehen sorgte auch Sobotkas Aussage, wonach das Land Niederösterreich in die Vergabe von Novomatic-Geldern eingebunden ist: „Die Novomatic hat für das Land Niederösterreich, wo sie den Sitz hat, insgesamt eine sechsstellige Summe ausgesucht, und das Land Niederösterreich berät die Novomatic und sagt, macht es einmal mit dem und einmal mit dem“, gab Sobotka im Dezember auf Oe24.tv zu Protokoll.

Freilich beschränkt sich das Engagement des Konzerns nicht auf Niederösterreich und auch nicht auf die ÖVP. Ausgangspunkt der aktuellen Entwicklungen waren nach „Ibiza“ FPÖ-nahe Vereine wie das Institut für Sicherheitspolitik des damaligen Abgeordneten Markus Tschank, das Novomatic mit 200.000 Euro unterstützte. Und inseriert wurde auch in Zeitschriften der SPÖ. Zudem engagierte der Konzern gerne frühere Politiker als Berater wie Ex-SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer und Ex-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina sowie als Mitarbeiter wie Ex-Grünen-Chefin Eva Glawischnig.

Teil der Casinos-Affäre

Die nunmehrigen Ermittlungen gegen Blümel sind auch ein Strang des Casinos-Verfahrens, dessen Ausgangspunkt die Bestellung von FPÖ-Mann Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand war. Dabei geht die WKStA der Frage nach, ob für Sidlos Bestellung Novomatic Glücksspiellizenzen in Aussicht gestellt wurden. Ermittelt wird dabei unter anderen auch gegen Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), ÖBAG-Chef Schmid, Ex-FPÖ-Chef Strache und Ex-Novomatic-Chef Neumann, Ex-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ), Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, auch der ehemalige Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner und sein Stellvertreter Josef Pröll sind unter den insgesamt elf Beschuldigten.

„www.orf.at“, 12.02.2021

Opposition reicht Blümel-Dementi nicht

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat sich am Freitag erneut gegen die Vorwürfe in der Causa Novomatic verteidigt. Dabei beteuerte er, dass es von dem Glücksspielkonzern weder Spendengelder an die ÖVP Wien noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. Der Opposition reicht das nicht: Sie sieht nach wie vor zahlreiche offene Fragen und beantragte gemeinsam eine Sondersitzung des Nationalrats zu den Ermittlungen gegen Blümel.

Blümel hatte am Freitag eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, wonach es von der Novomatic in seiner Zeit weder Spendengelder an die ÖVP Wien noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. „Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten“, sagte Blümel. „Wer etwas anderes behauptet, wird von mir geklagt werden.“

Umgehungskonstruktionen schloss Blümel jedenfalls für die Wiener ÖVP aus: „Ich kann das für meinen Bereich mit Sicherheit ausschließen.“

Die Opposition stellte das nicht zufrieden. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch sprach von einem „Akt der Verantwortungsflucht“. Die eidesstattliche Erklärung Blümels beantworte nicht die Frage, ob die ÖVP käuflich sei. Er verwies auf die Vorwürfe rund um das Alois-Mock-Institut und betonte zudem, dass „immer mehr Ungereimtheiten“ zu den Neuwahlen 2017 und dem Umbau der ÖVP sowie deren Finanzierung auftauchen würden. Er stellte die Frage in den Raum, welche Rolle die Junge ÖVP (JVP) spielte, deren langjähriger Bundesobmann Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) war, und ob diese als „türkise Kriegskasse“ gedient haben könnte. Deutsch forderte, dass Kurz nun „reinen Tisch machen“ und Blümel von der Regierung abziehen müsse.



Erneut sorgen Vorwürfe rund um Novomatic für Wirbel in der politischen Landschaft

Kickl verweist auf Glücksspielaufsicht

Ähnlich äußerte sich auch FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl: „Ein Finanzminister, dem die Staatsanwaltschaft einen Besuch zu Hause abstatten muss, weil Korruptionsverdacht besteht, hat zurückzutreten.“ Er verwies auch darauf, dass Blümels Ressort für die Glücksspielaufsicht zuständig ist. Bei Blümel seien auch dieselben Maßstäbe anzusetzen, wie sie bei „Ibiza“ von Kurz an den Ex-FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache gesetzt worden seien. Damals habe Kurz gesagt, dass die Zusammenarbeit mit einem Regierungsmitglied, gegen das polizeilich ermittelt werde, für ihn nicht möglich sei. „Diese moralische Richtschnur hat jetzt auch für Gernot Blümel zu gelten“, so Kickl.

Eine Offenlegung aller Spenden an ÖVP-nahe Vereine forderte auch NEOS. Generalsekretär Nikola Donig sagte, dass es bei derart schwerwiegenden Vorwürfen „vollständig gläserne Kassen brauche“. Die steuerzahlende Bevölkerung habe ein Recht auf Transparenz. Die von Blümel unterzeichnete eidesstattliche Erklärung reiche nicht aus, so Donig. Auch er forderte zumindest einen vorübergehenden Rücktritt: „Ein Finanzminister, der nicht über jeden Vorwurf erhaben ist, muss sein Amt zumindest vorübergehend zurücklegen.“

Rasche Sondersitzung beantragt

Die drei Oppositionsparteien beantragten gemeinsam eine Sondersitzung des Nationalrats. SPÖ, Freiheitliche und NEOS verlangen, dass der Ressortchef „angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe“ gegen ihn Rede und Antwort steht. Die Sondersitzung müsse nun so schnell wie möglich stattfinden, heißt es in einer gemeinsamen Aussendung am Freitag. Angesetzt wurde sie nun für Dienstag, Debattenbeginn 14.00 Uhr. Wann die Sondersitzung stattfindet, entscheidet die Präsidiale.

Der grüne Koalitionspartner äußerte sich noch nicht zu Blümels jüngster Stellungnahme. Am Vormittag hatte Klubchefin Sigrid Maurer von Blümel Aufklärung zu möglichen Spenden an ÖVP-nahe Vereine gefordert. Erst dann könne man seine Amtsfähigkeit beurteilen. Ob Blümels eidesstattliche Erklärung den Grünen reicht, blieb vorerst offen.

Dementi in vier Punkten

Blümel hatte in einer kurzen Pressekonferenz am Donnerstagabend zwar direkte Parteispenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Bundes-ÖVP und an die von ihm geführte Wiener Landespartei dementiert. Der Frage nach etwaigen indirekten Zuwendungen über parteinahe Vereine wich der Finanzminister allerdings aus und beendete die Pressekonferenz.

Konkreter äußerte er sich dann am Freitag in Form eines Dementis in vier Punkten: „Erstens: Ich kann ausschließen, dass die ÖVP Wien, solange ich Landesparteiobmann bin, Spenden von der Novomatic erhalten hat. Zweitens: Ich kann ausschließen, dass Vereine, in denen ich Verantwortung getragen habe, in dieser Zeit Spenden von der Novomatic erhalten haben. Drittens: Ich kann auch ausschließen, dass Vereine, wo ich keine unmittelbare Verantwortung getragen habe – wie der Verein Wiener Stadtfeste –, in meiner Zeit als Landesparteiobmann Spenden von der Novomatic erhalten haben. Und viertens: Ich kann sogar generell ausschließen, dass Vereine – egal ob ich dort eine Funktion innegehabt habe oder nicht, egal ob sie von jemandem in einem Naheverhältnis zur ÖVP gesehen werden oder nicht – Spenden als Gegenleistungen für mein politisches Handeln erhalten haben. Auch das kann ich ausschließen.“

Er gehe davon aus, dass er mit Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann Kontakt gehabt habe. Es sei normal, dass sich Unternehmen mit Anliegen an die Politik wenden würden. „Österreichischen Unternehmen dort, wo es geht, zu helfen“, sei auch Aufgabe der Regierung. Im Zuge des Kontakts werde er aber auch klargestellt haben, dass die ÖVP keine Spenden von Glücksspielunternehmen nehme. Er betonte wie bereits am Donnerstagabend, dass die ÖVP keine Spenden von Glücksspiel-, Waffen- oder Tabakunternehmen nehmen würde.

Fragen weiterhin offen

Warum sich Neumann ausgerechnet an ihn – einen nicht amtsführenden Wiener Stadtrat – gewandt hat, wollte Blümel nicht beurteilen. „Warum genau er sich damit an mich gewendet hat, weiß ich nicht. Er wird sich an jemanden gewandt haben, von dem er gerade die Handynummer hat“, so Blümel.

Unklar ist bisher, ob das Finanzministerium oder das von Kurz geleitete Außenministerium im Jahr 2017 zugunsten der Novomatic tätig geworden ist. Er habe diesbezüglich im Finanzministerium nachforschen lassen und „bis dato nichts gefunden“, sagte Blümel. Vom Außenministerium wisse er diesbezüglich nichts.

Verdacht der Gefälligkeit gegen Spende

In der Causa geht es um den Verdacht eines Spendenangebots des Glücksspielkonzerns gegen Gefälligkeit an die ÖVP. Blümel wird dabei als Beschuldigter geführt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hatte am Donnerstag in dem Fall mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe“, erklärte die WKStA.

Die WKStA begründet ihren Verdacht gegen Blümel und die damit verbundene Hausdurchsuchung unter anderem damit, dass Blümel angeblich durch Intervention des damaligen Novomatic-Geschäftsführers Neumann ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Chef Johann Graf herbeigeführt habe. Neben einem Kalendereintrag sieht die WKStA eine SMS Neumanns an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017 als Beleg.

Bitte um Termin bei Kurz

Darin bittet Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister und im Wahlkampf stehenden ÖVP-Chef Kurz, um über eine Parteispende und Unterstützung „bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“, zu sprechen. Anschließend hat sich Blümel an Thomas Schmid gewandt, damals Generalsekretär im Finanzministerium und heute ÖBAG-Chef, und zwar mit dem Wunsch, er möge Neumann anrufen. „Tu es für mich“, so Blümel an Schmid.

Blümel äußerte sich in seinem Dementi auch zu der Nachricht: „Ich gehe davon aus, dass sich Neumann beschwert hat, dass sich das Finanzministerium nicht meldet und es so zustande gekommen ist, dass ich Schmid schreibe.“ Neumann und Novomatic dürften der Annahme Blümels zufolge schon länger keine Rückmeldung aus dem Finanzministerium erhalten und eine solche urgiert haben. Er, Blümel, habe jedenfalls nur ersucht, dass eine österreichische Behörde bei einem österreichischen Unternehmen „zurückruft“ und habe dafür sicher nie irgendwelche Vorteile erwartet oder verlangt.

Steuerprobleme in Italien

Tatsächlich hatte die Novomatic im ersten Halbjahr 2017 ein Problem mit den italienischen Finanzbehörden. Wie dem Halbjahresfinanzbericht der Novomatic zu entnehmen ist, hatte die italienische Tochter Novomatic Italia S.p.a. am 5. April 2017 Besuch von der italienischen Steuerpolizei. Diese monierte, dass die Italien-Tochter Lizenzgebühren an die Novomatic Gaming Industries GmbH gezahlt und damit ihre Steuergrundlage in Italien minimiert habe.

Ein rechtskräftiger Steuerbescheid lag bei der Erstellung des Halbjahresfinanzberichts noch nicht vor. In der Folge musste Novomatic aber etwas mehr als 20 Millionen Euro Steuern in Italien nachzahlen. „Bei der Spende handelte es sich nach Erinnerung meines Mandanten um eine karitative Sache, völlig losgelöst von dem Italien-Thema“, sagte Neumanns Anwalt Norbert Wess zur SMS von Neumann an Blümel. Neumann trat im Februar 2020 als Novomatic-Vorstand zurück und gab familiäre Gründe als Auslöser dafür an.

Graf dementiert Kontakt zu Kurz und Blümel

Am Freitag meldete sich Novomatic-Eigentümer Graf zu Wort. Über seinen Anwalt ließ er ausrichten, dass er weder zu Kurz noch zu Blümel jemals Kontakt gehabt habe. Folglich könne Graf ein Treffen mit Kurz im Juli 2017 ausschließen, auf das sich die Ermittlungen gegen Blümel unter anderem stützen. Denn die Anordnung der WKStA für die Hausdurchsuchung bei Blümel in der Causa Casinos fußt auch auf einem Kalendereintrag von Graf vom 25. Juli 2017, wo ein Treffen mit „Kurz“ vermerkt ist.

Dabei soll es sich laut dem Anwalt von Graf, Christopher Schrank, aber nicht um den Bundeskanzler, sondern um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Wie Schrank gegenüber der APA sagte, habe die WKStA wegen des Termineintrags weder bei Graf noch bei ihm angefragt.

Auch das Kanzleramt hielt am Freitag fest, dass es das Treffen zwischen Kurz und Graf am 25. Juli 2017 nicht gegeben habe. Zudem betonte ein Sprecher, dass der Kanzler in „keinem Verwandtschaftsverhältnis“ zu der gleichnamigen Aufsichtsrätin steht. Die ÖVP kritisierte, dass sich die WKStA auf den Eintrag berufe.

Neumanns Anwalt Wess teilte unterdessen mit, dass sein Mandant festhalte, „dass es weder von ihm persönlich noch vonseiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt.“

„www.krone.at“, 12.02.2021

Novomatic: Aufreger in Grün und Rot gefärbt



(Bild: APA/Helmut Fohringer)

In Ermittlerakten tauchen im Zusammenhang mit Novomatic und möglichem Lobbying weitere prominente Namen auf. Neben dem ehemaligen roten Bundeskanzler Alfred Gusenbauer auch Ex-Grünen-Bundessprecherin Eva Glawischnig und Bundespräsident Alexander van der Bellen.

Mitten in die allgemeine Aufregung um Finanzminister Gernot Blümel tauchten am Freitag wunderbarer Weise Auszüge aus Ermittlerakten auf, in denen Glücksspielkonzern Novomatic und seine Verbindungen zu Rot und Grün thematisiert werden. Erstens: Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, immer wieder für Novomatic beratend tätig gewesen, soll laut einem Mailverkehr von 2017 zwischen den Ex-Novomatic-Managern Harald Neumann und Peter S. gebeten worden sein, in einer Steuerangelegenheit in Italien vorstellig zu werden.



(Bild: APA/HANS PUNZ)

Es handelt sich dabei um jenen Komplex, der nun mit Blümel in Zusammenhang gebracht wird. Novomatic hatte Steuerprobleme in Italien, soll Blümel gebeten haben, über den damaligen Außenminister Sebastian Kurz ein gutes Wort in Rom einzulegen. Dies wird bestritten, ebenso wie Spenden im Gegenzug für die ÖVP. Gusenbauer ist laut SMS-Verkehr direkt eingeschaltet gewesen. In Mail heißt es: „Sehr geehrter Herr Dr. Gusenbauer, anbei die Sachverhaltsdarstellung bezgl. der heute mit Hrn. Neumann besprochenen Steuerthematik in Italien. Wir prüfen gerade ob hier besser auf politischer oder Beamten-Ebene angesetzt werden kann. (...)“ Alfred Gusenbauer auf „Krone-Anfrage“: Ich habe in keiner Causa für die Novomatic in Italien interveniert.“



(Bild: APA/Herbert Pfarrhofer)

Brisant wird es auch im grünen Bereich. Eva Glawischnig, ehemalige Parteichefin, dockte mit 1. März 2018 bei Novomatic an. Am 7. März war sie bei ihrem Parteifreund und Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen. Glawischnig in einem SMS an Novomatic-Boss Neumann: „FYI war gerade bei Vdb, hab ihm novo als Unternehmen näher gebracht und auch sensibilisiert zu CasAG-Frage (Casinos Austria, Anm.).“

Die „Krone“ fragte nach. Van der Bellen lässt ausrichten, dass er immer wieder Gesprächspartner, die in der Politik tätig waren, zum Gedankenaustausch - wie etwa Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel - empfangt. So habe er sich am 7. März. 2018 auch mit Eva Glawischnig über aktuelle Fragen ausgetauscht. Sie habe über ihre neue berufliche Tätigkeit berichtet.

„So hat er sich am 7. März. 2018 auch mit Eva Glawischnig über aktuelle Fragen ausgetauscht. Sie hat über ihre neue berufliche Tätigkeit berichtet.“ Eva Glawischnig bestätigt das Treffen und sagt: „Ich wollte mit ihm über meinen neuen Arbeitgeber reden. Warum ich das mache etc. Ich hatte damals noch keine Einblicke in den Konzern. Ich glaube, ich hatte noch nicht einmal ein Onboarding.“

„www.wienerzeitung.at“, 12.02.2021

CAUSA GLÜCKSSPIEL

Blümel legt nach Vorwürfen eidesstattliche Erklärung vor

- Rund um die Parteispenden-Vorwürfe in der Causa Novomatic will Finanzminister Gernot Blümel mit der Erklärung "Verleumdungen" entgegentreten, wie er sagt.

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat am Freitag versucht, in der Parteispenden-Causa zu beruhigen. Er legte eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach es vom Glücksspielkonzern Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. "Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten", sagte Blümel in einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz in Wien. Wer etwas anderes behaupte, werde von ihm verklagt, so der Minister.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt gegen Blümel in einem Strang der Causa Casinos. Aktueller Auslöser ist eine SMS des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017. Darin bittet Neumann Blümel - damals Wiener ÖVP-Chef und nicht amtsführender Stadtrat - um einen Termin bei ÖVP-Chef Sebastian Kurz, um über eine Parteispende sowie um Unterstützung "bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben" zu sprechen. Kurz war damals Außenminister und sammelte Geld für den Wahlkampf. Der Novomatic drohte eine hohe Steuernachforderung in Italien.

Warum sich Neumann ausgerechnet an ihn - einen nicht amtsführenden Wiener Stadtrat - gewandt hat, wollte Blümel am Freitag nicht beurteilen. "Warum genau er sich damit an mich gewendet hat, weiß ich nicht. Er wird sich an jemanden gewandt haben, von dem er gerade die Handynummer hat", meinte der Vertraute von Kanzler Sebastian Kurz, damals Außenminister. "Österreichischen Unternehmen dort wo es geht zu helfen", sei aber Aufgabe der Regierung. Das Außenministerium habe jährlich in Tausenden Fällen Kontakt mit Unternehmen, die Hilfe im Umgang mit ausländischen Behörden benötigen. "Es ist das täglich Brot des Außenministeriums", sagte Blümel.

Blümel schließt Umgehungskonstruktionen aus

Blümel bat in weiterer Folge den Generalsekretär des Finanzministeriums und nunmehrigen Chef der Staatsholding ÖBAG, Thomas Schmid, um einen Rückruf bei Neumann - mit dem Hinweis "Tu es für mich". Als Finanzminister ist Blümel oberster Aufseher über das Glücksspiel in Österreich.

Unklar ist bisher, ob das Finanzministerium oder das von Kurz geleitete Außenministerium im Jahr 2017 zugunsten der Novomatic tätig geworden sind. Er habe diesbezüglich im Finanzministerium nachforschen lassen und "bis dato nichts gefunden", sagte Blümel. Vom Außenministerium wisse er diesbezüglich nichts.

Ausgeschlossen hat Blümel einmal mehr, dass die Bundespartei oder die Wiener ÖVP seit 2017 Spenden der Novomatic erhalten haben könnte. Umgehungskonstruktionen - etwa über zwischengeschaltete Vereine - schloss Blümel für die Wiener ÖVP aus: "Ich kann das für meinen Bereich mit Sicherheit ausschließen."

In der Causa Casinos wird unter anderem auch gegen Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), ÖBAG-Chef Schmid, Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann ermittelt.

Opposition forderte Rücktritt

Die Opposition hatte zuvor geschlossen den Rücktritt Blümels gefordert. "Ein Finanzminister, bei dem in der Causa Glücksspiel eine Hausdurchsuchung stattfindet, kann nicht mehr länger Finanzminister bleiben und muss die Konsequenzen ziehen", sagte Neos-Vorsitzende und Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger.

Ähnlich die FPÖ: "Jetzt ist die Katze aus dem Sack und die Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister nur noch der nächste Puzzlestein. Wenn das jetzt keinen Anlass für seinen Rücktritt bedeutet, kommt auch Kanzler Kurz in die Bredouille", sagte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz.

Die SPÖ gesellte sich in die Reihe der Rücktrittsaufforderer. "Gegen einen amtierenden Minister wird nicht nur wegen Korruption von der Justiz ermittelt, sondern es wird heute sogar eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es ist völlig klar: Finanzminister Blümel kann keinen Tag länger im Amt sein", so der stellvertretende Klubchef Jörg Leichtfried in einer Aussendung.

"Minister Blümel hat mit seiner gestrigen Pressekonferenz unsere Erwartung an unverzügliche, vollumfassende Aufklärung nicht erfüllt", sagte unterdessen Grünen-Klubchefin Sigrid Maurer. Erst nach Aufklärung zu möglichen Spenden an ÖVP-nahe Vereine könne man die Amtsfähigkeit des Ministers beurteilen. (apa)

„www.diepresse.com“, 12.02.2021

Blümel: "Wer etwas anderes behauptet, wird von mir geklagt"

Der Finanzminister legt eine eidesstattliche Erklärung vor:
"Die ÖVP Wien oder ich haben weder direkt noch indirekt Spenden von der Novomatic erhalten."

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat eine **Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP)** veranlasst. Der Grund: Der Glücksspielkonzern Novomatic soll 2017 bei Blümel um Hilfe bei einem Problem mit Italien gebeten haben. Im Gegenzug, so der Vorwurf, sollen Spenden in den Raum gestellt worden sein. Blümel hat bereits bestätigt, in der Angelegenheit beschuldigt zu werden, wies die Spendenvorwürfe aber als falsch zurück. Seinen **von der Opposition geforderten Rücktritt**, schloss er aus. Der Aufforderung der Grünen, **mehr Transparenz an den Tag zu legen**, will er hingegen offenkundig nachkommen - und lud am Freitag kurzfristig zu einer Pressekonferenz.

Dabei hielt Blümel an seinen bisherigen Aussagen fest: "Gestern habe ich bereits beweisen können, dass in meiner Zeit als Landesparteichef keine Spende der Novomatic an die ÖVP Wien geflossen ist und in der Zeit von Sebastian Kurz als Bundesparteiobmann keine Spende der Novomatic an die Bundespartei geflossen ist." Neu hingegen war folgender Zusatz: "Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten." Konkret: "Wer etwas anderes behauptet, wird von mir geklagt."

Seine Aussagen untermauerte der Minister mit einer eidesstattlichen Erklärung, wonach "die ÖVP Wien oder ich weder direkt noch indirekt Spenden von der Novomatic erhalten haben".

"An jemanden gewandt, von dem er Handynummer hat"

Auf eine SMS des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann vom 10. Juli 2017 angesprochen, in dem dieser Blümel (damals Wiener ÖVP-Chef und nicht amtsführender Stadtrat) um einen Termin bei dem damaligen Außenminister Sebastian Kurz bat, meinte Blümel nun: Neumann habe sich "halt an jemanden gewandt, von dem er g'rad die Handynummer hat". Blümel habe daraufhin Thomas Schmid, damals Kabinettschef im Finanzministerium, heute Chef der Staatsholding ÖBAG, gebeten: "Bitte ruf den Typen zurück."

Ob das Finanzministerium im Anschluss daran für die Novomatic tätig geworden sei? "Bis dato haben wir dazu nichts gefunden", betonte Blümel - er habe im Ministerium gebeten, Entsprechendes zu recherchieren. Schon jetzt stehe aber fest: "Was ich Ihnen garantieren kann ist, dass für uns immer klar war, dass wir keine Spenden von Glücksspielkonzernen nehmen."

"Gutes Gespräch" mit dem Staatsanwalt

Schon am Donnerstag war Blümel an die Öffentlichkeit getreten, hatte sich dabei aber äußert wortkarg gezeigt. Er sei am Vormittag zur **WKStA** gebeten worden und habe mit dem ermittelnden Staatsanwalt ein "gutes Gespräch" geführt, sagte er danach. Die "freiwillige Nachschau" bei Blümel zu Hause war im Anschluss daran durchgeführt worden. Dabei sind Unterlagen und elektronische Geräte sichergestellt worden. Neben Blümel werden zwei weitere Personen beschuldigt. Es geht einerseits um den Verdacht der Bestechlichkeit, andererseits um den Verdacht der Bestechung.

Die Opposition forderte daraufhin geschlossen Blümels Rücktritt. Ein Appell, dem Blümel "sicher nicht nachkommen" will, wie er betonte. Die Spendenlisten der ÖVP-Bundespartei und der ÖVP-Wien seien "öffentlich und für jeden einsehbar", versicherte er stattdessen. Und: "Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen." Rückendeckung erhielt er umgehend von dem türkisen Klubobmann August Wöginger und Kanzleramtsministerin Karoline Edstadler: "Ein Vorwurf ist kein Schuldnachweis", betonte letztere und verwies auf Ermittlungen gegen anderen Politiker - **aus den Reihen der SPÖ**.

Auf einen Blick

Die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) sind ein Strang des sogenannten Casinos-Verfahrens, dessen Ausgangspunkt die Bestellung des Freiheitlichen Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand war. Ermittelt wird dabei unter anderem auch gegen Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), ÖBAG-Chef Thomas Schmid, Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann. Sie alle bestreiten die Vorwürfe, es gilt die Unschuldsvermutung.

Auslöser für die Ermittlungen gegen Blümel ist u.a. eine Nachricht von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel vom Juli 2017: "Guten Morgen. Hätte eine Bitte. Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz, erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!" Außerdem belastet ihn ein Eintrag im Terminkalender der Assistentin von Graf mit dem Betreff "Kurz", der sich dort am 25. Juli findet. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, dass das Unternehmen Spenden an die ÖVP bot und sich im Gegenzug dafür Unterstützung bei einer drohenden Steuernachforderung im Ausland erwartet hat.

Ermittelt wird gegen Blümel und zwei weitere Beschuldigte wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und der Bestechung. Graf beteuert übrigens, den damaligen Außenminister Sebastian Kurz am fraglichen Datum nicht getroffen zu haben, sondern die damalige Aufsichtsrätin Martina Kurz.

„www.krone.at“, 12.02.2021

NÄCHSTE ERKLÄRUNG

Blümel: Keine Spenden, auch nicht an ÖVP-Vereine

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) geht aufgrund der gegen ihn in der Causa Casinos erhobenen Vorwürfe nun endgültig in die Offensive. Nur einen Tag nach seiner persönlichen Erklärung, in der Blümel von [„einfach zu widerlegenden“](#) Vorwürfen sprach, gab der türkise Minister am Freitag das nächste öffentliche Statement ab. Wie die „Krone“ bereits vorab erfuhr, legte Blümel dabei eine eidesstattliche Erklärung vor, laut der nicht nur kein Spendengeld von der Novomatic direkt an die ÖVP geflossen sei, sondern auch nicht an ÖVP-nahe Vereine.

Blümel hatte am Donnerstag versichert, dass es keine direkten Zuwendungen von Glücksspiel-, Tabak- oder Waffenkonzernen an die Partei gegeben habe, seitdem er und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in der Wiener ÖVP aktiv seien. Das wiederholte Blümel auch in seiner Erklärung am Freitag noch einmal in aller Deutlichkeit.

„Keine leichte Situation“

Er sei schon „eine Zeit lang“ in der Spitzenpolitik tätig und habe immer wieder erlebt, dass Unternehmen die Regierung ersuchen, ihnen behilflich zu sein: „Das ist völlig normal.“ Die derzeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien zwar „keine leichte Situation“, dasselbe sei jedoch auch schon „anderen Spitzenpolitikern passiert“.

SMS mit der Bitte um Termin bei Kurz

Am Freitag geriet Blümel zunehmend unter Beschuss vonseiten der Opposition, aber auch [vom grünen Koalitionspartner](#). Konkret geht es bei den Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen Blümel um eine SMS vom 10. Juli 2017 des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel [mit der Bitte um einen Termin](#) mit dem damaligen Außenminister Kurz.

Blümel an Schmid: „Tu es für mich“

Neumann hatte in der Kurznachricht ein „Problem“ in Italien sowie eine mögliche Parteispende erwähnt. Blümel bat laut Medienberichten noch am selben Tag den Generalsekretär des Finanzministeriums und nunmehrigen Chef der Staatsholding ÖBAG, Thomas Schmid, um einen Rückruf bei Neumann mit dem Hinweis „Tu es für mich“.

Keine Spenden, aber Geld für Inserate

Während Blümel seit Bekanntwerden der Vorwürfe mit aller Kraft versucht, sich aus dem Schussfeld zu nehmen, bringen Kritiker immer wieder die Vergangenheit der ÖVP ins Spiel. So erhielt etwa das parteinahe Alois-Mock-Institut zwischen 2017 und 2019 insgesamt [14.000 Euro netto für Inserate](#) im „Mock-Report“.



Alois Mock Institut Forum für Zukunftsfragen

Institut ▾ Termine Mock am Morgen Publikationen ▾ Presse Kontakt

Verein und Vorstand

Der Verein

Das Alois Mock Institut – Forum für Zukunftsfragen ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in St. Pölten. Sein Ziel ist es, eine Plattform mit Vordenker zu sein und Impulse zur Beschäftigung mit der Zukunft zu geben. Das Institut besteht aus dem Vorstand, einem Expertenrat und dem Komitee, dem jeder und jede als Mitglied beitreten kann.



Mag. Wolfgang Sobotka
Initiator & Präsident

Sein Ziel war es, eine Plattform zu schaffen, die sich unabhängig von Wahlperioden und Parteigrenzen mit Zukunftsthemen beschäftigt und möglichst vielen Menschen Impulse und Erkenntnisse anbietet. Wolfgang Sobotka ist als Präsident für die strategische Ausrichtung und eine gute Vernetzung des Instituts verantwortlich.

AKTUELL

Nächste Veranstaltungen

Trends 2030: Die Idealisten von heute

21.09.2020, 19:00 Uhr

HYPO NOE Panoramasaal
3100 St. Pölten, Hypogasse

Kinderbetreuung: Ist Flexibilität alles?

04.11.2020, 19:00 Uhr

Werden Sie als Mitglied
unseres Komitees Teil des
Alois Mock Instituts!

📩 Einladungen zu allen

Wolfgang Sobotka ist Präsident des Alois-Mock-Instituts. (Bild: Screenshot www.alois-mock-institut.at)

Institut schon häufig Thema im U-Ausschuss

Präsident des Alois-Mock-Instituts ist der U-Ausschuss-Vorsitzende und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP). Das Mock-Institut war während der Befragungen im Ibiza-U-Ausschuss wiederholt Thema im Zusammenhang mit Spenden der Novomatic an Vereine und mutmaßlich verdeckte Parteispenden.

Sechsstelliger Betrag als „Kostenersatz“

Die Befragung des Novomatic-Aufsichtsratsvorsitzenden Bernd Oswald im U-Ausschuss ergab etwa, dass im Zeitraum von 2013 bis 2019 rund 109.000 Euro von der Novomatic für Veranstaltungen an das Mock-Institut geflossen waren. Dabei war ein nicht näher beschriebener „Kostenersatz“ abgerechnet worden. Zahlreiche Politiker warfen Sobotka daraufhin vor, befangen zu sein.

In der Causa Casinos wird unter anderem auch gegen Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), ÖBAG-Chef Schmid, Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-Novomatic-Chef Neumann ermittelt.



Der ehemalige Novomatic-Vorstand Harald Neumann soll eine SMS mit pikantem Inhalt an Gernot Blümel geschickt haben. (Bild: APA/Herbert Pfarrhofer)

„www.orf.at“, 12.02.2021

CAUSA NOVOMATIC

Blümel: Keine Spenden an ÖVP-nahe Vereine

Finanzminister Gernot Blümel hat am Freitag erneut alle Vorwürfe zur Causa Novomatic zurückgewiesen. Dabei ging er auf die Frage nach Spenden an Vereine ein, die am Donnerstagabend offen geblieben war und auch den grünen Koalitionspartner auf den Plan gerufen hatte.

Blümel legte vor der Presse eine eidesstattliche Erklärung vor, wonach es von der Novomatic weder Spendengelder an die ÖVP noch an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe. „Ich will und muss Verleumdungen entgegentreten“, sagte Blümel in einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz in Wien. „Wer etwas anderes behauptet, wird von mir geklagt werden.“ Auch Sponsoring könne er ausschließen.

Blümel verwies darauf, dass er bereits am Donnerstag dementiert habe, dass während seiner Zeit als Landesparteiobmann der ÖVP Wien bzw. während der Zeit von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) als Bundesparteiobmann Spenden von Novomatic an die Bundespartei geflossen seien. Es seien aber weitere „Unterstellungen und Verleumdungen“ verbreitet worden. Das wolle er sich nicht gefallen lassen: Weder die ÖVP Wien noch er selbst hätten direkt oder indirekt über Vereine Spenden von der Novomatic erhalten.

Dementi in vier Punkten

Blümel sagte konkret: „Erstens: Ich kann ausschließen, dass die ÖVP Wien, solange ich Landesparteiobmann bin, Spenden von der Novomatic erhalten hat. Zweitens: Ich kann ausschließen, dass Vereine, in denen ich Verantwortung getragen habe, in dieser Zeit Spenden von der Novomatic erhalten haben. Drittens: Ich kann auch ausschließen, dass Vereine, wo ich keine unmittelbare Verantwortung getragen habe – wie der Verein Wiener Stadtfeste –, in meiner Zeit als Landesparteiobmann Spenden von der Novomatic erhalten haben. Und viertens: Ich kann sogar generell ausschließen, dass Vereine – egal ob ich dort eine Funktion innegehabt habe oder nicht, egal ob sie von jemandem in einem Naheverhältnis zur ÖVP gesehen werden oder nicht – Spenden als Gegenleistungen für mein politisches Handeln erhalten haben. Auch das kann ich ausschließen.“

Er gehe davon aus, dass er mit Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann Kontakt gehabt habe. Es sei normal, dass sich Unternehmen mit Anliegen an die Politik wenden würden. „Österreichischen Unternehmen dort, wo es geht, zu helfen“, sei auch Aufgabe der Regierung. Im Zuge des Kontakts werde er aber auch klargestellt haben, dass die ÖVP keine Spenden von Glücksspielunternehmen nehme. Er betonte wie bereits am Donnerstagabend, dass die ÖVP keine Spenden von Glücksspiel-, Waffen- oder Tabakunternehmen nehmen würde.

Fragen weiterhin offen

Warum sich Neumann ausgerechnet an ihn – einen nicht amtsführenden Wiener Stadtrat – gewandt hat, wollte Blümel nicht beurteilen. „Warum genau er sich damit an mich gewendet hat, weiß ich nicht. Er wird sich an jemanden gewandt haben, von dem er gerade die Handynummer hat“, so Blümel.

Unklar ist bisher, ob das Finanzministerium oder das von Kurz geleitete Außenministerium im Jahr 2017 zugunsten der Novomatic tätig geworden ist. Er habe diesbezüglich im Finanzministerium nachforschen lassen und „bis dato nichts gefunden“, sagte Blümel. Vom Außenministerium wisse er diesbezüglich nichts.

Verdacht der Gefälligkeit gegen Spende

In der Causa geht es um den Verdacht eines Spendenangebots des Glücksspielkonzerns gegen Gefälligkeit an die ÖVP. Blümel wird dabei als Beschuldigter geführt. Die WKStA hatte am Donnerstag in dem Fall mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe“, erklärte die WKStA.

Blümel hatte in einer kurzen Pressekonferenz am Donnerstagabend zwar direkte Parteispenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Bundes-ÖVP und an die von ihm geführte Wiener Landespartei unter ihm selbst bzw. dem damaligen Außenminister Kurz dementiert. Der Frage nach etwaigen indirekten Zuwendungen über parteinahe Vereine wich der Finanzminister allerdings aus und beendete die Pressekonferenz. Darauf schießt sich nun auch der grüne Koalitionspartner ein: Die Partei forderte Aufklärung bezüglich der Spenden an Vereine. Die ÖVP verteidigte unterdessen Blümel und will von Rücktritt nichts wissen.

Opposition fordert Rücktritt

Die Opposition hatte bereits am Donnerstag geschlossen gefordert, dass Blümel sein Amt zurücklegt. Sie arbeitet derweil zusammen und beantragte eine Sondersitzung des Nationalrats. SPÖ, FPÖ und NEOS verlangten, dass der Ressortchef „angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe“ gegen ihn Rede und Antwort steht. Die Sondersitzung müsse nun so schnell wie möglich stattfinden, hieß es in einer gemeinsamen Aussendung am Freitag.

Auch Blümels Erklärung konnte die Opposition nicht überzeugen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch sieht die zentrale Frage „War die ÖVP käuflich?“ unbeantwortet. Er sah „immer mehr Ungereimtheiten“ rund um die Machtübernahme der ÖVP und warf auch die Frage auf, ob die Junge Volkspartei (JVP) als „türkische Kriegskassa“ gedient habe. Für FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl blieb Blümel als Finanzminister „untragbar“, auch die „Erklärungs- und Rechtsfertigungsversuche“ Blümels würden „nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier noch etliche Fragen offen und zu beantworten“ seien. NEOS-Generalsekretär Nick Donig wiederholte die Forderung nach einer Offenlegung der Spenden an alle ÖVP-nahen Vereine. Die eidesstattliche Erklärung reiche nicht aus.

Als Finanzminister ist Blümel oberster Aufseher über das Glücksspiel in Österreich. Dass er Beschuldigter in einer Glücksspielcausa ist, während er diesen Bereich beaufsichtigt, sei „keine leichte Situation“. Diese werde auch nicht leichter, dass auch schon gegen andere Spitzenpolitiker ermittelt worden sei, die ebenso nicht zurückgetreten seien. Es sei „unangenehm, aber keine Einschränkung der Handlungsfähigkeit“, schloss der Kurz-Vertraute einen Rücktritt aus. Er wolle das Glücksspiel ohnehin einer weisungsfreien Behörde überantworten. Das stehe im Regierungsprogramm, habe sich aber wegen CoV verzögert.

Textnachricht zwischen Blümel und Neumann

Die WKStA begründet ihren Verdacht gegen Blümel und die damit verbundene Hausdurchsuchung unter anderem damit, dass Blümel angeblich durch Intervention des damaligen Novomatic-Geschäftsführers Neumann ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Chef Johann Graf herbeigeführt habe. Neben einem Kalendereintrag sieht die WKStA eine SMS Neumanns an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017 als Beleg.

Darin bittet Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister und im Wahlkampf stehenden ÖVP-Chef Kurz, um über eine Parteispende und Unterstützung „bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“, zu sprechen. Anschließend hat sich Blümel an Thomas Schmid gewandt, damals Generalsekretär im Finanzministerium und heute ÖBAG-Chef, und zwar mit dem Wunsch, er möge Neumann anrufen. „Tu es für mich“, so Blümel an

Schmid.

Blümel äußerte sich in seinem Dementi auch zu der Nachricht: „Ich gehe davon aus, dass sich Neumann beschwert hat, dass sich das Finanzministerium nicht meldet und es so zustande gekommen ist, dass ich Schmid schreibe.“ Neumann und Novomatic dürften der Annahme Blümels zufolge schon länger keine Rückmeldung aus dem Finanzministerium erhalten und eine solche urgiert haben. Er, Blümel, habe jedenfalls nur ersucht, dass eine österreichische Behörde bei einem österreichischen Unternehmen „zurückruft“ und habe dafür sicher nie irgendwelche Vorteile erwartet oder verlangt.

Steuerprobleme in Italien

Tatsächlich hatte die Novomatic im ersten Halbjahr 2017 ein Problem mit den italienischen Finanzbehörden. Wie dem Halbjahresfinanzbericht der Novomatic zu entnehmen ist, hatte die italienische Tochter Novomatic Italia S.p.a. am 5. April 2017 Besuch von der italienischen Steuerpolizei. Diese monierte, dass die Italien-Tochter Lizenzgebühren an die Novomatic Gaming Industries GmbH gezahlt und damit ihre Steuergrundlage in Italien minimiert habe.

Ein rechtskräftiger Steuerbescheid lag bei der Erstellung des Halbjahresfinanzberichts noch nicht vor. In der Folge musste Novomatic aber etwas mehr als 20 Millionen Euro Steuern in Italien nachzahlen. „Bei der Spende handelte es sich nach Erinnerung meines Mandanten um eine karitative Sache, völlig losgelöst von dem Italien-Thema“, sagte Neumanns Anwalt Norbert Wess zur SMS von Neumann an Blümel. Neumann trat im Februar 2020 als Novomatic-Vorstand zurück und gab familiäre Gründe als Auslöser dafür an.

Graf dementiert Kontakt zu Kurz und Blümel

Am Freitag meldete sich Novomatic-Eigentümer Graf zu Wort. Über seinen Anwalt ließ er ausrichten, dass er weder zu Kurz noch zu Blümel jemals Kontakt gehabt habe. Folglich könne Graf ein Treffen mit Kurz im Juli 2017 ausschließen, auf das sich die Ermittlungen gegen Blümel unter anderem stützen. Denn die Anordnung der WKStA für die Hausdurchsuchung bei Blümel in der Causa Casinos fußt auch auf einem Kalendereintrag von Graf vom 25. Juli 2017, wo ein Treffen mit „Kurz“ vermerkt ist.

Dabei soll es sich laut dem Anwalt von Graf, Christopher Schrank, aber nicht um den Bundeskanzler, sondern um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Wie Schrank gegenüber der APA sagte, habe die WKStA wegen des Termineintrags weder bei Graf noch bei ihm angefragt.

Auch das Kanzleramt hielt am Freitag fest, dass es das Treffen zwischen Kurz und Graf am 25. Juli 2017 nicht gegeben habe. Zudem betonte ein Sprecher, dass der Kanzler in „keinem Verwandtschaftsverhältnis“ zu der gleichnamigen Aufsichtsrätin steht. Die ÖVP kritisierte, dass sich die WKStA auf den Eintrag berufe.

„Projekt Ballhausplatz“

Laut „Standard“ stellten die Ermittler die Kommunikation zwischen Blümel und Neumann in ihrer Durchsuchungsanordnung in einen Zusammenhang mit der damaligen Neuaufstellung der ÖVP. Kurz hatte die Partei im Mai 2017 übernommen, die Machtübernahme war zuvor von seinem Umfeld geplant worden. Dazu existieren Dokumente, die unter dem Namen „Operation Ballhausplatz“ bekannt sind. Laut der Ermittlungsanordnung kam es „im Zuge des Projekts ÖVP neu“ im Frühjahr 2017 zu einem Treffen zwischen Kurz, Neumann und dem damaligen Novomatic-Sprecher.

Dieser schrieb danach in Chats an Neumann, dass Kurz die „Finanzierung der Bundespartei“ offenbar „vergessen“ habe, dort sei es „ziemlich trist“. Zwei Wochen später soll sich Neumann dann intern dafür eingesetzt haben, dass offene Parteispenden zulässig seien. Im Juli 2017 schrieb der Novomatic-Sprecher seinem Chef, dass der ÖVP-Spender Stefan Pierer die Summe aller Kleinspenden an die Partei „verdoppeln“ wolle. „Wir haben noch etwas Besseres vor :))“, soll Neumann geantwortet haben.

Neumanns Anwalt Wess teilte unterdessen mit, dass sein Mandant festhalte, „dass es weder von ihm persönlich noch vonseiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt.“

Ermittlungen gegen mehrere Politiker und Vorstände

Kern der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind die Bestellung des Ex-FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand unter der ÖVP-FPÖ-Regierung und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo zum Casinos-Finanzchef nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe.

Novomatic war damals einer der drei bestimmenden Aktionäre der Casinos Austria AG, verkaufte seinen Anteil unterdessen an den nunmehrigen tschechischen Mehrheitseigentümer Sazka Group. Die Staatsholding ÖBAG hält 33,24 Prozent an dem Glücksspielkonzern.

Blümel war zu dieser Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition Kanzleramtsminister von Kurz. Ermittelt wird unter anderen auch gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), ÖBAG-Chef Thomas Schmid und Ex-Novomatic-Chef Neumann. Für alle Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

„www.orf.at“, 12.02.2021

ERMITTLUNGEN

Grüne fordern von Blümel Aufklärung

Die Grünen geben sich mit der Erklärung von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zu den Parteispenderermittlungen gegen ihn nicht zufrieden. „Minister Blümel hat mit seiner gestrigen Pressekonferenz unsere Erwartung an unverzügliche, vollumfassende Aufklärung nicht erfüllt“, sagte Klubchefin Sigrid Maurer in einer der APA übermittelten Stellungnahme. Sie forderte von Blümel Aufklärung zu möglichen Spenden an ÖVP-nahe Vereine. Erst dann könne man seine Amtsfähigkeit beurteilen.

Blümel hatte in einer kurzen Pressekonferenz am Donnerstagabend zwar direkte Parteispenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Bundes-ÖVP und an die von ihm geführte Wiener Landespartei dementiert. Der Frage nach etwaigen indirekten Zuwendungen über parteinahe Vereine wich der Finanzminister allerdings aus und beendete die Pressekonferenz. Darauf schießen sich nun auch die Grünen ein. „Er hat die Frage, ob es Spenden an ÖVP-nahe Vereine gab, nicht beantwortet und lediglich Spenden an die Bundes-ÖVP oder Wiener Landesorganisation ausgeschlossen“, so Maurer.

Sie forderte Blümel auf, „unverzüglich alle Fakten auf den Tisch zu legen“ und die „berechtigten Fragen der Öffentlichkeit“ zu beantworten. Ob Blümel angesichts der Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im Amt bleiben kann, wollten die Grünen vorerst nicht sagen.

„Erst wenn die geforderten Antworten vorliegen, können wir beurteilen, ob Bundesminister Blümel die in den kommenden Monaten besonders geforderte volle Aufmerksamkeit und Handlungsfähigkeit zur Amtsausübung aufweist“, so Maurer in ihrer Stellungnahme. Rücktrittsaufforderungen seien verfrüht, so Maurer im Ö1-Mittagsjournal. Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) äußerte sich im Ö1-Mittagsjournal am Freitag inhaltlich nicht – er ist wegen der Babypause von Alma Zadic derzeit auch in Vertretung Justizminister.

Wöginger und Edtstadler stellen sich hinter Blümel

Die ÖVP verteidigte unterdessen Blümel und will von Rücktritt nichts wissen. Klubobmann August Wöginger sprach von einer künstlich hochgetriebenen Erregung der Oppositionsparteien. Für Blümel müsse derselbe Maßstab gelten wie für Kärntens SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser (Top-Team-Affäre), Ex-Bundeskanzler Werner Faymann und Ex-Minister Josef Ostermayer (beide SPÖ) (beide Inseratenaffäre) und im Falle von FPÖ-Chef Norbert Hofer (Verdachtsmomente zur Bestellung eines ASFINAG-Aufsichtsrats). „Rücktrittsgedanken waren hier kein Thema, umso verwunderlicher ist die derzeitige Agitation gegen Gernot Blümel“, so Wöginger in einer Aussendung.

„Für die Opposition gelten die Prinzipien des Rechtsstaates offenbar nur für jene, die in ihren Augen die richtige Parteifarbe haben“, so der ÖVP-Klubchef weiter. Das sei verantwortungslos und ein „gefährliches mediales Spiel zur plumpen Inszenierung“, das den Rechtsstaat aushöhle, so Wöginger.

Kanzleramtsministerin Karoline Edstadler (ÖVP) betonte in einem schriftlichen Statement: „Ein Vorwurf ist kein Schuldnachweis.“ Edstadler schreibt weiter, die Objektivität von Verfahren dürfe nicht durch mediale Vorverurteilung gefährdet und das Prinzip der Unschuldsvermutung damit zur leeren Floskel werden. Die Statistik zeige nämlich, dass der größte Teil der angezeigten Personen unschuldig sei: „Die WKStA hat seit ihrer Einrichtung im Jahr 2009 mittlerweile rund 40.000 Personen als Beschuldigte geführt. Nur ein Prozent davon war am Ende auch schuldig.“

Opposition beantragt Sondersitzung

Die Opposition arbeitet derweil zusammen und beantragte eine Sondersitzung des Nationalrats. SPÖ, FPÖ und NEOS verlangten, dass der Ressortchef „angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe“ gegen ihn Rede und Antwort steht. Die Sondersitzung müsse nun so schnell wie möglich stattfinden, hieß es in einer gemeinsamen Aussendung am Freitag.

Das Pressestatement Blümels am Donnerstag nannten FPÖ-Klubchef Herbert Kickl und die Fraktionsvizevorsitzenden Jörg Leichtfried (SPÖ) und Nikolaus Scherak (NEOS) „skurril“. Der Finanzminister habe die Verdachtsmomente in keiner Weise entkräften können. Es sei ein einmaliger Vorgang, dass ein amtierender Finanzminister Beschuldigter der Justiz sei und bei ihm eine Razzia – die ja von einem Richter angeordnet werden müsse – durchgeführt werde, so

Leichtfried.

Kickl: Mit Amt nicht vereinbar

Kickl erinnerte daran, dass Blümel als oberster Behördenleiter die Verantwortung von der Steuereintreibung über die Bankenaufsicht bis zur Glücksspielmonopolverwaltung trage. Sein Beschuldigtenstatus in einem diesen Bereich betreffenden Korruptionsverfahren sei mit dem Amt des Finanzministers nicht vereinbar. „Blümel ist politisch handlungsunfähig“, so der FPÖ-Klubobmann. Der freiheitliche Parteichef Norbert Hofer forderte Bundespräsident Alexander Van der Bellen in einer eigenen Aussendung auf, die Regierung abzurufen, eine Expertenregierung einzusetzen und Neuwahlen auszurufen.

Dass zumindest der Finanzminister handlungsunfähig ist, sieht auch Scherak so. Es gehe um das Vertrauen der Bevölkerung in einen Minister, der die Verantwortung für Hunderte Milliarden an Steuergeld und Hilfszahlungen trage: Auch nur der Anschein eines Verdachts sei „weit über die Grenzen Österreichs hinaus fatal“. Wann die Sondersitzung stattfindet, entscheidet die Präsidiale. Sie muss spätestens übernächste Woche in Szene gehen, wo allerdings

ohnehin eine reguläre Plenarwoche angesetzt ist.

Meinl-Reisinger: Blümel schadet Ansehen des Landes

NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger sagte Freitagvormittag in einer Pressekonferenz, dass Blümel nur Stehsätze wiedergegeben habe, sei nicht vertrauensbildend gewesen. Die Frage nach möglichen Spenden an Vereine habe er nicht beantwortet. Das sei aber eine „wichtige Frage, wie wir seit Ibiza wissen“. Die NEOS-Chefin forderte eine Regierungsumbildung, sprach sich aber wegen der CoV-Krise gegen Neuwahlen aus. Blümel schade dem Ansehen des Landes.

„Er hat sich zurückziehen, bis die Vorwürfe restlos aufgeklärt sind.“ Meinl-Reisinger geht davon aus, dass es einen Misstrauensantrag geben wird, Kickl hat einen solchen bereits angekündigt. „Werden wir dem zustimmen? Ja, selbstverständlich“, so Meinl-Reisinger. Besser wäre aber, ÖVP und Grüne würden von sich aus draufkommen, dass es klüger wäre, die Konsequenzen zu ziehen. Dass Blümel als Finanzminister für Glücksspiel zuständig ist, sei eine „krasse Unvereinbarkeit“.

Novomatic-Chef: Weder zu Kurz noch zu Blümel Kontakt

In der Causa geht es um ein mögliches Spendenangebot des Glücksspielkonzerns Novomatic. Blümel wird dabei als Beschuldigter geführt. Am Freitag meldete sich Novomatic-Eigentümer Johann Graf zu Wort. Über seinen Anwalt ließ er ausrichten, dass er weder zu Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) noch zu Blümel jemals Kontakt gehabt habe. Folglich könne Graf ein Treffen mit Kurz im Juli 2017 ausschließen, auf das sich die Ermittlungen gegen Blümel unter anderem stützen.

ZIB 13:00, 12.2.2021



Denn die Anordnung der WKStA für die Hausdurchsuchung bei Blümel in der Causa Casinos fußt auf einem Kalendereintrag von Graf vom 25. Juli 2017, wo ein Treffen mit „Kurz“ vermerkt ist. Dabei soll es sich laut dem Anwalt von Graf, Christopher Schrank, aber nicht um den Bundeskanzler, sondern um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Wie Schrank gegenüber der APA sagte, habe die WKStA wegen des Termineintrags weder bei Graf noch bei ihm angefragt. Auch das Kanzleramt hielt am Freitag fest, dass es das Treffen zwischen Kurz und Graf am 25. Juli 2017 nicht gegeben habe. Zudem betonte ein Sprecher, dass der Kanzler in „keinem Verwandtschaftsverhältnis“ zu der gleichnamigen Aufsichtsrätin steht.

Wöginger kritisiert WKStA

Kritik an der WKStA kam von ÖVP-Klubobmann Wöginger. „Dass es aufgrund einer Namensverwechslung bei einem Kalendereintrag zu einer Hausdurchsuchung bei einem Regierungsmitglied gekommen ist, zeugt von wenig gewissenhafter Arbeit.“ Mangelnde Sorgfalt habe in „derart sensiblen Bereichen“ nichts verloren, so Wöginger.

Die WKStA begründet ihren Verdacht und die damit verbundene Hausdurchsuchung unter anderem damit, dass Blümel angeblich durch Intervention des damaligen Novomatic-Geschäftsführers Harald Neumann ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Chef Graf herbeigeführt habe. Neben dem Kalendereintrag sieht die WKStA eine SMS Neumanns an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017 als Beleg. Darin bittet Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister und im Wahlkampf stehenden ÖVP-Chef Kurz, um über eine Parteispende und Unterstützung „bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“, zu sprechen.

Mehrere Razzien durchgeführt

Die WKStA hatte am Donnerstag in dem Fall mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe“, erklärte die WKStA.

„Im Zuge dieser Ermittlungen fanden heute Hausdurchsuchungen an mehreren Standorten in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten statt“, so die WKStA am Donnerstag weiter und sie hielt fest: „Die Hausdurchsuchungen wurden gerichtlich bewilligt und vorab der Oberstaatsanwaltschaft Wien berichtet.“

Blümel weist Vorwürfe von sich

Blümel wies am Donnerstagabend in einer kurzfristig angesetzten Stellungnahme gegenüber der Presse alle Vorwürfe zurück. Er sagte, dass ihn der damalige Novomatic-Chef Neumann vor fast vier Jahren zu einem Gespräch über Spenden an die ÖVP gebeten habe. Allerdings habe die ÖVP unter ihm als Chef der Wiener Landespartei und unter Kurz als Parteichef nie Spenden von Glücksspielunternehmen, Waffenproduzenten und Tabakkonzernen angenommen. Das lasse sich durch die öffentlich einsehbaren Spendenlisten der ÖVP beweisen, die auch vom Rechnungshof geprüft würden. Blümel war damals Wiener Stadtrat, Kurz Außenminister.

Eine konkrete Nachfrage nach Spenden an Vereine blieb unbeantwortet. Gefragt, ob es Spenden von Novomatic an Vereine gab, sagte Blümel: „Seitdem ich Landesparteiobmann der ÖVP Wien bin und seitdem Sebastian Kurz Bundesparteiobmann ist, hat es keine Spenden der Novomatic an die Landespartei Wien oder an die Bundespartei gegeben.“ Bei der nochmaligen Nachfrage nach Spenden an Vereine beendete Blümel die Pressekonferenz.

Zuvor hatte der Finanzminister noch betont, die Ermittlungen seien eine „unangenehme Situation“, die er sehr ernst nehme, aber auch leicht aufzuklären. Rücktrittsaufforderungen werde er angesichts dessen „sicher nicht nachkommen“. Auch eine temporäre Vertretung stehe nicht zur Debatte. Bereits zuvor hatte Blümel von einem „guten Gespräch“ mit dem Staatsanwalt und einer „freiwilligen Nachschau“ bei ihm zu Hause gesprochen. Dabei wurden Unterlagen und elektronische Geräte sichergestellt.

WKStA: Hausdurchsuchung vorgezogen

Die Hausdurchsuchung bei Blümel wurde vorgezogen, weil Medien zuvor über dessen Beschuldigtenstatus berichtet hatten. Argumentiert wird von der WKStA mit „kriminaltaktischen Gründen“. Normalerweise müsse die WKStA in Fällen von öffentlichem Interesse zumindest drei Tage vor Durchführung einer geplanten Maßnahme an die Oberstaatsanwaltschaft Wien berichten, teilte Sektionschefin Barbara Göth-Flemmich in dem grügeführten Justizministeriums am Freitagvormittag mit. Dann musste die Razzia aber vorgezogen werden.

„Es war daher nicht mehr möglich, die Dreitagesberichtspflicht einzuhalten“, so Göth-Flemmich. „Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft informierte die Oberbehörden daher am Mittwoch über das notwendige Vorziehen der Hausdurchsuchung. Die Oberbehörden wurden somit im Vorfeld über die geplante Hausdurchsuchung informiert. Diese Information war angesichts der Dringlichkeit ausreichend.“

Verdacht der illegalen Spende

Nach Recherchen des ORF und des Nachrichtenmagazins „profil“ hegte die WKStA den Verdacht, der damalige Novomatic-Chef Neumann habe Blümel bzw. der ÖVP 2017 eine Spende angeboten – im Abtausch dafür sollte Blümel dem Glücksspielkonzern bei der Lösung von Problemen in Italien zur Hand gehen. Dabei soll es um Steuernachzahlungen von bis zu 60 Millionen Euro gegangen sein.

Ihren Ausgang nahm die Hausdurchsuchung mit einer SMS aus dem Juli 2017, in der Neumann bei Blümel um einen Termin im Außenministerium ersuchte – und zwar beim damaligen Außenminister Kurz. Damals war Blümel Stadtrat in Wien. Am 12. Juli 2017 schrieb Neumann an Blümel: „Bräuchte kurzen Termin bei Kurz. 1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben.“ Anschließend soll er sich an Thomas Schmid gewandt haben, damals Generalsekretär im Finanzministerium, und zwar mit dem Wunsch, er möge Neumann anrufen. Neumann trat im Februar 2020 als Novomatic-Vorstand zurück und gab familiäre Gründe als Auslöser dafür an.

„www.noen.at“, 12.02.2021

PARTEISPENDEN

Novomatic-Gründer: "Kein Treffen mit Kurz oder Blümel"

Nach Bekanntwerden der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat sich am Freitag Novomatic-Eigentümer Johann Graf zu Wort gemeldet. Über seinen Anwalt ließ er ausrichten, dass er weder zu Bundeskanzler Sebastian Kurz noch Blümel (beide ÖVP) jemals Kontakt gehabt habe. Folglich könne Graf ein Treffen mit Kurz im Juli 2017 ausschließen, auf das sich die Ermittlungen gegen Blümel unter anderem stützen.



Novomatic-Gründer spricht von einer Verwechslung

Denn die Anordnung der WKStA für die Hausdurchsuchung bei Blümel in der Causa Casinos fußt auf einem Kalendereintrag von Graf vom 25. Juli 2017, wo ein Treffen mit "Kurz" vermerkt ist. Dabei soll es sich laut dem Anwalt von Graf, Christopher Schrank, aber nicht um den Bundeskanzler, sondern um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Wie Schrank gegenüber der APA betonte, habe die WKStA wegen des Termineintrags weder bei Graf noch bei ihm angefragt.

Auch das Kanzleramt hielt am Freitag fest, dass es das Treffen zwischen Kurz und Graf am 25. Juli 2017 nicht gab. Zudem betonte ein Sprecher, dass der Kanzler in "keinem Verwandtschaftsverhältnis" zu der gleichnamigen Aufsichtsrätin steht.

Kritik an der WKStA kam von ÖVP-Klubobmann August Wöginger: "Dass es aufgrund einer Namensverwechslung bei einem Kalendereintrag zu einer Hausdurchsuchung bei einem Regierungsmitglied gekommen ist, zeugt von wenig gewissenhafter Arbeit." Mangelnde Sorgfalt habe in "derart sensiblen Bereichen" nichts verloren, so Wöginger.

Die WKStA begründet ihren Verdacht und die damit verbundene Hausdurchsuchung unter anderem damit, dass Blümel angeblich durch Intervention des damaligen Novomatic-Geschäftsführers Harald Neumann ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Chef Graf herbeigeführt habe. Neben dem Kalendereintrag sieht die WKStA eine SMS Neumanns an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017 als Beleg. Darin bittet Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister und im Wahlkampf stehenden ÖVP-Chef Kurz, um über eine Parteispende sowie um Unterstützung "bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben", zu sprechen.

„www.kurier.at“, 12.02.2021

Blümel–Razzia: Novomatic–Gründer Graf dementiert Treffen mit Kurz und Blümel

In der Anordnung zur Hausdurchsuchung führt die Korruptionsstaatsanwaltschaft einen Termineintrag von Johann Graf an, wo am 25.7.2017 "Kurz" eingetragen ist. Der Novomatic–Gründer dementiert, dass es jemals einen Termin zwischen ihm und Kurz gab. Liegt sogar eine Verwechslung vor?

Neben der SMS-Nachricht von Ex-Novomatic–Chef Harald Neumann an Gernot Blümel ("Ich hätte eine Bitte: Termin bei Kurz...") führt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (kurz WKStA) in der sogenannten Anordnung zur Hausdurchsuchung bei ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel auch noch ein weiteres brisantes Faktum an.

Nämlich, dass im Terminkalender von Novomatic–Gründer Johann Graf, wenige Tage nachdem Neumann die verdächtige Nachricht an Blümel schickte, ein interessanter Name auftaucht. Am 25. Juli 2017 ist der Name "Kurz" eingetragen. Ein Termin mit dem damaligen Außenminister und heutigen Bundeskanzler lässt sich daraus schließen.

Verwechslung?

Allerdings hieß damals im Jahr 2017 auch eine der Novomatic–Aufsichtsrätinnen Martina Kurz. Sie ist verheiratet mit Thomas Graf, dem Sohn von Johann Graf. Demnach ist Martina Kurz die Schwiegertochter des schwerreichen Konzern–Gründers.

Der KURIER fragte bei Christopher Schrank, Anwalt von Johann Graf, per Mail nach, ob ein Termin am 25. Juli 2017 zwischen ihm und Sebastian Kurz stattgefunden habe? Die Antwort von Graf's Anwalt an den KURIER lautete so:

"Bei dem von Ihnen angesprochenen Termin mit dem Betreff "Kurz" handelt es sich vermutlich um eine Besprechung mit Frau Mag. Martina Kurz, die Herr Prof. Graf öfter getroffen hat, zumal sie damals auch Mitglied des Aufsichtsrats der Novomatic AG war.

Mit dem früheren Außenminister und nunmehrigen Bundeskanzler Sebastian Kurz und auch mit Finanzminister Gernot Blümel hatte Herr Prof. Graf noch nie Kontakt. Folglich hat Herr Prof. Graf auch weder Herrn Bundeskanzler Kurz noch Herrn Finanzminister Blümel jemals getroffen."

Verwunderlich ist natürlich, dass die Schwiegertochter von Graf mit ihrem Nachnamen in seinem Kalender eingetragen ist. Aus Grafs Umfeld erfuhr der KURIER, dass es durchaus üblich ist, dass bei Terminen mit Familienmitgliedern nur der jeweilige Nachname notiert ist, denn den Business-Terminkalender führt Graf nicht persönlich, sondern wird von Grafs Assistentin verwaltet.

Die WKStA muss nun klären, wer nun tatsächlich bei Graf am 25.7.2017 zu einer Besprechung geladen war. War es wie es Johann Graf sagt: Martina Kurz? Oder wie es die WKStA annimmt: Sebastian Kurz?

„www.krone.at“, 12.02.2021

„**VERWECHSLUNG**“

Laut Graf gab es nie Treffen mit Kurz oder Blümel



Laut Novomatic-Gründer Johann Graf gab es nie ein Treffen mit Sebastian Kurz oder Gernot Blümel.
(Bild: APA/picturedesk.com//Verlagsgruppe News/Ricardo Herrgott, APA/Robert Jäger, Krone KREATIV)

Nach den Korruptionsvorwürfen und [der Hausdurchsuchung](#) bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat sich am Freitag Novomatic-Eigentümer Martin Graf zu Wort gemeldet. Über seinen Anwalt ließ der milliardenschwere Geschäftsmann ausrichten, dass es weder ein Treffen mit Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) noch mit Blümel gegeben habe. Bei jenem Kalendereintrag Grafs vom 25. Juli 2017 mit dem Vermerk „Kurz“ habe es sich nicht um den Kanzler, sondern um die damalige Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt.

Ebenjener Kalendereintrag von Graf war der Grund für die Hausdurchsuchung bei Blümel. Dabei soll es sich aber laut Grafs Anwalt Christopher Schrank lediglich um eine Namensverwechslung handeln. Wie Schrank außerdem betonte, habe die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wegen des Termineintrags weder bei Graf noch bei ihm angefragt.

Angebliche Intervention vom Ex-Novomatic-Chef

Die WKStA begründet [ihren Verdacht](#) und die damit verbundene Hausdurchsuchung unter anderem damit, dass Blümel angeblich durch Intervention des damaligen Novomatic-Geschäftsführers Harald Neumann ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Chef Graf herbeigeführt habe.



Der ehemalige Novomatic-Vorstand Harald Neumann soll eine SMS mit pikantem Inhalt an Gernot Blümel geschickt haben. (Bild: APA/Herbert Pfarrhofer)

Neumann-SMS mit pikantem Inhalt

Neben dem Kalendereintrag sieht die WKStA [eine SMS Neumanns](#) an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017 als Beleg. Darin bittet Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister und im Wahlkampf stehenden ÖVP-Chef Kurz, um über eine Parteispende sowie um Unterstützung „bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“, zu sprechen.

„Vorwurf ist kein Schuldnachweis“

Die Opposition forderte nach den Entwicklungen [geschlossen Blümels Rücktritt](#). Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) rückte unterdessen zur Verteidigung Blümels aus und betonte in einem schriftlichen Statement: „Ein Vorwurf ist kein Schuldnachweis.“ Sie erinnerte an die Unschuldsvermutung und ähnlich gelagerte Fälle bei SPÖ-Politikern, die zu keinen Rücktritten geführt hätten.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger formulierte es in einer Aussendung etwas schärfer: „Für die Opposition gelten die Prinzipien des Rechtsstaates offenbar nur für jene, die in ihren Augen die richtige Parteifarbe haben.“



ÖVP-Klubobmann August Wöginger (Bild: APA/HERBERT NEUBAUER)

„Falsch und einfach zu widerlegen“

In einer kurzfristig angesetzten Pressekonferenz am Donnerstag hatte Blümel die Vorwürfe als „falsch“ und „einfach zu widerlegen“ bezeichnet. Seit Kurzem und er bei der ÖVP in den Führungspositionen (im Bund und in der Wiener Landespartei) aktiv seien, habe es keine Spenden von Glücksspiel-, Tabak- oder Waffenkonzernen mehr an die ÖVP gegeben.

„www.kleinezeitung.at“, 12.02.2021

Parteispenden | Laut Novomatic-Eigentümer Graf gab es nie ein Treffen mit Kurz oder Blümel

Novomatic-Eigentümer Johann Graf lässt über seinen Anwalt ausrichten, dass er weder zu Bundeskanzler Sebastian Kurz noch Blümel jemals Kontakt gehabt habe. Kalendereintrag "Treffen Kurz" offenbar Namensverwechslung.

Nach **Bekanntwerden der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP)** hat sich am Freitag **Novomatic-Eigentümer Johann Graf** zu Wort gemeldet. Über seinen Anwalt ließ er ausrichten, dass er weder zu Bundeskanzler Sebastian Kurz noch Blümel (beide ÖVP) jemals Kontakt gehabt habe. Folglich könne Graf ein Treffen mit Kurz im Juli 2017 ausschließen, auf das sich die Ermittlungen gegen Blümel unter anderem stützen.

Namensgleichheit

Denn die Anordnung der WKStA für die Hausdurchsuchung bei Blümel in der Causa Casinos fußt auf einem **Kalendereintrag von Graf vom 25. Juli 2017**, wo ein Treffen mit "Kurz" vermerkt ist. Dabei soll es sich laut dem Anwalt von Graf, Christopher Schrank, aber nicht um den Bundeskanzler, sondern um eine Besprechung mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt haben. Wie Schrank gegenüber der APA betonte, habe die WKStA wegen des Termineintrags weder bei Graf noch bei ihm angefragt.



© APA/HELMUT FOHRINGER

KOMMENTAR

Intransparente Parteien: Der Misthaufen, auf dem Affären wuchern

Die WKStA begründet ihren Verdacht und die damit verbundene **Hausdurchsuchung** unter anderem damit, dass Blümel angeblich durch Intervention des damaligen Novomatic-Geschäftsführers Harald Neumann ein Treffen zwischen Kurz und Novomatic-Chef Graf herbeigeführt habe. Neben dem Kalendereintrag sieht die WKStA eine SMS Neumanns an den heutigen Finanzminister vom 10. Juli 2017 als Beleg. Darin bittet Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister und im Wahlkampf stehenden ÖVP-Chef Kurz, um über eine Parteispende sowie um Unterstützung "bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben", zu sprechen.

Internationale Pressestimmen

Österreichische **Finanzminister** scheinen, beobachtet man die vergangenen Jahre, für ein so kleines Land überproportional oft in die Schlagzeilen internationaler Medien zu gelangen. Nach der Razzia und Einvernahme des amtierenden Finanzministers Gernot Blümel (ÖVP) wegen staatsanwaltlich vermuteter Parteispenden - der Spitzenpolitiker bestreitet die Vorwürfe und es gilt die Unschuldsvermutung - ist jedenfalls auch er in internationalen Berichten prominent vertreten.

Die **englischsprachige "Financial Times"** ("FT", London) titelt mit den Worten "Home of Austria's finance minister raided by police" (Wohnsitz von Österreichs Finanzminister von Polizei gefilzt). Betont wird, dass Blümel einer der engsten Vertrauten von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) ist. Der Vorgang stehe in Zusammenhang mit Bestechungsvorwürfen der Staatsanwaltschaft durch "Österreichs mächtige Glücksspielloobby", im aktuellen Fall Novomatic. Schließlich wird an den berühmt-berüchtigten Sager von Ex-FPÖ-Chef und -Vizekanzler Heinz-Christian Strache auf Ibiza erinnert: "Novomatic pays everyone" ("Novomatic zahlt alle").

"Bald knallt's", titelt die **"Süddeutsche Zeitung"** ("SZ", München) einen Kommentar zur Razzia bei Blümel. "Eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Untreue, wie sie bei Österreichs Finanzminister vorgenommen wurde, führte in anderen Ländern wohl zum Rücktritt", lautet der erste Satz des Artikels. "Der Betroffene würde Schaden vom Amt abwenden wollen, auch wenn die Unschuldsvermutung gilt", heißt es weiter. Die Ermittlungen rund um mögliche Korruption in der früheren ÖVP-FPÖ-Regierung seien "extrem nah an Kanzler Kurz herangerückt". "Auch gegen seinen Ex-Finanzminister Hartwig Löger wird ermittelt, ebenso gegen zahlreiche Vertraute aus Partei und Politik."

BASIERTE HAUSDURCHSUCHUNG AUF IRRTUM?

oe24 hat den geheimen Blümel-Akt

Basierte die Hausdurchsuchung beim Finanzminister auf einem Irrtum?

13 Seiten umfasst die Anordnung zur Hausdurchsuchung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Finanzminister Gernot Blümel. Der geheime Akt liegt oe24 vor. Und er zeigt: Die Suppe der Vorwürfe, auf denen die Hausdurchsuchung begründet wurde, ist ziemlich dünn.

Tatverdacht

So schreibt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft unter dem Punkt „Tatverdacht“:

„Es besteht der Verdacht, es haben in Wien Mag. Harald NEUMANN (ehemalige Novomatic-Chef, Anm. d. Red.) am 12. Juli 2017 einen Amtsträger, nämlich Sebastian KURZ in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts, nämlich in dessen Funktion als Außenminister im Rahmen seiner ihm nach dem Bundesministeriengesetz zugewiesenen Aufgaben in einer Steuerangelegenheit einer Tochter der NOVOMATIC AG in Italien zu intervenieren, einen Vorteil in einem zumindest 3.000 Euro übersteigenden Wert angeboten eventualiter Mag. Gernot BLÜMEL, MBA dazu bestimmt, diesen Sebastian KURZ anzubieten, indem er Mag. BLÜMEL, MBA bat, möglichst noch in dieser Woche einen Termin mit Sebastian KURZ „erstens wegen Spenden und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“ zu veranlassen, gemeint eine dem NOVOMATIC-Konzern drohende Steuernachzahlung von 50 bis 60 Millionen Euro, wobei Mag. NEUMANN beabsichtigte, dass Mag. BLÜMEL, MBA Sebastian KURZ bereits anlässlich der Terminanfrage über das Spendenangebot in Kenntnis setzen würde.“

„Der Tatverdacht, den die WKStA gegenüber Blümel äußert, lautet: Mag. BLÜMEL, MBA Sebastian KURZ den unter Punkt 1. dargestellten Vorteil als Mittelsmann angeboten, indem er ihn über das Angebot des Mag. NEUMANN in Kenntnis setzte; Nach der Verdachtslage haben daher Mag. NEUMANN und Mag. BLÜMEL, MBA das Verbrechen der Bestechung SS 307 Abs 1 und 2 erster Fall StGB begangen.“

Kontakt mit Novomatic-Chef

Als Sachverhalt listet die WKStA in dem Akt jene Tage im Juli auf, an denen der ehemalige Novomatic-Chef Kontakt mit Blümel aufnahm. Am 10. Juli hätte Neumann demnach Kenntnis erhalten, „dass die italienischen Finanzstraßenbehörden bei der italienischen Tochter NOVOMATIC ITALIA S.p.A. wegen nicht dem Fremdvergleich standhaltender, konzerninterner Verrechnungen mit der österreichischen NOVOMATIC GAMING INDUSTRIES GmbH Strafen und Steuernachzahlungen in Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro in Aussicht stellten.“ Ebenfalls am 10. Juli hätte Neumann dann mit dem damaligen Kabinettschef im Finanzministerium, Thomas Schmid, Kontakt aufgenommen, ob er oder der damalige Finanzminister Hans-Jörg Schelling Kontakt zum italienischen Finanzministerium hätten.

Am 12. Juli um 7.34 Uhr in der Früh schickte Neumann dann schließlich jene WhatsApp-Nachricht an Blümel, auf die die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft scheinbar den kompletten Beschuldigten-Status des Finanzministers sowie die damit in Zusammenhang stehende Hausdurchsuchung begründet: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einen Problemes (sic!) das wir in Italien haben)! Glauben Sie geht sich das noch diese Woche aus?? Ig Harald“

Rund drei Stunden später – um 10.18 Uhr – kontaktierte Blümel (er war damals nicht-amtsführender Stadtrat in Wien und nicht in der Bundesregierung) daraufhin Schellings Kabinettschef Schmid, ebenfalls per WhatsApp: „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich“. Dazu zwei Küsschen-Emojis. Um 12.43 Uhr kontaktierte Schmid dann schließlich Neumann und „aviserte einen Rückruf“. Anlässlich eines Telefonats gegen 17:00 Uhr besprachen MMag. SCHMID und Mag. NEUMANN die drohende Steuernachforderung der italienischen Finanz sowie die diesbezüglichen Unterstützungsmöglichkeiten von MMag. SCHMID und dem BMF.“

Blümel: Hat keine Spenden gegeben

Auf Seite 5 schreibt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, einen Absatz, der den Tatverdacht und die Hausdurchsuchung zumindest in Frage stellt: „Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass MMag. SCHMID von dem Spendenangebot in Kenntnis war, auch wenn dies aufgrund des engen Vertrauensverhältnisses zu Mag. BLÜMEL, MBA naheliegend wäre. Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian KURZ das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian KURZ aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte.“ Nun sei durch Ermittlungen zu klären: „Ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der NOVOMATIC AG in die Sphäre des Sebastian KURZ und/oder der ÖVP kam.“ Sowohl Blümel als auch die Novomatic bestreiten das vehement. Es habe keine Spenden gegeben.

Besonders brisant: Die WKStA nennt als einen Beweis für den Tatverdacht gegen Blümel: „Am 25. Juli 2017 findet sich im Terminkalender der persönlichen Assistentin des Johann GRAF (Novomatic-Eigentümer) ein Termin mit dem Betreff „Kurz“.“ Der Pressesprecher von Graf bestreitet in einem Statement gegenüber oe24 allerdings, dass es sich bei diesem Eintrag um einen Termin mit Sebastian Kurz gehandelt habe: „Bei dem von der WKStA angeführten Termin im Juli 2017 mit dem Betreff "Kurz" handelt es sich nach Erinnerung meines Mandanten um eine Besprechung mit Frau Mag. Martina Kurz, die Herr Prof. Graf öfter getroffen hat, zumal sie damals auch Mitglied des Aufsichtsrats der Novomatic AG war. Mit dem früheren Außenminister und nunmehrigen Bundeskanzler Sebastian Kurz und auch mit Finanzminister Gernot Blümel hatte Herr Prof. Graf noch nie Kontakt. Folglich kann ausgeschlossen werden, dass Herr Prof. Graf im Juli 2017 Herrn Bundeskanzler Kurz oder Herrn Finanzminister Blümel getroffen hat.“

„Wenn die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Blümel wirklich auf einem falschen Kalendereintrag basiert, dann wäre das eine Bombe und eine unfassbare Peinlichkeit für die WKStA“, so ein Justizinsider zu oe24.

„www.diepresse.com“, 12.02.2021

Ermittlungen gegen Blümel: Ist Kurz nicht Kurz?

Die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel stützen sich vor allem auf zwei angebliche Treffen zwischen Kurz und Vertretern der Novomatic. Es sollten Gefallen gegen Spenden getauscht werden. Die Treffen oder auch nur Gespräche soll es nicht gegeben haben, sagen die Teilnehmer. Es soll sich in einem Fall gar um eine Namensverwechslung handeln.

Ist Finanzminister Gernot Blümel korrupt und rücktrittsreif? Die Opposition sagt: Ja. Denn immerhin hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) am Mittwoch Hausdurchsuchungen bei ihm durchgeführt. Der Vorwurf: Die Novomatic sei im Jahr 2017 an Blümel herangetreten und hat ihn um Hilfe bei einem Problem mit Italien gebeten. Der Glücksspielkonzern war zu einer hohen Zahlung verdonnert worden. Im Gegenzug - so glaubt die Antikorruptionsbehörde - seien dafür Spenden in den Raum gestellt worden. Es soll auch Treffen mit Kanzler Sebastian Kurz gegeben haben, der damals Außenminister war. Er sollte im Sinne der Novomatic in Italien intervenieren. Nur: die Beteiligten streiten ebenso den Sachverhalt ab, wie dass es die Treffen jemals gegeben hat. Es soll sich gar um eine Namensverwechslung handeln.

Aber wie kommt die WKStA zu den Vorwürfen? Sie konstruieren den Sachverhalt vor allem aus Chats, die aus den Handyauswertungen im Zusammenhang mit den Casino-Ermittlungen gewonnen wurden. Im Jahr 2017 war Gernot Blümel noch nichts-amtsführender Stadtrat in Wien - und Sebastian Kurz Außenminister. Dass er die ÖVP als Parteichef übernehmen wollte, war kein Geheimnis. Er engagierte sich auch für die Wirtschaft, bot an, bei Problemen im Ausland zu vermitteln. Die Novomatic wollte dieses Angebot offensichtlich annehmen. In Italien werden die Steuern für Glücksspiel ständig erhöht, und so stand wieder einmal eine hohe Zahlung im Raum. Am 12. Juli schrieb Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel eine Nachricht: "Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben. Glauben Sie, geht sich das die Woche aus? Ig Harald". Blümel bat darauf Thomas Schmid, damals Kabinettschef im Finanzministerium, Neumann zurückzurufen. Gleichzeitig unterhielt sich der ehemalige Pressesprecher der Novomatic in Chats mit Neumann über Spenden - damals gab es Pläne, allen Parteien eine Spende zukommen zu lassen.

Spendenaktionen

Dann finden die Korruptionsermittler weitere Spuren: Im Terminkalender der persönlichen Assistentin von Novomatic-Eigentümer Johann Graf findet sich am 25. Juli ein Termin mit dem Betreff "Kurz". Außerdem soll es ein Treffen zwischen dem Novomatic-Pressesprecher, Neumann und Kurz gegeben haben, behauptet die WKStA. Und schreibt weiters: "Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian Kurz aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte. Durch Ermittlungen zu klären ist, ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic AG in die Sphäre des Sebastian Kurz und/oder der ÖVP kam."

Heißt: Konkrete Geldflüsse gibt es (noch) nicht. Spenden an parteinahe Vereine sind schon seit 2018 Thema der Ermittlungen der WKStA, die ihre Fühler in viele Richtungen ausstreckte. Fast alles wurde eingestellt - es laufen allerdings noch Ermittlungen gegen das Alois-Mock-Institut, das als ÖVP-parteinah gilt und an das auch die Novomatic gezahlt hat. Allerdings habe es dafür auch Gegenleistungen gegeben, sagen Novomatic wie Wolfgang Sobotka, Präsident des Vereins

Die ÖVP behauptet, in dem aktuellen Zusammenhang weder direkt noch indirekt eine Spende erhalten zu haben. Auch seitens der Novomatic heißt es auf "Presse"-Anfrage: "Im Übrigen halten wir fest, dass die in diesem Zusammenhang aufgestellten Behauptungen unzutreffend sind. Novomatic hat an keine Partei - auch nicht an die ÖVP - eine Spende geleistet. Novomatic kooperiert mit den ermittelten Behörden und hat in diesem Zusammenhang Unterlagen zur Verfügung gestellt, damit es rasch zu einer Aufklärung dieser unrichtigen Vorwürfe kommt."

Wer ist Kurz?

Auch was die angeblichen Treffen mit Kurz betrifft, gibt es Unklarheit. "Es hat diese angesprochenen Treffen zwischen Kurz und Neumann nicht gegeben. Und auch das Treffen mit Kurz und Graf nicht. Ebenso wenig Gespräche zu dem Thema", heißt es aus dem Bundeskanzleramt. Auch seitens der Novomatic bestreitet man das. "Es wurde damals auf vielen Wegen versucht, einen kompetenten Ansprechpartner für die Anliegen der Novomatic in Italien zu finden. Vor dem Hintergrund war es eine Idee, einen Draht zu Kurz über Blümel zu versuchen. Das alles ist aber völlig im Sand verlaufen ist", sagt Neumanns Anwalt Norbert Wess. Es habe weder ein Gespräch noch einen Termin dazu mit dem damaligen Außenminister Kurz gegeben. Was die angesprochene Spende betrifft, so sei es um karitative Zwecke gegangen. Und das Treffen mit Graf? Der habe weder Kurz noch Blümel jemals in seinem Leben getroffen oder auch nur Kontakt gehabt, heißt es seitens Anwalts Christopher Schrank, Grafs Anwalt. Der Kalendereintrag sei eine Missinterpretation. Es handle sich dabei um ein Treffen mit seiner Schwiegertochter: Martina Kurz ist Frau von Thomas Graf und Aufsichtsrätin der Novomatic.

Bleibt noch die Zahlung in Italien. Ist die geleistet worden? "Bei der von Ihnen angesprochenen Thematik in Italien handelte es sich um einen üblichen internationalen Geschäftsfall im Zusammenhang mit der Verrechnung von Softwarelizenzengebühren. Konkret ging es um eine potentielle zusätzliche Steuervorschreibung der italienischen Behörden, die von Novomatic mit zwei internationalen Big4-Steuerberatungskanzen erfolgreich bestritten und entkräftet wurde. Schließlich wurde das Verfahren einvernehmlich beendet", sagt Novomatic-Sprecher Stefan Krenn gegenüber der "Presse".

Ermittlungen richten sich gegen den Kanzler

Aus der Anordnung geht jedenfalls hervor: Nicht Blümel ist das eigentliche Ziel der Ermittlungen, sondern Kurz. Die Behörde vermutet wohl Bestechlichkeit. Dass Blümel als Beschuldigter geführt wird, erfuhr er übrigens über Twitter. Ein Journalist hatte seinen Namen in einer Liste der Beschuldigten im zigtausend Seiten starken Akt gefunden. Da ist er wohl hineingerutscht. Beschuldigte haben zwar das Recht, von Ermittlungen informiert zu werden - allerdings gilt das nicht, wenn Ermittlungen behindert werden könnten. Die Hausdurchsuchungsanordnung wurde kurz vor Weihnachten unterschrieben.

Die Ermittlungen gegen den Finanzminister sorgen innerhalb der ÖVP für Empörung. Die Amtshandlungen werden als überschießender Angriff der Staatsanwaltschaft gewertet. Die Opposition freut sich darüber und befeuert das Thema. Und so werden Ermittlungen der Antikorruptionsbehörde und deren Vorgehen einmal mehr zum Politikum. Das bringt die Grünen in eine unangenehme Zwickmühle. Sie unterstützen die WKStA eigentlich immer. Mehrere Aktionen der Staatsanwaltschaft brachten das Grüne Justizministerium aber zuletzt in eine unangenehme Position zwischen urgrünen Standpunkten und Koalitionsfrieden. Dazu gäbe es auch jetzt fachlich im Justizministerium einiges zu diskutieren. Denn eigentlich hätte die WKStA schon bei Einleiten der Ermittlungen gegen den Minister den Oberbehörden berichten müssen. Und spätestens drei Tage vor der Hausdurchsuchung (wurde schon am 23. Dezember gerichtlich bewilligt) melden müssen. Beides ist unterblieben. Die Oberbehörden erfuhren davon per Informationsbericht am Mittwochnachmittag und wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Blümel erfuhr von den Ermittlungen gegen ihn von Twitter - auch das sollte so nicht sein. Zuletzt hatte es immer wieder Verstimmungen zwischen WKStA und Oberbehörden gegeben. Das kann aber auch kein Grund sein, dass Regeln nicht eingehalten werden. Auf der Suche nach einer gangbaren Position hüllen sich die Grünen derzeit eher in Schweigen.

Was man über die Vorwürfe gegen Gernot Blümel weiß

Der Finanzminister beteuert, dass es zu keiner Spende der Novomatic an die ÖVP gekommen sei – aber das ist gar nicht so relevant

Die Aufregung ist groß: Seit Finanzminister Gernot Blümel Beschuldigter ist und eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung stattgefunden hat, hagelt es Rücktrittsforderungen der Opposition. Und auch bei den Grünen ist die Lage angespannt, wird der Preis der Koalition mit der ÖVP doch neuerlich in die Höhe getrieben. Im aktuellen Fall geht es um Interventionen eines früheren Novomatic-Chefs bei Blümel. Ein Überblick über ein Land, das schon seit Jahren ein schwieriges Verhältnis zum Casino hat.

Worum geht es?

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, dass der frühere Novomatic-Chef Harald Neumann bei Blümel interveniert habe. Er soll im Sommer 2017 – vor der Nationalratswahl im Oktober – beim heutigen Minister und damaligen nichtamtsführenden Wiener Stadtrat wegen eines Steuerproblems in Italien angeklopft haben. Neumann per SMS an Blümel: "Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problem (sic), das wir in Italien haben!"

Ist Blümel auf die Bitte des Ex-Novomatic-Chefs eingegangen?

Blümel wurde laut WKStA rasch aktiv. Drei Stunden nach Erhalt der Nachricht von Neumann schrieb er dem damaligen Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, eine Whatsapp-Nachricht. Schmid möge Neumann anrufen, lautete Blümels Bitte. Nachsatz: "Tu es für mich". Danach habe Blümel den damaligen Außenminister Sebastian Kurz informiert, meint die Anklagebehörde. Sie räumt aber ein, dass es derzeit keine Anhaltspunkte gebe, wonach Kurz aktiv geworden sei. Sehr wohl sieht die Staatsanwaltschaft nennenswerte Aktivitäten im Finanzministerium. Generalsekretär Schmid habe noch am selben Tag, an dem Blümel dazu aufgefordert hatte, das Steuerproblem der Novomatic in Italien mit Konzernchef Neumann besprochen.

Ist es zur Spende gekommen?

Neumann, Blümel und weitere ÖVP-Vertreter bestreiten das vehement. Die Partei habe Spenden von Glücksspiel-, Waffen- und Tabakunternehmen abgelehnt – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene –, erklärte der Finanzminister Donnerstagabend. Auch Novomatic hat stets betont, dass keine Parteispenden getätigt worden seien. Blümel hielt auch fest, dass Zuwendungen an die ÖVP vom Rechnungshof geprüft werden. Keine konkrete Antwort gab Blümel bei seinem kurzen Pressestatement auf die Frage zu etwaigen Überweisungen an parteinahe Vereine. In der Anordnung zur Hausdurchsuchung wird auf Zahlungen beispielsweise im Rahmen von Sponsoringverträgen verwiesen. Als Beispiele für Adressaten werden das FPÖ-nahe Institut ISP, aber auch das Alois-Mock-Institut und das Waidhofener Kammerorchester genannt, bei denen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) wichtige Funktionen einnimmt. Tatsächlich floss von der Novomatic Geld an eine Reihe ÖVP-naher Vereine.

Spielt es eine große Rolle, ob eine Spende getätigt wurde?

Für den Tatbestand der Bestechung reicht es schon, wenn ein Vorteil angeboten oder versprochen wird. Es muss laut Strafgesetzbuch nicht zur Durchführung einer Spende gekommen sein. Es ist dabei auch strafbar, wenn der Vorteil einem Dritten zukommt, also beispielsweise einer karitativen Vereinigung. Allerdings gilt der Tatbestand nur für Amtsträger und Schiedsrichter – Blümel war damals wie gesagt Stadtrat in Wien. Die Staatsanwaltschaft fasst diese Voraussetzung recht weit und meint, es reiche schon, wenn ein Amtsträger Einfluss nehme. Zudem wird auf die damalige Funktion von Kurz als Außenminister verwiesen, von dem eine Amtshandlung gewünscht worden sei. Die WKStA hält fest, dass es sich auch um einen strafbaren Vorgang gehandelt habe, wenn kein pflichtwidriges Amtsgeschäft vorliege.

Was war eigentlich das Problem in Italien?

Die italienische Finanzbehörde hinterfragte 2017 die Höhe von Lizenzgebühren, die Novomatic Italia für die Nutzung von Software an die österreichische Konzerngesellschaft zahlte. Laut WKStA ging es um 50 bis 60 Millionen Euro, der damals geplante Börsengang des Unternehmens war gefährdet. Letztlich musste Novomatic in Italien gut 20 Millionen Euro an Steuern nachzahlen, berichtete "Profil" am Donnerstag. (Andreas Schnauder, 12.2.2021)

„www.diepresse.com“, 12.02.2021

Verdacht auf Novomatic-Spende: Experte für Korruptionsrechtsreform

Georg Krakow von Transparency International Austria fordert eine Verschärfung des Korruptionsstrafrechts und eine effektive Kontrolle der Parteifinanzen durch den Rechnungshof.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wegen des Verdachts der Bestechlichkeit, Blümel weist alle Vorwürfe zurück. Der frühere Oberstaatsanwalt Georg Krakow, nun bei Transparency International Austria, hat in der "ZiB2" des ORF-Fernsehens Donnerstagabend eine Verschärfung des Korruptionsstrafrechts und eine effektive Kontrolle der Parteifinanzen durch den Rechnungshof gefordert.

Wie Krakow erläuterte gehe es im Korruptionsstrafrecht darum, ob eine Parteispende oder ein Angebot einer Parteispende verknüpft werde mit dem Wunsch nach einer Amtshandlung. Parteispenden alleine seien grundsätzlich erlaubt. Es komme also darauf an, ob ein Unternehmen eine Spende mache, weil man sich eine Amtshandlung erkaufen möchte.

"Wenn das der Fall ist, dann ist der Tatbestand der Korruption praktisch schon verwirklicht - wenn nicht, dann nicht".

Für den Politologen Peter Filzmaier ist die Frage der Unvereinbarkeit des Finanzministers "zumindest im Raum stehend". Die Opposition fordert Blümels Rücktritt. Es gehe nicht um die rechtliche Unschuldsvermutung, aber das Finanzministerium sei zuständig für die Glücksspielbranche. Er habe sich eigentlich Lobbying anders vorgestellt, als dass da einfach eine Nachricht geschickt werde, sieht er auch ein "komödiantisches" Element in der Causa.

Parteiengesetz und Strafrecht ändern

Laut Krakow müsste man das Parteiengesetz und das Strafrecht ändern, um Korruption effektiver zu bekämpfen. Es brauche endlich eine effektive Kontrolle der Parteifinanzen durch den Rechnungshof. Und das Korruptionsstrafrecht sollte durch Strafbarkeit auch für Kandidaten, die sich erst für Ämter bewerben, ergänzt werden.

Es geht um mögliche Spenden bzw. ein mögliches Spendenangebot des Glücksspielkonzerns Novomatic. Bei Blümel und zwei weiteren Personen wurden heute Hausdurchsuchungen durchgeführt, laut WKStA wurden Beweismittel sichergestellt. "Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe", so die WKStA in einer Aussendung.

Blümel: "Nehmen keine Spenden von Glücksspielunternehmen"

Blümel sagte am Abend vor Journalisten: "Vor fast vier Jahren hat mich der damalige Novomatic-Chef um ein Gespräch über Spenden an die Volkspartei gebeten", aber "für uns war schon damals klar, wir nehmen keine Spenden von Glücksspielunternehmen". Daher seien die Vorwürfe falsch und er werde den Rücktrittsforderungen sicher nicht nachkommen. Die Frage, ob es Spenden an ÖVP-nahe Vereine gegeben habe, beantwortete er nicht. Blümel ist seit Oktober 2015 Landesparteivorsitzender der ÖVP Wien.

Laut dem ORF-Bericht drohte einer italienische Tochtergesellschaft von Novomatic im Jahr 2017 eine Steuernachzahlung von bis zu 60 Millionen Euro. Im Juli 2017 habe Harald Neumann, damals Novomatic-Chef, eine Nachricht an Blümel geschrieben, er brauche einen Termin bei Sebastian Kurz (damals Außenminister, Anm.). Es gehe um eine Spende und um ein Problem, das Novomatic in Italien habe. Blümel soll sich an Thomas Schmid gewandt haben, damals Generalsekretär im Finanzministerium, mit dem Wunsch er möge Neumann anrufen. Novomatic musste in Italien schließlich 20 Millionen Euro Steuern nachzahlen.

Neumanns Anwalt Nobert Wess teilte heute mit, dass sein Mandant festhalte, "dass es weder von ihm persönlich noch vonseiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten - insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien - zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt".



Finanzminister Blümel mit Ehefrau Clivia Treidl (schwanger mit Josefine) am Opernball 2020.

Rücktritt? „Dem werde ich sicher nicht nachkommen“

Hat die ÖVP Spenden vom Glücksspielkonzern Novomatic erhalten? Dieser Frage geht die Korruptionsstaatsanwaltschaft nach – und untersuchte die Wohnung von Finanzminister Blümel.

Paukenschlag in der Novomatic/Casinos-Affäre: Nicht nur, dass Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) als Beschuldigter geführt wird – gestern führte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bei dem türkisen Politiker auch eine Hausdurchsuchung durch.

Donnerstagfrüh war Blümel in der Staatsanwaltschaft vorgeladen, wo man ihn befragte. Nach dem Gespräch wurde ihm ein Hausdurchsuchungsbefehl für seine Privatwohnung

präsentiert. Blümel stimmte daraufhin einer „freiwilligen Nachschau“ zu und fuhr mit den Beamten heim. Dort wurden Unterlagen und elektronische Geräte beschlagnahmt.

Es geht um den Verdacht, dass der Glücksspielkonzern Novomatic an die ÖVP gespendet und dafür Gegenleistungen erhalten hat. 2017 hat Blümel vom damaligen Novomatic-Chef Neumann eine SMS erhalten, in der dieser um Vermittlung eines Termins mit Se-

bastian Kurz ersuchte, um eine „Spende“ und „ein Problem in Italien“ zu besprechen.

Die Novomatic dementierte, ebenso Minister Blümel: „Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen.“ In einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz erklärte der Minister zu den Rücktrittsforderungen der Opposition: „Dem werde ich sicher nicht nachkommen, da sich die Vorwürfe rasch klären werden.“ Nach drei Fragen brach er abrupt ab: „Wie Sie sich denken können, gibt es noch einiges zu tun.“ Und die Grünen? Schlossen sich den Rücktrittsaufforderungen nicht an. ■

Novomatic: Razzia bei Finanzminister Gernot Blümel



Eine Razzia beim amtierenden Finanzminister Gernot Blümel in Zusammenhang mit Novomatic bringt den ÖVP-Politiker an den Rande des Rücktritts. (Bildquelle: pixabay by Kauki)

Seit Monaten schleppt sich bereits der Ibiza-Untersuchungsausschuss in Österreich dahin, förderte allerdings nur wenig substanziiell Neues in der Causa rund um mögliche illegale Parteispenden durch Novomatic zutage. Deutlicher spannender ist da schon, was abseits durch Medien oder die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft immer wieder ans Licht gebracht wird. Nachdem lange Zeit vor allem die FPÖ wegen den Aussagen von Heinz-Christian Strache im legendären Ibiza-Video im Zentrum der Ermittlungen stand, [wendet sich nun immer stärker der Fokus der ÖVP zu](#). Bisheriger Höhepunkt ist hierbei die Razzia bei Gernot Blümel, dem amtierenden Finanzminister von Österreich, dem mögliche Bestechung in Zusammenhang mit Novomatic vorgeworfen wird.

Mögliche Bestechung durch Novomatic führt zu Razzia bei Finanzminister Blümel

Am vorigen Donnerstag, dem 11. Februar, platzte in Österreich wieder einmal eine politische Bombe. Die

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft führte eine Razzia beim amtierenden Finanzminister Gernot Blümel von der ÖVP durch. Die Hausdurchsuchung erfolgte nur wenige Tage, nachdem bekannt wurde, dass der Politiker ebenfalls durch die WKStA als Beschuldigter in der Causa rund um Novomatic, CASAG und mögliche illegale Parteispenden geführt wird. Da der Name [durch einen Tweet eines Mitarbeiters der Rechercheplattform Dossier](#) über Twitter öffentlich wurde, wollte die Ermittlungsbehörde wohl zeitnah noch mögliche Beweise sichern. Zur Razzia kam es, weil die WKStA Finanzminister Blümel eine mögliche Bestechung vonseiten Novomatics zur Last legt. Es steht im Raum, dass der Spielautomatenhersteller der ÖVP Spenden zugesagt habe, wenn diese Hilfe bei einem Problem in Italien leisten würde. Hierbei ging es laut einigen österreichischen Medien um eine Steuernachzahlung in Höhe von 40 Millionen Euro. Die dortigen Finanzbehörden hielten die Lizenzgebühren der italienischen Tochtergesellschaft, die diese an den Mutterkonzern in Österreich entrichtet, für viel zu hoch und nahmen an, dass die Verrechnung einzig der Steuererminderung dienen würden.

Die Razzia bei Gernot Blümel, einem amtierenden Finanzminister, ist ein bislang einmaliger Vorfall in der neueren Geschichte Österreichs und zeigt, dass die Indizien für eine mögliche Bestechung durch Novomatic erdrückend zu sein scheinen. Tatsächlich ist jedoch an den bislang durchgesickerten Chatnachrichten zwischen Managern des Spielautomatenherstellers und ÖVP-Politikern nicht klar, ob es auch tatsächlich die erhoffte Hilfe in Italien und hierzu eine Gegenleistung in irgendeiner Form gegeben hat. Brisante Fragen jedoch werfen sie in jedem Fall auf und könnten gar Gernot Blümel zum Rücktritt zwingen.

Wieder sind SMS und Chat-Nachrichten der Auslöser

Das neueste Kapitel mit der Razzia beim amtierenden Finanzminister in der Causa Novomatic [beginnt nach bisherigen Erkenntnissen](#) am 10. Juli 2017 mit einer SMS von Harald Neumann an Gernot Blümel von der ÖVP. Dieser war zu diesem Zeitpunkt noch Chef der Partei in Wien, hatte aber gute Kontakte zum späteren Erneuerer der Partei und heutigen Kanzler Sebastian Kurz. Harald Neumann, der damalige CEO von Novomatic, bittet Blümel in der SMS um einen Termin bei Sebastian Kurz, der zur damaligen Zeit Außenminister in Österreich war. Es ging hierin um ein Problem in Italien, welches der Spielautomatenhersteller hatte sowie um Spenden an die Partei. Laut dem „Standard“ leitete Blümel diese Bitte an Thomas Schmid weiter, dem heutigen Chef der ÖBAG und damaligen Generalsekretär des Finanzministeriums. Dazu vermerkte er, dass dieser doch bitte Neumann zurückrufen solle und verlieh dieser Bitte mehr Gewicht, indem er schrieb, dass Schmid es doch bitte für ihn tun solle.

In der Zwischenzeit hatte sich bereits Blümel mit Sebastian Kurz in Verbindung gesetzt und ihm die Bitte von Neumann, die die WKStA als eine Art Angebot für Parteispenden betrachtet, überbracht. Ob dieses vermeintliche „Angebot“ vonseiten Novomatics jedoch angenommen wurde, ist für die WKStA unklar, sie geht jedoch dem Verdacht nach, weshalb es zu Razzia bei Finanzminister Blümel kam. Nach dieser ominösen SMS von Harald Neumann soll dieser später weiterhin in Kontakt mit Thomas Schmid geblieben sein. So erkundigte sich der CEO des Novoline Spielautomatenherstellers bei ihm später, ob Hansjörg Schelling, der damalige Finanzminister, einen guten Draht zum Finanzministerium in Italien hätte, was Schmid bejahte. Zeitlich wiederum etwas später gab es zudem einen Austausch zwischen den beiden über die Frage, wie das Ministerium Novomatic Unterstützung leisten könne.

Laut „Profil“ gab es Anfang April 2017 eine Prüfung bei Novomatic Italia durch die dortigen Behörden. Mitte Juni lag dann der Abschlussbericht vor, der bekanntlich die Lizenzzahlungen an den Mutterkonzern als zu hoch ansah und deshalb wohl Steuern nachzuzahlen wären. Nur drei Wochen später kam es zu der ominösen SMS am 10. Juli 2017 von Harald Neumann an Gernot Blümel. Geholfen scheint die ganze Kommunikation mit der Politik nicht wirklich zu haben, denn später musste Novomatic mehr als 20 Millionen Euro an Steuern an den italienischen Fiskus nachzahlen.

Ein weiteres Indiz

Im Jahr 2017 stellte sich die ÖVP rund um den späteren charismatischen Kanzler Sebastian Kurz komplett neu auf. Kurz konnte sich dabei auf seine engsten Vertrauten wie Gernot Blümel oder Bettina Glatz-Kremsner, die heutige Generaldirektorin der CASAG, verlassen, die enge Kontakte zu Thomas Schmid pflegten. Bereits Anfang 2017 soll es Kontakte zwischen Novomatic und der späteren neuen Führungsriege der ÖVP gegeben haben. Laut der WKStA gab es ein Treffen zwischen Harald Neumann, [dem damaligen Pressesprecher Bernhard Krumpel](#) mit besten Verbindungen zu FPÖ-Politikern und Sebastian Kurz. Krumpel erklärte in einer Nachricht an Neumann über Kurz und die ÖVP sinngemäß, dass der spätere Kanzler die finanzielle Ausstattung seiner Partei wohl „vergessen“ hätte. Nur wenig später, so der „Standard“, setzte sich der CEO von Novomatic plötzlich dafür ein, öffentliche Parteispenden in Betracht zu ziehen.

Im Sommer schließlich erklärte Krumpel gegenüber Neumann, dass der österreichische Manager Stefan Pierer in Zukunft seine Parteispenden verdoppeln würde. Daraufhin entgegnet Neumann sinngemäß, dass der Glücksspielkonzern etwas Besseres geplant hätte. Hierzu fragte er sogar bei Bernhard Krumpel nach, ob dieser bereits Informationen hierzu über einen anderen, nicht näher benannten Manager von Novomatic erhalten hätte, was dieser bejahte. Zudem brachte Krumpel Markus Tschank ins Spiel, der in den Ermittlungen der WKStA lange Zeit als mögliche Verbindungsperson zu FPÖ-nahen Vereinen in Bezug auf mögliche Parteispenden angesehen wurde. Der damalige Pressesprecher bezeichnete ihn als alten Freund und erklärte zugleich, in die ganze Sache bereits komplett integriert zu sein. Bei dieser ganzen Reihe an Indizien ist es nicht verwunderlich, dass die WKStA einen starken Verdacht hegt und bei ihrer Razzia in Zusammenhang mit Novomatic selbst vor dem amtierenden Finanzminister Gernot Blümel nicht halt machte.

Das Netzwerk um Sebastian Kurz im Fokus

Noch zu Beginn der Ibiza-Affäre fokussierte sich alles auf Novomatic und die FPÖ, während sich die ÖVP rund um Kanzler Kurz völlig nichts ahnend, enttäuscht und unschuldig gab. Mittlerweile hat sich das Blatt jedoch gewendet und die Regierungspartei steht wegen den immer gleichen Namen nun deutlich stärker medial und bei den Ermittlungen im Fokus als die FPÖ.

Finanzminister Gernot Blümel: Ihm wird vorgeworfen, womöglich vonseiten Novomatics bestochen worden zu sein. Möglicherweise flossen Spenden an die ÖVP oder andere Gefälligkeiten, damit die Partei den Glücksspielkonzern bei Schwierigkeiten in Italien hilft. Gernot Blümel wird in dem Zusammenhang als Kontaktperson zwischen Novomatic CEO Harald Neumann und Sebastian Kurz (damals Außenminister) sowie Thomas Schmid (damals Generalsekretär im Finanzministerium) gesehen.

ÖBAG-Chef Thomas Schmid: Ihm wird vorgeworfen, in die Causa rund um Peter Sidlo und seine Bestellung zum Finanzvorstand der CASAG involviert gewesen zu sein. Zudem soll er die Ausschreibung für den Chefposten der neuen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG, Anteilseigner der CASAG, selbst so geändert haben, dass er diese Posten später bekleiden konnte. Thomas Schmid war lange Zeit unter der ÖVP Pressesprecher im Außenministerium, Kabinettschef sowie Generalsekretär im Finanzministerium.

CASAG-Chefin Bettina Glatz-Kremsner: Gegen Sie ermittelt die WKStA wegen möglichen [Falschaussagen gegenüber den Ermittlungsbehörden](#). Sie kannte laut der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Thomas Schmid bereits deutlich eher, als sie zuvor aussagte. Es gab mehrere Treffen, davon sogar mindestens eines im März 2016 in der Privatwohnung von Thomas Schmid, bei dem auch Gernot Blümel anwesend war. Außerdem sagte sie bei der Befragung aus, dass sie von dem geplanten Coup der Sazka Gruppe bei der Hauptversammlung am 20. Juni 2018 keine Ahnung gehabt hätte. Chatprotokolle sollen jedoch belegen, dass Glatz-Kremsner zuvor bereits mit Thomas Schmid an einem Plan gegen Sazka arbeitete. Außerdem nahm sie an einem Treffen am Rande der Glücksspielmesse ICE in London teil, bei dem die WKStA vermutet, dass hier der Deal zwischen FPÖ und Novomatic festgezurret wurde. Weitere Teilnehmer sollen Novomatic-Gründer Johann Graf sowie der damalige Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs von der FPÖ gewesen sein.

Opposition fordert sofortigen Rücktritt

Bei der Einmaligkeit des Vorfalles in der Geschichte der zweiten Republik ist es nicht verwunderlich, dass die Partei in der Opposition geschlossen den sofortigen Rücktritt von Gernot Blümel fordern. Eine Razzia bei einem amtierenden Finanzminister wegen Bestechungsvorwürfen in Zusammenhang mit Novomatic hat es noch nie gegeben und Politiker wie Gernot Blümel haben in der Vergangenheit schon wegen deutlich geringeren Anschuldigungen ihre Posten geräumt. Bislang streitet dieser sämtliche Vorwürfe ab und denkt überhaupt nicht daran zurückzutreten, was mittlerweile zum guten Ton zu gehören scheint, so lange wie möglich Skandale auszusitzen. Zwar gilt auch für Gernot Blümel zur Feststellung seiner Schuld die Unschuldsvermutung, doch ist er eigentlich in seiner Position und seinen Verbindungen zu weiteren Beschuldigten tatsächlich nicht mehr tragbar.

Als Finanzminister ist er die oberste Instanz der Behörde, die in Österreich das Glücksspiel kontrolliert und damit den Rahmen für Glücksspielkonzerne wie Novomatic oder die Casinos Austria AG vorgibt. In beiden Unternehmen finden sich entweder ehemalige oder immer noch amtierende Mitarbeiter, gegen die ebenfalls ermittelt wird. Zudem bestanden oder bestehen enge Kontakte zu der CASAG-Chefin Glatz-Kremsner, der sogar falsche Aussagen durch die WKStA vorgeworfen werden sowie zu Thomas Schmid. Letzterer klebt trotz zahlreicher Skandale um seine Person sowie um seine Berufung auf seinem Posten als Chef der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG, genau wie Glatz-Kremsner bei der CASAG. Die ÖBAG ist wiederum nach der Sazka Gruppe zweitgrößter Teilhaber an der Casinos Austria AG. Böse Zungen, die die letzten Jahre den Aufstieg all dieser Personen aus der ÖVP oder deren Umfeld verfolgten, könnten behaupten, dass diese sich einen Teil des Staates zu Beute gemacht haben. Bei der erdrückenden Last all der bislang zutage geförderten Indizien ist nicht nur der Rücktritt von Gernot Blümel längst überfällig, sondern auch von Glatz-Kremsner und Thomas Schmid. Sollte der ÖVP tatsächlich an Aufklärung der gesamten Causa gelegen sein, müsste die Partei und vor allem Kanzler Kurz endlich ein Zeichen setzen. Ansonsten scheint es weiterhin vielmehr, als dass der Fokus auf die FPÖ nur gelegt wurde, um von den eigenen Leichen im Keller abzulenken.

Selten forderten so einhellig [sämtliche Oppositionsparteien den Rücktritt eines Ministers](#) wie nun im Fall von Gernot Blümel. Nach immer wieder neuen Vorwürfen, Indizien und Ermittlungen im immer engeren Umfeld von Kanzler Kurz wird auch dieser wohl zunehmend in den Fokus rücken. Es erscheint bei der Vielzahl der Skandale rund um Schredderaffäre, Ibiza-Video, dem Mauer beim Terroranschlag in Österreich sowie der Causa CASAG kaum noch möglich, dass von all dem Kurz nichts gewusst haben soll. Theoretisch bleibt ihm kaum noch etwas anderes übrig, als einige langjährige Wegbegleiter zu opfern, ohne am Ende womöglich selbst über irgend einen der immer zahlreicheren Fallstricke zu stolpern.

Wegen **Glücksspiel-SMS** an Gernot Blümel:

Hausdurchsuchung beim Finanzminister

© BERICHT UND INTERVIEW SEITEN 12/13

➔ SMS von Novomatic-Chef Neumann mit Spendenangebot

Hausdurchsuchung bei

Die Casino-Affäre ist um ein weiteres Polit-Kapitel reicher: Nach einem „guten Gespräch mit dem Staatsanwalt“ ließ Finanzminister Gernot Blümel die Ermittler zur Hausdurchsuchung in seine Privatwohnung. Es geht um eine SMS vor drei Jahren von Ex-Novomatic-Chef Neumann mit einem Spendenangebot an die ÖVP.

Im „Krone“-Gespräch gibt sich der in der Casino-Affäre auf der Beschuldigten-Liste aufgetauchte Finanzminister nach dem Termin bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft erleichtert: „Jetzt kenne ich die Vorwürfe, und diese lassen sich in wenigen Worten aufklären. Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen. Schon gar

nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde.“

Bekanntlich hatte der gestürzte FPÖ-Parteichef Strache im berühmt-berüchtigten Ibiza-Video ja getönt: „Novomatic zahlt alle.“ Tatsächlich scheint die Suppe der Justiz (Verdacht der Bestechung) aber recht dünn zu sein. Hintergrund für die laufenden Ermittlungen sind zwei SMS von Novo-

matic-Chef Harald Neumann an den damaligen Wiener ÖVP-Chef im Jahr 2017. Eine mit der Bitte um Hilfe bei einem „Steuerproblem in Italien“ und eine zweite Kurznachricht mit einer Anfrage für ein – nie stattgefundenes – Treffen mit Parteichef Kurz. Verbunden mit der Absicht, dass der Glücksspielkonzern an die Partei spenden wolle.

„Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland werden täglich an die Politik herangetragen“, gibt sich der türkise Frontmann betont gelassen. Auch Neumann weist alle Vorwürfe vehement zurück.

an Partei ➔ „Nehmen kein Geld von Glücksspielkonzernen“

Finanzminister Blümel

Bei der gestrigen Hausdurchsuchung – zeitgleich fanden mehrere statt – war Blümel allein zu Hause, seine Frau mit der Tochter spazieren. Er übergab „alle Unterlagen, mein Handy, USB-Sticks und auch einen privaten Laptop“. Bekanntlich hatte er ja im Ibiza-U-Ausschuss ausgesagt, beruflich kein solches Gerät zu besitzen. „Mit dem Laptop schauen ich und meine Frau Netflix“, klärt der Spitzenpolitiker schmunzelnd auf.

Die Opposition schießt indes weiterhin geschlossen auf den Finanzminister ein und fordert seinen Rücktritt. **Christoph Budin**

Wer spielt mit verdeckten Karten? Finanzminister Gernot Blümel wurde von der Casino-Affäre eingeholt. Aber er versichert: „Kein Geld von Glücksspielkonzernen.“ ☺



Fotos: Casinos Austria

Interview

Haben Sie ein reines Gewissen, Herr Blümel?

Der Finanzminister spricht im persönlichen Interview mit Conny Bischofberger über die Hausdurchsuchung – und seine Erleichterung

Sein Auftritt dauerte genau sieben Minuten: Gernot Blümel nahm gestern kurz nach 18 Uhr zur Hausdurchsuchung Stellung, die es am Vormittag im Zusammenhang mit der Tatsache gegeben hatte, dass er als Beschuldigter in den Ermittlungen zu Casinos Austria und Novomatic geführt wird. Im Anschluss daran sprach der Finanzminister mit der „Krone“. Unter dem Schreibtisch liegt sein Balance-Board, neben ihm der Wälzer „Wohlstand der Nationen“ von Adam Smith, dem Begründer der Nationalökonomie.

Wie muss man sich so eine Hausdurchsuchung vorstellen?

Nachdem meine Mitarbeiter in den Medien gelesen haben, dass ich als Beschuldigter in dieser Causa geführt werde, hat mein Rechtsvertreter bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nachgefragt, ich wusste ja gar nichts davon! Ich wurde dann zu

einem Gesprächstermin eingeladen, wo mir mitgeteilt wurde, warum das so ist. Ich hab gleich gesagt: Hier habt ihr mein Handy und den Pincode. Dann sind wir zu Fuß rübergegangen in meine Wohnung.

Wieviele Personen waren das?

Fünf oder sechs. Ich durfte vorher noch meine Frau anrufen, wir haben ja ein kleines Kind zuhause, das hat geschlafen. Ich hab ihr gesagt, dass ich jetzt mit einigen freundlichen Menschen vorbeikomme. Meine Frau ist dann mit unserer Tochter spazieren gegangen.

Obwohl das eine unangenehme Situation war, muss ich sagen, dass die Herrschaften sehr fair und sehr höflich waren. Ich habe gefragt: Was brauchen Sie? Was kann ich Ihnen zeigen? Sie haben dann ein paar USB-Sticks, ein altes Tablet und ein MacBook mitgenommen. Das ganze hat ungefähr eine Stunde gedauert.

Sie haben doch im U-Ausschuss behauptet, dass Sie gar keinen Laptop haben?

Ich habe gesagt, dass ich keinen Dienst-Laptop habe. Privat hatte ich immer einen. Nun sind unsere privaten Computer, mit allen

Babyfotos drauf, bei der Staatsanwaltschaft.

Wie fühlt man sich, wenn sowas passiert?

Im Dunkeln zu tappen ist kein angenehmes Gefühl. Aber ich kenne ja meine tatsächlichen Handlungen, ich habe meine Arbeit immer ordentlich gemacht. Es gab nie Spenden von Novomatic an die Wiener ÖVP oder die Bundespartei, das kann man ja auch leicht nachprüfen. Wohltuend ist vielleicht das falsche Wort, aber ich bin jetzt erleichtert, nachdem ich weiß, was im Raum stand, weil die Vorwürfe erstens falsch und zweitens leicht zu widerlegen sind.

Haben Sie ein reines Gewissen?

Zieht die Augenbrauen hoch. – Wenn Sie es so formulieren wollen ... Für mich klingt das so, als stün-

de das infrage. Aber diese Frage stellt sich gar nicht.

Chatprotokolle mit dem damaligen Novomatic-Chef lassen eine Nähe vermuten, Sie waren auch per „Du“ mit ihm. War da ein Naheverhältnis?

Ich bin seit 10 Jahren in der Spitzenpolitik und sehe es als meine Aufgabe an, mit Unternehmern, die Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen, in Kontakt zu sein, ihnen Gehör zu schenken. Das ist kein Naheverhältnis, sondern völlig normal. Mit Sicherheit hatten auch andere Politiker mit Novomatic Kontakt. Man muss auch wissen, dass ich damals ja noch gar nicht Mitglied der Regierung, sondern nicht amtsführender Stadtrat in Wien war.

War es rückblickend gesehen ein Fehler, im U-Ausschuss doch etwas – Pardon – arrogant aufzutreten und sich an nichts mehr erinnert zu haben?

Das war nicht meine Absicht, aber sogar die Verfahrensrichterin hat zurückgelegt, weil sie der Ansicht war, dass dort Grenzen überschritten wurden. Sollte sich jemand provoziert gefühlt haben von mir,

dann tut mir das Leid. Aber nach fünf Stunden auf der politischen Anklagebank war die Stimmung natürlich aufgeheizt.

Dass der Finanzminister der Republik als Beschuldigter in einem Verfahren geführt wird, ist schon sehr ungewöhnlich. Bringen Sie den Kanzler damit in Bedrängnis?

Ganz und gar nicht! Sowohl der Kanzler als auch ich wissen, dass da nichts dran ist. Es war immer klar, dass die ÖVP weder von Glücksspielkonzernen noch von Tabakherstellern oder Waffenproduzenten Spenden annimmt.

Sie haben einen Rücktritt ausgeschlossen. Könnten Sie sich einen vorübergehenden Rückzug vorstellen?

Beides kann ich zu 100 Prozent ausschließen.

Aber die Optik ist doch verheerend, geben Sie mir da Recht?

Es ist eine herausfordernde und ja, auch schwierige Situation, aber damit kann ich umgehen. Ich vertraue auf die Justiz und dass das so schnell wie möglich vom Tisch sein wird.

Interview: Conny Bischofberger



EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Beim Finanzminister hat eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Außer einem riesengroßen Budgetloch wurde vorerst nichts gefunden.



Finanzminister Gernot Blümel spricht über die Hausdurchsuchung.

Korruptionsjäger durchsuchten Wohnung des Finanzministers

Gernot Blümel als Beschuldigter geführt. SMS von Ex-Novomatic-Chef an die ÖVP war der Grund

SEITE 3

Schwarze Woche für die Türkisen

Die ÖVP hat schon lustigere Zeiten in der Regierung erlebt. Selten hat es eine Ansammlung so vieler unangenehmer Nachrichten wie in dieser Woche gegeben. Da wäre einmal Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, der immer noch kein Befreiungsschlag aus der Affäre um das missglückte „Kaufhaus Österreich“ gelingt. Wie soll man ihr da zutrauen, dass sie die richtigen Weichen aus der Wirtschaftskrise stellt?

Innenminister Karl Nehammer bekam diese Woche den Endbericht über das Versagen des Verfassungsschutzes bei der Terrorprävention präsentiert. Darin wurde so ziemlich alles bestätigt, was es an Vorurteilen gegenüber Behörden gibt: Gemächlichkeit, keine Koordination, ungelesene Berichte, falsche Einschätzungen aufgrund mangelnder Befähigung. Auf diesen niederschmetternden Befund über den Zustand des wichtigen Verfassungsschutzes muss Nehammer bald eine glaubwürdige Antwort geben.

Neuerdings ist auch noch der Finanzminister mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft konfrontiert. Wobei die Suppe diesbezüglich etwas dünn erscheint und das Vorgehen der Korruptionsjäger einige Fragen aufwirft. Eine vier Jahre alte SMS vom Novomatic-Chef an den damaligen Wiener Stadtrat Blümel wird zum Anlass genommen, die Privatwohnung des amtierenden Finanzministers zu filzen und dessen Handy zu beschlagnahmen. Wenn die Korruptionsjäger der ÖVP nicht glauben, dass diese keine Spende

LEITARTIKEL

VON DANIELA KITTNER



Die Regierung mutiert zum Pannendienst in eigener Sache – und die Tiroler ÖVP brockt Österreich den Status als Krisenzone ein

von Novomatic genommen hat, wieso filzen sie nicht die ÖVP-Konten? Dass aber mit der Bitte um einen Politiker-Termin gleichzeitig eine Parteispende in den Raum gestellt wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Sitten in Österreich.

Die Opposition weiß gar nicht, was sie anfangen soll mit so viel Angriffsfläche. Sie überschlägt sich mit Rücktrittsaufforderungen, mitunter ohne zu wissen, warum. SPÖ, FPÖ und Neos forderten den Kopf des Finanzministers zu einem Zeitpunkt, als sie selbst noch nicht wussten, ob gegen Blümel ermittelt wird, und schon gar nicht, was die Vorhalte sein mögen. Eine Abwägung, ob ein Rücktritt angebracht wäre, konnte also gar nicht erfolgt sein. Was verlangt die Opposition eigentlich, wenn wirklich eine rauchende Pistole gefunden wird? Öffentliches Teeren und Federn?

Den schlimmsten Patzer dieser Woche brockte die Tiroler ÖVP der Bundesregierung ein. Mit ihrer Weigerung, die südafrikanische Virusmutation in ihrem Land entschlossen zu bekämpfen, schoss sie Österreich und vor allem auch Tirol ein Eigentor. Als erster Staat setzt Irland Österreich auf eine rote Liste, und das deutsche Nachbarland wird Tirol zum zu meidenden Mutationsgebiet erklären. Damit ist Österreich als Krisenzone abgestempelt, mit allen schädlichen Folgen.

Die Woche ist zwar nicht vorbei – aber war's das jetzt?

daniela.kittner@kurier.at





Im Visier der Korruptionsjäger: In der Wohnung von Finanzminister Gernot Blümel (hier im Lepold-Museum) fand eine Hausdurchsuchung statt. Es geht um Vorwurf der Bestechlichkeit

„Hätte eine Bitte: Termin bei Kurz“

Spende für Gefälligkeit? Eine SMS von Ex-Novomatic-Boss Neumann an Gernot Blümel im Jahr 2017 führte zu Razzia in der Privatwohnung des Finanzministers. Die ÖVP dementiert sämtliche Vorwürfe

VON IDA METZGER

Es ist eine verhängnisvolle SMS-Nachricht aus dem Jahr 2017, die fast vier Jahre später eine Hausdurchsuchung beim amtierenden ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel auslöst – was eine Premiere in Österreich darstellt.

Wieder einmal ist der Glücksspielkonzern Novomatic mit im Spiel. Wieder einmal geht es möglicherweise um eine Gefälligkeit – mit dem Verdacht, dass dafür eine Parteispende an die ÖVP geleistet wurde.

Konkret tippte der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann mitten im Wahlkampf 2017 an Gernot Blümel (damals war er noch Stadtrat in Wien) eine SMS mit der Botschaft: „Hätte eine Bitte: Termin bei Kurz“. Zwei Gründe nennt Neumann für das gewünschte Meeting mit dem ÖVP-Spitzenkandidaten: „1. Spende an ÖVP gefällig? 2. Weil wir ein Problem in Italien haben“.

Die Novomatic wollte bei der italienischen Regierung vorsprechen, denn eine Steuernachzahlung von 20 Millionen Euro stand im Raum – diese musste Novomatic letztendlich auch leisten. „Man wollte einen Termin, um zu erfahren, ob die Glücksspielgesetze in Italien verschärft werden und ein Verbleiben im Markt noch Sinn macht“, so Neumann-Anwalt Norbert Wess.

Kurz, der damals noch Außenminister war, könnte vielleicht bei seinem italienischen Amtskollegen interve-



Gestern gab es nicht nur bei Gernot Blümel, sondern auch bei Novomatic eine Hausdurchsuchung

nieren – so scheint die Überlegung von Neumann damals gewesen zu sein. Die strafrechtlich relevante Krux an der Sache: Genau diese Formulierung legt nun für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) den Verdacht der Bestechlichkeit auf der einen Seite und den Verdacht der Bestechung auf der anderen Seite nahe. Blümel leitete die SMS auch an den damaligen Kabinettschef im Finanzministerium Thomas Schmid weiter.

Alle Beteiligten – sowohl die ÖVP als auch Neumann so-

wie der Novomatic-Konzern – dementieren, dass Spenden geflossen seien. Einen Termin zwischen Kurz und Neumann soll es nie gegeben haben, heißt es aus der ÖVP.

Verwechslung?

Allerdings hat der KURIER erfahren, dass in der Anordnung zur Hausdurchsuchung steht, dass Novomatic-Gründer Johann Graf am 25. 7. 2017 einen „Termin Kurz“ eingetragen hatte.

So gibt es aber auch eine Novomatic-Aufsichtsrätin, die Martina Kurz heißt. Ihres

Zeichens verheiratet mit Thomas Graf und daher die Schwiegertochter vom Unternehmensgründer.

Doch wie kam es zu diesem einzigartigen Ereignis, dass in der Privatwohnung eines Finanzministers eine Razzia durchgeführt wird. „Die Hausdurchsuchungen wurden gerichtlich bewilligt“, so die WKStA.

Blümel überrascht

Dass sich hier Ungemach zusammenbraut, muss für Blümel seit Dienstagmittag klar gewesen sein. Denn auf Twitter wurde die Liste jener Personen veröffentlicht, die im Novomatic/Casinos-Komplex von der WKStA als Beschuldigte geführt werden. Zur Überraschung – für Blümel selbst – fand sich auch sein Name auf der Liste. Die WKStA wollte den Status des ÖVP-Finanzministers weder bestätigen noch dementieren. Am Mittwoch wurde ein Termin in der WKStA für Donnerstag fixiert. Offizielle Begründung: Man wolle mit dem Finanzminister über den tatsächlichen Status reden. So harmlos wie die Einladung klang, lief das Treffen dann nicht ab. Die WKStA präsentierte Blümel die Anordnung zur Hausdurchsuchung. Man gab Blümel die Möglichkeit einer freiwilligen Nachschau. Blümel kooperierte. Gleich danach fand eine weitere Razzia bei Novomatic statt. Die WKStA führt in dieser Causa noch zwei weitere Beschuldigte, deren Namen aber nicht bekannt sind. Die Novomatic dementiert, dass es zwei weitere Beschuldigte gibt.

„... wie das türkise Kartenhaus zusammenstürzt“

Opposition fordert den Rücktritt des Finanzministers. Grüne halten sich vorerst zurück

Reaktionen. „Ganz Österreich wird gerade Zeuge, wie das türkise Kartenhaus in sich zusammenstürzt. Wir haben eine Pandemie, die größte Wirtschafts- und Sozialkrise der Zweiten Republik zu bewältigen, gleichzeitig versinken Teile dieser Regierung im Korruptionssumpf“, twitterte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner gestern.

Ins selbe Horn stießen gestern Vertreter der Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und Neos. Blümel könne nicht Beschuldigter in Ermittlungen wegen Bestechung durch einen Glücksspielkonzern und gleichzei-

tig oberste Fachaufsicht für diesen Glücksspielbereich sein, befand etwa Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Blümel könne „keinen Tag länger“ Finanzminister bleiben, ohne dass die Vorwürfe restlos aufgeklärt seien. In einem kurzen Pressstatement sprach Blümel zwar von einer „unangenehmen Situation“, aber er werde den „Aufforderung der Opposition sicher nicht nachkommen“. Denn es handle sich „um falsche Vorwürfe“. Die ÖVP habe nie Spenden von „Tabak- oder Waffenproduzenten und auch von keinem Glücks-

spielproduzenten angenommen“, rechtfertigte sich der Finanzminister.

Appelle an Kurz und VdB

Für FPÖ-Abgeordneten Christian Hafenecker gibt es in der Causa „keine andere Option“ als Blümels Rücktritt. Sollte dieser nicht erfolgen, sieht Hafenecker Bundeskanzler Sebastian Kurz in der Pflicht: „Kurz muss wissen, was zu tun ist, und den Finanzminister entlassen.“ FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz forderte gar ein Machtwort von Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Auch Neos-Chefin Beate

Meinl-Reisinger meinte, „das geht sich nicht mehr aus – Gernot Blümel muss zurücktreten“.

Der grüne Koalitionspartner der ÖVP schloss sich den Rücktrittsforderungen vorerst nicht an, aber: „Minister Blümel muss unverzüglich alles dazu beitragen, um die Vorwürfe zu klären“, erklärte die grüne Klubchefin Sigrid Maurer in einem mahnenden Statement.

Sie erinnerte auch daran, dass die Hausdurchsuchung „nach Bewilligung durch ein unabhängiges Gericht“ durchgeführt worden sei.

„Die Presse“, 12.02.2021

Hausdurchsuchung bei Blümel

Vorwurf. Die Novomatic hat den heutigen Finanzminister 2017 um Hilfe bei Problemen im Ausland gebeten - und eine Spende für die ÖVP angeboten. Eine solche habe er nicht angenommen, sagt Blümel.

VON OLIVER PINK UND ANNA THALHAMMER

Wien. Donnerstagfrüh machte sich der Finanzminister auf den Weg zur Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Seit Anfang der Woche weiß er aus den Medien, dass er von dieser als Beschuldigter geführt wird. Aber niemand wusste, warum. Er offenbar auch nicht. Also ließ sich Gernot Blümel - laut eigener Darstellung - einen Termin bei der Staatsanwaltschaft geben. Und erfuhr dort, in welcher Angelegenheit er als Beschuldigter geführt wird.

Es geht um einen Vorfall aus dem Juli 2017. Das Glücksspielunternehmen Novomatic hatte damals Schwierigkeiten wegen eines seiner Betriebe in Italien. Anlass war eine Steuernachforderung ebendort. Ein Vertreter der Novomatic war an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien, herangetreten und hatte ihn um Hilfe gebeten. Mutmaßlich wollte die Novomatic über Blümel an den damaligen Außenminister Sebastian Kurz herankommen. Das Außenministerium war damals für Unternehmer mit Interessen im Ausland eine begehrte Anlaufstelle. Im Zuge dessen habe die Novomatic dann auch nachgefragt, ob sie der Wiener ÖVP etwas spenden könne. Gernot Blümel, damals schon Obmann der Wiener Volkspartei, sagt, er habe das abgelehnt, es habe daher nie eine solche Spende an die ÖVP gegeben.

Faktum ist: Blümel überließ den Staatsanwälten gestern sein Handy und ließ sie auch in seine Wohnung, die in unmittelbarer Nähe der staatsanwaltschaftlichen Behörde liegt. Laut eigenen Aussagen freiwillig. Allerdings lag bereits eine Anordnung für eine Hausdurchsuchung vor. Er habe jedenfalls nichts zu verbergen, so Gernot Blümel. Er habe nie Spenden der Novomatic angenommen. Dass Unternehmen an Politiker herantreten und um Hilfe bitten, auch im Ausland, gehöre zum politischen Tagesgeschäft. Er werde jedenfalls weiterhin alles Notwendige zur Aufklärung beitragen. Und wie gesagt: Am Vorwurf der Spendenannahme sei nichts dran.

Aber wäre das überhaupt strafbar? Immerhin konnten 2017 Unternehmen Parteien noch großzügig sponsern. „Wenn es im Rahmen der Ausübung der Amtsgeschäfte



erfolgt ist, ist jedenfalls ein Anfangsverdacht gegeben“, sagt Hubert Hinterhofer, Strafrechtsprofessor an der Uni Salzburg. Da müsse gar kein Geld geflossen sein, es würde reichen, wenn Blümel in irgendeiner Form Zustimmung signalisiert habe. Was Hinterhofer jedoch am jetzigen Procedere stört: dass die Staatsanwaltschaften - in diesem Fall einmal mehr - die Beschuldigtenrechte ignorieren. Beschuldigte wären unverzüglich zu informieren und zu vernehmen. Dass diese aus den Medien erfahren, dass sie als Beschuldigte geführt werden, gehe gar nicht. Auch rechtlich nicht.

Gernot Blümel, Finanzminister der Republik Österreich, fungierte zum Zeitpunkt der Vorwürfe als nicht amtsführender Stadtrat in Wien.

[Oliver Pink]

Neben Hartwig Löger und Josef Pröll ist Gernot Blümel nun schon der dritte Beschuldigte aus der Finanzministerriege im Ibiza-Casinos-Komplex. Auch sonst gibt es in diesem Ermittlungsstrang etliche Beschuldigte, die der ÖVP zuzuordnen sind: von Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner bis hin zu diversen ehemaligen Kabinettsmitarbeitern. Der Akt umfasst mittlerweile Zigttausende Seiten, nicht alles hat Substrat. In den Unterlagen der WKStA finden sich zudem nicht nur strafrechtlich relevante Dinge, sondern auch noch anderes, das politisch-atmosphärisch einiges an Schießpulver hergibt.

Konflikte rund um die WKStA

Dazu kommt, dass die WKStA seit Monaten einen Kampf gegen die Oberbehörden führt. Unter anderem mit Anzeigen. Insofern sind Ermittlungen der Justiz auch zu einem Politikum geworden. Auch die Antikorruptionsbehörde ist zum politischen Spielball geworden und hat sich zu einem solchen machen lassen. Die Fronten sind deswegen mittlerweile so verhärtet, dass sachliche Kritik an der Behörde als Angriff auf die (justizielle) Opposition verstanden wird.

Hausdurchsucht

Gernot Blümel ist nun Beschuldigter in der Casinos-Affäre, in der es um eine möglicherweise alles andere als rechtmäßige Vorstandsbestellung geht. Konkret wurde ihm am Donnerstag von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) mitgeteilt und vorgeworfen, er hätte 2017 als nicht amtsführender Stadtrat das Angebot einer Parteispende des Glücksspielkonzerns Novomatic erhalten. Und: Deren Bitte um Hilfe eines ausländischen Tochterunternehmens in Steuerangelegenheiten hatte er an den damaligen Generalsekretär, Thomas Schmid, weitergeleitet – dieser ist einer Hauptbeschuldigten in der Causa Casinos. Es kam zu einer Hausdurchsuchung, Blümels Mobiltelefon wurde ebenfalls übernommen.

Die einfache Frage in einem politisch höchst sensiblen Verfahren: Hat die Novomatic an die (Wiener) ÖVP Geld gespendet? Haben die Staatsanwälte Beweise, wird es eng für Blümel und die ÖVP. Gibt es keine, ist das ein luftiger Verdacht und das Vorgehen der Staatsanwälte über das Ziel (?) schießend.

Interventionen für Unternehmen bei Politikern, ihre Kontakte im Ausland zu nützen, passieren in ganz Europa. In Deutschland wurden zuletzt Minister Angela Merkels wegen ihrer Hilfe für Wirecard in China kritisiert. Aber bei aller Aufregung: Novomatic ist nicht Wirecard. Aber vielleicht weiß die WKStA mehr als alle anderen?

E-Mails an: rainer.nowak@diepresse.com

„Wiener Zeitung“, 12.02.2021

Hausdurchsuchung setzt Finanzminister Blümel unter Druck

Justiz ermittelt wegen Spendenangebot von Novomatic –
Finanzminister bezeichnet Vorwürfe als falsch.

Am Donnerstag wurde eine Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) durchgeführt. Es geht um die Ermittlungen zu den Casinos Austria und Novomatic. Blümel bestätigte am Donnerstag, dass er beschuldigt wird, wies die Spendenvorwürfe aber als falsch zurück. Die Opposition forderte den Rücktritt des türkisen Politikers, die Grünen wollen Aufklärung. „Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen“, sagte Blümel.

Den Ermittlungen liege der Verdacht zugrunde, dass „ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine

politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten“ habe, so die WKStA.

Blümel hatte am Vormittag „ein Gespräch“ in der WKStA. Die „freiwillige Nachschau“ bei Blümel zuhause wurde im Anschluss an die Einvernahme durchgeführt. Dabei wurden Unterlagen und elektronischen Geräte sichergestellt. Es erfolgten mehrere Hausdurchsuchungen, wie die WKStA mitteilte, diese dürften schon länger geplant gewesen sein. ■

Leitartikel – Seite 2

Bericht – Seite 6

„Wiener Zeitung“, 12.02.2021

Blümel unter Verdacht

SPÖ, FPÖ und Neos fordern Rücktritt des Finanzministers, bei dem am Donnerstag eine Hausdurchsuchung erfolgte.

Die Oppositionsparteien gehen, unabhängig von einander, hart mit der Regierung ins Gericht. Von SPÖ, FPÖ und Neos hagelte es Rücktrittsaufforderungen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP), der in der Causa Casinos Austria unter Verdacht steht, der Rücktritt wird auch von Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) im Gefolge des Terroranschlags und des Expertenberichts dazu gefordert. Die FPÖ will auch Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) sowie den Bundeskanzler selbst nicht mehr in der Regierung sehen. Die SPÖ wiederum kündigte wegen des Debakels rund um das „Kaufhaus Österreich“ eine Ministerinnenanklage gegen Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) an.

Dass Blümel in der Causa Glücksspiel tatsächlich als Beschuldigter geführt wird, wurde der „Wiener Zeitung“ am Donnerstag von dessen Büro bestätigt. „Die Vorwürfe lassen sich in wenigen Worten aufklären“, meinte Blümel. Allerdings bestätigte der Finanzminister auch eine Hausdurchsuchung bei ihm.

In den Ermittlungen zu Blümel geht es um mutmaßliche Absprachen zwischen der Politik, konkret der Bundesregierung unter Türkis-Blau (2017-2019) sowie den Glücksspielkonzernen Casinos Austria und Novomatic.

„Keine Spenden von Novomatic angenommen“

In der Stellungnahme spricht Blümel von „Spenden von Glücksspielunternehmen“, doch diese „hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde“. Es geht dabei konkret um den Glücksspielkonzern Novomatic. Ob es darüber hinausgehend Verdachtsmomente gegen den Finanzminister gibt, wollte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nicht sagen, sie bestätigte aber mehrere Hausdurchsuchungen.

„Ich hatte heute ein gutes Gespräch (Donnerstag Vormittag, Anm.) bei einem vereinbarten

Termin mit dem Staatsanwalt in den Räumlichkeiten der WKStA. Ich bin froh, dass das Gespräch nun stattgefunden hat“, heißt es in der Stellungnahme von Blümel. Danach, so der Finanzminister, habe es eine Hausdurchsuchung gegeben, er habe dabei „alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt“. Und weiter: „Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen.“

Kern der Ermittlungen der WKStA ist die Bestellung des FPÖ-Manns Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo zum Casinos-Finanzchef nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe. Novomatic war damals einer der drei bestimmenden Aktionäre der Casinos Austria AG, verkaufte seinen Anteil unterdessen an den nunmehrigen tschechischen Mehrheitseigentümer Sazka. Die Staatsholding Öbag hält 33,24 Prozent am Glücksspielkonzern.

Blümel war zu dieser Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition Kanzleramtsminister von Sebastian Kurz. Ermittelt wird unter anderem auch gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und Öbag-Chef Thomas Schmid. Für alle Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

Opposition fordert Blümels Rücktritt

Von der Opposition hagelte es Rücktrittsaufforderungen: „Ein Finanzminister, bei dem in der Causa Glücksspiel eine Hausdurchsuchung stattfindet, kann nicht mehr länger Finanzminister bleiben und muss die Konsequenzen ziehen“, sagte Neos-Vorsitzende und Klubobfrau Beate Meini-Reisinger. „Ein Finanzminister ist für die Aufsicht des Glücksspiels zuständig und Eigentümervertreter der Casinos



„Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen“, sagt Finanzminister Gernot Blümel.
Foto: apa / G. Hochmuth

das jetzt keinen Anlass für seinen Rücktritt bedeutet, kommt auch Kanzler Kurz in die Breddouille – Jugendfreund hin oder her, hier muss der Sessel geräumt werden!“, forderte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz.

Die SPÖ gesellte sich in die Reihe der Rücktrittsaufforderer. „Gegen einen amtierenden Minister wird nicht nur wegen Korruption von der Justiz ermittelt, sondern es wird heute sogar eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es ist völlig klar: Finanzminister Blümel kann keinen Tag länger im Amt sein“, so der stellvertretende Klubchef Jörg Leichtfried in einer Aussendung. „Kurz muss handeln und Blümel zum Rücktritt bringen oder dem Bundespräsidenten seine Entlassung vorschlagen.“

Nehammer und Schramböck im Visier der Opposition

Scharf schoss FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz auch gegen Innenminister Nehammer. „Wenn ein türkiser Innenminister dabei auffliegt, wie er versucht, ein tragisches Versagen bei einem Terroranschlag zu vertuschen, dann ist das nicht mehr tragbar“, sagte er mit Blick auf den am Vortag vorgelegten Bericht der Zerbis-Kommission zur Aufarbeitung des Terroranschlags von Wien.

Das nach dem Anschlag von der Regierung vorgestellte Anti-Terror-Paket sei lediglich „ein Marketing-Instrument“ und bringe nichts, kritisierte auch Neos-Chefin Meini-Reisinger. „Er (Nehammer, Anm.) hat den Weg freizumachen für einen unabhängigen Innenminister.“

Die SPÖ wiederum kritisierte, dass Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck 1,3 Millionen Euro an Steuergeld „verbraucht“ habe, um ein Online-Telefonbuch ins Netz zu stellen. Klubchef Jörg Leichtfried stellte eine Ministeranklage in den Raum – die übrigens auch von den Neos unterstützt wird. Um damit Erfolg zu haben, bräuchte es einen Mehrheitsbeschluss im Nationalrat und daher auch die Stimmen der FPÖ. ■ (apa/red.)

Austria. Gleichzeitig Beschuldigter im Glücksspiel-Verfahren zu sein, geht sich nicht aus. Der Finanzminister muss zurücktreten“, forderte sie.

Ahnlich die FPÖ: „Jetzt ist die Katze aus dem Sack und die Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister nur noch der nächste Puzzlestein. Wenn



Foto: apa / Helmut Fohringer

Hat Nehammer mehr von BVT-Ermittlungen gewusst?



Foto: apa / Helmut Fohringer

Schramböck hat viel Geld für Kaufhaus Österreich ausgegeben.

„Wiener Zeitung“, 12.02.2021

Leitartikel

von Walter Hämmerle

Klärungsbedarf, dringend

Finanzminister Gernot Blümel wird als Beschuldigter in der Causa Casinos geführt, mehrere genehmigungspflichtige Hausdurchsuchungen fanden am Donnerstag statt, darunter auch bei Blümel. Das ist selbst für die affärengelagte jüngere Vergangenheit ein Novum. Blümel weist die Vorwürfe kategorisch zurück, die Opposition fordert seinen Rücktritt. Damit ist Blümel nicht allein. Bei Innenminister Karl Nehammer wird die Forderung nach Demission wegen der deplorablen Zustände beim Verfassungsschutz erhoben, bei Gesundheitsminister Rudolf Anschober wegen des Corona-Managements, und gegen Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck gibt es eine Ministeranklage wegen des Luftschlusses „Kaufhaus Österreich“. Und zum Drüberstreuen wird auf den Straßen „Kurz muss weg!“ skandiert, was den Kanzler meint. Es ist nicht nur für durchschnittlich politikinteressierte Menschen derzeit einigermaßen schwierig, die Übersicht zu behalten. Zu viele völlig unterschiedliche Vorwürfe, deren politisches Gewicht wie juristische Substanz geraten im Druckkochtopf einer Pandemie im elften Monat arg durcheinander. Über die mit Sicherheit größte Sprengkraft verfügen die Vorwürfe gegen den amtierenden Finanzminister und engsten Vertrauten des Kanzlers. Sie sind eine

Ermittlungen gegen den Finanzminister belasten das Amt, die Koalition und die ÖVP.

direkte Folge des Ibiza-Videos, das 2019 Türkis-Blau abrupt beendete und in dem Ex-FPÖ-Obmann HC Strache unter anderem über illegalen Gesetzeskauf und Parteienfinanzierung schwadronierte. Konkret geht es um den Verdacht, dass Novomatic im Gegenzug für Unterstützung

wegen eines in Italien drohenden Steuerverfahrens eine Parteispende angeboten habe. Das allein würde den Tatbestand der Bestechung und Bestechlichkeit erfüllen. Blümel war damals wie heute Regierungskoordinator, eine Schlüs-

selstelle in jeder Koalition. Ob die schwerwiegenden Vorwürfe ein Tatsachensubstrat haben, muss sich rasch weisen. Im Interesse Blümels, weil ein Minister, gegen den als Beschuldigter ermittelt wird, eine politische Belastung für jede Partei und jede Koalition darstellt. Wenn überhaupt, ist das nur für kurze Zeit akzeptabel. Blümel ist gefordert, alles zu tun, um die Vorwürfe schnellstens auszuräumen. Eine rasche Klärung ist aber auch im Eigeninteresse der Justiz. Im Übrigen, und das ist die einzige gute Nachricht, passt die lange Liste der Beschuldigten, gegen die derzeit ermittelt wird und zu der neben dem Ex- nun auch der aktuelle Finanzminister, gehört, nur höchst bedingt zur Erzählung von einer geknechteten und geknebelten Justizbehörde. Jetzt zählt für alle Beteiligten, was herauskommt.

Opposition fordert von Blümel Rücktritt nach Hausdurchsuchung

Ermittler verdächtigen den Finanzminister der Bestechung

Wien – Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) steht im Verdacht, im Jahr 2017 das Delikt der Bestechung begangen zu haben. Das vermutet die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die deshalb am Donnerstag eine Hausdurchsuchung in Blümels privater Wohnung durchführte.

Kern der Vorwürfe ist eine Whatsapp-Nachricht, die der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann im Juli 2017 an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien, geschickt hat.

Darin bittet Neumann, dass ihm Blümel einen Termin bei Sebastian Kurz besorgt. Der war zu diesem Zeitpunkt Außenminister, Neumann

wollte mit ihm „erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems (*sic*), das wir in Italien haben“, sprechen. Die Novomatic kämpfte dort damals gegen Steuernachzahlungen in Millionenhöhe.

Die WKStA vermutet, dass die avisierte Spende der Novomatic mit einer erhofften Unterstützung durch Amtsträger wie Außenminister Kurz zusammenhängt. Die Ermittler halten fest, bisher keine Hinweise darauf gefunden zu haben, dass Kurz als Außenminister der Novomatic geholfen hat.

Kontakt nahm Neumann parallel dazu auch zum Finanzministerium auf; hinter den Kulissen sprachen sich auch Blümel und der dort als

Kabinettschef tätige Thomas Schmid ab. Die Beteiligten bestreiten die Vorwürfe, es gilt die Unschuldsvermutung. Bisher ist auch keine tatsächlich durchgeführte Spende der Novomatic an die ÖVP bekannt. Kanzler Kurz hatte im U-Ausschuss erklärt, Unterstützung aus der Glücksspielbranche aus Prinzip nicht anzunehmen.

Blümel meinte, die Vorwürfe ließen sich „mit wenigen Worten aufklären“. Die Opposition sah das nicht so, sie verlangte den sofortigen Rücktritt des Ministers; die Grünen forderten hingegen nur dessen umfassende Kooperation mit der Justiz. (red)

THEMA Seite 2
Kommentar, Kopf des Tages Seite 32

Eine Hausdurchsuchung bei einem amtierenden Finanzminister: So etwas gab es in der Zweiten Republik noch nie. Am Donnerstag war es aber so weit: Nach einer Einvernahme bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wurde Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) von Ermittlern in seine Wohnung im dritten Bezirk begleitet. Er selbst sprach von einer „freiwilligen Nachschau“, die WKStA von einer „Hausdurchsuchung“.

Damit wird Blümel von einer dreieinhalb Jahre zurückliegenden Episode eingeholt, die ihm nun den Verdacht der Bestechung einbringt. Wieder einmal geht es um den Glücksspielkonzern Novomatic und dessen Interventionen in der heimischen Politik. Deshalb gab es am Donnerstag auch bei dem niederösterreichi-



chung. Beide bestreiten die Vorwürfe vehement. „Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt“, sagt Neumanns Anwalt Norbert Wess. Blümel geht davon aus, dass sich die Vorwürfe „in wenigen Worten aufklären lassen.“

Die Novomatic bestreitet, je politischen Parteien gespendet zu haben: „Selbstverständlich kooperieren wir mit den Behörden, damit es rasch zu einer Aufklärung dieser unrichtigen Vorwürfe kommt.“

„Projekt Ballhausplatz“

Die Ermittler stellen die Kommunikation zwischen Blümel und Neumann in ihrer Durchsuchungsanordnung in einen Zusammen-

Wie Gernot Blümel zum Beschuldigten wurde

sehen Unternehmen eine Stunden dauernde Hausdurchsuchung.

Vereinfacht gesagt, denkt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, dass Blümel im Jahr 2017 als Kontaktperson zwischen dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann und Sebastian Kurz (ÖVP) gedient habe. Letzterer war damals Außenminister; die Novomatic soll sich von ihm Hilfe bei einem Rechtsstreit in Italien erwartet haben.

„Bräuchte Termin bei Kurz“

So interpretieren die Ermittler zumindest eine Whatsapp-Nachricht, die Neumann am 10. Juli 2017 an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien, abgesetzt hat: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems (sic), das wir in Italien haben!“

Drei Stunden später wandte sich Blümel an Thomas Schmid, damals Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium. Er bat ihn, Neumann zurückzurufen: „Tu es für mich“, schrieb Blümel mit einem Küsschen-Emoji. In diesen drei Stunden soll Blümel laut Ermittlern „Sebastian Kurz über das Angebot informiert“ und mit ihm angeblich „das weitere Vorgehen akkordiert“ haben. Hinweise, dass Kurz als

Die Novomatic soll im Jahr 2017 über Gernot Blümel an den damaligen Außenminister Sebastian Kurz herangetreten sein. Die Justiz vermutet Bestechung, alle Beteiligten bestreiten die Vorwürfe.

Fabian Schmid, Renate Graber, Sebastian Fellner, Jan Marchart



Foto: APN/Fotogringer

Nun wurde auch der aktuelle Finanzminister Gernot Blümel zum Beschuldigten in der Causa Casinos.

Außenminister Novomatic geholfen hat, sehen Ermittler bisher nicht.

Schmid und Neumann standen unabhängig davon schon länger in Kontakt. So fragte Neumann bei Schmid, ob Finanzminister Hansjörg Schelling Kontakt zum italienischen Finanzministerium habe – Schmid bejahte. Später diskutierten Schmid und Neumann, wie das Mi-

nisterium den Glücksspielkonzern unterstützen könnte – wobei die Ermittler nicht glauben, dass Schmid über das „Spendenangebot“ der Novomatic Bescheid wusste.

Deren „Probleme in Italien“ waren einerseits regulatorische Schwierigkeiten, andererseits ein Verfahren rund um Steuernachzahlungen in Millionenhöhe. „Bei 40

Mio. Steuernachzahlung würde ich mich auch anschießen :-)\“, kommentierte Schmid dies in einer Nachricht an Blümel.

Die WKStA denkt nun, dass Neumann im Auftrag der Novomatic eine Spende an die ÖVP mit der Lösung der Probleme in Italien verbinden wollte. Deshalb verdächtigt sie Blümel und Neumann der Beste-

hang mit der damaligen Neuaufstellung der ÖVP. Der damalige Außenminister Sebastian Kurz hatte die Partei im Mai 2017 übernommen, die Machtübernahme war zuvor von seinem Umfeld geplant worden. Dazu existieren Dokumente, die unter dem Namen „Operation Ballhausplatz“ bekannt sind.

Laut der Ermittlungsanordnung kam es „im Zuge des Projekts ÖVP neu“ im Frühjahr 2017 zu einem Treffen zwischen Kurz, Novomatic-Chef Neumann und Bernhard K., dem damaligen Konzernsprecher. K. schrieb daraufhin in Chats an Neumann, dass Kurz die „Finanzierung der Bundespartei“ offenbar „vergessen“ habe, dort sei es „ziemlich trist“. Zwei Wochen später soll sich Neumann dann intern dafür eingesetzt haben, dass offene Parteispenden zulässig seien.

Im Juli 2017 kommunizierten K. und Neumann erneut. Da schrieb K., dass der ÖVP-Spender Stefan Pierer die Summe aller Kleinspenden an die Partei „verdoppeln“ wolle. „Wir haben noch etwas Besseres vor :)\“, antwortete Neumann.

Die Opposition forderte am Donnerstag einhellig den Rücktritt Blümel; die Grünen dessen vollständige Kooperation mit den Ermittlern. Die ÖVP wies darauf hin, nie Spenden von der Novomatic erhalten zu haben. **Kommentar Seite 32**

„Standard“, 12.02.2021

„Lame Duck“ im Finanzministerium

In der aktuellen Krise kann sich kein Land einen beschuldigten Ressortchef leisten

Andreas Schnauder

Das kann man getrost als Knalleffekt bezeichnen: An Gernot Blümel's Privatadresse klopfen am Donnerstag die Ermittler an. Eine Razzia am Wohnsitz eines amtierenden Finanzministers, im Nebenjob Wiener ÖVP-Chef und zudem enger Vertrauter des Bundeskanzlers: Das hat die Republik noch nicht erlebt, und das sitzt selbst in einem Land tief, das sich längst an den tiefen Sumpf der Republik gewöhnt zu haben scheint. Was bedeuten die jüngsten Schritte gegen einen Spitzenpolitiker der Kanzlerpartei? Und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Blümel wird beschuldigt, die Novomatic habe im Gegenzug zu einer angeblichen Hilfeleistung eine Parteispende in Aussicht gestellt. Der Minister spricht von falschen Vorwürfen – es gilt die Unschuldsvermutung. Wie fundiert die Anschuldigungen sind, lässt sich anhand der Informationslage kaum beurteilen.

Man sollte jedenfalls davon ausgehen, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ausreichend Verdachtsmomente in Händen hält, um derart brisante Ermittlungshandlungen rechtfertigen zu können. Nebenbei sei erwähnt, dass solche Schritte der Strafverfolgung einer richterlichen Genehmigung bedürfen. Die wird man sich angesichts der politischen Bedeutung der Handlung wohl überlegt haben.

Wenn nicht, wäre das für die durch interne justizielle Grabenkämpfe ohnehin angeschlagene Anklagebehörde ein herber Schlag. Man denke nur an die rechtswidrigen Hausdurchsuchungen beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Man denke umgekehrt aber auch an die Behinderung in anderen Causen, über die erst am Mittwoch die ehemalige Staatsanwältin Christina Jilek berichtet hat.

Somit lässt sich nach der Razzia schon einmal konstatieren: Die Justiz steht zumindest nicht derart unter Kuratel, dass sie Beißhemmung gegenüber den Mächtigen hätte. Das ist weniger selbstverständlich, als es sein sollte. Man denke nur an die Verfahrenseinstellungen in der Telekom-Affäre: Während zahlreichen Personen Politikerbestechung vorgeworfen wurde, landete keiner der Zahlungsempfänger auf der Anklagebank. Nehmen ist seliger als Geben, scheint die Devise gewesen zu sein.

Für die ÖVP ist die Sache ziemlich desaströs. Nach den Ex-Finanzministern Josef Pröll und Hartwig Löger – für die ebenfalls die Unschuldsvermutung gilt – ist nun der dritte Ressortchef im Glücksspiel verfangen. Dass mit Karl-Heinz Grasser ein weiterer früherer Säckelwart mit blau-schwarzer Vergangenheit kürzlich – nicht rechtskräftig – verurteilt wurde, mag Zufall sein, verbessert die Optik aber nicht wirklich.

Nicht gerade entlastend für die Volkspartei wirken zahlreiche weitere Ungeheimheiten rund um Novomatic, die ja einiges Geld in ÖVP-nahe Vereine inves-

tiert hat, die in Verbindung mit einem gewissen Wolfgang Sobotka stehen. Zudem werfen die Akten im Fall Casinos/Novomatic ein äußerst schiefes Licht auf weitere türkise Würdenträger.

Trotz heftiger Forderungen der Opposition will Blümel nicht zurücktreten. Mit dem Beharren auf der Weiterführung seines Amtes tut der Finanzminister – unabhängig von der Stichhaltigkeit der Vorwürfe – weder der ÖVP noch der Regierung einen Gefallen. Denn in der derzeitigen Krise kann sich die Republik eine „Lame Duck“ in zentraler Funktion nicht leisten.

Blümel: So lief die Haus- Durchsuchung

5

MINISTER
BLÜMEL
„Es gab keine
Novomatic-
Spenden.“

Minister fuhr mit WKStA in Wohnung, Handy und USB-Sticks sichergestellt – Blümel: »Es gab keine Spenden«

Finanzminister Blümel weist Vorwürfe zurück: „Keine Spenden der Novomatic angenommen.“

Wien. Paukenschlag in der österreichischen Innenpolitik: Am Donnerstag in der Früh fand eine Hausdurchsuchung bei ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel statt. Blümel hatte davor einen Termin im Büro der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bezüglich der Ermittlungen gegen ihn in der Casinos-Causa gehabt. „Dort wurde bestätigt, dass ich als Beschuldigter geführt werde“, so Blümel gegenüber ÖSTERREICH.

Hausdurchsuchung dauerte rund 1 Stunde. Im Anschluss sei der Minister persönlich mit den Beamten in seine Wohnung gefahren, wo gegen 10 Uhr eine „freiwillige Nachschau“ stattgefunden habe. Dort übergab Blümel sein Handy sowie USB-Sticks und Unterlagen an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Die Durchsuchung dauerte rund eine Stunde. Blümels Lebensgefährtin und die gemeinsame Tochter verließen vor der Durchsuchung die Wohnung. Am Nachmittag er-

hielt der Minister sein Handy wieder zurück.

Der Vorwurf der WKStA: „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe.“ Es geht um Bestechung und Bestechlichkeit. Hausdurchsuchungen gab es auch bei zwei weiteren Beschuldigten.

WhatsApp-Nachricht löste Ermittlungen aus

Novomatic bat um Hilfe. Auslöser für die Ermittlungen ist laut ÖSTERREICH-Informationen eine WhatsApp-Nachricht des ehemaligen Novomatic-Chefs an Blümel (er war damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien) im Juli 2017. „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!“, steht in der Nachricht. Hintergrund der Anfrage: Novomatic

drohte in Italien eine Steuernachzahlung in zweistelliger Millionenhöhe, deswegen suchte man Kontakt zur italienischen Regierung. Hinweise, dass Kurz der Novomatic in der Sache geholfen hätte, gebe es laut Ermittlern allerdings nicht. Und: Alle Beteiligten (für die die Unschuldsvermutung gilt) bestreiten, dass Geld von der Novomatic an die ÖVP geflossen sei.

Blümel: »Werde sicher nicht zurücktreten«

„Keine Spenden.“ Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen“, weist Blümel die Vorwürfe zurück. Die Spendenlisten der ÖVP-Bundespartei und der ÖVP Wien seien öffentlich einsehbar: „Es wurden keine Spenden der Novomatic angenommen.“ Auch die Novomatic hielt fest, dass es keine Spenden an die ÖVP gegeben habe.

Einen Rücktritt – wie ihn die drei Oppositionsparteien gefordert hatten – schloss Blümel in einem Statement am Donnerstagabend aus: „Ich werde sicher nicht zurücktreten“, so der Finanzminister.

Blümel: »Falsche Vorwürfe«

■ BLÜMEL ÜBER BESCHULDIGTEN-STATUS:

„Mir wurde bestätigt, dass ich als Beschuldigter geführt werde. Jetzt kenne ich die Vorwürfe und diese lassen sich in wenigen Worten aufklären. Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde.“

■ ZUSPENDEN-VORWURF:

„Die Spendenlisten der ÖVP-Bundespartei und der ÖVP Wien sind öffentlich und für jeden einsehbar. Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen. Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen.“

■ ZU RÜCKTRITTSFORDERUNGEN:

„Ich werde dem sicher nicht nachkommen. Seitdem ich Landesparteiobmann der ÖVP Wien bin und seitdem Sebastian Kurz Bundesparteiobmann ist, hat es keine Spenden der Novomatic gegeben.“

Casinos: Blümel nach Razzia in Bedrängnis

- Justiz vermutet Novomatic-Spende
- Finanzminister weist Vorwürfe zurück

WIEN. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat gestern im Zuge von mehreren Hausdurchsuchungen zur Causa Casinos auch der Privatwohnung von Finanzminister Gernot Blümel (VP) einen Besuch abgestattet. Es geht um den Verdacht, dass Novomatic 2017 für Interventionen durch Amtsträger gegen eine Steuernachforderung aus Italien Parteispenden überwiesen habe.

Blümel wies den Vorwurf ebenso wie Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann zurück.

Er könne garantieren, dass weder die Wiener VP noch die Bundespartei unter seiner Mitverantwortung eine Spende von Novomatic erhalten habe.

Angesichts der Rücktrittsforderungen der Opposition sprach Blümel zwar von einer „unangenehmen Situation“. Weil er aber davon ausgehe, dass sich die Vorwürfe der Justiz „sehr schnell als eindeutig falsch ausräumen lassen werden“, sehe er auch keinen Grund für einen Abtritt als Finanzminister. »Seite 2



Gernot Blümel glaubt, Vorwürfe der Korruptionsstaatsanwälte „mit wenigen Worten“ entkräften zu können. Foto: APA

Causa Casinos: Blümel nach Hausdurchsuchung angezählt

Justiz ermittelt gegen Finanzminister wegen Spendenverdacht

VON LUCIAN MAYRINGER

WIEN. Eine Hausdurchsuchung gestern Mittag in der Privatwohnung des amtierenden Finanzministers: Dieses Novum in der österreichischen Innenpolitik wurde von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bestätigt. Gernot Blümel (VP) berichtete von einem „guten Gespräch“ mit der Justiz, der er „alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt“ habe.

Rechte Hand von Kurz

Die WKStA führt Blümel als nunmehr 20. Beschuldigten in der Causa Casinos rund um die Bestellung des Ex-FP-Bezirksrates Peter Sidlo zum Finanzvorstand im März 2019. Damals war Blümel als Kanzleramtsminister die rechte Hand von Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP). Und er war, wie Chatverläufe etwa mit dem Ex-Vorstand des Casinos-Miteigners Novomatic, Harald Neumann, vermuten lassen, in die Personalrochaden beim teilstaatlichen Glücksspielkonzern zumindest eingeweiht.



„Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen.“

■ **Gernot Blümel**, Finanzminister (VP), nach dem Besuch der Justiz, die Unterlagen und Computer sichergestellt hat

Die Staatsanwälte hegen den Verdacht, dass die FPÖ um Ex-Obmann Heinz-Christian Strache für Sidlos Bestellung Novomatic den Zuschlag bei Glücksspiel-lizenzen versprochen habe. Gegen Blümel ermittelt die WKStA wegen Bestechlichkeit und Bestechung.

Es geht in dieser Causa um den Verdacht, wonach von Novomatic illegale Parteispenden an die ÖVP als Gegenleistung für die Unterstützung durch Amtsträger gegen eine drohende Steuernachforderung aus Italien geflossen seien. Ausgangspunkt für die Ermittlungen soll eine SMS von Neumann an Blümel im Juli 2017

gewesen sein, in der dieser um einen Termin beim damaligen Außenminister Kurz ersucht. Wobei Blümel neben seinen Parteifunktionen auch bei zwei VP-nahen Vereinen tätig war. Seit der Causa Ibiza gelten Letztere als potenzielle Anlaufstellen für diskrete Spenden.

Neumann hielt über seinen Anwalt fest, dass es von ihm persönlich oder der Novomatic AG „zu keiner Zeit Spenden an politische Parteien“ gegeben habe, „sohin auch nicht an die ÖVP“.

„Jetzt kenne ich die Vorwürfe, und diese lassen sich in wenigen Worten aufklären“, sagte Blümel nach einem Gespräch mit der WKStA. „Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde“, sagte Blümel, der vor seiner Ministerkarriere VP-Generalsekretär war.

Prominente Beschuldigte sind neben Strache, Neumann und Blümel dessen Minister-Vorgänger Hartwig Löger (VP) und Öbag-Chef Thomas Schmid. Für alle gilt die Unschuldsvermutung.

„Keinen Tag länger“ Opposition fordert Blümels Rücktritt

WIEN. Die Oppositionsparteien forderten am Donnerstag den Rücktritt von Finanzminister Gernot Blümel (VP). Dieser könne „keinen Tag länger“ im Amt bleiben, ohne dass die Vorwürfe restlos aufgeklärt seien, sagte Jan Krainer, SP-Fraktionsführer im Ibiza- und Casinos-U-Ausschuss: „In einem zivilisierten Land nimmt der Finanzminister seinen Hut.“ Laut SP-Chefin Pamela Rendi-Wagner „versinken Teile dieser Regierung im Korruptionssumpf“. Für FP-Fraktionsführer Christian Hafenecker gibt es „keine andere Option“. Sollte der Rücktritt nicht erfolgen, sei Kanzler Sebastian Kurz (VP) in der Pflicht, Blümel zu entlassen. Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger: „Das geht sich nicht mehr aus.“ Blümel müsse zurücktreten.

„Minister Blümel muss unverzüglich alles dazu beitragen, um die Vorwürfe zu klären, und vollumfassend mit den ermittelnden Behörden kooperieren“, sagte die Klubchefin des Koalitionspartners der ÖVP, Sigrid Maurer (Grüne). Angesichts der vom Gericht bewilligten Hausdurchsuchung liege „offenbar ein begründeter Verdacht“ vor. Der Vizekanzler und interimistische Justizminister Werner Kogler (Grüne) sagte, die Staatsanwaltschaft müsse ohne jeden Anschein von politischer Einflussnahme auf Basis der Gesetze arbeiten können.

Der VP-Fraktionsführer im Ibiza- und Casinos-U-Ausschuss, Wolfgang Gerstl, sieht keinen Grund für einen Rücktritt. Seit Kurz Kanzler und Parteiobmann sei, habe die ÖVP keine Spenden von Glücksspielkonzernen, Waffenunternehmen oder Tabakkonzernen angenommen. VP-Klubchef August Wöginger: „Es muss Schluss sein mit übereilten, reflexartigen Vorverurteilungen. Das schadet nicht nur der politischen Kultur in diesem Land, sondern der Demokratie insgesamt.“

„Kleine Zeitung“, 12.02.2021

Thema des Tages

Glücksspiel: Alte SMS holen Blümel ein

2017 soll Gernot Blümel für Novomatic interveniert haben – nachdem diese Spenden für die ÖVP in Aussicht gestellt hatte.

Von Georg Renner

Am Donnerstagvormittag marschierte Gernot Blümel in das Büro der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) am Wiener Donaukanal. Was der Finanzminister wollte: Klarheit über die Gerüchte, die Behörde führe ihn als Beschuldigten in ihren Glücksspielermittlungen. Der Vertraute von Bundeskanzler Sebastian Kurz bekam das – aber noch weit mehr dazu: „Sein“ Staatsanwalt wartete dort bereits mit einem fertigen und richterlich genehmigten Beschluss für eine Hausdurchsuchung im Hause Blümel.

Zu der es kurz darauf – das erste Mal bei einem amtierenden Finanzminister in der Geschichte der Zweiten Republik – auch kam: Bei Blümel (und zwei

weiteren, vorerst unbekannten ebenfalls durchsuchten Personen) wurden Geräte und Unterlagen beschlagnahmt.

Der Verdacht gegen Blümel lautet auf Bestechung beziehungsweise Bestechlichkeit und basiert im Wesentlichen auf einigen SMS aus dem Sommer 2017. Damals drohte dem niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic in Italien eine Steuernachforderung in mehrfacher Millionenhöhe.

Blümel hatte damals – kurz vor dem Ende der Regierung Kern – keine Funktion im Bund, er war Obmann der Wiener Landes-ÖVP und nicht amtsführender Stadtrat ebendort.

Trotzdem wandte sich der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel – per SMS: „Hätte eine Bitte: bräuch-

te einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!)“. Blümel wandte sich an den damaligen Außenminister, gemeinsam sollen sie das Anliegen an den damaligen Kabinettschef von Hans Jörg Schelling im Finanzministerium weitergeben haben – wo es trotz einer weiteren Urgenz Blümels („Tu es für mich“) versandet sein dürfte.

In der knappen Pressemitteilung der WKStA liest sich das so: „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuer-



Finanzminister
Gernot Blümel:
einer der engsten
Vertrauten von
Kanzler Kurz



GERNOT BLÜMEL

Karriere an der Seite von Sebastian Kurz

Die Laufbahn des heutigen Finanzministers verlief parallel zu der des Bundeskanzlers.

Der am 24. Oktober 1981 geborene ÖAABler studierte Philosophie in Wien und Dijon sowie an der Wiener Wirtschaftsuniversität. 2006 wurde Blümel Internationaler Sekretär der Jungen ÖVP. 2008 kam er als parlamentarischer Mitarbeiter zu Michael Spindelegger, wurde dessen Sekretär, als dieser Zweiter Nationalratspräsident war, und folgte ihm ins Außenministerium. Nach der Wahl 2013 machte Spindelegger Blümel zum Generalsekretär. Dass er das Amt auch unter dessen Nachfolger Reinhold Mitterlehner behalten durfte, galt durchaus als Überraschung. Ein Jahr später wechselte Blümel in die Wiener Landesgruppe. Dort agierte er neben seiner Cheftätigkeit auch als nicht amtsführender Stadtrat.

Als Kurz schließlich in der ÖVP das Ruder übernahm, gehörte wieder Blümel zum engsten Kreis, was sich unter anderem in Form seiner Kür zum Kanzleramts- und Europaminister sowie zum Regierungskoordinator bezahlt machte. Fast schon nebenbei betreute Blümel die Kultur. Nach dem Platzen der türkis-blauen Koalition musste er – wie seine Kollegen auch – kurzzeitig den Sessel räumen. Seit der erfolgreich geschlagenen Nationalratswahl 2019 führt er als Minister das gewichtige Finanzressort.

Kaum ins Amt gekommen, musste er ein wichtiges Ziel seiner Partei über Bord werfen: ausgeglichene Budgets. Die Bekämpfung der Pandemie erzwang einen neuen Kurs: „Koste es, was es wolle.“ Vergessene Nullen im Budget und das recht lückenhafte Erinnerungsvermögen im Ibiza-Untersuchungsausschuss sorgten zuletzt für einiges am Häme und Unverständnis.

**Aktuelle
Entwicklungen**
Kleine-Zeitung-App
kleinezeitung.at

nachforderung im Ausland angeboten habe.“ Die Hausdurchsuchungen seien vorab gerichtlich bewilligt worden, die Oberstaatsanwaltschaft Wien war informiert.“

Blümel und Neumann dementieren die Vorwürfe. Der Finanzminister betonte in mehreren Stellungnahmen am Donnerstag, er sei „jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen“. Die Spendenlisten der ÖVP-Bundespartei und der ÖVP Wien seien „öffentlich und für jeden einsehbar“, versicherte Blümel. Aus der ÖVP heißt es, unter Kurz hätte man sich entschlossen, keine Spenden aus dem Glücksspielbereich anzunehmen.

Der Glücksspielkonzern Novomatic war auch Thema im „Ibiza-Video“, von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache mit der Phrase „Novomatic zahlt alle“ im Zusammenhang mit in Vereinen verborgenen Parteispenden verewigt.

Die Opposition forderte am Donnerstag geschlossen Blümels Rücktritt. Der grüne Koalitionspartner schloss sich den Rücktrittsforderungen vorerst nicht an. „Minister Blümel muss unverzüglich alles dazu beitragen, um die Vorwürfe zu klären, und vollumfassend mit den ermittelnden Behörden kooperieren“, so Klubobfrau Sigrid Maurer in einem Statement am Donnerstagabend.

Für Blümel kommt ein Rücktritt nicht infrage: Er werde „solchen Aufforderungen sicher nicht nachkommen“.

LEITARTIKEL

Beunruhigende Szenarien

Die Ermittlungen gegen den Finanzminister werden entweder die Regierung oder die Justiz beschädigen. Ein Ausweg wären transparente, streng geprüfte Regeln für Parteien.

Zu den Ermittlungen gegen den Finanzminister, die gestern in einer Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel zu Hause gipfelten, gibt es zwei Szenarien, wie es weitergeht. Beide sind beunruhigend.

Erstes Szenario: Der Verdacht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft trifft zu, Personen an der Führungsspitze der ÖVP haben sich 2017 von einem Glücksspielkonzern Spenden dafür versprechen lassen, den parteieigenen Finanzminister zur Intervention zugunsten des Konzerns zu verleiten. Wenn das bewiesen wird, schlittert Österreich wohl – schon wieder – in eine Regierungskrise: Der Finanzminister, einer der engsten Vertrauten von Bundeskanzler Sebastian Kurz, wäre nicht zu halten, die Koalition stünde auf Messers Schneide, mitten in der Pandemie und ihren Folgen stünde Österreich ohne verlässliche Führung da.

Zweites Szenario: Zum zweiten Mal binnen zwei Jahren – nach der im Nachhinein für illegal erklärten Razzia beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung 2018 – hat die Wirtschafts- und



Georg Renner
georg.renner@kleinezeitung.at

Korruptionsstaatsanwaltschaft (und mit ihr die Justiz, immerhin hat ein Richter die Durchsuchungen genehmigt) kräftig – und publikumswirksam – danebengehaut. Auf Basis einer dünnen Suppe eine Durchsuchung bei einem amtierenden Regierungsmitglied auszulösen, nach der die Ermittlungen in der Folge versanden, würde das Vertrauen in Rechtsstaat und Politik erschüttern – und besonders in die WKStA selbst.

Noch lässt sich nicht sagen, welches dieser Szenarien eintreten wird. Die bisher bekannte Aktenlage – SMS des früheren Novomatic-Chefs an Blümel – allein macht von außen noch nicht den Eindruck, dass hier ein konkreter Korruptionsverdacht besteht; 2017 waren Parteispenden immerhin nicht illegal. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass die WKStA noch andere Belege dafür hat, dass die ÖVP sich Spen-

den gegen Einfluss hat versprechen lassen – die Behörde darf von sich aus (richtigerweise) nicht alles offenlegen, was ihren Verdacht begründet, weswegen die Öffentlichkeit nur von Verfahrensbeteiligten gefilterte Schnipsel erfährt – und eben Amtshandlungen wie die Hausdurchsuchung sieht.

Beleibt also – so unbefriedigend das für alle Beteiligten ist – vorerst nur abzuwarten, wie es weitergeht.

Klar ansprechen kann man aber den Misthaufen, auf dem derartige Gewächse gedeihen: Fast zwei Jahre nachdem Österreich Strache auf Ibiza von diversen Umgehungskonstruktionen fabulieren hörte, davon, wie man Parteien über Vereine üppige Summen zukommen lassen könne bzw. was man im Gegenzug erwarten könnte, hat sich die Politik noch immer nicht zu strengen Regeln durchringen können, solche Umtriebe zu verunmöglichen.

Ein modernes Parteiengesetz, strenge Prüfung aller Parteifinancen durch den Rechnungshof, totale Transparenz – wenn die aktuelle Affäre hier Bewegung brächte, hätte sie am Ende doch noch etwas Gutes.

Staatsanwaltschaft stellte bei einer Hausdurchsuchung Laptop des türkisen Finanzministers Gernot Blümel sicher.

WIEN. Der verschwommene Scan eines Gerichtsakts, der im Zuge des U-Ausschusses auftauchte, löste eine Kettenreaktion aus, die nun ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel unter Druck setzt. Auf dem Aktendeckel war nämlich eine Liste von Namen von Beschuldigten in der Novomatic-Causa zu sehen, auch jener des Finanzministers fand sich darauf. Blümel beteuerte, nichts davon zu wissen, und wurde deshalb am Donnerstag zur Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft eingeladen (WKStA). Bei dem Gespräch wurde Blümel von der WKStA offenbar informiert, dass ein richterlich genehmigter Hausdurchsuchungsbefehl vorliege. Die Beamten fuhren schließlich mit Blümel zu dessen Privatwohnung zur „Nachschau“.

Gegenüber den SN gab Blümel an, dass dabei Speichermedien und ein MacBook sichergestellt worden seien. Laut WKStA waren auch Beamte des Bundesamts zur Korruptionsbekämpfung und IT-Experten im Einsatz.

Worum geht es? Laut WKStA wird gegen Blümel und zwei weitere Beschuldigte wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und der Bestechung ermittelt. In einer knappen Mitteilung der Korruptionsermittler hieß es: „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe.“

Die Vorwürfe gegen den Finanzminister gehen auf den Juli 2017 zurück, also wenige Wochen bevor Heinz-Christian Strache auf Ibiza in die Videofalle tappte. Damals hatte der Glücksspielkonzern Novomatic Probleme mit den italienischen Steuerbehörden gehabt, wie Blümel im SN-Gespräch erklärte. Novomatic-Vertreter seien an Blümel herangetreten mit der Anfrage, ob er sich nicht bei der Bundesregierung da-



Der Finanzminister und Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel bestreitet die Vorwürfe.

BILD: ANTOBIAS STEINHAUSEN / PICTUREDESK.COM

Blümel im Visier der Ermittler

für einsetzen könnte, dass Novomatic in dieser Auseinandersetzung unterstützt werde. Gleichzeitig hätten die Novomatic-Vertreter die Möglichkeit von Parteispenden an die ÖVP angedeutet.

Blümel legt Wert auf die Feststellung, dass er zum damaligen Zeitpunkt nicht Mitglied der Bundesregierung war, sondern Wiener ÖVP-Chef. Heimische Unternehmen in Streitigkeiten mit ausländischen Steuerbehörden zu unterstützen sei „eine Selbstverständlichkeit“ – und Parteispenden der Novomatic an die ÖVP habe es keine gegeben, beteuert der Finanzminister.

Ein wesentlicher Puzzlestein in den Ermittlungen dürfte ein SMS im Juli 2017 vom damaligen Novomatic-Chef Neumann an den damaligen Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel gewesen sein. Laut dem Nach-

richtenmagazin „Profil“ schrieb Neumann an Blümel: „Bräuchte kurzen Termin bei Kurz. 1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben“. Kurz war damals Außenminister.

Der Anwalt Norbert Wess teilte mit, dass sein Mandat, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, festhalte, „dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt.“ orf.at zitierte Wess in Bezug auf das SMS mit der Aussage: „Bei der Spende handelte es sich nach Erinnerung meines Mandanten um eine karitative Sache, völlig losgelöst von dem Italien-Thema.“

Die Opposition forderte geschlossen Blümels Rücktritt. Sowohl für den SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-Ausschuss, Jan Krainer, als auch für dessen Pendant auf blauer Seite, Christian Hafenecker, könne Blümel nicht Beschuldigter in Ermittlungen wegen Bestechung durch einen Glücksspielkonzern und gleichzeitig oberste Fachaufsicht für diesen Glücksspielbereich sein. Ebenso äußerte sich Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger.

Die Grünen schlossen sich der Rücktrittsforderung nicht an. Aber sie erinnerten daran, dass die Hausdurchsuchung „nach Bewilligung durch ein unabhängiges Gericht“ durchgeführt wurde. „Offenbar gibt es einen begründeten Verdacht, der dies rechtfertigt. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft am Zug“, sagte Klubchefin Sigrid Maurer. **mars, a.k.**

„Süddeutsche Zeitung“, 12.02.2021

Hausdurchsuchung bei Österreichs Finanzminister

ÖVP-Politiker Gernot Blümel ist Beschuldigter in einer Affäre um mögliche verdeckte Spenden eines Glücksspielkonzerns

Wien – Es ist ein Paukenschlag, wie ihn auch das skandalgewohnte Österreich selten erlebt: Nachdem bereits am Dienstag in Wien durchgesickert war, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) den österreichischen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) als Beschuldigten im sogenannten Ibiza-Komplex führt, wurden am Donnerstagmorgen bei dem Minister und beim Glücksspielkonzern Novomatic Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Zuvor hatte sich Blümel bei einem Gespräch mit den Staatsanwälten über die Vorwürfe gegen seine Person informiert, von denen er erst aus den Medien erfahren haben will. Im Raum stehen Bestechung und Bestechlichkeit, Untreue und Amtsmissbrauch.

Im Visier der Ermittler stehen dabei offenbar neben Blümel der international agierende, aber in Österreich ansässige Glücksspielkonzern Novomatic und der Spielbankbetreiber Casinos Austria, an dem der Bund beteiligt ist – und die Novomatic beteiligt war. Der Vorwurf lautet auf mögliche verdeckte Parteispenden des Novomatic-Konzerns an die ÖVP.

Im sogenannten Ibiza-Video hatte der frühere FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Frühjahr 2017 gesagt:

"Novomatic zahlt alle" – sowohl das Unternehmen als auch die in der Aufnahme genannten Firmen wiesen das jedoch zurück. Das Video wurde zwei Jahre später publiziert, danach zerbrach die Regierung aus ÖVP und FPÖ.

Blümel gab an, bei der Durchsuchung habe er alle notwendigen Unterlagen und Geräte zur Verfügung gestellt. Im Juli 2020, als Blümel vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss als Zeuge aussagte, hatte er noch gesagt, im Frühjahr 2019 nach eigener Erinnerung keinen Laptop besessen zu haben.

Nun, so Blümel, sei er "jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen". Eine Hausdurchsuchung muss richterlich genehmigt sein, was angesichts des prominenten Beschuldigten und der schwierigen Rolle der politisch unter Druck stehenden Staatsanwaltschaft mutmaßlich besonders sorgfältig abgewogen wurde. Die Anschuldigungen dürften daher schwer wiegen. Dem *Kurier* sagte Blümel: "Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon

gar nicht, wenn zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde."

Genau darum drehen sich aber die Ermittlungen seit längerer Zeit. Denn Blümel hatte in der türkis-blauen Regierung 2017 bis 2019 als Kanzleramtsminister zum einen mit der Novelle eines Glücksspielgesetzes zu tun. Zum Zweiten war er in Personalentscheidungen bei der Casinos Austria AG (Casag) eingebunden und damit womöglich in die Bestellung des FPÖ-Politikers Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casag. Blümel dementiert das. Den Ermittlern liegen allerdings Chatprotokolle zwischen dem damaligen Kanzleramts- und jetzigen Finanzminister und dem früheren Novomatic-Chef Harald Neumann vor, die auf Absprachen hindeuten.

Drehten sich die Ermittlungen bislang um mögliche Absprachen bei der Bestellung von Casag-Vorstand Sidlo im Gegenzug für eine Lockerung des Glücksspielgesetzes, könnte es jetzt laut Medienberichten um einen Vorfall aus dem Sommer 2017 gehen. Novomatic hatte damals Probleme mit Betrieben im Ausland und bat Blümel, damals noch Stadtpolitiker in Wien, um Hilfe. Im Gegenzug, heißt es, könnten Spenden angeboten worden seien.

„APA“, 11.02.2021

Politik/Wirtschaft und Finanzen/Justiz/Innenpolitik/Parteien

Medienberichterstattung in der Causa Casinos

Utl.: Zur heutigen Medienberichterstattung hält Dr. Norbert Wess, Rechtsvertreter von Magister Harald Neumann, namens seines Mandanten folgendes fest:

Wien (OTS) - „Mein Mandant, Magister Harald Neumann, hält fest, dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt.“

Rückfragehinweis:

Dr. Norbert Wess LL.M., M.B.L.

Rechtsanwalt

n.wess@wkk.law

www.wkk.law

„www.ft.com - Financial Times“, 11.02.2021

Home of Austria's finance minister raided by police

Move is part of wide-ranging probe into bribery linked to country's gambling lobby



Gernot Blümel has been named as a suspect in a probe into bribery linked to Austria's powerful gambling lobby © Leonhard Foeger/Reuters

Anti-corruption police raided the home of Austria's finance minister on Thursday as a sprawling, multiyear bribery investigation expanded its scope to the highest level of politics in the country.

Gernot Blümel, a close ally of chancellor Sebastian Kurz, has been formally named by the Office of the Prosecutor for Economic Affairs and Corruption (WKStA) as a suspect in its probe into bribery linked to Austria's powerful gambling lobby.

Blümel attended an appointment at the prosecutor's office on Thursday morning.

His home was searched by police from the Federal Anti-Corruption Bureau shortly afterwards, and included a team of forensic IT and accounting specialists.

"The investigations are based on the suspicion that a responsible person of a gambling company offered donations to a political party in return for the support of officials of the Republic of Austria in the case of a tax claim abroad threatening the company," the WKStA [said in a statement](#).

“I am glad that the conversation has now taken place,” Blümel told the media. “Now I know the accusations, they can be cleared up in a few words. [I] would never have, and have never, accepted donations from gambling companies, especially not if there was also a *quid pro quo* involved.”

Questions over the cosy relationship between gambling concessions and politicians have dogged politics in Austria for years.

The current probe focuses on relationships between politicians and Austria’s Novomatic, one of the largest gambling companies in the world, owned by the reclusive septuagenarian billionaire Johann Graf.

A spokesperson for Novomatic said the allegations were “false and incorrect”.

“Novomatic has never made any donation to any political party,” the spokesperson added. “Of course, we are co-operating with the authorities so that these incorrect allegations can be clarified quickly.”

Blümel said that the Austrian People’s party to which he belongs — and of which Kurz is the leader — had not accepted any donations from Novomatic. “I am ready at any time to contribute anything further necessary to enable a quick clarification and to refute the false accusations,” he added.

The WKStA’s investigation has rapidly snowballed since it was opened in 2019 — at least partly as a result of an incidental remark made by Austria’s then vice-chancellor, and head of the far-right Freedom party, Heinz Christian Strache, [in the so-called “Ibiza Affair”](#).

A political sting operation on the Balearic island duped Strache into soliciting favours from an ersatz Russian oligarch.

A film of the encounter resulted in Strache’s resignation and ended the Freedom party’s coalition with the People’s party, [triggering a political crisis](#).

While public outrage focused on Strache’s susceptibility to Russian influence, anti-corruption officials latched on to other details that cropped up in the lengthy video footage. At one point, extemporising to his fake hosts on the nature of Austrian politics, Strache declared that “Novomatic pays everyone”.

At the time the remarks were made, Blümel was one of the most powerful officials in Kurz’s chancellery, responsible for co-ordinating policy and agreeing appointments to powerful bureaucratic positions with the junior coalition partner, the Freedom party.

„www.reuters.com“, 11.02.2021

UPDATE 3-Austrian prosecutors search finance minister's home in bribery probe

* Bluemel suspected of bribery and corruption offences

* Prosecutors suspect company sought help with tax abroad

* Minister, gambling firm deny party took company's money

* Bluemel says he will not heed opposition calls to resign (Adds Bluemel comment, details)

VIENNA, Feb 11 (Reuters) - Austrian prosecutors on Thursday searched the home of Finance Minister Gernot Bluemel, a close ally of Chancellor Sebastian Kurz, on suspicion of bribery involving a gambling company seeking help with foreign taxes.

The investigation into Bluemel and two other unnamed people is part of a wider probe stemming from the infamous Ibiza video sting that led to the collapse in 2019 of a previous coalition government between Kurz's conservatives and the far-right Freedom Party then led by Heinz-Christian Strache.

At the heart of that wider probe are allegations that government officials and gambling firm Novomatic agreed to appoint a former FPO official as a director of Casinos Austria, a company in which Austria and Novomatic owned stakes, in exchange for gambling licences and other favours for Novomatic.

In Bluemel's case, the anti-corruption prosecutors' office said it suspects a manager at an unnamed gambling company offered to donate money to an unspecified political party in exchange for Austrian officials' help with a potential tax claim against it abroad.

He is suspected of committing bribery and corruption offences, the statement added.

"The accusations are false and easy to disprove," Bluemel told reporters at a brief news conference on Thursday evening after opposition parties called for him to resign, which he said he would not do.

In an earlier statement, Bluemel said his People's Party had not accepted donations from gambling companies in general or slot-machine maker Novomatic in particular.

"Austrian companies' demands abroad are presented to politicians daily and are perfectly normal if they involve securing Austrian jobs," Bluemel said.

Novomatic also said the accusations were unfounded and it had not given money to any party.

At his news conference Bluemel said that almost four years ago the then-head of Novomatic invited him to a meeting on donating to the People's Party, and he made clear his party did not accept donations from gambling companies.

Prosecutors searched Bluemel's home in Vienna as well as other unidentified private and company addresses on Thursday, the anti-corruption prosecutors' office said.

(Reporting by Francois Murphy; Editing by Raissa Kasolowsky and Lisa Shumaker)

„www.reuters.com“, 11.02.2021

Hausdurchsuchung - Österreichs Finanzminister im Visier der Behörden

Wien (Reuters) - Österreichs Finanzminister Gernot Blümel ist im Zusammenhang mit einer möglichen Parteispendenaffäre ins Visier der Behörden geraten und Ziel einer Hausdurchsuchung geworden.

Nach Angaben der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wird gegen den engen Vertrauten von Kanzler Sebastian Kurz und zwei weitere Beschuldigte wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ermittelt, wie die Behörde am Donnerstag mitteilte. Bei einer Hausdurchsuchung habe er Unterlagen und elektronische Geräte zur Verfügung gestellt, teilte der ÖVP-Politiker mit. Die Vorwürfe weist er zurück: „Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen.“

Laut Behörde besteht der Verdacht, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern bei einer der Firma drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe. Im Zuge der Ermittlungen hätten an mehreren Standorten Durchsuchungen in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten stattgefunden, teilte die WKStA mit. Weitere Details wurden nicht genannt.

In einer Erklärung des Ministers hieß es, Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland würden täglich an die Politik herangetragen und seien selbstverständlich, wenn es im Sinne des Einsatzes für österreichische Arbeitsplätze gehe. „Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde“, sagte Blümel. Die Spendenlisten der ÖVP seien öffentlich und für jeden einsehbar.

Auch vom Glücksspielkonzern Novomatic sind dem Minister zufolge keine Spenden angenommen worden. Novomatic selbst weist Parteispenden ebenfalls zurück. “Novomatic hat an keine Partei – auch nicht an die ÖVP – eine Spende geleistet”, teilte der weltweit agierende Konzern mit Sitz in niederösterreichischen Gumpoldskirchen mit. Mit den Behörden wolle der Konzern kooperieren, damit es “rasch zu einer Aufklärung der unrichtigen Vorwürfe” komme.

Die Staatsanwaltschaft untersucht schon seit längerem, ob es unter der früheren Koalition aus ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ eine Vereinbarung zwischen Regierungsmitgliedern und Novomatic gab, einen Vorstandsposten bei den Casinos Austria zu besetzen, um im Gegenzug Novomatic-Glücksspiellizenzen zu erteilen. Blümel war damals Kanzleramtsminister und als Regierungskoordinator tätig. Die Ermittlungen gehen auf den sogenannten Ibiza-Skandal rund um Ex-FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache zurück, der zum Sturz der damaligen Regierung führte. “Novomatic zahlt alle”, sagte Strache in dem heimlich auf der Ferieninsel aufgenommenen Video. Nach der Veröffentlichung des Videos sagte Strache, dass er lediglich Gerüchte wiederholt habe. Auch Novomatic hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.

„Reuters Deutschland“, 11.02.2021

ÖSTERREICH/FINANZMINISTER/

Hausdurchsuchung - Österreichs Finanzminister im Visier der Behörden

Wien, 11. Feb (Reuters) - Österreichs Finanzminister Gernot Blümel ist im Zusammenhang mit einer möglichen Parteispendenaffäre ins Visier der Behörden geraten und Ziel einer Hausdurchsuchung geworden. Nach einem Gespräch mit dem Staatsanwalt sei ihm bestätigt worden, dass er als Beschuldigter geführt wird, teilte der ÖVP-Politiker am Donnerstag mit. Er habe bei einer Hausdurchsuchung Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt. Details der Vorwürfe blieben in der Stellungnahme des Finanzministers offen. Bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in Wien war vorerst niemand zu erreichen.

"Jetzt kenne ich die Vorwürfe und diese lassen sich in wenigen Worten aufklären. Spenden von Glückspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde", sagte Blümel. Die Spendenlisten der ÖVP seien öffentlich und für jeden einsehbar. Vom Glücksspielkonzern Novomatic seien keine Spenden angenommen worden, hieß es in dem Statement des Ministers. "Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen." (Reporter: Alexandra Schwarz-Goerlich, redigiert von Hans Busemann. Bei Rückfragen wenden Sie sich an die Redaktionsleitung unter den Telefonnummern +49 30 2201-33702 (für Unternehmen und Märkte) oder +49 30 2201-33711 (für Politik und Konjunktur))

„www.handelsblatt.com“, 11.02.2021

BESTECHUNGSVORWÜRFE

Hausdurchsuchung bei Österreichs Finanzminister Blümel

Die Staatsanwaltschaft verdächtigt den österreichischen Finanzminister der Bestechlichkeit. Es geht um Spenden, die ein Glücksspielhersteller an die ÖVP geleistet haben soll. Blümel wehrt sich.



Gernot Blümel

Der Finanzminister von Österreich steht im Fokus der Staatsanwaltschaft. Auch Kanzler Kurz soll dabei eine Rolle spielen.

Wien. Die österreichische Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat am Donnerstag bei Finanzminister Gernot Blümel von der ÖVP eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Der Glücksspielautomatenhersteller Novomatic soll, so der Verdacht, eine Spende an Österreichs größte Partei geleistet haben.

Im Gegenzug versprach sich die Firma Unterstützung vom Außenministerium. Kaum war die Aktion am Donnerstag bekannt geworden, riefen Vertreter der SPÖ, der FPÖ und von Neos den Minister dazu auf, von seinem Amt zurückzutreten.

Vieles ist noch undurchsichtig, und die Beschuldigten sowie Verdächtigten haben sich sogleich mit Dementis gewehrt. Die Affäre geht auf das Jahr 2017 zurück. Der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann soll Blümel damals in einer Nachricht um einen Termin bei Sebastian Kurz gebeten haben.

In jenem Jahr war der heutige Bundeskanzler noch Außenminister. Neumann wollte angeblich zwei Dinge besprechen, erstens eine „Spende“, zweitens „ein Problem in Italien“. Das berichten mehrere österreichische Zeitungen.

Worum es sich bei diesen Schwierigkeiten handelte, ist nur in Umrissen bekannt. Novomatic kämpfte in Italien laut der Staatsanwaltschaft mit Steuernachforderungen. Neumann erwartete, so die Verdächtigungen, Hilfe vom Außenministerium.

Rücktrittsforderungen häufen sich

Novomatic und Neumann haben noch am Donnerstag bestritten, Spenden an die ÖVP geleistet zu haben. Blümel selbst sagte, die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft ließen sich in wenigen Worten aufklären.

Das die politischen Gegner nicht besänftigt. Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger sagte, dass ein Finanzminister, bei dem eine Hausdurchsuchung stattgefunden habe, nicht mehr länger im Amt bleiben könne. Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch forderte Blümel dazu auf, als Finanzminister sofort zurückzutreten.

Dass sich über Blümel etwas zusammenbraut, hatte sich schon Anfang Woche abgezeichnet. Typisch für Österreich war dabei, dass das Rätselraten auf einer Indiskretion beruhte. Am Dienstag hatte ein Journalist des Magazins „Dossier“ eine Liste der Staatsanwaltschaft getwittert, auf der Blümel als Beschuldigter aufgeführt war. Schon damals hatte der Finanzminister gesagt, dass es sich nur um falsche Vorwürfe handeln könne.

„www.n-tv.de“, 11.02.2021

Österreichs Finanzminister unter Verdacht



Österreichs Finanzminister Blümel (ÖVP) steht nun auch in der Casino-Affäre unter Verdacht.
(Foto: picture alliance / HELMUT FOHRINGER / APA / picturedesk.com)

Der Glücksspielkonzern Novomatic gerät erstmals mit dem Ibiza-Skandal ins Zwielficht. Nun geht die Casino-Affäre weiter. Dem österreichischen Finanzminister werden fragwürdige Absprachen mit der Firma vorgeworfen. Besonders heikel daran: Der ÖVP-Politiker ist ein Vertrauter von Kanzler Kurz.

Österreichs Finanzminister Gernot Blümel ist im Zusammenhang mit einer möglichen Parteispendenaffäre ins Visier der Behörden geraten und Ziel einer Hausdurchsuchung geworden. Nach Angaben der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wird gegen den engen Vertrauten von Kanzler Sebastian Kurz und zwei weitere Beschuldigte wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ermittelt, wie die Behörde mitteilte.

Bei einer Hausdurchsuchung habe er Unterlagen und elektronische Geräte zur Verfügung gestellt, teilte der ÖVP-Politiker mit. Die Vorwürfe weist er zurück: "Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen." Laut Behörde besteht der Verdacht, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Parteispenden angeboten und im Gegenzug für seine Firma Unterstützung bei einer drohenden Steuernachforderung im Ausland verlangt habe. Ermittler hätten an mehreren Standorten Durchsuchungen in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten durchgeführt, teilte die WKStA mit. Weitere Details wurden nicht genannt.

Novomatic weist Vorwürfe zurück

In einer Erklärung des Ministers hieß es, Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland würden täglich an die Politik herangetragen und seien selbstverständlich, wenn es im Sinne des Einsatzes für österreichische Arbeitsplätze gehe. "Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde", sagte Blümel. Die Spendenlisten der ÖVP seien öffentlich und für jeden einsehbar. Auch vom Glücksspielkonzern Novomatic sind dem Minister zufolge keine Spenden angenommen worden.

Novomatic selbst weist Parteispenden ebenfalls zurück. "Novomatic hat an keine Partei - auch nicht an die ÖVP - eine Spende geleistet", teilte der weltweit agierende Konzern mit Sitz in niederösterreichischen Gumpoldskirchen mit. Mit den Behörden wolle der Konzern kooperieren, damit es "rasch zu einer Aufklärung der unrichtigen Vorwürfe" komme.

Anstoß aus der Ibiza-Affäre: "Novomatic zahlt alle"

Die Staatsanwaltschaft untersucht schon seit längerem, ob es unter der früheren Koalition aus ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ eine Vereinbarung zwischen Regierungsmitgliedern und Novomatic gab, einen Vorstandsposten bei den Casinos Austria zu besetzen, um im Gegenzug Novomatic-Glücksspiellizenzen zu erteilen. Blümel war damals Kanzleramtsminister und als Regierungskoordinator tätig. Die Ermittlungen gehen auf den sogenannten Ibiza-Skandal rund um Ex-FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache zurück, der zum Sturz der damaligen Regierung führte. "Novomatic zahlt alle", sagte Strache in dem heimlich auf der Ferieninsel aufgenommenen Video. Nach der Veröffentlichung des Videos sagte Strache, dass er lediglich Gerüchte wiederholt habe. Auch Novomatic hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.

„www.bild.de“, 11.02.2021

BLÜMEL UNTER KORRUPTIONSVERDACHT

Razzia bei österreichischem Finanzminister



„Diese Vorwürfe sind definitiv falsch und auch sehr einfach zu widerlegen“, sagte Blümel am Abend bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz

Hausdurchsuchung bei Ösi-Finanzminister Gernot Blümel (39)!
Wegen Korruptionsverdacht ist er ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten.

Dem Portal oe24.at  zufolge wurden unter anderem das Handy des Ministers sowie USB-Sticks beschlagnahmt.

Gegen Blümel, der wie Bundeskanzler Sebastian Kurz der konservativen ÖVP angehört, besteht der Verdacht der Bestechlichkeit. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob die ÖVP illegale Zahlungen von dem Glücksspielunternehmen Novomatic erhielt.

Blümel wies am Donnerstag alle Vorwürfe zurück.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft teilte mit, den Ermittlungen liege der Verdacht zugrunde, „dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe“.

Blümel soll den Vorwürfen zufolge damals als Kontaktperson zwischen dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann und Sebastian Kurz gedient habe, der zu dem Zeitpunkt Außenminister war. Novomatic soll auf Hilfe bei einem Rechtsstreit in Italien gehofft haben.

Blümel bestritt, dass jemals Zahlungen des Unternehmens an die ÖVP geflossen seien. Er habe ein „gutes Gespräch“ mit der Staatsanwaltschaft gehabt, erklärte der Minister. Bei der Hausdurchsuchung habe er den Ermittlern „selbstverständlich alle erbetenen Dokumente und elektronischen Geräte ausgehändigt“.

Die Opposition forderte geschlossen Blümels Rücktritt. Der Minister sagte bei einer Pressekonferenz, er werde Rücktrittsforderungen „sicher nicht nachkommen“.

Blümel gilt als Vertrauter von Kanzler Kurz und kandidierte im vergangenen Jahr vergeblich bei der Bürgermeisterwahl in Wien.

„www.faz.net“, 11.02.2021

CASINOS-AFFÄRE

Durchsuchung bei Österreichs Finanzminister

Hat Gernot Blümel politische Gegenleistungen für Spenden eines Glücksspielunternehmens erbracht? Österreichs Finanzminister weist die Vorwürfe zurück. Für die Opposition ist er als Minister nicht mehr tragbar.

In Österreich hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen. Es bestehe der Verdacht, dass der Glücksspielkonzern Novomatic Parteispenden für eine politische Gegenleistung von Amtsträgern angeboten habe, hieß es. Bei zwei weiteren Personen wurden Privat- und Geschäftsräume durchsucht. Blümel und Novomatic-Vertreter wiesen alle Vorwürfe zurück. Die Opposition forderte den Rücktritt des engen politischen Weggefährten von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP).

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) teilte am Donnerstag mit, sie ermittle wegen des Verdachts der Bestechlichkeit auf der einen Seite und wegen des Verdachts der Bestechung andererseits. „Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe“, gab die WKStA bekannt. „Im Zuge dieser Ermittlungen fanden heute Hausdurchsuchungen an mehreren Standorten in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten statt.“ Der Vorgang, um den es geht, soll sich im Jahr 2017 abgespielt haben. Blümel hatte damals kein Regierungsamt inne und führte die Landes-ÖVP in Wien.

Die sozialdemokratische SPÖ forderte, Blümel dürfe „keinen Tag länger im Amt sein“. Auch die liberalen Neos verwiesen auf die Zuständigkeit des Finanzministers für die Aufsicht des Glücksspiels. „Gleichzeitig Beschuldigter im Glücksspiel-Verfahren zu sein, geht sich nicht aus.“ Die rechte FPÖ befand, die ÖVP „versinkt im Chaos“. Nun müsse der Bundespräsident einschreiten.

Auch die Grünen, Koalitionspartner der ÖVP, sprachen von einem offenbar begründeten Verdacht. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Sigrid Maurer wies darauf hin, dass die Hausdurchsuchung „nach Bewilligung durch ein unabhängiges Gericht“ vorgenommen worden sei. „Offenbar gibt es einen begründeten Verdacht, der dies rechtfertigt. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft am Zug“, sagte Maurer. Der ÖVP-Fraktionsvorsitzende August Wöginger mahnte hingegen – an die Adresse der Opposition, ohne den Koalitionspartner zu erwähnen –, keine „übereilten, reflexartigen Vorverurteilungen“ auszusprechen. Die Ermittlungen gegen Blümel und zwei weitere Personen, offenbar aus der damaligen Novomatic-Führungsetage, scheinen aus einem „Beifang“ in Ermittlungen in einer anderen Sache zu resultieren, der Casinos-Affäre. Dabei geht es um den Verdacht, dass bei den teilstaatlichen Casinos Austria ein Zusammenhang zwischen früheren Postenbesetzungen, Unterstützung für parteinahe Vereine und Glücksspielgesetzgebung bestehe. Die Casinos-Ermittlungen wurden aufgenommen, nachdem die frühere Mitte-Rechts-Koalition von ÖVP und FPÖ infolge der Ibiza-Affäre des damaligen FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache 2019 zerbrochen war. Sämtliche 20 bislang bekanntgewordenen Beschuldigten hatten die Vorwürfe zurückgewiesen.

Dass auch Blümel, der 2019 Kurz' Kanzleramtsminister war, zu den Beschuldigten zählen soll, war offenbar durch ein Versehen oder eine Indiskretion am Dienstag bekanntgeworden – offenbar auch Blümel selbst. Er sagte am Donnerstag nach einem Termin bei der Staatsanwaltschaft, er kenne nun die Vorwürfe und könne sie „in wenigen Worten“ aufklären. Bei der anschließenden Durchsuchung von Blümels Privatwohnung habe er „selbstverständlich alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt“ und sei auch sonst „jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen“.

Laut österreichischen Medienberichten dreht es sich bei den Vorwürfen gegen Blümel nicht um die Casinos, sondern um einen Vorgang zwei Jahre zuvor. Die Novomatic habe damals in Italien Auseinandersetzungen mit dem Fiskus wegen einer Steuerschuld in Höhe von 150 Millionen Euro sowie mit den Regulierungsbehörden gehabt. Der damalige Vorstandsvorsitzende der Novomatic, Neumann, soll in einer Textnachricht an Blümel um Vermittlung eines Termins mit dem damaligen Außenminister Kurz gebeten haben, so berichtet die Zeitung „Der Standard“. Gegenstand der Besprechung solle eine „Spende“ sowie ein „Problem in Italien“ sein. Im Zuge der Casinos-Ermittlungen ist das Mobiltelefon Neumanns beschlagnahmt worden.

Neumann weist sämtliche Vorwürfe zurück

Über eine tatsächliche Unterstützung von Novomatic in dieser Sache durch Kurz oder die damalige Regierung ist allerdings nichts bekannt. Ebenso bestreiten sowohl der Konzern als auch die ÖVP, dass es eine Spende gegeben habe. Blümel sagte: „Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde.“ Anliegen österreichischer Unternehmen, die im Ausland tätig seien, würden „täglich“ an die Politik gerichtet. Das (gemeint ist offensichtlich die Offenheit für solche Anliegen) sei „selbstverständlich, wenn es im Sinne des Einsatzes für österreichische Arbeitsplätze geht“, sagte der Finanzminister.

Ein Anwalt Neumanns teilte mit, „dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten - insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien - zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt.“ Neumann weist sämtliche Vorwürfe zurück.

„www.sueddeutsche.de“, 11.02.2021

Hausdurchsuchung bei Österreichs Finanzminister

ÖVP-Politiker Gernot Blümel ist Beschuldigter in einer Affäre um mögliche verdeckte Spenden eines Glücksspielkonzerns.

Es war ein Paukenschlag, wie ihn auch das skandalgewohnte Österreich selten erlebt: Nachdem bereits am Dienstag in Wien durchgesickert war, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) den österreichischen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) als Beschuldigten im sogenannten Ibiza-Komplex führt, wurden am Donnerstagmorgen bei dem Minister und beim Glücksspielkonzern Novomatic Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Zuvor hatte sich Blümel bei einem Gespräch mit den Staatsanwälten über die Vorwürfe gegen seine Person informiert, von denen er erst aus den Medien erfahren haben will. Im Raum stehen Bestechung und Bestechlichkeit, Untreue und Amtsmissbrauch.

Im Visier der Ermittler stehen dabei offenbar neben Blümel der international agierende, aber in Österreich ansässige Glücksspielkonzern Novomatic und der Spielbankbetreiber Casinos Austria, an dem der Bund beteiligt ist - und die Novomatic beteiligt war. Der Vorwurf lautet auf mögliche verdeckte [Parteispenden](#) des Novomatic-Konzerns an die ÖVP.

Im sogenannten Ibiza-Video hatte der frühere FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Frühjahr 2017 gesagt: "Novomatic zahlt alle" - sowohl das Unternehmen als auch die in der Aufnahme genannten Firmen wiesen das jedoch zurück. Das Video wurde zwei Jahre später publiziert, danach zerbrach die Regierung aus ÖVP und FPÖ.

Chatprotokolle deuten auf Absprachen hin

Blümel gab an, bei der Hausdurchsuchung habe er alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt. Im Juli 2020, als Blümel vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss über die mögliche Käuflichkeit der früheren türkis-blauen Bundesregierung als Zeuge aussagte, hatte er noch angegeben, im Frühjahr 2019, als die damalige Regierung platzte, nach eigener Erinnerung gar keinen Laptop besessen zu haben. Er habe damals als Kanzleramtsminister "übers Handy" gearbeitet.

Nun, so Blümel am Donnerstag, sei er "jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen". Er habe daher in eine "freiwillige Nachschau" daheim eingewilligt. Auf einer Pressekonferenz am Abend wiederholte Blümel seine Einlassungen, wonach die Vorwürfe leicht zu widerlegen seien. Es sei bekannt, dass die ÖVP keine Spenden von Glücksspiel-, Waffen oder Tabakkonzernen annehme. Nachfragen ließ er nicht zu.

Eine Hausdurchsuchung muss richterlich genehmigt sein, was angesichts des prominenten Beschuldigten und der schwierigen Rolle der politisch unter Druck stehenden Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft mutmaßlich besonders sorgfältig abgewogen wurde. Die Anschuldigungen dürften daher durchaus schwer wiegen.

Gegen Blümel, der in der ÖVP in den vergangenen Jahren mehrere Rollen ausfüllte und als enger Vertrauter von Kanzler Kurz gilt, wird seit längerer Zeit ermittelt. Denn er hatte in der türkis-blauen Regierung 2017 bis 2019 unter anderem als Kanzleramtsminister zum einen mit der Novelle eines Glücksspielgesetzes zu tun, das sich die Novomatic vom Bund wünschte. Zum Zweiten war er in Personalentscheidungen bei der Casinos Austria AG (Casag), die zu 33 Prozent dem Staat gehört, eingebunden und damit womöglich in die Bestellung des FPÖ-Politikers Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casag. Blümel dementiert das.

Den Ermittlern liegen allerdings Chatprotokolle zwischen dem damaligen Kanzleramts- und jetzigen Finanzminister und dem früheren Novomatic-Chef Harald Neumann vor, die auf ein enges Vertrauensverhältnis, Treffen und Absprachen hindeuten. Hier finden sich Sätze wie "Müsste dich dringend sprechen; wenn möglich persönlich", "Alles geklärt. Sollte auf jeden Fall durchgehen" oder auch "Bei uns im Forum. Da hört wenigstens niemand zu".

Allgemeine Ermittlungen drehten sich daher um mögliche Verabredungen bei der vor allem von der FPÖ gewünschten Bestellung von Casag-Vorstand Sidlo im Gegenzug für eine Lockerung des Glücksspielgesetzes. Konkret dürfte es jetzt aber, Medienberichten zufolge, um einen Vorfall aus dem Sommer vor der Wahl 2017 gehen; die ÖVP steuerte auf einen Wahlsieg zu, Blümel war - noch - ÖVP-Chef in Wien. Die Novomatic hatte damals Steuerprobleme in Italien und bat Blümel um Hilfe, der Kontakt zum damaligen Außenminister Kurz herstellen sollte, wie Profil berichtet. Im Gegenzug, heißt es, sollen Spenden angeboten worden seien. Sowohl Blümel als auch die Novomatic bestreiten das.

„www.sueddeutsche.de“, 11.02.2021

Hausdurchsuchung bei Österreichs Finanzminister

Medienberichten zufolge hat die Staatsanwaltschaft das Haus des ÖVP-Politikers Gernot Blümel untersucht. Es geht offenbar um verdeckte Parteispenden.

Die österreichische Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat eine Hausdurchsuchung beim Finanzminister des Landes, Gernot Blümel, durchgeführt. Das meldet die Tageszeitung *Der Standard* unter Berufung auf Blümels Ministerbüro, das dies bestätigt habe.

Demnach war Blümel zuvor zur sogenannten Causa Casinos befragt worden. Im Anschluss sei ihm eine Durchsuchungsanordnung präsentiert worden, woraufhin Blümel einer "freiwilligen Nachschau" zugestimmt habe.

Es geht offenbar um Ermittlungen rund um den Glücksspielkonzern Novomatic und den Spielbankbetreiber Casinos Austria, an dem der Staat beteiligt ist. Der Vorwurf lautet demnach auf mögliche verdeckte Parteispenden des Novomatic-Konzerns an die [ÖVP](#). Blümel betonte: "Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen." Er betonte zudem, dass er "jederzeit bereit" sei, "alles Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen".

Details der Vorwürfe blieben in einer Stellungnahme des Finanzministers offen. Bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in Wien war vorerst niemand zu erreichen.

Dem *Standard* zufolge sind für eine Durchsuchung substanzielle Verdachtsmomente notwendig. Auch Blümels Status als "Beschuldigter", nicht mehr nur als "Verdächtiger", weise auf mehr als einen Anfangsverdacht hin.

„www.spiegel.de“, 11.02.2021

Mögliche Parteispendenaffäre

Ermittler durchsuchen Haus von Österreichs Finanzminister Blümel

Gernot Blümel steht offenbar im Zusammenhang mit einer Parteispendenaffäre im Visier der Ermittler. Bei einer Durchsuchung seines Wohnsitzes wurden Unterlagen und Geräte beschlagnahmt.

Österreichische Ermittler haben eine Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel durchgeführt. Wie unter anderem der »[Standard](#) « berichtete, habe Blümel einer »freiwilligen Nachschau« nach Vorlage eines Durchsuchungsbeschlusses zugestimmt.

Nach einem Gespräch mit dem Staatsanwalt sei ihm bestätigt worden, dass er im Zusammenhang mit einer möglichen Parteispendenaffäre als Beschuldigter geführt wird, teilte der [ÖVP](#)-Politiker mit. Er habe bei einer Hausdurchsuchung Unterlagen und elektronische Geräte zur Verfügung gestellt.

Details der Vorwürfe blieben in der Stellungnahme des Finanzministers offen. Laut »Standard« geht es in der »Causa Casinos« im Wesentlichen um eine Nachricht, die Blümel als Kanzleramtschef vom damaligen Chef des Glücksspielunternehmens Novomatic, Harald Neumann, erhalten haben soll.

Neumann und Blümel bestreiten Spenden an die ÖVP

Neumann soll darin laut der Zeitung um ein Treffen beim damaligen Außenminister und derzeitigen Bundeskanzler **Sebastian Kurz** (ÖVP) gebeten haben, um über eine »Spende« und ein »Problem in Italien« zu sprechen. Hintergrund könnte demnach ein Verfahren gegen das Unternehmen in **Italien** gewesen sein, für das sich Neumann Unterstützung von Österreichs Regierung erhoffte. Der Novomatic-CEO ließ zuletzt mitteilen, dass es weder von ihm persönlich noch vonseiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, und somit auch nicht an die ÖVP, gegeben habe.

Ähnlich äußerte sich auch Blümel nach der Unterredung mit dem Staatsanwalt. »Jetzt kenne ich die Vorwürfe und diese lassen sich in wenigen Worten aufklären. Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde«, sagte Blümel.

Die Spendenlisten der ÖVP seien öffentlich und für jeden einsehbar. Vom Glücksspielkonzern Novomatic seien keine Spenden angenommen worden, hieß es in dem Statement des Ministers. Er sei »jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen.« **S**

„dpa Deutsche Presse Agentur“, 11.02.2021

Österreichs Finanzminister im Visier der Staatsanwaltschaft

Wien (dpa) - Österreichs Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ist ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Er bestätigte am Donnerstag eine Hausdurchsuchung bei ihm. Er werde als Verdächtiger in den Ermittlungen rund um die Glücksspielkonzerne Casinos Austria und Novomatic geführt, sagte Blümel der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Offenbar gehe es um den Vorwurf potenzieller Parteispenden des Glücksspielunternehmens Novomatic an die ÖVP: "Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde", wies Blümel die Vorwürfe zurück.

Die Opposition forderte den Rücktritt des engen Vertrauten von Kanzler Sebastian Kurz. Blümel könne keinen Tag länger Finanzminister bleiben, ohne dass die Vorwürfe restlos aufgeklärt seien, so der SPÖ-Abgeordnete Jan Krainer. Kern der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ist die Bestellung eines FPÖ-Getreuen zur Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition zum Casinos-Finanzvorstand und der Verdacht von Absprachen über Gegenleistungen im Hintergrund. Blümel war zu dieser Zeit Kanzleramtsminister von Kurz. In dieser Angelegenheit forscht auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Ibiza-Affäre nach etwaigen Hinweisen zur "mutmaßlichen Käuflichkeit" der damaligen Bundesregierung.

„www.nzz.ch“, 11.02.2021

Österreichs Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Finanzminister Gernot Blümel wegen Bestechung

Der Glückspielautomatenhersteller Novomativ soll der ÖVP Geld gespendet haben. Im Gegenzug erwartete er Hilfe in einer Steuerangelegenheit in Italien. Blümel bestreitet die Vorwürfe.

Die österreichische Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat am Donnerstag bei Finanzminister Gernot Blümel von der ÖVP eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Der

Glücksspielautomatenhersteller Novomatic soll, so der Verdacht, eine Spende an Österreichs grösste Partei geleistet haben. Im Gegenzug versprach sich die Firma Unterstützung vom Aussenministerium.

Kaum war die Aktion am Donnerstag bekannt geworden, riefen Vertreter der SPÖ, der FPÖ und von Neos den Minister dazu auf, von seinem Amt zurückzutreten. Und generell hat die Hausdurchsuchung im Land für helle Aufregung gesorgt und die ohnehin angespannte, politische Stimmung weiter aufgeheizt.

Steuernachforderung in Italien

Vieles ist noch undurchsichtig, und die Beschuldigten sowie Verdächtigten haben sich sogleich mit Dementis gewehrt. Die Affäre geht auf das Jahr 2017 zurück. Der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann soll Blümel damals in einer Nachricht um einen Termin bei Sebastian Kurz gebeten haben. In jenem Jahr war der heutige Bundeskanzler noch Aussenminister gewesen. Neumann wollte angeblich zwei Dinge besprechen, erstens eine «Spende», zweitens «ein Problem in Italien». Das zumindest behaupten österreichische Zeitungen.

Worum es sich bei diesen Schwierigkeiten handelte, ist nur in Umrissen bekannt. Novomatic war in Italien laut der Staatsanwaltschaft mit Steuernachforderungen konfrontiert. Neumann erwartete, so der Verdacht, Hilfe vom Aussenministerium. 2018 gab Novomatic bekannt, in Italien eine Steuernachforderung von 20 Mio. € geleistet zu haben.

Novomatic und Neumann haben noch am Donnerstag bestritten, Spenden an die ÖVP geleistet zu haben. Blümel selbst sagte, die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft liessen sich in wenigen Worten aufklären. Der Finanzminister ist aber sichtlich unter Druck geraten. Eine Hausdurchsuchung bei einem amtierenden Finanzminister ist allerdings auch ein ausserordentliches Ereignis. Am späten Nachmittag hat sich Blümel in einer Pressekonferenz zur Angelegenheit kurz geäussert. Er sagte, dass ihn der Novomatic-Chef vor vier Jahren um ein Gespräch zu Spenden gebeten habe. Die ÖVP nehme aber kein Geld von Glückspielunternehmen an.

Rücktrittsforderungen

Wie nicht anders zu erwarten war, hat das die politischen Gegner aber nicht besänftigt. Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger sagte, dass ein Finanzminister, bei dem eine Hausdurchsuchung stattgefunden habe, nicht mehr länger im Amt bleiben könne. Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch forderte Blümel dazu auf, als Finanzminister sofort zurückzutreten. Dass sich über Blümel etwas zusammenbraut, hatte sich schon Anfang Woche abgezeichnet. Typisch für Österreich war dabei, dass das Rätselraten darüber, in welche Angelegenheit Blümel verwickelt sein könnte, auf einer Indiskretion beruhte. Am Dienstag hatte ein Journalist des Magazins «Dossier» eine Liste der Staatsanwaltschaft getwittert, auf der Blümel als Beschuldigter aufgeführt war. Schon damals hatte der Finanzminister gesagt, dass es sich nur um falsche Vorwürfe handeln könne.

Parteispenden sind in Österreich grundsätzlich erlaubt. Ein Korruptionsfall wird allenfalls daraus, wenn die Spender für das Geld eine Amtshandlung erwarten.

„AFP Agence France-Presse“, 11.02.2021

Hausdurchsuchung beim österreichischen Finanzminister Blümel

Staatsanwaltschaft geht Verdacht der Korruption und Bestechlichkeit nach

In Österreich ist am Donnerstag das Haus von Finanzminister Gernot Blümel durchsucht worden. Gegen Blümel, der wie Bundeskanzler Sebastian Kurz der konservativen ÖVP angehört, besteht der Verdacht der Korruption und Bestechlichkeit. Die Staatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, dass die ÖVP illegale Zahlungen von dem Glücksspielunternehmen Novomatic erhielt. Blümel wies die Vorwürfe und Rücktrittsforderungen zurück.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft teilte mit, den Ermittlungen gegen Blümel und zwei weitere Verdächtige liege der Verdacht zugrunde, "dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe". Die Zeitung "Der Standard" berichtete, Novomatic habe 2017 in Italien eine Steuernachzahlung in Millionenhöhe gedroht.

Blümel bestritt, dass jemals Zahlungen des Unternehmens an die ÖVP geflossen seien. Er habe ein "gutes Gespräch" mit der Staatsanwaltschaft gehabt, erklärte der Minister. Bei der Hausdurchsuchung habe er den Ermittlern "selbstverständlich alle erbetenen Dokumente und elektronischen Geräte ausgehändigt".

Die Opposition forderte geschlossen Blümels Rücktritt. Der Minister sagte bei einer Pressekonferenz, er werde Rücktrittsforderungen "sicher nicht nachkommen". Blümel gilt als Vertrauter von Kanzler Kurz und kandidierte im vergangenen Jahr vergeblich bei der Bürgermeisterwahl in Wien.



Hausdurchsuchung wegen Novomatic-Spende: Diese Blümel-Vereine sollte man sich ansehen

Am Tag der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel tritt dieser am Abend vor die Presse: In einem sehr kurzen, bemerkenswerten Auftritt nimmt er zu den Parteispenden Stellung, die im Wahljahr 2017 von der Novomatic an die ÖVP geflossen sein sollen. Auf mehrmalige Nachfrage kann er nicht ausschließen, dass Novomatic Geld an Vereine gezahlt hat, in denen er Funktionen hatte. Auf der offiziellen Spenderliste der ÖVP scheint die Novomatic jedenfalls nicht auf. Doch die ÖVP verfügt gleich über mehrere Vereine, die für verdeckte Parteispenden geeignet wären. In dreien davon sitzt Gernot Blümel.

Am 10. Juli 2017 schickt der damalige Novomatic-Vorstand Neumann eine SMS an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien. „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems (sic), das wir in Italien haben!“ Drei Stunden später leitet Blümel die Bitte an Thomas Schmid, damals Kabinettschef im Finanzministerium, weiter: Schmid soll ihn zurückrufen, „Tu es für mich“, schrieb Blümel mit einem Küsschen-Emoji.

In diesen drei Stunden soll Blümel laut dem Nachrichtenmagazin Profil „Sebastian Kurz über das Angebot informiert“ und mit ihm angeblich „das weitere Vorgehen akkordiert“ haben. Blümel wird im Casinos/Novomatic-Verfahren von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft als Beschuldigter geführt, am Donnerstag wurde eine Hausdurchsuchung freigegeben. Viel mehr ist über den Ermittlungsstand nicht bekannt.

Am Donnerstag Abend tritt Blümel kurz vor die Presse und weist alle Vorwürfe von sich. Von der Novomatic habe es jedenfalls keine Zahlungen an die ÖVP Wien und die ÖVP Bundespartei gegeben. Als die Ö1-Journalistin Petra Pichler zwei Mal nach Zahlungen an Vereine fragt, in denen Blümel eine Funktion hat, antwortet er nicht und wiederholt nur: Zahlungen an die ÖVP Wien und die ÖVP Bundespartei habe es nicht gegeben. Zahlungen an Vereine kann er offenbar nicht ausschließen und bricht dann die Pressekonferenz ab.

WER HAT 13 MILLIONEN TEUREN WAHLKAMPF FINANZIERT?

Der ÖVP Wahlkampf für Sebastian Kurz 2017 kostete 13 Millionen Euro. Gesetzlich erlaubt waren 7 Millionen – die ÖVP hat die Obergrenze damit um sechs Millionen Euro überschritten. Die Schulden der Partei wurden auf über 5 Millionen geschätzt. Spenden hat Kurz offiziell 2,1 Millionen erhalten. Angesichts dieser Zahlen stellen sich schon länger folgende Fragen:

- Woher kam das restliche Geld?
- Hat die ÖVP wirklich alle Wahlkampfspenden offengelegt?
- Hat die ÖVP illegal Parteispenden über verschiedene Vereine an der Kontrolle des Rechnungshofes vorbeigeschleust?

Wir haben im ÖVP Umfeld zumindest 5 Vereine gefunden, bei denen Zweck und Finanzierung unklar sind.

VEREIN ZUR FÖRDERUNG BÜRGERLICHER POLITIK. WARUM HAT DIE ÖVP DIESEN VEREIN?

Der wohl prominenteste Fall ist der „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“. Er fiel mit einer Massenmail an den Wiener Stadtrat Peter Hacker auf. Es wurden insgesamt **1.500 E-Mails** zur Mindestsicherung an den Stadtrat gesendet – die Stadt Wien zeigte daraufhin den Verein an. Außerdem ist der Verein Medieninhaber und Herausgeber der Webseite von Gernot Blümel. Die ÖVP Wien gab zwar an,

dass der Verein zu 100 Prozent von der ÖVP Wien finanziert werde und auch keine Spenden von dritten angenommen werden – doch dann stellt sich die Frage: Warum gibt es diesen Verein überhaupt? Die ÖVP Wien könnte wie jede andere Landespartei in Österreich die Homepage ihres Obmanns auch einfach selbst herausgeben.

Außerdem lässt ein Blick ins Vereinsregister an der ÖVP Wien Erzählung zweifeln. Obmann ist nämlich Eugen Hammer. Dieser ist als Lobbyist für die Erste Bank tätig und auch ins **Lobbying-Register** eingetragen. Passend dazu: In den vom Falter veröffentlichten Strategie Papieren des ÖVP Wahlkampfs findet sich eine Liste mit ÖVP „Sponsoren“. Gleich der erste Eintrag ist Andreas Treichl – Vorstandsvorsitzender der Erste Bank. Treichl war außerdem Finanzreferent der ÖVP und im Bundesparteivorstand vertreten.

Gernot Blümel

AKTUELLES

11

Impressum gemäß §24(3) Mediengesetz

Medieninhaber und Herausgeber

Verein zur Förderung bürgerlicher Politik
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien Österreich

team@gernot-bluemel.at

Für den Inhalt verantwortlich:

Verein zur Förderung bürgerlicher Politik

grundlegende Richtung:

Die Website „Gernot Blümel“ dient der Information über die Person Gernot Blümel.

Impressum der Homepage Gernot Blümels

MODERN SOCIETY – SEIT 2017 KEIN TÄTIGKEITSBERICHT

Ein weiterer Verein mit engen Kontakten zu Gernot Blümel ist „Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum“. Blümel selbst war bis Ende Juli 2017 Präsident der Organisation. Auf ihn folgte der ehemalige JVP Wien Obmann Markus Kroiher, der jetzt im Finanzministerium arbeitet. Der Verein organisierte vor allem Veranstaltungen mit den schwarzen Jugendorganisationen Aktionsgemeinschaft und Schülerunion. Ein Indiz dafür, dass der Verein seine Mittel 2017 für den ÖVP-Wahlkampf ausgegeben hat, findet sich auf dessen Webseite. Im Tätigkeitsbericht steht folgender Satz:

„Der Aufbau der Bibliothek musste 2017 aus Budgetgründen leider stark reduziert werden.“

Vielleicht musste das Geld in andere Aktivitäten gesteckt werden, statt die Bibliothek zu finanzieren. Seitdem hat der Verein keinen weiteren Tätigkeitsbericht verfasst.

HEIMATVEREIN PROPATRIA – FÜR NIEDERÖSTERREICH. FÜR PRÖLL GEGRÜNDET FÜR KURZ WAHLKAMPF GENÜTZT?

Ein weiterer Verein aus dem Umfeld von Gernot Blümel ist ein Verein, der rund um die niederösterreichischen Landtagswahlen 2003 entstanden ist. Der „Heimatverein ProPatria“ war eine Wahlwerbeorganisation des Cartellverbandes zur Unterstützung von Erwin Pröll. Der Verein besteht aber seither weiter, obwohl keine Aktivitäten auffindbar sind. Doch der Verein scheint weiterhin tätig zu sein.

Schließlich hat Gernot Blümel erst 2016, also ein Jahr vor der Wahl, die **Funktion als Kassier** übernommen. Der Wiener ÖVP Parteichef hat also Kontrolle über die Finanzen eines Vereins, dessen letzte offizielle Aktivität ins Jahr 2003 zurückreicht. Obendrein ist Blümel Wiener ÖVP-Chef und der Verein eigentlich in Niederösterreich aktiv. Und der ÖVP-Wien Chef übernahm die Verantwortung für die Finanzen ausgerechnet ein Jahr vor der Nationalratswahl. Warum das so ist und was dieser Verein macht, bleibt offen.

Nachdem der Verein nach der Ibiza-Affäre ins Visier der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geraten ist, wurde er laut Vereinsregister am 18. Juni aufgelöst. Neben Blümel waren dort mehrere Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) tätig.

„www.kontrast.at“, 11.02.2021



Im Anschluss an die Einvernahme von Gernot Blümel, führte die WKStA am Donnerstag eine Hausdurchsuchung beim ÖVP-Minister durch. Die Korruptionsanwälte ermitteln rund um die Causa Casinos. KONTRAST veröffentlicht die Chatprotokolle zwischen dem Finanzminister und Novomatic-Chef Neumann.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) untersuchte die Privatwohnung von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Wie diese Woche bekannt wurde, wird gegen den ranghohen ÖVP-Minister in der Causa Casinos/Novomatic ermittelt. Der genaue Vorwurf ist noch nicht bekannt. KONTRAST veröffentlicht hier die Chat-Protokolle zwischen Gernot Blümel und Novomatic-Chef Harald Neumann. Sie gewähren einen Einblick in das Verhältnis zwischen dem Finanzminister und dem ehemaligen Novomatic-Vorstand.

Fest steht: Ohne schwerwiegende Verdachtsmomente bekommen die Korruptionsanwälte keine Hausdurchsuchung gerichtlich genehmigt. Diese hätte auch ohne Blümels Zustimmung stattgefunden. Der **streitet bisher alle Vorwürfe ab**.

Dass Blümel einiges zu verheimlichen hat, vermutet auch die Opposition. Nicht nur konnte sich der Minister nicht daran erinnern, ob er im Vorjahr einen Laptop besessen habe. Auch verhinderte er, dass seine Mitarbeiter dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss alle Unterlagen zukommen ließen, die mit der Ibiza-Affäre in Zusammenhang stehen könnten. SPÖ, FPÖ und Neos verkündeten deswegen am Donnerstag, eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

DIE CASINOS/NOVOMATIC-AFFÄRE

Ein kurzer **Abriss der Affäre zur Erinnerung**: Der FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo wurde im März 2019 in die Chef-Etage der Casinos Austria gehievt – mit Hilfe der Novomatic, die damals Anteile an den Casinos hielt. Als Gegenleistung sollen Glücksspiel-Gesetze in Aussicht gestellt worden sein, die den Gewinn der Novomatic erhöht hätten. Lange bevor der Novomatic-Deal mit Sidlo stattfand, soll es bereits einen ÖVP-Novomatic-Deal gegeben haben. „Es hat eine enge Abstimmung zwischen der ÖVP und der Novomatic gegeben, die der ÖVP die Macht in den Casinos gesichert hat“, sagt Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im U-Ausschuss.

Die Chats zwischen Blümel und dem ehemaligen Novomatic-Vorstand Neumann belegen eine Abstimmung von Blümel mit der Novomatic – bereits 2018 im Vorfeld der Casinos-Hauptversammlung. Ziel der ÖVP war es damals, Walter Rothensteiner zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden und Josef Pröll zu dessen Stellvertreter zu machen. **Bettina Glatz-Kremsner sollte Vorstandsvorsitzende werden**, sie ist ehemalige Vizechefin der ÖVP. Die Personalliste ging durch.

FINANZMINISTERIUM WOLLTE LÄNDERVERBOTE DES KLEINEN GLÜCKSSPIELS AUFHEBEN

Gleichzeitig soll es bereits im Frühjahr 2018 erste Vorarbeiten zum Glücksspielgesetz gegeben haben, wie Krainer betont: Das Finanzministerium wollte ein Ende der Länderlizenzen und stattdessen eine Bundeslizenz für das kleine Glücksspiel. Das fand sich schließlich auch in der Steuerreform der schwarz-blauen Regierung wieder, die aber wegen Ibiza nie beschlossen wurde. Wäre das Gesetz beschlossen, hätte das ein riesen Geschäft für Novomatic bedeutet. Denn in **Wien**, Salzburg, Tirol und Vorarlberg nutzen die Landesregierungen das föderale System, um das kleine Glücksspiel in Form von Spielautomaten zu verbieten.

Das wäre mit Bundeslizenzen nicht mehr möglich gewesen: Das hätte der Novomatic Millionen gebracht und Spielsüchtigen ebenso viel gekostet.

Die Abstimmung mit der Novomatic war notwendig, da die Republik über die ÖBAG nur 33 Prozent an den Casinos hielt. Das reichte nicht aus, um über alle Postenbesetzungen zu entscheiden. Dazu mussten andere Eigentümer zustimmen – und 2018 wie 2019 war das eben die Novomatic, die 17 Prozent an der Casinos Austria AG hielt und das Zünglein an der Waage war.

Weitere 38 Prozent gehören der tschechischen Sazka-Gruppe, die im Vorfeld der Hauptversammlung bereits eine andere Vereinbarung mit der Novomatic getroffen hatte. Doch das ÖVP-Finanzministerium stimmte die Novomatic um: Sie verhalf schließlich der ÖVP, ihren Einfluss in den Casinos auszubauen.

DIE CHATPROTOKOLLE

+43 [REDACTED] Harald Neumann

Hallo Gernot, hoffe es geht Dir gut! Hätte eine Bitte: Prof Graf und ich möchten ab Mitte Februar einen Termin bei SK! Thema Glückspiel generell aber auch Casag etc. Könntest Du solch einen Termin organisieren? lg Harald

Status: Sent

Delivered: 30.01.2018 10:42:38(UTC+0)

30.01.2018 10:42:38(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Bitte direkt bei im anfragen und ich stoße dann nach!

Status: Read

Read: 30.01.2018 22:22:58(UTC+0)

30.01.2018 21:38:08(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

Hello, haben den Termin mal eingekippt! Hatte auch ein Gespräch mit Thomas Schmid bezüglich einer Idee für Casag (österreichische Lösung). Würde Dir das auch gerne mitteilen. Möchte Feedback bevor Prof Graf bei Löger und Kurz seinen Termin hat! Können uns ja am 13.3. kurz zurückziehen (das Schloss ist ja gross genug;) schönes Wochenende Harald

Status: Sent

Delivered: 03.02.2018 09:17:47(UTC+0)

03.02.2018 09:17:53(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Passt danke! Bis bald!

Status: Read

Read: 03.02.2018 10:59:00(UTC+0)

03.02.2018 10:40:28(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

- 423 -

Hello, haben bei der Casag eine ungute Situation bezüglich Verkauf Casino International! Müsste heute oder morgen mit dir telefonieren! wann würde es bei Dir gehen (bin derzeit in London auf der Messe) lg Harald

Status: Sent

Delivered: 06.02.2018 10:14:13(UTC+0)

06.02.2018 10:14:12(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Geht jetzt noch 30 min und dann ab 18uhr wieder!

Status: Read

Read: 06.02.2018 10:39:21(UTC+0)

06.02.2018 10:32:30(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

bitte ab 18 Uhr! danke

Status: Sent

Delivered: 06.02.2018 10:39:35(UTC+0)

06.02.2018 10:39:31(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Ok meldest du dich?

Status: Read

Read: 06.02.2018 10:54:11(UTC+0)

06.02.2018 10:47:59(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

ja

Status: Sent

Delivered: 06.02.2018 10:54:18(UTC+0)

06.02.2018 10:54:16(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Ich kann gerade nicht sprechen.

Status: Read

Read: 06.02.2018 17:58:30(UTC+0)

06.02.2018 17:58:25(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

ok, bin erreichbar!

Status: Sent

Delivered: 06.02.2018 17:58:40(UTC+0)

06.02.2018 17:58:39(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Muss mich für Abendessen kommenden Dienstag leider entschuldigen, sorry! Muss Budget zu Ende verhandeln!

Status: Read

Read: 08.02.2018 09:31:19(UTC+0)

08.02.2018 09:30:36(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

- 425 -

schade!! vielleicht geht sich in den nächsten Tagen ein Kaffee aus! lg

Status: Sent

Delivered: 08.02.2018 09:32:33(UTC+0)

08.02.2018 09:32:31(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Yes! Büro meldet sich. Kann ein bissl dauern. Wenn dringend jeder Zeit tel

Status: Read

Read: 12.02.2018 10:48:54(UTC+0)

12.02.2018 10:48:33(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

müsste dich dringend sprechen! wenn geht persönlich! lg Harald

Status: Sent

Delivered: 06.03.2018 13:04:52(UTC+0)

06.03.2018 13:04:51(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Tel gerne, persönlich momentan schwer

Status: Read

Read: 06.03.2018 14:37:32(UTC+0)

06.03.2018 14:37:16(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

ok, dann telefonieren! wann geht es?

Status: Sent

Delivered: 06.03.2018 14:38:02(UTC+0)

06.03.2018 14:37:57(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

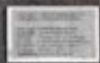
Attachments:



Size: 1565732
File name: IMG_3622.png
[IMG_3622.png](#)



Size: 196458
File name: IMG_3610.jpeg
[IMG_3610.jpeg](#)



Size: 164874
File name: IMG_3613.jpeg
[IMG_3613.jpeg](#)

Status: Read

Read: 06.03.2018 17:16:42(UTC+0)

06.03.2018 16:02:55(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

- 427 -

grossartig

Status: Sent

Delivered: 06.03.2018 17:20:38(UTC+0)

06.03.2018 17:17:34(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

gutes Meeting mit Löger gehabt! Österreichische Mehrheit ist gewünscht! Ist gut solg Harald

Status: Sent

Delivered: 07.03.2018 17:33:22(UTC+0)

07.03.2018 17:33:21(UTC+0)

+4 [REDACTED] Blümel

Status: Read

Read: 07.03.2018 17:39:37(UTC+0)

07.03.2018 17:39:34(UTC+0)

+1 [REDACTED] Harald Neumann

Hallo Gernot, Karl Stoss ist an Prof Graf herangetreten und hat ihm gesagt er geht so oft mit Seb wandern und Seb hat ihn gebeten einen Termin mit Prof Graf zu organisieren! Stimmt das oder macht er sich nur wichtig?? Anyway der Termin zwischen Seb und Prof Graf wäre trotzdem wichtig. lg Harald

Status: Sent

Delivered: 24.05.2018 08:24:00(UTC+0)

24.05.2018 08:04:05(UTC+0)

+43 [REDACTED] Blümel

Ich glaub er war einmal vor zwei Jahren...

Status: Read

Read: 24.05.2018 09:40:23(UTC+0)

24.05.2018 09:30:08(UTC+0)

+4 [REDACTED] Blümel

Aber Termin sicher gut

Status: Read

Read: 24.05.2018 09:40:23(UTC+0)

24.05.2018 09:30:15(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

tolle Rede

Status: Sent

Delivered: 02.06.2018 21:07:07(UTC+0)

02.06.2018 21:07:01(UTC+0)

+4 [REDACTED] Blümel

Schaffe es nicht mehr. Lass uns morgen tel
LG Gernot

Status: Read

Read: 20.06.2018 20:22:43(UTC+0)

20.06.2018 20:14:56(UTC+0)

+43 [REDACTED] Harald Neumann

- 429 -

ok, hab das Fest schon verlassen;))

Status: Sent

Delivered: 20.06.2018 20:23:08(UTC+0)

20.06.2018 20:23:07(UTC+0)

+4 [redacted] Harald Neumann

Hallo Gernot, am 1. August gibt es einen Empfang anlässlich meiner Ernennung zum Honorarkonsul von Rumänien. Es gibt einen Empfang im Novomatic Forum (mit Hanni ML) und von Seiten Rumäniens ist der Außenminister dabei. Danach soll es ein Abendessen im kleinen Rahmen geben (inkl Botschafter und Außenminister). Bräuchte ein standesgemäßes Gegenüber für den Minister und da kommst nur Du in Frage:)). Hast Du Zeit/Lust? lg Harald

Status: Sent

Delivered: 27.06.2018 18:08:38(UTC+0)

27.06.2018 18:08:38(UTC+0)

+4 [redacted] Blümel

Hi! Nach derzeitigem Stand bin ich da im Ausland! Falls sich das verschiebt melde ich mich! LG Gernot

Status: Read

Read: 28.06.2018 08:32:57(UTC+0)

28.06.2018 08:18:31(UTC+0)

+4 [redacted] Harald Neumann

ok, dann werde ich die Margarethe fragen! Du wärst mir natürlich lieber:)) lg Harald

Status: Sent

Delivered: 28.06.2018 08:33:56(UTC+0)

28.06.2018 08:33:57(UTC+0)

+4 [redacted] Harald Neumann

Hallo, hoffe du bist gut gerutscht! Wann hättest du mal Zeit für einen Kaffee, hätte einige Themen welche ich gerne besprechen möchte. Lg Harald

Status: Sent

Delivered: 09.01.2019 07:59:12(UTC+0)

09.01.2019 07:59:10(UTC+0)

+4 [redacted] Blümel

Terminvorschlag kommt!!

Status: Read

Read: 09.01.2019 16:59:12(UTC+0)

09.01.2019 16:38:31(UTC+0)

+4 [redacted] Harald Neumann

Danke!!

Status: Sent

Delivered: 09.01.2019 16:59:17(UTC+0)

09.01.2019 16:59:20(UTC+0)

+49 [REDACTED] Harald Neumann

- 431 -

Alles geklärt, sollte auf jeden Fall durchgehen. lg Harald

Status: Sent

Delivered: 25.01.2019 08:43:06(UTC+0)

25.01.2019 08:43:06(UTC+0)

+49 [REDACTED] Blümel

Status: Read

Read: 25.01.2019 08:57:01(UTC+0)

25.01.2019 08:50:52(UTC+0)

+49 [REDACTED] Harald Neumann

Hallo, hast du nächste Woche Mittwoch Zeit für ein Mittagessen? lg Harald

Status: Sent

Delivered: 19.06.2019 08:48:13(UTC+0)

19.06.2019 08:48:12(UTC+0)

+49 [REDACTED] Blümel

Hi! 13 bis 14Uhr würde bei mir gehen. Wo?

Status: Read

Read: 20.06.2019 13:56:58(UTC+0)

20.06.2019 13:53:54(UTC+0)

+49 [REDACTED] Harald Neumann

Bei uns im Forum! Da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen! lg Harald

Status: Sent

Delivered: 20.06.2019 14:36:05(UTC+0)

20.06.2019 14:36:05(UTC+0)

+49 [REDACTED] Blümel

Optimal! Mittwoch 26. 13uhr im Forum! Freu mich!

Status: Read

Read: 20.06.2019 15:17:18(UTC+0)

20.06.2019 14:59:48(UTC+0)

+49 [REDACTED] Harald Neumann

Status: Sent

Delivered: 20.06.2019 15:17:28(UTC+0)

20.06.2019 15:17:28(UTC+0)

U-AUSSCHUSS

Ibiza-Staatsanwältin packt aus: Politische Einflussnahme blockiert Ibiza-Ermittlungen

Weil sie kein Feigenblattverfahren führen wollte, hat sich eine der wichtigsten Korruptions-Staatsanwältinnen Österreichs aus dem Ibiza-Verfahren verabschiedet. Christina Jilek hat am Donnerstag im parlamentarischen U-Ausschuss beschrieben, wie politische Interventionen ihre Ermittlungsarbeit in der Korruptionsstaatsanwaltschaft gestört haben. Und wie sie als Ermittlerin in der wichtigsten politischen Korruptionscausa des Landes mit ÖVP-nahen Machtklüngel in Konflikt geriet. „Befreien Sie die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft aus ihrem politischen Korsett“, bittet Jilek die Abgeordneten. Ihre Aussage gilt als Paukenschlag.

„Ich habe intern alles versucht, das Verfahren so zu führen, wie es für mich vertretbar ist“, sagt eine der wichtigsten Korruptions-Staatsanwältin des Landes, Christina Jilek, am Mittwoch im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Doch politische Weisungen, überbordende Berichtspflichten und umfassende Interventionen hätten sie und ihre AnwaltskollegInnen an der Ermittlungsarbeit gehindert. So enorm, dass Jilek nach 13 Jahren als Korruptionsanwältin „mit Leib und Seele“ das Handtuch warf. Seit Jänner ist sie Zivilrichterin am Landesgericht Graz. „Ich bin nicht bereit, ein Feigenblattverfahren zu führen“, sagt Jilek zu ihrem Abschied aus dem Ibiza-Verfahren.

Jilek spricht leise und ernst bei ihrem Auftritt im U-Ausschuss. Aber was sie sagt, dröhnt wie ein Paukenschlag. „Das hat es noch nie gegeben, dass eine Staatsanwältin, die in der wichtigsten Causa der Republik ermittelt, so mit den Vorgesetzten und dem Ministerium abrechnet“, schreibt Falter Chefredakteur Florian Klenk auf Twitter. „Eine der stärksten Staatsanwältinnen des Landes sagt gerade im Parlament aus und die ganze Republik sollte ihr zuhören“, schreibt der Jurist Oliver Scheiber über die Befragung.

UNABHÄNGIGE ERMITTLUNGEN WAREN POLITISCH UNERWÜNSCHT

Jilek ist nicht bereit, von ihrem Berufsethos als Korruptionsbekämpferin abzuweichen – und legt sich dafür mit mächtigen, ÖVP-nahen Kreisen im Justizministerium an: Die Anwältin wollte Zeugen und Schuldige vernehmen, Beweismaterial beschaffen – in der wichtigsten politischen Korruptionscausa des Landes. Auf politische Freundeskreise und konservative Machtklüngel nahm sie keine Rücksicht – und das kam nicht überall gut an. „Zügig, ergebnisoffen und frei von politischer Einflussnahme“ wollte sie das Verfahren führen, bemerkte aber bald, dass das nicht möglich war. Sie ging. Aber nicht im Stillen: Sie erhebt schwere Vorwürfe gegen hohe Beamte im Justizministerium.

Jileks Aussagen im parlamentarischen U-Ausschuss zeigen: Eine politisch unbefangene Ermittlung in der Ibiza-Causa war vom ersten Tag an unerwünscht (wie auch der Falter [hier ausführlich beschreibt](#)). Das legt Jilek anhand von drei Vorfällen präzise dar:

1. WEISUNG: KORRUPTIONSANWÄLTE SOLLTEN NICHT ZUM IBIZA-VIDEO ERMITTELN

Als am Freitag, 17. Mai 2019, das Ibiza-Video in den Medien erstmals in Ausschnitten veröffentlicht wurde, kommt noch am späten Abend eine Weisung der Oberstaatsanwaltschaft: In dieser teilte Johann Fuchs, Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, den Korruptionsanwälten mit, sie sollen vorerst in der Ibiza-Sache nicht (!) ermitteln.

“Als ich das gelesen habe, hat es mich hingesetzt. Ich hab das wirklich nicht für möglich gehalten. Das war für mich unfassbar, dass es so etwas wirklich gibt”, erklärte Jilek in der Befragung.

Bald kommt heraus, dass Fuchs im Auftrag des berüchtigten Sektionschefs im Justizministerium, Christian Pilnacek, handelte. „HBM (gemeint ist Herr Bundesminister Josef Moser, ÖVP, Anm.) möchte WKStA (also der Korruptionsstaatsanwaltschaft) keine aktive Rolle zukommen lassen“, schrieb Pilnacek aus dem Justizministerium kurz davor an Jileks Vorgesetzten Fuchs. Auch mit den Medien soll die Korruptionsstaatsanwaltschaft nicht sprechen, lässt Pilnacek wissen.

Das war „sehr ungewöhnlich“ und kam „ohne Begründung“, erklärte Jilek den Abgeordneten. Die Ibiza-Causa fällt schließlich in die Kernaufgabe der WKStA: nämlich die Korruption auf Regierungsebene zu verfolgen.

Die Korruptionsanwälte ermittelten dennoch, nutzten das bereits laufende Verfahren einer Kollegin zu Vereinsspenden. Die Arbeit lief am Wochenende scheinbar auf Hochtouren, die Anwälte legten Zahlungen eines Immobilienkonzerns an einen FPÖ-Verein vor. Schließlich musste die Weisung zurückgenommen werden, der Anfangsverdacht war erdrückend. Übrig bleibt: Die wichtigsten Korruptionsanwälte der Republik konnten ihr Recht auf Ermittlungen in der Ibiza-Causa nur durch eine Hintertüre durchsetzen – entgegen der anfänglichen Weisung aus dem Justizministerium. Erwünscht waren sie nicht.

2. SCHREDDERGATE: KORRUPTIONSANWÄLTE DÜRFEN NICHT ERMITTELN, AKTEN NICHT ANS PARLAMENT LIEFERN

Fünf Tage nach dem Bekanntwerden des Ibiza-Videos lässt ein enger Mitarbeiter von Kanzler Kurz fünf Festplatten aus dem Kanzlerbüro schreddern. Mittlerweile weiß man, dass darunter nicht nur Druckerfestplatten waren, sondern auch zwei Festplatten von Laptops, wie sie standardmäßig in HP-Laptops (EliteBook) eingebaut sind. Gernot Blümel hatte als Kanzleramtsminister exakt so einen Dienstlaptop.

Jilek interessiert sich für den Vorfall, weil eine Verbindung zur Causa Ibiza nahe liegt. Doch nach kurzen Ermittlungen entzieht die Oberstaatsanwaltschaft der WKStA den Fall. Die Korruptionsanwälte wollten gerade das Handy von Schreddermann Arno M. sicherstellen und den IT-Beauftragten im Kabinett Kurz/Blümel befragen. Dazu kommen sie nicht mehr, sie müssen auf Weisung abbrechen. Die WKStA darf nicht mehr ermitteln, die Staatsanwaltschaft Wien übernimmt – und **stellt die Ermittlungen bald darauf ein.**



Doch das ist nicht alles:
Die
Oberstaatsanwaltschaft
fährt mit schweren
disziplinarrechtlichen
Geschützen gegen Jilek
auf. Denn die hat die
Weisung, dass die Akten
der Schredder-Affäre nicht
dem
Untersuchungsausschuss
des Parlaments vorgelegt
werden sollen, im
Ermittlungstagebuch
vermerkt. Und das
wiederum wurde später an
den U-Ausschuss
übermittelt.
Oberstaatsanwalts-Chef
Fuchs bestrafte Jilek dafür
mit einer „Ausstellung“
(eine formelle Rüge, eine
Stufe vor einem
Disziplinarverfahren) im
Personalakt der
Staatsanwältin.
Justizministerin Alma
Zadic muss diese
Eintragung später
zurücknehmen: Sie war

grundlos, erkämpfen Jileks Anwälte, die sie auf eigene Kosten engagiert hatte. Diese Rüge sei „der letzte Tropfen“ gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, sagt Jilek im Parlament.

3. STÖRFEUER BEI DER ERMITTLUNGSARBEIT: „BEFREIEN SIE DIE WIRTSCHAFTS- UND KORRUPTIONSSTAATSANWALTSCHAFT AUS IHREM POLITISCHEN KORSETT“

Dazu kommen kleine Nadelstiche, ständige „Störfeuer“ bei der Ermittlungsarbeit, wie Jilek es nennt. 180 Berichte mussten die Korruptionsanwälte in der Causa Ibiza an die Oberstaatsanwaltschaft schreiben. Die Berichtsaufträge hätte das Personal nicht stemmen können, die Korruptionsanwälte seien kaum mehr zur Ermittlungsarbeit gekommen. Außerdem muss die WKStA der Oberstaatsanwaltschaft bei bedeutenden Verfahrensschritten drei Tage im Vorhinein berichten – etwa über Hausdurchsuchungen, das ist gesetzlich so geregelt. Und das wurde in der Ibiza-Causa zum Problem: Man fürchtet, dass Verdächtige gewarnt wurden und Beweismittel wegschaffen konnten:

„Es hat Verdachtsmomente gegeben, dass es Geheimnisverrat in Bezug auf Hausdurchsuchungen gegeben hat“, sagt Jilek.

Bei der ersten Tranche der Casinos-Hausdurchsuchungen etwa, wo Novomatic-Chef Harald Neumann laut eigenen Aussagen „bereits seit 14 Tagen“ auf den Besuch der Korruptionsanwälte gewartet habe. Die Korruptionsanwältin Jilek fordert daher dringend, diese Berichtspflicht abzuschaffen: Unabhängige Ermittlungen seien nicht möglich, wenn Beamte mit Parteinähe betroffen sind. Das ruiniere das Anti-Korruptionssystem.

Und sie bittet die Abgeordneten um eine Justizreform: Befreien Sie die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft aus ihrem politischen Korsett. Die WKStA müsse ausschließlich der Kontrolle der unabhängigen Gerichte unterliegen. „Eine effektive, schlagkräftig und zügige Korruptionsbekämpfung ist nicht möglich, solange die Antikorruptionsbehörde WKStA unter politischer Aufsicht steht“, sagt sie. Das heißt: Dem Justizministerium soll die Aufsicht über die Korruptionsstaatsanwaltschaft entzogen werden, auch kein vom Parlament bestellter Generalstaatsanwalt soll übernehmen – sondern unabhängige Gerichte.

„www.zackzack.at“, 11.02.2021



OPPOSITION ZIEHT VOR VERFASSUNGSGERICHT

Ibiza-Ausschuss fehlen Akten aus Blümel-Ministerium

Weil das Finanzministerium kaum Akten an den Ibiza-U-Ausschuss liefert, schaltet die Opposition den Verfassungsgerichtshof ein. Dieser soll Gernot Blümel verpflichten, endlich zu liefern.

Wien, 11. Februar 2021 | Die Opposition aus SPÖ, NEOS und FPÖ zieht erneut vor den Verfassungsgerichtshof. Gegner ist Gernot Blümel (ÖVP) und dessen Finanzministerium. Denn von dort werden kaum Akten geliefert, die dem Ibiza-U-Ausschuss zustehen.

Kaum Akten aus dem Finanzministerium

Bisher wurden nur Akten geliefert, die wenige Monate umfassen. Der Großteil des Zeitraums der türkis-blauen Ibiza-Regierung wurde aber bisher noch nicht geliefert. Das sagten heute Jan Krainer (SPÖ), Helmut Brandstätter (NEOS) und Christian Hafenecker (FPÖ).

Nur wenige E-Mails aus dem damaligen Löger-Ministerium hat der U-Ausschuss, ob von Beamten, vom Generalsekretär Thomas Schmid oder von dessen Assistenten. Aber nicht nur E-Mails stehen dem U-Ausschuss nach Meinung der Opposition zu.

„Der Bundesminister für Finanzen wird gemäß § 25 Abs. 2 VO-UA verpflichtet, dem Ibiza-Untersuchungsausschuss im Umfang des Untersuchungsgegenstandes folgende Akten und Unterlagen vorzulegen:

1. Alle Akten und Unterlagen, die seit dem 11.12.2019 mit Bezug auf den Untersuchungszeitraum erstellt wurden, insbesondere Briefings für den Bundesminister und sein Kabinett und Beantwortungen parlamentarischer Anfragen;
2. Alle Akten und Unterlagen in Zusammenhang mit den Sitzungen des ÖBIB-Nominierungsausschusses im Jahr 2018;
3. Aufzeichnungen über den Zutritt von Harald Neumann, Josef Pröll, Bettina Glatz-Kremsner, Walter Rothensteiner in Amtsräume des BKA sowie alle Akten und Unterlagen, die Informationen über Inhalt und TeilnehmerInnen der von ihnen wahrgenommenen Termine enthalten;
4. Vollständige E-Mail-Postfächer sowie lokal oder serverseitig gespeicherte Dateien der Bediensteten der Abteilung I/5 Elisabeth [REDACTED] Alexander [REDACTED] und Gabriele [REDACTED];
5. nicht-veraktete Unterlagen wie insbesondere handschriftliche Notizen, Entwürfe, Handakten und Vermerke der Abteilung I/5
6. Sicherung des E-Mail-Postfachs von Balazs [REDACTED]
7. Von Bediensteten des BMF empfangene E-Mails von Thomas SCHMID, Eva [REDACTED], Michael [REDACTED] Bernhard [REDACTED] und Melanie [REDACTED]
8. Vollständiges E-Mail-Postfach von Eduard [REDACTED]

Die Definition von Akten und Unterlagen sowie die sonstigen Anforderungen des ergänzenden grundsätzlichen Beweisbeschlusses des Geschäftsordnungsausschusses des Nationalrats vom 9.3.2020 (vgl. 4/KOMM XXVII.GP) sind anzuwenden. Die Vorlagefrist beträgt zwei Wochen.

Diese Akten verlangt der U-Ausschuss von Blümel.

Der U-Ausschuss könne sein Ziel, „Aufklärung zu politischen Zwecken, nur erreichen, wenn er über eine umfassende Informationsgrundlage verfügt“, argumentiert die Opposition. Mehrmals habe man Akten aus dem Blümel-Ministerium per Beweisbeschluss gefordert, jedoch erfolglos. Nun soll der Finanzminister über den VfGH dazu verpflichtet werden.

Auch Kanzleramt und Justizministerium gefordert

Aus dem Bundeskanzleramt hat der Ausschuss kein einziges Aktenstück. Dort läuft die Beweismittelanforderung. Es ist zu erwarten, dass die Opposition auch deshalb vor den Verfassungsgerichtshof ziehen wird.

Außerdem will die Opposition am Donnerstag eine gemeinsame Anfrage an das Justizministerium stellen. Diese soll den Beschuldigtenstatus des Finanzministers klären.

„www.zackzack.at“, 11.02.2021

BREITES ENTSETZEN ÜBER BLÜMEL Finanzminister für Opposition nicht mehr tragbar

BREITES ENTSETZEN ÜBER BLÜMEL

Finanzminister für Opposition nicht mehr tragbar

Die Meinung der Opposition ist eindeutig: Gernot Blümel ist als Finanzminister nicht mehr tragbar. Nach der Hausdurchsuchung beim ÖVP-Minister und dem Bekanntwerden seines Beschuldigtenstatus fordern SPÖ, FPÖ und NEOS einstimmig seinen Rücktritt.

Wien, 11. Februar 2021 | Der stellvertretende SPÖ-Klubvorsitzende Jörg Leichtfried fordert umgehend den Rücktritt Blümels:

„Gegen einen amtierenden Minister wird nicht nur wegen Korruption von der Justiz ermittelt, sondern es wird heute sogar eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es ist völlig klar: Finanzminister Blümel kann keinen Tag länger im Amt sein. Als Aufsichtsorgan für Glücksspiel, gegen den Vorwürfe der illegalen Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Novomatic erhoben werden, ist er in diesem Amt nicht mehr tragbar. Kurz muss handeln und Blümel zum Rücktritt bringen oder dem Bundespräsidenten seine Entlassung vorschlagen.“

Es gehe um das Ansehen der Republik, Bundeskanzler Sebastian Kurz müsse nun zu Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die Entlassung Blümels vorschlagen, so Leichtfried in einer Aussendung.

Kartenhaus stürzt zusammen

Auch SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner fordert den Rücktritt des Finanzministers. Auf Twitter schreibt sie: „Ganz Österreich wird gerade Zeuge, wie das türkise Kartenhaus in sich zusammenstürzt. Wir haben eine Pandemie, die größte Wirtschafts- und Sozialkrise der 2. Republik zu bewältigen, gleichzeitig versinken Teile dieser Regierung im Korruptionssumpf.“



Pamela Rendi-Wagner
@rendiwagner



Ganz Österreich wird gerade Zeuge, wie das türkise Kartenhaus in sich zusammenstürzt. Wir haben eine Pandemie, die größte Wirtschafts- und Sozialkrise der 2. Republik zu bewältigen, gleichzeitig versinken Teile dieser Regierung im Korruptionssumpf. (prw)

2:18 nachm. · 11. Feb. 2021



2.473



484



Diesen Tweet teilen

FPÖ fordert VdB

FPÖ-Chef Norbert Hofer fordert den Bundespräsidenten zum Handeln auf:

„Die Bundesverfassung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben in Österreich. Schon mehrmals musste der Verfassungsgerichtshof eingreifen, um von der Bundesregierung erlassene Verordnungen aufzuheben. Danach kam die Plagiatsaffäre rund um Ex-Familienministerin Aschbacher, und nun der nächste besorgniserregende Fall rund um ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel. Das kann der Bundespräsident nicht unkommentiert stehen lassen. Er muss handeln und den Bundeskanzler zu einem klärenden Gespräch in die Hofburg bitten.“

NEOS wollen mehr über Rolle von Sebastian Kurz wissen

Und auch die NEOS finden Gernot Blümel in seinem Amt nicht mehr länger tragbar.

„Gernot Blümel muss sofort die Konsequenzen ziehen und sein Amt als Finanzminister niederlegen. Was bei Ministerin Aschbacher gut und richtig war, muss bei Blümel erst recht gelten.“

Es gehe nicht nur um das Ansehen der Politik und der Regierung, sondern vor allem auch um das Vertrauen der Bevölkerung in einen Minister, „der die Verantwortung für hunderte Milliarden an Steuergeld und Hilfszahlungen trägt“.

Auch nur der Anschein eines Verdachts sei „weit über die Grenzen Österreichs hinaus fatal“, so NEOS-Generalsekretär Nick Donig.



Beate Meinel-Reisinger ✓
@BMeinl



Blümel als für Glücksspiel zuständiger Finanzminister: das geht sich nicht mehr aus! Rücktritt jetzt fb.watch/3ARFOcFSAp/ via @FacebookWatch



Beate Meinel-Reisinger on Facebook Watch
Blümel als für Glücksspiel zuständiger Finanzminister: das geht sich nicht mehr aus! Rücktritt jetzt
facebook.com

1:15 nachm. · 11. Feb. 2021



♥ 201 💬 34 ↗ Diesen Tweet teilen

Für Donig stellt sich zunehmend auch die Frage: Was wusste ÖVP-Chef und Kanzler Sebastian Kurz von den Tätigkeiten seiner rechten Hand?

„Blümel ist seit Jahren einer der engsten Vertrauten und Wegbegleiter von Kurz. Er war sein Generalsekretär, er war Kanzleramtsminister, Regierungskoordinator und jetzt Finanzminister. Sollten sich die Verdachtsmomente gegen Blümel erhärten, ist es schwer vorstellbar, dass sein Chef nichts von den Machenschaften mitbekommen hat.“

„www.zackzack.at“, 11.02.2021



HAUSDURCHSUCHUNG BEI BLÜMEL

Die verräterischen Novomatic-Chats

Am Donnerstag gab es bei Finanzminister Gernot Blümel eine Hausdurchsuchung der WKStA. Laut Informationen aus Ermittlerkreisen liegt der Grund dafür in den Diensten, die Blümel für Novomatic geleistet hat. Die Chats mit Novomatic-Chef Harald Neumann, die die WKStA sichergestellt hat, haben den Minister verraten.

Wien, 11. Februar 2021 | Wochenlang haben die Experten der WKStA das Handy von Novomatic-Mann Harald Neumann mit dem israelischen Programm Cellebrite ausgewertet. Chats, SMS und Kalendereinträge ergeben ein klares Bild: Bei Gernot Blümel liefen die Fäden der Aktion „Casino Türkis“ zusammen. Gegen Blümel wird wegen Untreue, Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch ermittelt. In der Causa Blümel geht es nicht nur um Postenschacher bei den Casinos. Die WKStA vermutet unter anderem, dass „ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens“ an die ÖVP spendete. Gemeint ist Harald Neumann vom Glücksspielkonzern Novomatic. Im Gegenzug sollte Blümel dem Unternehmen bei einer Steuernachforderung aus dem Ausland helfen – es geht um Italien. Das nachrichtenmagazin „Profil“ veröffentlichte am Donnerstag den Inhalt einer Textnachricht vom 12. Juli 2017. Darin bat Neumann Blümel um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz. Es ging um eine „Spende“ und ein „Problem in Italien.“ Die Suche weiteren Beweisen führte die Ermittler am Donnerstag in die Wohnung des vergesslichen Finanzministers. Und: Ja, es wurde ein Laptop sichergestellt...



Extraction Report

Apple iPhone

- 421 -

Participants



Harald Neumann* (owner)



Blümel*

Conversation - Instant Messages (40)

Die gute Beziehung zwischen der Novomativ und Blümel setzte sich fort und wurde wichtig, als es darum ging, die Casinos Austria umzufärben. Am 7. Jänner 2018 wird Gernot Blümel als Kanzleramtsminister angelobt. Zu diesem Zeitpunkt ist er längst die rechte Hand des Kanzlers und Parteichefs für eine Schlüsselaufgabe: für türkis-blaue Parteibuchwirtschaft. Immer, wenn es um heikle Parteibuchentscheidungen geht, trifft sich die „Viererrunde“: Kurz, Strache, Hofer und Blümel. Aber im Jänner 2018 hat Blümel eine spezielle Aufgabe: Der Glücksspielkonzern Novomatic hat große Wünsche. Blümel soll sie erfüllen.

„Glücksspiel, aber auch CASAG“

Schon drei Wochen nach der Angelobung meldet sich Novomatic-Chef Harald Neumann am 30. Jänner über WhatsApp bei Blümel. Die beiden sind per du, und Neumann hat einen Wunsch: Neumann will gemeinsam mit Novomatic-Eigentümer Johann Graf Mitte Februar einen Termin bei Bundeskanzler Kurz. Neumann teilt Blümel mit, was sein Chef mit Kurz klären will: „Glücksspiel, aber auch CASAG“. Novomatic hat einen Plan, der dem Konzern und der ÖVP nützen soll.

Blümel empfiehlt Neumann, direkt bei Kurz anzufragen und verspricht: „Ich stoße dann nach!“

Harald Neumann

Hallo Gernot, hoffe es geht Dir gut! Hätte eine Bitte: Prof Graf und ich möchten ab Mitte Februar einen Termin bei SK! Thema Glücksspiel generell aber auch Casag etc. Könntest Du solch einen Termin organisieren? lg Harald

Status: Sent

Delivered: 30.01.2018 10:42:38(UTC+0)

30.01.2018 10:42:38(UTC+0)

Blümel

Bitte direkt bei im anfragen und ich stoße dann nach!

Status: Read

Read: 30.01.2018 22:22:58(UTC+0)

30.01.2018 21:38:08(UTC+0)

Neumanns Plan ist die „österreichische Lösung“ bei den Casinos. Bis jetzt war Novomatic mit einem Stimmrechtsvertrag an den tschechischen Aktionär Sazka gebunden. Neumann bietet Blümel einen Seitenwechsel an: Novomatic verbündet sich mit der ÖBAG des Finanzministeriums gegen Sazka. Das ist der Weg, auf dem die ÖVP mit Bettina Glatz-Kremsner die Spitze der Casinos übernehmen kann. Damit gewinnt Novomatic entscheidenden Einfluss auf die Casinos – und die ÖVP übernimmt die politische Macht in der CASAG.

Neumann bietet Blümel für den 13. März ein Treffen auf dem Schloss von Graf an. Blümel antwortet: „Passt danke! Bis bald!“ Die beiden sind im Geschäft.

„Gernot sieht das wie wir!“

Blümel ist zu diesem Zeitpunkt Kanzleramtsminister und Regierungskoordinator. Finanzminister Löger weiß, dass er Blümel zu folgen hat. Neumann ruft Lögers Kabinettschef und künftigen ÖBAG-Chef Thomas Schmid an. Neumann hat die Unterstützung von Blümel: „Gernot sieht das genauso wie wir!“ Der Novomatic-Chef fragt nach, ob es „von Seiten SK oder GB eine Entscheidung betreffend Casino International gibt“. „GB“ ist Gernot Blümel, „SK“ Sebastian Kurz.

Sechs Tage später ist die Antwort da: Der Kanzler und sein Minister wollen nicht verkaufen. Sie sind auf Linie. Finanzminister Löger „will jedenfalls bis 26.2. eine Entscheidung und Gespräch mit deinem Chef abwarten“. Ohne Novomatic-Eigentümer Graf trifft der Finanzminister keine Entscheidung.

Harald Neumann
hab mit Gernot gesprochen! sieht das genauso wie wir! glaube er wird dich auch anrufen. lg Harald
Status: Sent
Delivered: 06.02.2018 18:27:05(UTC+0)
Read: 09.05.2018 05:21:34(UTC+0)
06.02.2018 18:27:05(UTC+0)

Schmid
Danke!
Status: Read
Read: 06.02.2018 18:27:27(UTC+0)
06.02.2018 18:27:24(UTC+0)

Harald Neumann
guten morgen! gibt es von Seiten SK oder GB eine Entscheidung betreffend Kasino International? Haben um 12 Meeting mit Tschechen! lg Harald
Status: Sent
Delivered: 12.02.2018 09:38:57(UTC+0)
Read: 09.05.2018 05:21:34(UTC+0)
12.02.2018 09:38:55(UTC+0)

Schmid
Die wollen nicht verkaufen
Mein HBM will jedenfalls bis 26.2 eine Entscheidung und Gespräch mit deinem chef abwarten
Status: Read
Read: 12.02.2018 09:41:21(UTC+0)
12.02.2018 09:40:47(UTC+0)

Der Weg ist frei

Anfang März hat Novomatic wieder ein Problem. Die FPÖ hat gerade ihre Zustimmung zum neuen Glücksspielgesetz zurückgezogen. In der ÖVP geht man davon aus, dass Strache mehr für Novomatic herausholen will. Aber jetzt geht es um mehr: um die Machtübernahme der ÖVP in den Casinos. Der Weg dahin führt über einen Deal zwischen ÖVP und Novomatic. Neumann drängt auf ein persönliches Gespräch mit Blümel. Der Minister sagt ein Telefonat zu.

Kurz darauf ist alles auf Schiene. Neumann informiert Blümel über sein Gespräch mit Finanzminister Löger: „Gutes Meeting mit Löger gehabt! Österreichische Mehrheit ist gewünscht!“ Der Weg für Novomatic, ÖVP und Ex-Kurz-Stellvertreterin Bettina Glatz-Kremsner ist frei.

„Abstimmung mit Blümel“

Am 24. April stellt sich der tschechischen Mehrheitsaktionär Sazka plötzlich quer und verlangt eine Hauptversammlung der CASAG-Aktionäre. Kurz-Vertrauensmann Thomas Schmid verwaltet als ÖBAG-Chef bereits die CASAG-Anteile der Republik. Schmid ruft Novomatic-Chef Neumann zu einem Krisentreffen: „Heute um 20.00 Uhr Abstimmung mit Gernot Blümel. Ort dürfen wir dir noch sagen. Bitte mach's möglich :-)).“ Neumann ist im Hotel Hyatt und organisiert für Blümel und Schmid einen „Platz in einer ruhigen Ecke“ im Hyatt.

Einen Tag später lanciert Sazka einen Plan: Ein vierter CASAG-Vorstand soll Sazka die Mehrheit bei Entscheidungen im Konzern sichern. Neumann alarmiert Schmid. Schmid sorgt sofort dafür, dass Blümel die Abwehr des Sazka-Vorstosses unterstützt. Novomatic und ÖVP wissen, dass sie jetzt gemeinsam profitieren können.

- 393 -

Harald Neumann

hast du den Artikel wegen 4.Vorstand gelesen?? Irgendjemand von ÖBIB sollte sagen, dass 3 Vorstände reichen und man das Team bis nächstes Jahr nicht verändern will!!

Status: Sent
Delivered: 26.04.2018 13:42:03(UTC+0)
Read: 09.05.2018 05:21:34(UTC+0)

26.04.2018 13:42:01(UTC+0)

Harald Neumann

danke

Status: Sent
Delivered: 26.04.2018 13:42:10(UTC+0)
Read: 09.05.2018 05:21:34(UTC+0)

26.04.2018 13:42:09(UTC+0)

Schmid

Bitte auch Gernot Blümel sagen! Hast du das gestern nicht angesprochen?

Status: Read
Read: 26.04.2018 13:53:50(UTC+0)

26.04.2018 13:43:06(UTC+0)

Am 20. Juni findet die CASAG-Hauptversammlung statt. Sazka verliert die Abstimmung gegen das Bündnis Novomatic/ÖBAG und damit gegen die ÖVP. Im Sommer und Herbst 2018 wird die Aktion „Glatz-Kremsner“, die Installierung der Kurz-Stellvertreterin in der ÖVP als CASAG-Chefin, vorbereitet. Am 9. Jänner 2019 meldet sich Neumann bei Blümel: „Hättest du mal Zeit für einen Kaffee, hätte einige Themen welche ich gerne mit dir besprechen möchte.“

Aktion „Sidlo“

Zu diesem Zeitpunkt steht die ÖVP-Funktionärin Glatz-Kremsner bereits als neue CASAG-Chefin fest. Jetzt geht es um den Wunsch von HC Strache, mit Peter Sidlo auch einen FPÖ-Mann in den CASAG-Vorstand zu bringen.

Blümel antwortet: „Terminvorschlag kommt!“

Am 25. Jänner meldet Neumann Blümel den Erfolg der Aktion „Sidlo“: „Alles geklärt, sollte auf jeden Fall durchgehen“. Novomatic-Chef Neumann, der künftige ÖBAG-Chef Schmid, Finanzminister Löger und CASAG-Aufsichtsrat-Chef Rothensteiner haben den Deal mit FPÖ und Novomatic geschafft. Jetzt informiert der Novomatic-Chef mit Minister Blümel seinen wichtigsten Verbündeten. Neumanns Handy zeigt, dass die Botschaft bei Blümel angekommen ist.

Im Juni kommt es dann zum berühmten Fisch-Geheimessen von Blümel und Neumann im Novomatic-Forum am Wiener Naschmarkt.

Harald Neumann
Hallo, hast du nächste Woche Mittwoch Zeit für ein Mittagessen? lg Harald
Status: Sent
Delivered: 19.06.2019 08:48:13(UTC+0)
19.06.2019 08:48:12(UTC+0)

Blümel
Hi! 13 bis 14Uhr würde bei mir gehen. Wo?
Status: Read
Read: 20.06.2019 13:56:58(UTC+0)
20.06.2019 13:53:54(UTC+0)

Harald Neumann
Bei uns im Forum! Da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen! lg Harald
Status: Sent
Delivered: 20.06.2019 14:36:05(UTC+0)
20.06.2019 14:36:05(UTC+0)

Blümel
Optimal! Mittwoch 26. 13uhr im Forum! Freu mich!
Status: Read
Read: 20.06.2019 15:17:18(UTC+0)
20.06.2019 14:59:48(UTC+0)

Ibiza ist gerade geplatzt. Novomatic-Chef Neumann und sein Vertrauter Blümel stellen bereits die Weichen für die Zeit nach der FPÖ.

Der letzte Schutzschild

40 WhatsApp-Chats belegen den engen Kontakt zwischen Blümel und Novomatic. Aber Gernot Blümel konnte sich auch im Ibiza-Untersuchungsausschuss an nichts erinnern. Der Finanzminister hat neben Rechenlücken auch große Lücken im eigenen Gedächtnis.

Dank des israelischen Programms Cellebrite konnte die WKStA mit dem beschlagnahmten Neumann-Handy eine Blümel-Lücke nach der anderen füllen. Jetzt ist Finanzminister Blümel offiziell Beschuldigter. Demnächst werden die Spezialisten der WKStA beginnen, die Blümel-Datenträger auszuwerten.

Zuerst Rothensteiner, Pröll und Löger, dann Kurz-Vertrauter Thomas Schmid und jetzt mit Gernot Blümel der engste Kurz-Vertraute – die menschlichen Schutzschilde vor dem Kanzler sind weg. Von WKStA bis ÖVP wissen alle: Wenn die WKStA jetzt nicht abgedreht wird und Blümel nicht mehr als Minister gehalten werden kann, ist Sebastian Kurz der Nächste.

„www.wienerzeitung.at“, 11.02.2021

CASINOS-AFFÄRE

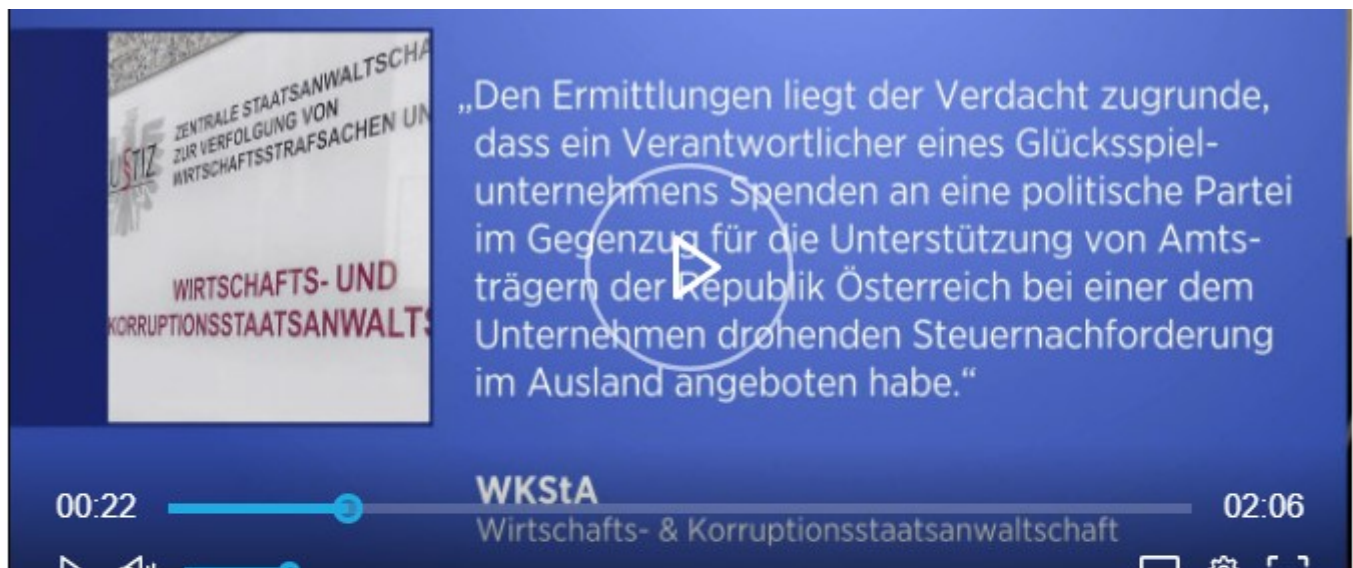
Nach Hausdurchsuchung: Blümel weist alle Vorwürfe in Causa Glücksspiel zurück

- Der Finanzminister dementiert den Vorwurf, die Opposition fordert seinen Rücktritt, Blümel lehnt diesen ab.

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wird in den Ermittlungen rund um die Causa Glücksspiel als Beschuldigter geführt. Das haben am Donnerstag erst Blümel selbst, sowie am Nachmittag dann auch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bestätigt. Konkret werde des Verdachts der Bestechlichkeit ermittelt, und zwar gegen Blümel sowie auch zwei weitere Beschuldigte. Im Zuge dessen fanden am Donnerstag mehrere Hausdurchsuchungen statt, darunter auch beim Finanzminister. Die Opposition forderte Blümel zum Rücktritt auf.

Laut WKStA geht es um den Verdacht, "dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe". Den Konzern nannte die Staatsanwaltschaft nicht, es dürfte sich um Novomatic handeln, wie aus einer Stellungnahme von Blümel hervorgeht.

"Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde", hieß es von Blümel in der Aussendung. "Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen", so der Finanzminister, der auf die öffentlich einsehbaren Spenderlisten der ÖVP verwies.



In einem überaus kurzen Pressestatement am Abend wiederholte Blümel seine Erklärungen vom Vormittag. "Die Vorwürfe sind definitiv falsch und einfach zu widerlegen", sagte er und verwies darauf, dass für die ÖVP immer klar gewesen sei, keine Spende von Tabak-, Glücksspiel und Waffenunternehmen anzunehmen. "Wir können beweisen, dass es diese nicht gab", so der Finanzminister. Ein Unternehmen (Novomatic, Anm.) habe um Unterstützung der Behörden ersucht bei "Problemen im Ausland", so Blümel. "Das ist ganz normal, ich habe diese Bitte weitergegeben." Den Rücktrittsaufforderungen der Opposition werde er nicht nachkommen, sagte der Finanzminister.

SMS aus dem Jahr 2017

Hintergrund dürfte, wie "Profil" recherchierte, ein SMS aus dem Jahr 2017 vom damaligen Novomatic-Manager Harald Neumann an Blümel gewesen sein. Zu diesem Zeitpunkt war dieser Chef der ÖVP-Landespartei in Wien, hatte kein Regierungsamt inne. Er galt aber als Vertrauter von Sebastian Kurz, der im Sommer 2017 Außenminister war: "Bräuchte kurzen Termin bei Kurz. 1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben", stand laut "Profil" im SMS. In seiner Stellungnahme schreibt Blümel: "Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland werden täglich an die Politik herangetragen und sind selbstverständlich, wenn es im Sinne des Einsatzes für österreichische Arbeitsplätze geht."

Im Jahr 2018 berichtete Novomatic bei der Präsentation seiner Bilanz jedenfalls von einer 20 Millionen Euro Steuernachzahlung in Italien, die den Gewinn des Unternehmens geschmälert hätten. Die italienischen Behörden hatten die "Verrechnung der Softwarelizenz mit der italienischen Tochter nicht akzeptiert", schrieb damals die Austria Presse Agentur. Über seinen Anwalt Nibert Wess teilte Neumann am Donnerstag mit, "dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten - insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien - zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt." Wie Blümel weist auch Neumann sämtliche Vorwürfe zurück. Für beide Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

Die Novomatic hält auf Anfrage der "Wiener Zeitung" fest, dass die "aufgestellten Behauptungen unzutreffend sind". Das Unternehmen habe an "keine Partei – auch nicht an die ÖVP – eine Spende geleistet". Man kooperiere mit den ermittelten Behörden und habe Unterlagen zur Verfügung gestellt, "damit es rasch zu einer Aufklärung dieser unrichtigen Vorwürfe kommt." Unter den Beschuldigten befinden sich laut Novomatic keine aktiven Mitarbeiter. Neumann ist vor einem Jahr "aus familiären Gründen" zurückgetreten.

In seiner Stellungnahme schreibt Blümel von einem "guten Gespräch" mit der Staatsanwaltschaft. "Ich bin froh, dass das Gespräch nun stattgefunden hat", heißt es. Danach, so der Finanzminister, habe es eine Hausdurchsuchung gegeben, er habe dabei "alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt". Und weiter: "Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen."

Opposition fordert geschlossen Blümels Rücktritt

Von der Opposition hagelte es Rücktrittsaufforderungen: "Ein Finanzminister, bei dem in der Causa Glücksspiel eine Hausdurchsuchung stattfindet, kann nicht mehr länger Finanzminister bleiben und muss die Konsequenzen ziehen", sagte Neos-Vorsitzende und Klubobfrau Beate Meinel-Reisinger. "Ein Finanzminister ist für die Aufsicht des Glücksspiels zuständig und Eigentümerversorger der Casinos Austria. Gleichzeitig Beschuldigter im Glücksspiel-Verfahren zu sein, geht sich nicht aus. Der Finanzminister muss zurücktreten", heißt es in einer Aussendung.

Ähnlich die FPÖ: "Jetzt ist die Katze aus dem Sack und die Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister nur noch der nächste Puzzlestein. Wenn das jetzt keinen Anlass für seinen Rücktritt bedeutet, kommt auch Kanzler Kurz in die Bredouille – Jugendfreund hin oder her, hier muss der Sessel geräumt werden!", forderte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz.

Die SPÖ gesellte sich in die Reihe der Rücktrittsaufforderer. "Gegen einen amtierenden Minister wird nicht nur wegen Korruption von der Justiz ermittelt, sondern es wird heute sogar eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es ist völlig klar: Finanzminister Blümel kann keinen Tag länger im Amt sein", so der stellvertretende Klubchef Jörg Leichtfried in einer Aussendung. "Kurz muss handeln und Blümel zum Rücktritt bringen oder dem Bundespräsidenten seine Entlassung vorschlagen."

Grüne wollen Antworten

Die Grünen geben sich mit der Erklärung Blümels nicht zufrieden. "Minister Blümel hat mit seiner gestrigen Pressekonferenz unsere Erwartung an unverzügliche, vollumfassende Aufklärung nicht erfüllt", sagte Klubchefin Sigrid Maurer in einer der APA übermittelten Stellungnahme. Sie fordert von Blümel Aufklärung zu möglichen Spenden an ÖVP-nahe Vereine. Erst dann könne man seine Amtsfähigkeit beurteilen.

Blümel hatte in seiner Pressekonferenz am Donnerstagabend zwar direkte Parteispenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Bundes-ÖVP und an die von ihm geführte Wiener Landespartei dementiert. Der Frage nach etwaigen indirekten Zuwendungen über parteinahe Vereine wich der Finanzminister allerdings aus und beendete die Pressekonferenz.

Darauf schießen sich nun auch die Grünen ein. "Er hat die Frage, ob es Spenden an ÖVP-nahe Vereine gab, nicht beantwortet und lediglich Spenden an die Bundes-ÖVP oder Wiener Landesorganisation ausgeschlossen", kritisierte Maurer. Sie forderte Blümel auf, "unverzüglich alle Fakten auf den Tisch zu legen" und die "berechtigten Fragen der Öffentlichkeit" zu beantworten.

Ob Blümel angesichts der Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft im Amt bleiben kann, wollen die Grünen vorerst nicht sagen. "Erst wenn die geforderten Antworten vorliegen, können wir beurteilen, ob Bundesminister Blümel die in den kommenden Monaten besonders geforderte volle Aufmerksamkeit und Handlungsfähigkeit zur Amtsausübung aufweist", so Maurer in ihrer Stellungnahme. (sir,apa)

„www.orf.at“, 11.02.2021

RAZZIA BEI BLÜMEL

WKStA nennt erste Ermittlungsdetails

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat am Donnerstag mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Neben Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) werden zwei weitere nicht genannte Personen beschuldigt. Wie die Behörde mitteilte, ermittelt sie wegen des Verdachts der Bestechlichkeit auf der einen Seite und wegen des Verdachts der Bestechung andererseits.

„Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe“, erklärte die WKStA. „Im Zuge dieser Ermittlungen fanden heute Hausdurchsuchungen an mehreren Standorten in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten statt“, so die WKStA am Donnerstag weiter und sie hielt fest: „Die Hausdurchsuchungen wurden gerichtlich bewilligt und vorab der Oberstaatsanwaltschaft Wien berichtet.“

Der Anwalt Nobert Wess teilte unterdessen mit, dass sein Mandat, der Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, festhalte, „dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt.“

Verdacht der illegalen Spende

Nach Recherchen des ORF und des Nachrichtenmagazins „profil“ hegte die WKStA den Verdacht, der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann habe Blümel bzw. der ÖVP 2017 eine Spende angeboten – im Abtausch dafür sollte Blümel dem Glücksspielkonzern bei der Lösung von Problemen in Italien zur Hand gehen.



Auch gegen Neumann gibt es schwere Vorwürfe

Ihren Ausgang nahm die Hausdurchsuchung mit einer SMS aus dem Juli 2017, in der Neumann bei Blümel um einen Termin im Außenministerium ersuchte – und zwar beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP). Damals war Blümel Stadtrat in Wien. Am 12. Juli 2017 schrieb Neumann an Blümel: „Bräuchte kurzen Termin bei Kurz. 1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben.“ Neumann trat im Februar 2020 als Novomatic-Vorstand zurück und gab familiäre Gründe als Auslöser dafür an.

Anwalt: Spende „karitative Sache“

Tatsächlich hatte die Novomatic im ersten Halbjahr 2017 ein Problem mit den italienischen Finanzbehörden. Wie dem Halbjahresfinanzbericht der Novomatic zu entnehmen ist, hatte die italienische Tochter Novomatic Italia S.p.a. am 5. April 2017 Besuch von der italienische Steuerpolizei. Diese monierte, dass die Italien-Tochter Lizenzgebühren an die Novomatic Gaming Industries GmbH bezahlt und damit ihre Steuergrundlage in Italien minimiert habe.

Ein rechtskräftiger Steuerbescheid lag bei der Erstellung des Halbjahresfinanzberichts noch nicht vor. In der Folge musste Novomatic aber etwas mehr als 20 Millionen Euro Steuern in Italien nachzahlen. Neumann ist derzeit im Ausland. „Bei der Spende handelte es sich nach Erinnerung meines Mandanten um eine karitative Sache, völlig losgelöst von dem Italien-Thema“, erklärte Neumanns Anwalt Wess zur SMS von Neumann an Blümel.

Blümel: „Falsche Vorwürfe“

Blümel bestätigte am Donnerstag, dass er als Beschuldigter in den Ermittlungen zu Casinos Austria und Novomatic geführt wird und eine Hausdurchsuchung stattgefunden habe. Er bestritt jedoch alle Vorwürfe gegen ihn. Er kenne nun nach einem Gespräch mit der Staatsanwaltschaft die Vorwürfe, „diese lassen sich in wenigen Worten aufklären“, so Blümel. „Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen“, so Blümel. „Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde“, sagte der Finanzminister weiter.

ZIB 13:00, 11.2.2021



„Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland werden täglich an die Politik herangetragen und sind selbstverständlich, wenn es im Sinne des Einsatzes für österreichische Arbeitsplätze geht.“ Die Spendenlisten der ÖVP-Bundespartei und der ÖVP Wien seien „öffentlich und für jeden einsehbar“, versicherte Blümel am Donnerstag.

„Jederzeit bereit für Aufklärung“

Der Finanzminister sprach nach seinem Termin bei der WKStA von einem „guten Gespräch“ mit dem Staatsanwalt. „Ich bin froh, dass das Gespräch nun stattgefunden hat. Jetzt kenne ich die Vorwürfe, und diese lassen sich in wenigen Worten aufklären“, meinte Blümel in einer schriftlichen Stellungnahme.

Im Zuge der Hausdurchsuchung habe er „alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt“, sagte Blümel. „Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen.“ Die Razzia muss bereits länger geplant gewesen sein, für eine Hausdurchsuchung braucht es nämlich eine richterliche Anordnung. Blümel will sich noch am Donnerstag in einer Gendarstellung ausführlicher zu Wort melden.

Wie der „Standard“ berichtete, soll die WKStA deshalb auch nicht glücklich gewesen sein, dass Blümels Beschuldigtenstatus vor zwei Tagen medial bekanntwurde. Dass Blümel als Beschuldigter geführt wird, war vor zwei Tagen öffentlich geworden. Ein „Dossier“-Journalist hatte eine aktuelle Auflistung der im Casinos-Akt als Beschuldigte geführten Personen auf dem Kurznachrichtendienst Twitter verbreitet. Die Opposition forderte am Donnerstag geschlossen den Rücktritt des Finanzministers, die Grünen Aufklärung.

Ermittlungen gegen mehrere Politiker und Vorstände

Kern der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind die Bestellung des Ex-FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo zum Casinos-Finanzchef nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe. Novomatic war damals einer der drei bestimmenden Aktionäre der Casinos Austria AG, verkaufte seinen Anteil unterdessen an den nunmehrigen tschechischen Mehrheitseigentümer Sazka Group. Die Staatsholding ÖBAG hält 33,24 Prozent an dem Glücksspielkonzern.

Blümel war zu dieser Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition Kanzleramtsminister von Kurz. Ermittelt wird unter anderen auch gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), ÖBAG-Chef Thomas Schmid und Ex-Novomatic-Chef Neumann. Für alle Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

CAUSA CASINOS

Blümel soll "Angebot" der Novomatic an Parteichef Kurz vermittelt haben

Der Glücksspielkonzern wollte ein "Problem in Italien" besprechen – Ermittler vermuten Bestechung und durchsuchten Blümels Wohnung



Novomatic-Chef Harald Neumann wollte über Gernot Blümel (rechts) zu einem Termin bei Sebastian Kurz (links) gelangen.

Eine Hausdurchsuchung bei einem amtierenden Finanzminister: So etwas gab es in der Zweiten Republik noch nie. Am Donnerstag war es aber so weit: Nach einer Einvernahme bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wurde Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) von Ermittlern in seine Wohnung im dritten Bezirk begleitet. Er selbst sprach von einer "freiwilligen Nachschau", die WKStA von einer "Hausdurchsuchung".

Damit wird Blümel von einer dreieinhalb Jahre zurückliegenden Episode eingeholt, die ihm nun den Verdacht der Bestechung einbringt. Wieder einmal geht es um den Glücksspielkonzern Novomatic und dessen Interventionen in der heimischen Politik. Deshalb gab es am Donnerstag auch bei dem niederösterreichischen Unternehmen eine Stunden dauernde Hausdurchsuchung.

Vereinfacht gesagt, denkt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, dass Blümel im Jahr 2017 als Kontaktperson zwischen dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann und Sebastian Kurz (ÖVP) gedient habe. Letzterer war damals Außenminister; die Novomatic soll sich von ihm Hilfe bei einem Rechtsstreit in Italien erwartet haben.

"Bräuchte Termin bei Kurz"

So interpretieren die Ermittler zumindest eine Whatsapp-Nachricht, die Neumann am 10. Juli 2017 an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien, abgesetzt hat: "Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problem (sic), das wir in Italien haben!)" Drei Stunden später wandte sich Blümel an Thomas Schmid, damals Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium. Er bat ihn, Neumann zurückzurufen: "Tu es für mich", schrieb Blümel mit einem Küsschen-Emoji.

In diesen drei Stunden soll Blümel laut Ermittlern "Sebastian Kurz über das Angebot informiert" und mit ihm angeblich "das weitere Vorgehen akkordiert" haben. Hinweise, dass Kurz als Außenminister Novomatic geholfen hat, sehen Ermittler bisher nicht. Schmid und Neumann standen unabhängig davon schon länger in Kontakt. So fragte Neumann bei Schmid, ob Finanzminister Hansjörg Schelling Kontakt zum italienischen Finanzministerium habe – Schmid bejahte.

Später diskutierten Schmid und Neumann, wie das Ministerium den Glücksspielkonzern unterstützen könnte – wobei die Ermittler nicht glauben, dass Schmid über das "Spendenangebot" der Novomatic Bescheid wusste. Deren "Probleme in Italien" waren einerseits regulatorische Schwierigkeiten, andererseits ein Verfahren rund um Steuernachzahlungen in Millionenhöhe. "Bei 40 Mio. Steuernachzahlung würde ich mich auch anschießen :-)", kommentierte Schmid dies in einer Nachricht an Blümel.

Vorwürfe zurückgewiesen

Die WKStA denkt nun, dass Neumann im Auftrag der Novomatic eine Spende an die ÖVP mit der Lösung der Probleme in Italien verbinden wollte. Deshalb verdächtigt sie Blümel und Neumann der Bestechung. Beide bestreiten die Vorwürfe vehement. "Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt", sagt Neumanns Anwalt Norbert Wess.

Blümel geht davon aus, dass sich die Vorwürfe "in wenigen Worten aufklären lassen". Die Novomatic bestreitet, je an politische Parteien gespendet zu haben: "Selbstverständlich kooperieren wir mit den Behörden, damit es rasch zu einer Aufklärung dieser unrichtigen Vorwürfe kommt." Das wiederholte Blümel am Abend in einem Pressestatement: Es sei nie zu Spenden gekommen, er werde Rücktrittsforderungen "sicher nicht nachkommen". Fragen, ob es Spenden an ÖVP-nahe Vereine oder karitative Organisationen gegeben habe, beantwortete er nicht: Es gebe einiges zu tun, sagte er und beendete das Pressegespräch. Die Opposition hatte zuvor einhellig den Rücktritt Blümels verlangt; die Grünen dessen vollständige Kooperation mit den Ermittlern. FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer verlangte den Rücktritt der gesamten Bundesregierung.

"Projekt Ballhausplatz"

Die Ermittler stellen die Kommunikation zwischen Blümel und Neumann in ihrer Durchsuchungsanordnung in einen Zusammenhang mit der damaligen Neuaufstellung der ÖVP. Der damalige Außenminister Sebastian Kurz hatte die Partei im Mai 2017 übernommen, die Machtübernahme war zuvor von seinem Umfeld geplant worden. Dazu existieren Dokumente, die unter dem Namen "Operation Ballhausplatz" bekannt sind.

Laut der Ermittlungsanordnung kam es "im Zuge des Projekts ÖVP neu" im Frühjahr 2017 zu einem Treffen zwischen Kurz, Novomatic-Chef Neumann und Bernhard K., dem damaligen Konzernsprecher. K. schrieb daraufhin in Chats an Neumann, dass Kurz die "Finanzierung der Bundespartei" offenbar "vergessen" habe, dort sei es "ziemlich trist". Zwei Wochen später soll sich Neumann dann intern dafür eingesetzt haben, dass offene Parteispenden zulässig seien. Im Juli 2017 kommunizierten K. und Neumann erneut.

Novomatic hatte "etwas Besseres vor"

Da schrieb K., dass der ÖVP-Spender Stefan Pierer die Summe aller Kleinspenden an die Partei "verdoppeln" wolle. "Wir haben noch etwas Besseres vor :))", antwortete Neumann und fragte, ob K. schon von einem anderen Novomatic-Manager darüber informiert worden sei. Worauf K. bejahte und zudem meinte, "FP hat mich angerufen, Tschank ist alter Freund von mir, bin da voll eingebunden, habe gerade die Briefe an die Parteien entworfen (...)". All diese Chats sind in der Anordnung zur Hausdurchsuchung erwähnt. Markus Tschank ist jener frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete, der u. a. Obmann des Vereins Institut für Sicherheitspolitik (ISP) ist, das auf Basis eines Kooperationsvertrags von der Novomatic gesponsert wurde.

Laut Anordnung der WKStA müsse nun durch Ermittlungen geklärt werden, "ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic in die Sphäre des Sebastian Kurz und/oder der ÖVP kam".

Wobei die Korruptionsstaatsanwälte auch festhalten, dass "derzeit nicht festgestellt werden kann, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat". Es gebe derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass er auf Grund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte.

Krakow für Korruptionsrechtsreform

Der frühere Oberstaatsanwalt Georg Krakow, nun bei Transparency International Austria, hat indes in der "ZiB2" Donnerstagabend als Lehre der letzten Jahre eine Korruptionsrechtsreform gefordert. Laut ihm müsste man das Parteiengesetz ändern, um eine effektive Kontrolle der Parteifinzen durch den Rechnungshof zu ermöglichen. Und das Korruptionsstrafrecht sollte durch Strafbarkeit auch für Kandidaten, die sich erst für Ämter bewerben, ergänzt werden. Das sei eine der Lehren des Ibiza-Videos gewesen, aber bis heute nicht umgesetzt worden. (Renate Graber, Fabian Schmid, Jan Marchart, Sebastian Fellner, 11.2.2021)

VORWÜRFE

Causa Casinos: Hausdurchsuchung bei Finanzminister Blümel

Der Zugriff erfolgte am Donnerstag nach der Einvernahme des ÖVP-Politikers, der in der Casinos-Affäre nun Beschuldigter ist



Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) bestreitet, Spenden von Novomatic angenommen zu haben.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) führte am Donnerstag eine Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümels (ÖVP) privater Wohnadresse durch. Das bestätigte das Ministerbüro am Donnerstag. Er sei zur Causa Casinos einvernommen worden, danach sei ihm die Durchsuchungsanordnung präsentiert worden, hieß es.

Blümel sagte, er kenne nun nach einem Gespräch mit der Staatsanwaltschaft die Vorwürfe, "diese lassen sich in wenigen Worten aufklären". Offenbar geht es um potenzielle Parteispenden des Glücksspielunternehmens Novomatic an die ÖVP: "Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen", betonte Blümel.

Kern der Vorwürfe bildet eine Nachricht, die Blümel im Jahr 2017 vom damaligen Novomatic-CEO Harald Neumann erhalten hat. Darin bat Neumann sinngemäß um die Vermittlung eines Termins beim damaligen Außenminister und heutigen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), um zwei Dinge zu besprechen: erstens eine "Spende", zweitens ein "Problem in Italien".

Die Novomatic kämpfte damals in Italien mit mehreren Problemen; es gab Wickel im regulatorischen Bereich und ein anhängiges Verfahren, bei dem eine Strafe von bis zu 150 Millionen Euro drohte. Offenbar erwartete man sich Beratung oder Hilfe vom Außenministerium. Dieses Ansinnen soll aber im Sand verlaufen sein.

Hausdurchsuchungen an mehreren Standorten

Neumann hält über seinen Anwalt Norbert Wess fest, "dass es weder von ihm persönlich noch vonseiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat". Eine solche sei auch – "insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien" – nie versprochen worden.

Ein Sprecher der Novomatic teilt auf Anfrage des STANDARD mit: "Die aufgestellten Behauptungen sind unzutreffend. Novomatic hat an keine Partei – auch nicht an die ÖVP – eine Spende geleistet. Selbstverständlich kooperieren wir mit den Behörden, damit es rasch zu einer Aufklärung dieser unrichtigen Vorwürfe kommt.

Aus der ÖVP ist zu vernehmen, dass nie eine Parteispende von Novomatic eingelangt ist. Kanzler Kurz sagte bei seiner Befragung im U-Ausschuss vergangenen Sommer, dass die ÖVP aus Prinzip keine Spenden von der Glücksspiel-, der Tabakbranche oder von Waffenproduzenten angenommen hat.

Laut einer Aussendung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft fanden am Donnerstag Hausdurchsuchungen an mehreren Standorten in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten statt. "Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe", heißt es in der Aussendung. Neben Blümel gelten zwei weitere nicht genannte Personen als Beschuldigte.

Grüne Krisensitzung

Für eine gerichtlich bewilligte Hausdurchsuchung sind allerdings substantielle Verdachtsmomente notwendig. Nach STANDARD-Informationen wurde die Razzia auch nicht spontan durchgeführt, sondern schon vor einiger Zeit vom Landesgericht Wien bewilligt. Auch Blümels Status als "Beschuldigter", nicht "Verdächtiger", weist auf mehr als einen Anfangsverdacht hin – natürlich gilt die Unschuldsvermutung.

Als Reaktion auf die Entwicklungen wurden offenbar mehrere Krisensitzungen einberufen. Aus dem grünen Klub war zu hören, dass man sich zurückziehe, um die Situation zu besprechen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) verließ ungeplant den U-Ausschuss, dessen Vorsitz er führt.

Tagelange Verwirrung

Über Ermittlungen gegen Blümel war seit Dienstag gerätselt worden. Da hatte der "Dossier"-Journalist Ashwien Sankholkar eine Liste an Beschuldigten getwittert, auf der auch Blümel vermerkt war. Die WKStA gab dazu keine Auskünfte, auch der U-Ausschuss verlangte Klarheit. Offenbar wollte die Korruptionsbehörde aktuelle Ermittlungen nicht gefährden.

Früher als geplant könnte es dann zur Hausdurchsuchung gekommen sein. Im Zuge dieser habe er "alle notwendigen Unterlagen und elektronischen Geräte zur Verfügung gestellt", erklärte Blümel. "Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen", so der Minister.

"Da hört wenigstens niemand zu!"

Der Finanzminister tauchte immer wieder in den Casinos-Akten auf – er kommunizierte unter Türkis-Blau, als er Kanzleramtsminister war, durchaus intensiv mit dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann. Offenbar wollte der Glücksspielkonzern über Blümel einen Termin bei Bundeskanzler Kurz organisieren. Neumann wollte Blümel im Novomatic-Forum treffen, denn "da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen!" Außerdem wollte man sich bei einer Veranstaltung "kurz zurückziehen (das Schloss ist ja groß genug ;-))".

All das ist schon monatelang bekannt, Neumanns Smartphone wurde schon lange ausgewertet. Die SPÖ hatte dann im Laufe des Ibiza-Ausschusses die These entwickelt, es habe einen "ÖVP-Novomatic-Deal" gegeben – und den auch zur Anzeige gebracht. Die Novomatic bestreitet das vehement, sie reichte sogar Klage gegen den roten Fraktionsführer Jan Krainer ein. Aufgrund der Sachverhaltsdarstellung der SPÖ wurde Blümel offenbar im Herbst zum "Angezeigten", die WKStA sah aber keinen Anfangsverdacht, sodass Blümel hier weder zum "Verdächtigen" noch zum "Beschuldigten" wurde.

Blümel als "Briefträger" angedacht

Die handelnden Akteure tauchten einst auch in der Telekom-Affäre auf. Damals liefen Ermittlungen gegen den späteren Novomatic-CEO Neumann. Dieser fragte einen einstigen Sektionschef im Justizministerium, ob es eine gute Idee wäre, mittels Blümel an den neuen Minister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) heranzutreten. "Ist neuer ÖVP BundesGf (Bundesgeschäftsführer, Anm.) und hat daher direkten Zugang, oder hast du eine bessere Idee?", fragte Neumann. Wenig später lösten sich dann Neumanns juristische Probleme: Am 7. Februar 2014 wurden die Ermittlungen gegen ihn eingestellt.

Im U-Ausschuss konfrontierte die grüne Fraktionsführerin Nina Tomaselli Blümel mit den Vorgängen. Dieser konnte sich an keinen Brief erinnern und "wüsste nicht, warum" er für Neumann hätte intervenieren müssen. Neumanns Anwalt sagt, jeder Staatsbürger habe das Recht, sich mit seinem Anliegen an den Minister zu wenden. Blümel sei "aus der Erinnerung nicht involviert" gewesen, das Verfahren eingestellt worden.

Opposition fordert Rücktritt Blümels

Inzwischen mehren sich die politischen Stimmen aus der Opposition, die Blümels Rücktritt fordern. "Das geht sich nicht mehr aus", sagt Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger. "Ein Finanzminister, bei dem in der Causa Glücksspiel eine Hausdurchsuchung stattfindet, kann nicht mehr länger Finanzminister bleiben und muss die Konsequenzen ziehen."

Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch fordert Blümel auf, "nach der heutigen Hausdurchsuchung rund um mutmaßliche Parteispenden an die ÖVP im Novomatic-Skandal sofort als Finanzminister zurückzutreten". Kanzler Kurz und sein Vize Werner Kogler sollten nach Ansicht des Genossen diesbezüglich mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen Kontakt aufnehmen.

"Jetzt ist die Katze aus dem Sack", meint FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz. "Wenn das jetzt keinen Anlass für seinen Rücktritt bedeutet, kommt auch Kanzler Kurz in die Bredouille – Jugendfreund hin oder her, hier muss der Sessel geräumt werden!" (fsc, gra, sefe, 11.2.2021)

„www.diepresse.com“, 11.02.2021

Wie es zur Hausdurchsuchung bei Finanzminister Blümel kam

Die Novomatic hatte den heutigen Finanzminister 2017 um Hilfe bei Problemen im Ausland gebeten – und eine Spende für die ÖVP angeboten. Eine solche habe er nicht angenommen, sagt Blümel.

Donnerstagfrüh machte sich der Finanzminister auf den Weg zur Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Seit Anfang der Woche weiß er aus den Medien, dass er von dieser als Beschuldigter geführt wird. Aber niemand wusste, warum. Er offenbar auch nicht. Also ließ sich Gernot Blümel – laut eigener Darstellung – einen Termin bei der Staatsanwaltschaft geben. Und erfuhr dort, in welcher Angelegenheit er als Beschuldigter geführt wird.

Es geht um einen Vorfall aus dem Juli 2017. Das Glücksspielunternehmen Novomatic hatte damals Schwierigkeiten wegen eines seiner Betriebe in Italien. Anlass war eine Steuernachforderung ebendort. Novomatic-Chef Harald Neumann war an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien, herantreten, und hatte ihn um Hilfe gebeten. Mutmaßlich wollte die Novomatic über Blümel an den damaligen Außenminister, Sebastian Kurz, herankommen. Das Außenministerium war damals für Unternehmer mit Interessen im Ausland eine begehrte Anlaufstelle. Im Zuge dessen habe Neumann dann auch nachgefragt, ob Novomatic der ÖVP etwas spenden könne. Gernot Blümel, damals schon Obmann der Wiener Volkspartei, sagt, er habe das abgelehnt, es habe daher nie eine solche Spende an die ÖVP gegeben.

Nie Spenden von „Glücksspielunternehmen, Waffenproduzenten und Tabakkonzernen“ erhalten

Faktum ist: Blümel überließ den Staatsanwälten gestern sein Handy und ließ sie auch in seine Wohnung, die in unmittelbarer Nähe der staatsanwaltschaftlichen Behörde liegt. Laut eigenen Aussagen freiwillig. Allerdings lag bereits eine Anordnung für eine Hausdurchsuchung vor. Er habe jedenfalls nichts zu verbergen, so Gernot Blümel. Am Abend setzte er dann noch nach: Weder die Wiener ÖVP noch die Bundespartei hätten je Spenden von „Glücksspielunternehmen, Waffenproduzenten und Tabakkonzernen“ erhalten, seit er und Sebastian Kurz dort das Sagen hätten. Dass Unternehmen an Politiker herantreten und um Hilfe bitten, auch im Ausland, gehöre zum politischen Tagesgeschäft. Er werde jedenfalls weiterhin alles Notwendige zur Aufklärung beitragen. Und wie gesagt: Am Vorwurf der Spendenannahme sei nichts dran.

Aber wäre das überhaupt strafbar? Immerhin konnten anno 2017 Unternehmen Parteien noch großzügig sponsern. „Wenn es im Rahmen der Ausübung der Amtsgeschäfte erfolgt ist, ist jedenfalls ein Anfangsverdacht gegeben“, sagt Hubert Hinterhofer, Strafrechtsprofessor an der Uni Salzburg. Da müsse gar kein Geld geflossen sein, es würde reichen, wenn Blümel in irgendeiner Form Zustimmung signalisiert habe. Was Hinterhofer jedoch am jetzigen Procedere stört: dass die Staatsanwaltschaften - in diesem Fall einmal mehr - die Beschuldigtenrechte ignorieren. Beschuldigte wären unverzüglich zu informieren und zu vernehmen. Dass diese aus den Medien erfahren, dass sie als Beschuldigte geführt werden, gehe gar nicht. Auch rechtlich nicht.

Neben Hartwig Löger und Josef Pröll ist Gernot Blümel nun schon der dritte Beschuldigte aus der Finanzministerriege im Ibiza-Casinos-Komplex. Auch sonst gibt es in diesem Ermittlungs-Strang etliche Beschuldigte, die der ÖVP zuzuordnen sind: von Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner bis hin zu diversen ehemaligen Kabinettsmitarbeitern. Der Akt umfasst mittlerweile Zigtausende Seiten, nicht alles hat Substrat. In den Unterlagen der WKStA finden sich zudem nicht nur strafrechtlich relevante Dinge, sondern auch noch anderes, das politisch-atmosphärisch einiges an Schießpulver hergibt.

Konflikte rund um die WKStA

Dazu kommt, dass die WKStA seit Monaten einen Kampf gegen die Oberbehörden führt. Insofern sind Ermittlungen der Justiz auch zu einem Politikum geworden. Auch die Antikorruptionsbehörde ist zum politischen Spielball geworden - und hat sich zu einem solchen machen lassen.

„www.profil.at“, 11.02.2021

Blümel und Novomatic: "Termin bei Kurz"

Der Novomatic-Konzern wollte 2017 über Gernot Blümel an ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz herankommen – damit dieser dem Konzern bei der Lösung von Problemen auf dem italienischen Markt hilft. In einem SMS von Neumann an Blümel war wörtlich von einer "Spende" die Rede.

Der Inhalt des SMS war verfänglich – und folgenreich. Im Juli 2017 schrieb der damalige Vorstandschef des Glücksspielkonzerns Novomatic Harald Neumann dem damaligen Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel eine Nachricht, die Blümel knapp mehr als drei Jahre später erheblichen Ärger einträgt.

Blümel, zwischenzeitlich ÖVP-Finanzminister, wird von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nun als Beschuldigter im weitläufigen „Casinos“-Verfahrenskomplex geführt. Am Donnerstag wurde er erstmals einvernommen, unmittelbar danach rückte die WKStA auf Grundlage einer richterlichen Anordnung zu einer Hausdurchsuchung an seiner Privatadresse an. Eine Razzia bei einem amtierenden Regierungsmitglied – das ist in der Geschichte der Zweiten Republik ein alles andere als alltäglicher Vorgang.

Nach gemeinsamen Recherchen von profil und der ORF-ZiB2 hegt die WKStA den Verdacht, der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann habe Blümel/der ÖVP 2017 eine „Spende“ angeboten – im Abtausch dafür sollte Blümel dem Glücksspielkonzern bei der Lösung von Problemen in Italien zur Hand gehen.

Blümel bestreitet jedwedes Fehlverhalten, eine Spende von Novomatic habe es auch nie gegeben. „Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde“, heißt es in einem profil übermittelten Statement aus Blümels Kabinett.

Dass es soweit kam, hat mit der eingangs erwähnten SMS-Nachricht zu tun. Am 12. Juli 2017 schrieb Neumann an Blümel: „Bräuchte kurzen Termin bei Kurz. 1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben“.

Sebastian Kurz war ÖVP-Außenminister der Republik Österreich, der Bundeskanzler hieß damals noch Christian Kern (SPÖ).

Harald Neumann wollte also offenbar über den damaligen Wiener ÖVP-Chef an den Außenminister herankommen, damit dieser Novomatic bei der Lösung von Problemen in Italien hilft.

Um welche Probleme könnte es sich dabei gehandelt haben? Wobei hätte Kurz – quasi auf diplomatischer Ebene – Novomatic überhaupt behilflich sein können?



Harald Neumann © Bild: APA

Tatsächlich drohte dem Konzern mit Hauptsitz in Gumpoldskirchen Unbill vom italienischen Staat: Am 5. April 2017 hatte es bei der Tochtergesellschaft Novomatic Italia Spa eine Prüfung durch die Steuerpolizei – die „Guardia di Finanza“ – gegeben. Am 22. Juni 2017, also drei Wochen vor dem SMS von Neumann an Blümel, endete die Steuerprüfung mit einem Bericht, der wenig Gutes für das Glücksspielunternehmen verhieß: Die Behörde hinterfragte die Höhe von Lizenzgebühren, die Novomatic Italia für die Nutzung von Software an die österreichische Novomatic Gaming Industries GmbH zahlte. Damit stand die steuerliche Abzugsfähigkeit dieser Aufwendungen zur Disposition – ein Problem, das den Glücksspielkonzern viel Geld kosten konnte.

Dokumentiert ist der Vorgang im Halbjahresfinanzbericht der Novomatic AG vom 30. August 2017. Damals lag noch kein rechtskräftiger Steuerbescheid vor. Bei Novomatic verwies man auf die noch laufende Untersuchung und zeigte sich offiziell gelassen: Das Management erachte „einen negativen Ausgang aktuell als nicht wahrscheinlich“, hieß es im Bericht: Die Bildung einer finanziellen Vorsorge sei „derzeit“ nicht erforderlich. Möglicherweise machte man sich im Hintergrund aber sehr wohl Sorgen. Fest steht, dass Novomatic im Endeffekt etwas mehr als 20 Millionen Euro Steuern in Italien nachzahlen musste – mit ein Grund dafür, dass der Jahresgewinn 2017 deutlich geringer ausfiel als im vorangegangenen Jahr.

Novomatic hat bereits in der Vergangenheit immer wieder Wert auf die Feststellung gelegt, keine Spenden an politische Parteien geleistet zu haben.

Was meinte Neumann mit „Spende“? Noch am Donnerstag veröffentlichte Neumanns Anwalt Norbert Wess folgende Stellungnahme: „Mein Mandant, Magister Harald Neumann, hält fest, dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt.“

Ob es zu dem von Neumann gewünschten Treffen mit Kurz kam, ist nicht klar. Ein Sprecher Blümels konnte dazu am Donnerstagnachmittag noch keine Angaben machen, Kurz' Sprecher war für profil vorerst nicht erreichbar. Nur soviel verlautete es aus Blümels Umfeld: Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland würden täglich an die Politik herangetragen, das sei "selbstverständlich", wenn es um österreichische Arbeitsplätze gehe.

Update: Am Donnerstagabend äußerte sich Finanzminister Gernot Blümel in einer Pressekonferenz zu den Vorwürfen. Für ihn sei es völlig überraschend, dass er beschuldigt wird. Die Vorwürfe seien definitiv falsch und einfach zu widerlegen: "Wir nehmen keine Spenden von Glücksspielunternehmen an", so Blümel. Die Spendenliste der ÖVP sei öffentlich einsehbar und vom Rechnungshof geprüft: "Es gab keine Spende."

„www.sn.at“, 11.02.2021

Finanzminister Blümel nach Hausdurchsuchung: "Diese Vorwürfe sind definitiv falsch"

Am Donnerstag hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es geht um die Ermittlungen zu den Casinos Austria und Novomatic. Blümel wies die Spendenvorwürfe aber als falsch zurück. Die Opposition forderte den Rücktritt des türkisen Politikers, die Grünen Aufklärung.

Am Donnerstagabend hat Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) Vorwürfe gegen ihn, die im Zuge von Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) aufgekomen waren, zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Blümel wegen des Verdachts der Bestechung und Bestechlichkeit. "Diese Vorwürfe sind definitiv falsch und einfach zu widerlegen."

Der Verdacht und ein SMS vom Novomatic-Chef

In einer knappen Mitteilung der Korruptionsermittler hieß es zuvor: "Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe."

Die Vorwürfe gegen den Finanzminister gehen auf den Juli 2017 zurück, also wenige Wochen bevor Heinz-Christian Strache auf Ibiza in die Videofalle tappte. Damals hatte der Glücksspielkonzern Novomatic Probleme mit den italienischen Steuerbehörden gehabt, wie Blümel im SN-Gespräch erklärte. Novomatic-Vertreter seien an Blümel herangetreten mit der Anfrage, ob er sich nicht bei der Bundesregierung dafür einsetzen könnte, dass Novomatic in dieser Auseinandersetzung unterstützt werde. Gleichzeitig hätten die Novomatic-Vertreter die Möglichkeit von Parteispenden an die ÖVP angedeutet.

Blümel legt Wert auf die Feststellung, dass er zum damaligen Zeitpunkt nicht Mitglied der Bundesregierung war, sondern Wiener ÖVP-Chef. Heimische Unternehmen in Streitigkeiten mit ausländischen Steuerbehörden zu unterstützen sei "eine Selbstverständlichkeit" - und Parteispenden der Novomatic an die ÖVP habe es keine gegeben, beteuert der Finanzminister.

Ein wesentlicher Puzzlestein in den Ermittlungen dürfte ein SMS im Juli 2017 vom damaligen Novomatic-Chefs Neumann an den damaligen Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel gewesen sein. Laut dem Nachrichtenmagazin "Profil" schrieb Neumann an Blümel: "Bräuchte kurzen Termin bei Kurz. 1) wegen Spende 2) wegen des Problems, das wir in Italien haben". Kurz war damals Außenminister.

Blümel und Novomatic wehren sich

Am Donnerstagabend sagte Blümel schließlich: "Es hat nie Parteispenden der Novomatic gegeben als Sebastian Kurz Bundesparteiobmann war." Die Frage, ob es Spenden an parteinahe Vereine gab, wollte er nicht beantworten. Nur so viel: "Die Spendenlisten an die ÖVP sind einsehbar." An Rücktritt denkt Blümel übrigens nicht.

Der Anwalt Nibert Wess teilte mit, dass sein Mandat, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, festhalte, "dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt." orf.on zitierte Wess in Bezug auf die SMS mit der Aussage: "Bei der Spende handelte es sich nach Erinnerung meines Mandanten um eine karitative Sache, völlig losgelöst von dem Italien-Thema."

Die Opposition forderte geschlossen Blümels Rücktritt. Sowohl für den SPÖ-Fraktionsführer im Ibizausschuss, Jan Krainer, als auch für dessen Pendant auf blauer Seite, Christian Hafenecker, könne Blümel nicht Beschuldigter in Ermittlungen wegen Bestechung durch einen Glücksspielkonzern und gleichzeitig oberste Fachaufsicht für diesen Glücksspielbereich sein. Ebenso äußerte sich Neos-Chefin Beate Meisl-Reisinger.

Die Grünen schlossen sich der Rücktrittforderung nicht an. Aber sie erinnerten daran, dass die Hausdurchsuchung "nach Bewilligung durch ein unabhängiges Gericht" durchgeführt wurde. "Offenbar gibt es einen begründeten Verdacht, der dies rechtfertigt. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft am Zug", sagte Klubchefin Sigrid Maurer.

„www.tt.com“, 11.02.2021

Verdacht auf Novomatic-Spende: Razzia bei Finanzminister Blümel

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) gerät in der Casinos-Affäre in schwere Bedrängnis. Bei ihm wurde – ebenso wie bei zwei weiteren Beschuldigten – eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es geht um potenzielle Parteispenden der Novomatic an die ÖVP. Die Opposition fordert geschlossen Blümels Rücktritt. Das lehnte der Minister am Donnerstag ab.



Blümel erfährt von seinem Beschuldigtenstatus aus den Medien. © HELMUT FOHRINGER

Wien – In Österreich ist es am Donnerstag zu einer Hausdurchsuchung bei einem amtierenden Minister gekommen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hielt Nachschau bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Es geht um Ermittlungen zu Novomatic. Blümel bestätigte der APA, dass er beschuldigt wird, wies die Spendenvorwürfe aber als falsch zurück. Die Opposition forderte den Rücktritt Blümels, den dieser ausschließt. Die Grünen wollen Aufklärung.

Blümel, der am Abend vor die Kameras trat, will den Rücktrittsforderungen "sicher nicht nachkommen", wie er sagte. Der Frage, ob es Spenden der Novomatic an parteinahe Vereine gab, wies Blümel aus. Er wiederholte in der knapp fünfminütigen Presseerklärung mehrfach, dass die Vorwürfe falsch und einfach zu widerlegen seien.

Auf die Journalistenfrage, ob es Spenden des Glücksspielunternehmens an Vereine gab, sagte Blümel, dass "seitdem ich Landesparteiobmann der ÖVP Wien bin und seitdem Sebastian Kurz Bundesparteiobmann ist, hat es keine Spenden der Novomatic an die Landespartei Wien oder an die Bundespartei gegeben". Bei der nochmaligen Nachfrage nach Spenden an Vereine beendete Blümel die Pressekonferenz und setzte seine FFP2-Maske auf.

Hausdurchsuchung von Richter angeordnet

Die WKStA hatte Blümel für Donnerstagvormittag zu sich gebeten. Blümel sprach danach von einem "guten Gespräch" mit dem Staatsanwalt. Die "freiwillige Nachschau" bei Blümel zuhause ist im Anschluss an die Einvernahme durchgeführt worden. Dabei sind Unterlagen und elektronische Geräte sichergestellt worden. Die Razzia muss bereits länger geplant gewesen sein, für eine Hausdurchsuchung braucht es nämlich eine richterliche Anordnung. Wie "Der Standard" (Donnerstagsausgabe) berichtete, soll die WKStA deshalb auch nicht glücklich gewesen sein, dass Blümels Beschuldigtenstatus im Casinos-Akt vor zwei Tagen medial bekannt wurde.

Die WKStA teilte am Nachmittag mit, dass sie heute Hausdurchsuchungen "an mehreren Standorten in Privat- und Unternehmensräumlichkeiten" durchgeführt habe. Neben Blümel werden zwei weitere, in der Aussendung nicht genannte, Personen beschuldigt. Es geht um den Verdacht der Bestechlichkeit auf der einen Seite und um den Verdacht der Bestechung andererseits. "Den Ermittlungen liegt der Verdacht zugrunde, dass ein Verantwortlicher eines Glücksspielunternehmens Spenden an eine politische Partei im Gegenzug für die Unterstützung von Amtsträgern der Republik Österreich bei einer dem Unternehmen drohenden Steuernachforderung im Ausland angeboten habe", so die WKStA. "Die Hausdurchsuchungen wurden gerichtlich bewilligt und vorab der Oberstaatsanwaltschaft Wien berichtet."

Der Anwalt Nibert Wess teilte indes mit, dass sein Mandant, der Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, festhalte, "dass es weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten - insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien - zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt. Mag. Neumann weist sämtliche Vorwürfe entschieden zurück und ist davon überzeugt, dass es rasch zu einer Aufklärung dieser falschen Rückschlüsse kommt".

Nachricht von Neumann an Blümel im Zentrum

Laut Medienberichten geht es um eine Nachricht, die Blümel 2017 von Neumann erhalten haben soll. Darin soll Neumann den damaligen Wiener ÖVP-Chef und nicht amtsführenden Wiener Stadtrat um die Vermittlung eines Termins beim damaligen Außenminister und heutigen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) gebeten haben. Der "Standard" zitierte am Abend aus der Anordnung zur Hausdurchsuchung. Neumann schrieb demnach am 10. Juli 2017 an Blümel: "Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problemes, das wir in Italien haben!" Novomatic machten in Italien zu der Zeit strengere Glücksspielgesetze und eine Steuernachzahlung zu schaffen.

Laut "Standard" stellten die Ermittler die Kommunikation zwischen Blümel und Neumann in ihrer Durchsuchungsanordnung in einen Zusammenhang mit der damaligen Neuaufstellung der ÖVP. Kurz hatte die Partei im Mai 2017 übernommen, die Machtübernahme war zuvor von seinem Umfeld geplant worden. Dazu existieren Dokumente, die unter dem Namen "Operation Ballhausplatz" bekannt sind. Laut der Ermittlungsanordnung kam es "im Zuge des Projekts ÖVP neu" im Frühjahr 2017 zu einem Treffen zwischen Kurz, Neumann und dem damaligen Novomatic-Sprecher. Dieser schrieb danach in Chats an Neumann, dass Kurz die "Finanzierung der Bundespartei" offenbar "vergessen" habe, dort sei es "ziemlich trist". Zwei Wochen später soll sich Neumann dann intern dafür eingesetzt haben, dass offene Parteispenden zulässig seien. Im Juli 2017 schrieb der Novomatic-Sprecher seinem Chef, dass der ÖVP-Spender Stefan Pierer die Summe aller Kleinspenden an die Partei "verdoppeln" wolle. "Wir haben noch etwas Besseres vor :))", soll Neumann geantwortet haben.

Opposition fordert Rücktritt von Blümel

Die Opposition forderte am Donnerstag geschlossen Blümels Rücktritt. Sowohl für den SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-Untersuchungsausschuss, Jan Krainer, als auch für dessen Pendant auf blauer Seite, Christian Hafenecker, kann Blümel nicht Beschuldigter in Ermittlungen wegen Bestechung durch einen Glücksspielkonzern und gleichzeitig oberste Fachaufsicht für diesen Glücksspielbereich sein. Auch NEOS-Chefin Beate Meini-Reisinger fand "das geht sich nicht mehr aus - Gernot Blümel muss zurücktreten". Für SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner "versinken Teile dieser Regierung im Korruptionssumpf".

Blümel könne "keinen Tag länger" Finanzminister bleiben, ohne dass die Vorwürfe restlos aufgeklärt seien, so Krainer: "In einem zivilisierten Land nimmt der Finanzminister seinen Hut." Krainer berichtete von derzeit laufenden Gesprächen zwischen den parlamentarischen Klubs, wie man gemeinsam vorgehen soll. Nach Blümels Statement am Abend ortet Krainer eine Falschaussage des Finanzministers im Ibiza-U-Ausschuss. Denn bei der Pressekonferenz habe Blümel eingeräumt, dass die Novomatic an ihn mit einem Spendenangebot herangetreten sei, was er bei seiner Befragung im Ausschuss jedoch verneint habe. Blümel sagte laut Krainer dort auf eine entsprechende Frage: "Ich kann für mich ausschließen, dass ich mich daran erinnern kann, dass das ein Thema war." Bemerkenswert ist für Krainer auch, dass Blümel Kurz in die Causa mit hinein ziehe, indem er bestätigt, dass er die Bitte des Glücksspielkonzern zur Intervention in einer Steuersache in Italien angenommen und an Kurz als damaligen Außenminister weitergegeben habe.

Für Hafenecker gibt es für Blümel "keine andere Option" als dessen Rücktritt. Sollte dieser nicht erfolgen, sieht der Freiheitliche Bundeskanzler Kurz (ÖVP) in der Pflicht: "Kurz muss wissen, was zu tun ist und den Finanzminister entlassen." FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz forderte ein Machtwort von Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Grünen reagieren noch vorsichtig

Der Grüne Koalitionspartner schloss sich den Rücktrittforderungen vorerst nicht an. "Minister Blümel muss unverzüglich alles dazu beitragen, um die Vorwürfe zu klären, und vollumfassend mit den ermittelnden Behörden kooperieren", erklärte die Grüne Klubchefin Sigrid Maurer in einem Statement am Donnerstagnachmittag. Sie erinnerte aber daran, dass die Hausdurchsuchung "nach Bewilligung durch ein unabhängiges Gericht" durchgeführt worden sei. "Offenbar gibt es einen begründeten Verdacht, der dies rechtfertigt. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft am Zug", so Maurer.

Der Grüne Vizekanzler Werner Kogler äußerte sich zur Hausdurchsuchung bei Blümel nicht. Er sagte, "als Justizminister in Vertretung kann und will ich laufende Verfahren und Ermittlungsschritte nicht kommentieren". Die Staatsanwaltschaft müsse ohne jeden Anschein von politischer Einflussnahme auf Basis der Gesetze arbeiten können. Kogler vertritt derzeit die Grüne Justizministerin Alma Zadic, die gerade in Mutterschutz ist.

Der ÖVP-Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss, Wolfgang Gerstl, sieht keinen Grund für einen Rücktritt des Finanzministers. "Seitdem Sebastian Kurz Bundeskanzler und Parteiobmann ist, hat die ÖVP keine Spenden von Glücksspielkonzernen, Waffenunternehmen oder Tabakkonzernen angenommen", wie er in einem Statement am Rande des Ausschusses festhielt. Zudem seien alle Spenden der ÖVP öffentlich einsehbar - "so hat es auch Blümel in Wien gehandhabt".

Vorwürfe für ÖVP "nicht nachvollziehbar"

Die jetzt aufgekommenen Vorwürfe seien in "keiner Weise nachvollziehbar", so Gerstl: "Es gab keine Parteispende der Novomatic auf Bundes- oder Landesebene." Auf Nachfrage, ob es sich eventuell um eine Spende an einen parteinahen Verein oder Vorfeldorganisationen gehandelt haben könnte, meinte Gerstl, dass er keine Kenntnis davon habe, und hielt abermals fest: "Es gibt keine Parteispende von der Novomatic an die ÖVP."

Auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger stellte sich hinter Blümel. "Es muss Schluss sein mit übereilten, reflexartigen Vorverurteilungen. Das schadet nicht nur der politischen Kultur in diesem Land, sondern der Demokratie insgesamt", befand Wöginger.

Blümel will zu Aufklärung beitragen

Blümel selbst sagt, jetzt, wo er die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft kenne, könne er diese aufklären. "Ich bin jederzeit bereit, alles weitere Notwendige beizutragen, um eine schnelle Aufklärung zu ermöglichen und die falschen Vorwürfe zu widerlegen", so der Minister in einer schriftlichen Stellungnahme zu Mittag.

"Spenden von Glücksspielunternehmen hätten und haben wir nie angenommen, schon gar nicht, wenn noch zusätzlich eine Gegenleistung im Raum stünde", wies Blümel die Vorwürfe zurück. "Anliegen von österreichischen Unternehmen im Ausland werden täglich an die Politik herangetragen und sind selbstverständlich, wenn es im Sinne des Einsatzes für österreichische Arbeitsplätze geht." Die Spendenlisten der ÖVP-Bundespartei und der ÖVP-Wien seien "öffentlich und für jeden einsehbar", versicherte Blümel. "Es wurden keine Spenden von Novomatic angenommen."

Dass Blümel als Beschuldigter geführt wird, war am Dienstag öffentlich bekannt geworden. Ein "Dossier"-Journalist hatte eine aktuelle Auflistung der im Casinos-Akt als Beschuldigte geführten Personen auf Twitter verbreitet. Eine offizielle Bestätigung gab es zwei Tage lang nicht, die WKStA gab dazu keine Auskunft. Blümels Anwalt hatte daraufhin bei der Staatsanwaltschaft urgiert, wie denn nun der Status sei. Laut Strafprozessordnung müssen Beschuldigte "sobald wie möglich" von Ermittlungen informiert werden.

Bestellung Sidlos Kern der Ermittlungen

Kern der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der sogenannten Causa Casinos war die Bestellung des FPÖ-Manns Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo zum Casinos-Finanzchef nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe. Im Zuge der Ermittlungen dürfte der Verdacht gegen Blümel aufgekommen sein. Novomatic war bis vor kurzem einer der drei bestimmenden Aktionäre der Casinos Austria AG, verkaufte seinen Anteil aber an den nunmehrigen tschechischen Mehrheitseigentümer Sazka. Die Staatsholding ÖBAG hält 33,24 Prozent an dem Glücksspielkonzern.

Blümel war in der Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition Kanzleramtsminister von Sebastian Kurz (ÖVP). Ermittelt wird unter anderem auch gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und ÖBAG-Chef Thomas Schmid. In der Causa gab es bereits etliche Hausdurchsuchungen bei früheren Spitzenpolitikern, vom ehemaligen blauen Vizekanzler Strache abwärts. Für alle Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung. (TT.com, APA)

„Wiener Zeitung“, 11.02.2021

Rücktrittsaufforderungen an Blümel

Der Finanzminister soll in der Causa Casinos als Beschuldigter geführt werden.

Der Anwalt von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) um Auskunft ersucht, ob tatsächlich gegen den türkisen Spitzenpolitiker ermittelt wird. Der Rechtsbeistand habe bei der zuständigen Staatsanwaltschaft urgiert, wie der Status sei und ob der Finanzminister als Beschuldigter geführt werde. Es gebe aber noch keine Antwort, sagte ein Sprecher von Blümel.

Wenn der Finanzminister wirklich als Beschuldigter in den Ermittlungen zu Casinos Austria und Novomatic geführt wird, so muss dieser zeitnah darüber informiert werden. Das ist in den Beschuligtenrechten in der Strafprozessordnung (StPO) geregelt. Da es sich um einen Verschlussakt handelt, gibt die WKStA darüber keine Auskunft.

Seitens der Regierung äußerte sich am Mittwoch dazu Verteidi-

gungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) im Pressefoyer nach dem Ministerrat auf entsprechende Journalistenfragen. Sie fand es „als Juristin“ verwunderlich, wenn bei der Einleitung eines Verfahrens der Betroffene nicht verständigt werde.

Blümel als 20. Beschuldigter auf einer Liste

Am Dienstag war eine Auflistung der Beschuligten in der Causa Casinos aufgetaucht, der zufolge der Finanzminister als inzwischen 20. Beschuldigter geführt wird. Laut Rechercheplattform „Dossier“ handelt es sich um einen Vorlagebericht der Gerichtsabteilung 316 des Landesgerichts für Strafsachen Wien vom 15. Jänner 2021. Blümel hat demnach Beschuligtenstatus wegen des Verdachts der Verletzung des Paragraphen 153 (Untreue) oder 302 (Amtsmissbrauch) oder 304 (Be-

stechlichkeit) oder 307 (Bestechung). Blümel sagt, es könne sich nur um falsche Vorwürfe handeln. Kern der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ist die Bestellung des FPÖ-Manns Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand und mögliche Absprachen im Hintergrund. Blümel war zu dieser Zeit der ÖVP-FPÖ-Koalition Kanzleramtsminister von Sebastian Kurz.

Rücktrittsreif – sollte sich der Beschuligtenstatus bestätigen – sehen die Freiheitlichen Blümel als Finanzminister. FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker würde es jedenfalls nicht wundern, sollte dem so sein, wie er sagte. Das Finanzministerium sei ja bereits als „Black Box“ bekannt. SPÖ und Neos finden, Beschuldigter und gleichzeitig als Finanzminister Aufseher und Eigentümervertreter der Casinos zu sein, gehe nicht. ■

„Kurier“, 11.02.2021

Abrechnung einer Staatsanwältin

U-Ausschuss. Gestern war eine Ex-WKStA-Staatsanwältin geladen. Die Frage, ob Gernot Blümel als Beschuldigter von der WKStA geführt wird, wurde zur heißen Kartoffel

VON IDA METZGER

Wird Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) nun als Beschuldigter in der Causa Casinos/Novomatic geführt oder nicht? Diese Frage ist selbstverständlich heiß. Sie beschäftigt nicht nur die Republik, seit das Gerücht am Dienstagmittag erstmals auftauchte, sondern auch den Ibiza-U-Ausschuss.

Denn eine offizielle Bestätigung seitens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (kurz WKStA) gibt es bis jetzt noch nicht. Auch der Anwalt von Blümel fragte bei der WKStA vergeblich nach.

Der Finanzminister habe keine Kenntnis, ob er wegen des Verdachts der Untreue, oder des Amtsmissbrauchs oder der Bestechlichkeit oder der Bestechung als Beschuldigter geführt wird.



Anwalt M. gilt als einer der Organisatoren des Ibiza-Videos

Was ist da näherliegend, als diesen Prozess abzukürzen und gleich eine ehemalige WKStA-Staatsanwältin – nämlich Christina Jilek – im U-Ausschuss zu befragen.

20 Minuten Beratung

Sie war gestern als Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss geladen. „Wissen Sie, welchen Status Gernot Blümel hat?“ will Katharina Kucharowits (SPÖ) wissen.

Die Kartoffel war heiß – und löste Beratungen von über 20 Minuten aus. Jilek berät sich mit ihrer Vertrauensperson und dem Verfahrensrichter und der Vorsitzende werden konsultiert.

Als Antwort gibt es ein Ausweichmanöver: Sie kön-



Im Ibiza-Untersuchungsausschuss gab sich einer der Drahtzieher des Ibiza-Videos wortkarg

nen den aktuellen Stand nicht sagen, weil sie keine WKStA-Staatsanwältin mehr sei.

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer lässt nicht locker, und meint, dass es auch der Stand von Dezember sein könne. „Fragezeit abgelaufen“, sagt U-Ausschuss-Vorsitzender Wolfgang Sobotka.

„Sie sind 1,5 Minuten drüber und können das in der nächsten Runde fragen.“ Die Republik tappt also weiter im Dunklen.

Zuvor hatte Jilek, wie alle anderen WKStA-Staatsanwältin, die als Auskunftspersonen in den vergangenen Monaten geladen waren, die

Gelegenheit genützt, um den Justizkrieg zwischen der WKStA auf der einen Seite und dem Duo Johann Fuchs, Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, und Sektionschef Christian Pilnacek auf der anderen Seite weiter zu befeuern.

Gleich beim Eingangs-

statement, das Jilek schnell, fast zu schnell herunterartete, beklagte sie den Druck, der auf die WKStA ausgeübt werde. Es habe einfach zu viele „Störfeuer“ gegeben, berichtete Jilek, die nach 13 Jahren in ihrer Funktion das Handtuch geworfen hatte.

An die Abgeordneten appellierte Jilek, die Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft von deren „politischem Korsett“ zu befreien.

Der Tropfen, der für Jilek das Fass zum Überlaufen gebracht habe, sei eine dienstrechtliche Maßnahme durch Fuchs gewesen, schilderte Jilek, da sich ein falsches eMail im „Tagebuch“ – also der Dokumentation ihrer Arbeit – befunden hatte. Auf eigene Kosten habe sie dann die Disziplinarmaßnahme samt dem „völlig haltlosen“ Vorwurf – erfolgreich – bekämpft, so Jilek.

Sie stellte auch den Vorwurf in den Raum, dass Hausdurchsuchungen vorab Verdächtigen verraten worden sein könnten. So habe Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann bei der Hausdurchsuchung gesagt: „Ich warte schon seit 14 Tagen auf euch.“

Verweigerte Auskunft

Gestern war auch jener Anwalt M. im Untersuchungsausschuss geladen, der in die Vorbereitung des Ibiza-Videos involviert gewesen sein soll. Bei seiner Befragung läuft es wie schon so oft im Ibiza-U-Ausschuss: Da sitzt eine Art „Jackpot“ vor den Abgeordneten, aber niemand kann ihn knacken.

Was könnte Anwalt M. nicht alles erzählen? M. soll das brisante Material vor dessen Veröffentlichung mehreren Parteivertretern angeboten haben. Doch die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn. Daher wurden die Abgeordneten selbst bei läppischen Fragen mit dem Satz abgefertigt: „Ich verweigere die Antwort, weil die Gefahr der Selbstbelastung besteht.“

„Standard“, 11.02.2021

Der vielleicht beschuldigte Finanzminister

Wird gegen Gernot Blümel ermittelt? Klar ist nur: Es gilt die Unschuldsvermutung

Am späten Dienstagnachmittag wirbelte ein Tweet die heimische Politik durcheinander: Ashwien Sankholkar, meist sehr gut informierter Chefreporter der Rechercheplattform *Dossier*, hatte entdeckt, dass Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) als Beschuldigter geführt wird. Genannt wird Blümel auf einer jener Listen, die alle Angezeigten, Verdächtigen und Beschuldigten in einem Strafakt anführen. Das entsprechende Dokument im Casinos-Akt soll Mitte Jänner aufgefrischt an den U-Ausschuss geliefert worden sein, mitsamt der Nennung Blümels.

Der Finanzminister tauchte immer wieder in den Akten auf, er kommunizierte unter Türkis-Blau, als er Kanzleramtsminister war, durchaus intensiv mit dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann. Offenbar wollte der Glücksspielkonzern über Blümel einen Termin bei Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) organisieren. Neumann wollte Blümel

im Novomatic-Forum treffen, denn „da hört wenigstens niemand zu! Kann Fisch bestellen!“ Außerdem wollte man sich bei einer Veranstaltung „kurz zurückziehen (das Schloss ist ja groß genug ;-))“.

Blümel will Auskunft

All das ist schon monatelang bekannt, Neumanns Smartphone wurde schon lange ausgewertet. Die SPÖ hatte dann im Laufe des Ibiza-Ausschusses die These entwickelt, es habe einen „ÖVP-Novomatic-Deal“ gegeben – und den auch zur Anzeige gebracht. Die Novomatic bestreitet das vehement, sie reichte sogar Klage gegen den roten Fraktionsführer Jan Krainer ein. Aufgrund der Sachverhaltsdarstellung der SPÖ wurde Blümel offenbar im Herbst zum „Angezeigten“, die WKStA sah aber keinen Anfangsverdacht, sodass Blümel hier weder zum „Verdächtigen“ noch zum „Beschuldigten“ wurde.

Wie kam Blümel nun auf die Liste der Beschuldigten? Die WKStA gibt dazu keine Aus-



Gernot Blümel will wissen, ob man gegen ihn ermittelt.

Foto: APA/Fohringer

kunft; der Finanzminister erhielt auch keine Verständigung. Wäre er tatsächlich Beschuldigter, wäre das nur erlaubt, wenn seine Benachrichtigung die Ermittlungen gefährden würde. In den Akten finden sich bislang keine Vorwürfe gegen Blümel. Sein Anwalt will nun von der WKStA Klarheit erlangen.

Dazu im U-Ausschuss befragt, wollte die ehemalige Staatsanwältin Christine J. keine Auskunft erteilen. „Es ist nicht so einfach, die Antwort zu geben“, sprang ihr der Verfahrensrichter bei. Ein Nachbohren Krainers bei J. wurde von Blümels Parteifreund Wolfgang Sobotka, dem Ausschussvorsitzenden, unterbrochen. Die Angelegenheit ist jedenfalls bizarr. So blieb der Opposition nichts anderes übrig, als den Rücktritt Blümels in eventu zu fordern – sollte er tatsächlich Beschuldigter sein. Der fühlt sich unbescholten.

In der WKStA soll man über das Versehen, also das öffentliche Bekanntwerden des möglichen Beschuldigtenstatus, jedenfalls nicht glücklich sein. (fsc, gra)

FLORIAN SCHEUBA

Lache, Lümel, Lobotka



So viele Kinder kann Karl Nehammer gar nicht abschieben lassen, um dauerhaft von den derzeit im Tagesrhythmus enthüllten Beispielen für Korruption und Unfähigkeit im Verantwortungsbereich seines Ministeriums abzulenken. Das ahnend, könnte er in Zukunft öfter auf die „Mein Name ist Hase“-Strategie setzen, wie er es schon unlängst bei der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Neos getan hat. Steffi Krisper und Co wollten von ihm wissen, worum es bei einem Treffen zwischen dem Novomatic-Lobbyisten B. und dem hohen In-

nenministeriumsbeamten T. gegangen ist, woraufhin Nehammer behauptete, ein „wie auch immer geartetes Verhältnis“ des B. zu Novomatic sei weder ihm als Minister noch den Beamten seines Ministeriums bekannt.

Eine Wissenslücke, die erstaunlich wirkt, denn zu ihrer Schließung hätte er nur nachfragen oder -lesen müssen, was ein paar Monate zuvor im parlamentarischen Untersuchungsausschuss besprochen wurde. Dort berichtete die zum Thema „Novomatic zahlt an alle drei“ geladene Auskunftsperson Peter Barthold von diversen Pro-Novomatic-Interventionen des besagten Herrn B., die in einer bizarren Drohbotschaft gipfelten: Einen mit Barthold befreundeten

ÖVP-nahen Geschäftsmann mit besten Kontakten zu Kanzlerberater Bernhard Bonelli warnte B. per Mail, dass es „wegen dieser Novo/Barthold-Scheiße eng für Dich wird, weil Du in Deinem naiven Gutmenschentum so was von dämlich agierst ... Du Depp bist schon viel zu weit gegangen, ohne dass es Dir was bringt, angenommen Riesenprobleme. Hör auf mich, verdammt nochmal!!!!“

Nun könnte man meinen, das öffentliche Bekanntmachen solcher Drohungen – sogar die *Kronen Zeitung* hat darüber berichtet – müsste auch die Wahrnehmungsschwelle eines vielbeschäftigten Innenministers problemlos überschreiten. Bei Karl Nehammer war diese Schwelle aber mög-

licherweise blockiert, weil er B. noch als aktiven Kommunikator in ganz anderer Sache gedanklich abgespeichert hatte. Nämlich als „Medienberater“ des legendären Eurofighter-Lobbyisten Herbert Werner.

Herr Werner hatte einst vom Eurofighter-Hersteller EADS 6,5 Millionen Euro bekommen, mit denen er laut B.s Angaben „verhindern sollte, dass Jörg Haider den Eurofighter-Deal platzen lässt“. Ein letztendlich von Erfolg gekröntes Vorhaben, das von den österreichischen Steuerzahlerinnen und -zahlern finanziert wurde, diesen aber immerhin einen kleinen Trost in Form eines oft zitierten Skurrilitäts-Höhepunktes der heimischen Korruptionsgeschichte gespendet

hat: Die bei EADS gefundenen Leistungsbeschreibungen von Werners Firma „City Chambers“, nämlich „Lobbying bei Dr. W. Lüssel, Dr. J. Laider und K.H. Lasser“.

Zwischen all den fassungslos machenden Ungeheuerlichkeiten des Eurofighter-Schmiergeld-Skandals bietet diese Anekdote wenigstens ein bisschen Anlass zum Schmunzeln. Und wer weiß, vielleicht tauchen auch in der „Novomatic zahlt an alle drei“-Affäre noch ähnlich erheiternde Dokumente auf. Denkbar wäre beispielsweise folgende Leistungsbeschreibung: „Lobbying bei H.C. Lache, Mag. G. Lümel und Mag. W. Lobotka“. Da könnte dann sogar unser Innenminister ahnen, von wem hier die Rede ist.

Causa Novomatic: Finanzminister Blümel angeblich als Beschuldigter geführt

WKStA-Sprecher lehnt Klarstellung, ob die Behauptung stimmt, ab. Der Minister ist nach eigenen Angaben nie kontaktiert worden

Ibiza-Folgen. Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wird in der sogenannten Causa Casinos angeblich als Beschuldigter geführt. Das soll aus einer aktuellen Auflistung der im Casinos-Akt als Beschuldigte geführten Personen hervorgehen, die am Dienstagmittag auf Twitter verbreitet wurde. Eine Bestätigung gab es zunächst nicht. Auch der Minister weiß nach eigenem Bekunden dazu nichts.

„Aus Medien erfahren“

„Ich habe davon aus den Medien erfahren und bislang keine Information oder Bestätigung durch die WKStA erhalten“, ließ Blümel über seinen Pressesprecher erklären. Und weiter: „Es kann sich nur um falsche Vorwürfe handeln.“



„Vorwürfe können nur falsch sein“: Minister Gernot Blümel

Ich bin höchst interessiert daran, diese falschen Vorwürfe in Zusammenarbeit mit den Behörden aufzuklären.“

Rot-Pink: „Rücktritt“

Die Opposition hingegen sieht Blümel rücktrittsreif. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer twitterte, dass Blümel nicht gleichzeitig die Casinos beaufsichtigen könne. „Wann hat (Bundeskanzler Sebastian) Kurz einen Termin bei (Bundespräsident Alexander) Van der Bellen?“, so Krainer.

Stephanie Krisper, NEOS-Fraktionsführerin im „Ibiza“-Untersuchungsausschuss, meinte Dienstagabend in einer Aussendung: Er ist immerhin als Minister für die Kontrolle und Überwachung des Glücksspiels in unserem

Land verantwortlich und über die ÖBAG Eigentümervertreter der Casinos und Lotterien. Das und gleichzeitig Beschuldigter in einem Strafverfahren zu sein, geht sich nicht aus. Sollten sich die Medienberichte bewahrheiten, muss Blümel für die Zeit der Aufklärung sein Amt als Finanzminister ruhend stellen.“

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die die Casinos-Ermittlungen als Verschlussache führt, gab am Dienstag auf APA-Anfrage unter Verweis auf die Persönlichkeitsrechte keine Auskunft. Laut „Dossier“ handelt es sich bei der Unterlage um einen Vorlagebericht der Gerichtsabteilung 316 des Landesgerichts für Strafsachen Wien vom 15.

Jänner 2021. Blümel hat demnach Beschuldigtenstatus wegen des Verdachts der Verletzung des Paragraphen 153 (Untreue) oder 302 (Amtsmissbrauch) oder 304 (Bestechlichkeit) oder 307 (Bestechung).

Beschuldigten-Liste

Blümel wird einem Faksimile zufolge als 20. Beschuldigter in den Ermittlungen um die Casinos Austria und Novomatic AG geführt. Zu möglichen Vorwürfen gegen Blümel geht aus der Unterlage nichts hervor. Eine etwaige Verstrickung des amtierenden Finanzministers in der Sache war medial bisher nichts bekannt. Kern der Causa Casinos ist die Bestellung von Peter Sidlo zum Casinos-Finanz-

vorstand. Blümel war zu dieser Zeit Kanzleramtsminister von Sebastian Kurz. Als Blümel Ende Juni 2020 im Ibiza-U-Ausschuss befragt worden war, hatte er jedenfalls keinen Beschuldigtenstatus.

Die WKStA ermittelt in der Causa Casinos unter anderem gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Ex-Finanzminister Hartwig Löger. Für die Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

Grundsätzlich müssen Beschuldigte von den Ermittlungsbehörden zeitnah darüber informiert werden, dass sie als Beschuldigte geführt werden. Es gibt aber Ausnahmen, etwa um Ermittlungen nicht zu gefährden.

„www.orf.at“, 10.02.2021

Causa Casinos: Blümel laut Bericht Beschuldigter

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wird in der Causa Casinos angeblich als Beschuldigter geführt. Das soll aus einer aktuellen Auflistung der im Casinos-Akt als Beschuldigte geführten Personen hervorgehen, die der „Dossier“-Journalist Ashwien Sankholkar gestern Nachmittag auf Twitter verbreitete. Eine Bestätigung gab es APA-Angaben zufolge nicht. Auch der Minister weiß nach eigenem Bekunden dazu nichts.

„Ich habe davon aus den Medien erfahren und bislang keine Information oder Bestätigung durch die WKStA (Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, Anm.) erhalten“, ließ Blümel über seinen Pressesprecher mitteilen. Und weiter: „Es kann sich nur um falsche Vorwürfe handeln. Ich bin daher höchst interessiert daran, diese falschen Vorwürfe in Zusammenarbeit mit den Behörden aufzuklären.“

WKStA verweist auf Persönlichkeitsrechte

Die WKStA, die die Casinos-Ermittlungen als Verschlussache führt, gab auf APA-Anfrage unter Verweis auf die Persönlichkeitsrechte keine Auskunft. Laut „Dossier“ handelt es sich bei der Unterlage um einen Vorlagebericht der Gerichtsabteilung 316 des Landesgerichts für Strafsachen Wien vom 15. Jänner 2021. Blümel habe Beschuldigtenstatus wegen des Verdachts der Verletzung des Paragraphen 153 (Untreue) oder 302 (Amtsmissbrauch) oder 304 (Bestechlichkeit) oder 307 (Bestechung).

Die WKStA ermittelt in der Causa Casinos unter anderen gegen Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Ex-Finanzminister Hartwig Löger. Für die Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung. Grundsätzlich müssen Beschuldigte von den Ermittlungsbehörden zeitnah darüber informiert werden, dass sie als Beschuldigte geführt werden. Es gibt aber auch Ausnahmen, etwa um Ermittlungen nicht zu gefährden.

Blümel für Opposition rücktrittsreif

Die Opposition sieht Blümel rücktrittsreif. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer schrieb bei Twitter, dass Blümel nicht gleichzeitig die Casinos beaufsichtigen könne. „Wann hat (Bundeskanzler Sebastian, Anm.) Kurz Termin bei (Bundespräsident Alexander, Anm.) Van der Bellen?“, so Krainer.

Stephanie Krisper, NEOS-Fraktionsführerin im „Ibiza“-Untersuchungsausschuss, meinte in einer Aussendung: „Er ist immerhin als Minister für die Kontrolle und Überwachung des Glückspiels in unserem Land verantwortlich und über die ÖBAG Eigentümerversorger der Casinos und Lotterien. Das und gleichzeitig Beschuldigter in einem Strafverfahren zu sein, geht sich nicht aus. Sollten sich die Medienberichte bewahrheiten, muss Blümel für die Zeit der Aufklärung in der Causa sein Amt als Finanzminister ruhend stellen.“

Seitens der FPÖ sagte Generalsekretär Michael Schnedlitz, es bedürfe jetzt voller Aufklärung. Bis dahin könne Blümel aber nicht im Amt bleiben. Wie sich bereits im laufenden Untersuchungsausschuss gezeigt habe, falle die Kugel in Glücksspielagenden immer auf Schwarz.

„Falter“, 10.02.2021

DIE WKStA

ist Österreichs Anti-
korruptionsbehörde. Sie protestiert
gegen Interventionen im Fall Ibiza

Operation

Die Staatsanwälte der WKStA beklagen, seit
Monaten unter Druck gesetzt zu werden.
Nun hat eine der besten Anklägerinnen,
Christina Jilek, das Handtuch geworfen.
Ihr Rückzug erregte wenig öffentliches
Aufsehen. Doch dahinter steckt ein justiz-
politisch eminent wichtiger Streit um die
Unabhängigkeit der Justiz, wenn sie gegen
Parteien und Minister ermittelt. Jilek wird
diese Woche im U-Ausschuss auftreten



Ilse-Maria Vrabl-Sanda ist Chefin der
WKStA. Sie steht im offenen Konflikt
mit der Oberstaatsanwaltschaft

I. Der Abgang

Ende Oktober des vergangenen Jahres hatte Christina Jilek, 40, endgültig genug. Die damals wohl wichtigste Korruptionsstaatsanwältin des Landes warf ihren Job als Ibiza-Ermittlerin hin, seit Jänner ist sie Zivilrichterin am Landesgericht ihrer Heimatstadt Graz. Aus und vorbei mit den Dienstreisen nach Wien, wo sie gemeinsam mit drei Kollegen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) die größte Bestechungsaffäre der jüngeren Geschichte, die Causa Ibiza und ihre Nebenfronten, hätte aufklären sollen.

Diesen Mittwoch kommt Jilek noch einmal nach Wien, in den parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Sie wird dort Zeugnis ablegen, wie ihre Vorgesetzten die Aufklärung „deutlich erschwert“ und „behindert“ hätten, wie es in einem von ihr mitverfassten Protestschreiben an die Justizministerin Alma Zadić (Grüne) heißt.

Einklang zu bringen.“ Der Auftrag, das Ibiza-Verfahren „frei von politischer Einflussnahme (...) zügig zu führen“, werde von Vorgesetzten „erschwert“.

Das sind schwerste Vorwürfe, geäußert von der Leiterin der größten Antikorruptionsbehörde des Landes. Die WKStA bat Zadić, sie möge doch bitte Oberstaatsanwalt Fuchs die Fachaufsicht endlich entziehen und diese an eine andere Oberstaatsanwaltschaft übertragen. Allzu vergiftet sei das Verhältnis. Die vielen Nadelstiche würden den ganzen Fall irgendwann zum Platzen bringen. Fuchs konterte: Er Sorge nur für gute Qualität. Er wolle keine Eskalation.

Zadić versprach einen „runden Tisch“. Doch dazu kam es noch nicht. Zuvor entmachtete sie den mächtigen Vorgesetzten in der Weisungspyramide, den exzentrischen Sektionschef Christian Pilnacek, der Fuchs immer wieder mit Aufträgen eindeckte. Aber das Kesseltreiben gegen Anklä-

Eineinhalb Jahre lang schrieb Jilek an fast 180 Berichten nach „oben“ mit, sie beantwortete Anfragen der Oberstaatsanwaltschaft, befolgte Weisungen und Erlässe und bekam Vorhalte. Sie kam dank der vielen, vielen Nadelstiche ihrer Vorgesetzten nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit, dem Ermitteln.

Schuld an ihrem Rückzug, so der Vorwurf der WKStA, sei vor allem einer: der Chef der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, der massiven Druck ausübe und dies als Qualitätskontrolle verkaufe. Die WKStA sieht ihn offenbar auch als Gegenspieler. Jileks Vorgesetzte, WKStA-Chefin Ilse-Maria Vrabl-Sanda, nahm sich bei ihrer Einvernahme am 3. Dezember 2020 auch kein Blatt mehr vor den Mund: „Ich war sehr lange, viele Jahre, selbst in der Fachaufsicht tätig, damals auch als Stellvertreterin des Leitenden Oberstaatsanwalts. Ich habe schon eine Ahnung, wie und wann die Dienstaufsicht tätig wird, und das, was wir jetzt in Zusammenhang mit der Arbeit in diesem Ibiza-Verfahrenskomplex erleben, kann ich nicht nachvollziehen.“

Schon in einem internen Bericht, den die WKStA im Mai 2020 an Justizministerin Zadić richtete, wird intern Alarm geschlagen – vergebens. Die ausufernde Berichtspflicht, aber auch viele andere Aktionen von oben würden offenbar dazu dienen, „großen Druck auf die WKStA und die Sachbearbeiter*innen des Verfahrens auszuüben“. Durch „seitenweise Berichtsaufträge und andere Erlässe wird der WKStA die Sacharbeit, die aufgrund der äußeren Einflüsse auch in diesem Verfahren ohnehin schon herausfordernd genug ist, deutlich erschwert“. Und weiter: „Aus Sicht der WKStA ist die Art der Ausübung der Dienst- und Fachaufsicht auch nicht mit dem Gebot eines „achtungsvollen Umgangs“ eines Vorgesetzten mit Mitarbeiter*innen in

rin Jilek nahm kein Ende. Im Gegenteil: Weil Jilek einen Vermerk, wonach die Akten der Schredder-Affäre (konspirative Vernichtung von fünf Festplatten des Bundeskanzleramts) nicht dem Parlament vorzulegen sind, angeblich in den falschen Ordner (im Fachjargon „Tagebuch“) gelegt hatte, wurde sie von Oberstaatsanwalts-Chef Fuchs mit einer sogenannten „Ausstellung“ bestraft, einer Art disziplinärem Verweis, der ihre Karrierechancen schmälert. „Das ist nicht wurscht“, sagt Vrabl-Sanda, „das ist für eine junge Kollegin erheblich und bedeutsam.“

Jilek protestierte erfolgreich gegen die Sanktion, Zadić zog die „Ausstellung“ zurück. Aber die Staatsanwältin verstand die Message.

Ihr Abgang hat im Herbst kaum Schlagzeilen gemacht. Das liegt wohl auch daran, dass Jilek – anders als manche ihrer Vorgesetzten – in der Öffentlichkeit unbekannt ist, obwohl sie die sensibelsten Fälle akribisch untersucht: etwa die Schredder-Affäre, den Casinos-Akt oder den Fall rund um die in Ibiza bekannt gewordenen Novomatic-Parteispenden. Anders als ihre Vorgesetzten tritt sie in den Medien nie in Erscheinung. Googelt man ihren Namen, findet man nicht einmal ein Foto von ihr. Bekannt ist nur, dass sie mit dem Chef der Oberstaatsanwaltschaft Graz verheiratet ist. In Kollegenkreisen nennt man sie eine stille und akribische Juristin. Auf dem Wiener Parkett tritt sie nicht auf. Im Schwarzen Kameel, dem Nobelbeisl in der Innenstadt, würde man sie – anders als ihren Sektionschef – wohl ebenso wenig antreffen wie beim Sauschädel-Essen in der Raiffeisen-Zentrale.

Jileks Abgang steht jedoch für ein Justizsystem, das engagierte Anklägerinnen maßregelt, statt sie zu befördern. Dank des U-Ausschusses und vieler geheimer Justizdokumente, die dem *Falter* vorliegen, kann

DIE VORGESETZTEN

Mächtige Beamte und Oberstaatsanwälte wollen die WKStA stärker kontrollieren und forderten eine Medienkampagne

man einmal hinter die Kulissen des Justizministeriums blicken. Ein Blick, der vielleicht erklärt, warum so viele politische Fälle jahrelang liegenbleiben oder versanden.

Der Fall Jilek zeigt auch, wie schlecht es in Österreich um die Unabhängigkeit der Korruptionsbehörde steht, wenn sie mutmaßliche Regierungskriminalität aufklären soll. Es geht also um ziemlich viel. Es geht um die Macht im Rechtsstaat, um die Unabhängigkeit der dritten Staatsgewalt. Aber alles der Reihe nach.

II. Die Eurofighter-Vorgeschichte

Wir schreiben den 15. Mai 2019. Zwei Tage vor dem Platzen der Ibiza-Affäre fliegt ein Justizskandal auf. Die WKStA zeigte nämlich ausgerechnet den Justiz-Generalsekretär im Justizministerium, Christian Pilnacek, wegen Amtsmissbrauchs an. Die Antikorruptionsbehörde suchte den offe-

niert. Die WKStA hatte es satt, dass Interventionen in Protokollen beschwichtigend als „Erörterung der Sach- und Rechtslage“ vertuscht werden. Und die Oberen, eher der konservativ-liberalen Reichshälfte zuzurechnen, wollten sich von den aufmüpfigen Unteren nicht mit solchen Methoden vorführen lassen. Alle zeigten einander gegenseitig an, nichts kam dabei heraus.

Pilnacek und der leitende Oberstaatsanwalt Johann Fuchs stachelten einander zudem zu einer Dirty Campaign auf. Fuchs schrieb an Pilnacek, der WKStA gehe es vor allem um die „Verteidigung der Komfortzone möglichst ohne Einflussmöglichkeit der Dienst- und Fachaufsicht“. Er forderte eine „Reaktion auf die Grenzüberschreitungen“ der Behörde, es bedürfe „gemeinsamer Strategien“, um dieses „sich ständig aufbauende Problem nachhaltig zu lösen“. Pilnacek antwortete: „Ich denke, man muss jetzt aktive und breite Öffentlichkeits-

Nadelstich

Die für den Ibiza-Fall verantwortliche Staatsanwältin gibt auf. Zu groß sei der Druck von oben geworden. Was ist da los im grün regierten Justizministerium? Ein Blick in die Akten

BERICHT: FLORIAN KLENK

nen Konflikt mit Vorgesetzten und anderen Machthabern im damals schwarz regierten Ministerium. Der Grund: die verpfuschte Causa Eurofighter und das Managementversagen Pilnaceks.

In einer geheimen Dienstbesprechung schilderten Jilek und einige andere Staatsanwälte – darunter der heutige Ibiza-Staatsanwalt Gregor Adamovic – ihrem Vorgesetzten die dramatische Lage. Sie hätten vor einigen Wochen von der Staatsanwaltschaft Wien den Eurofighter-Akt „geerbt“, doch der sei – dank des völlig chaotischen Ermittlungsstils eines offenbar alleingelassenen Beamten – ein „Super-GAU“. Ungeordnet, unübersichtlich und „wirklich ein Schas“, wie es sogar dem damals für den Akt zuständigen „Aufsichtsstaatsanwalt“ Richard Ropper in der Dienstbesprechung entfuhr. Auch Jilek war entsetzt.

Pilnacek spielte den Ball mit seiner bei Untergebenen oft gefürchteten cholerischen Art zurück: Er kritisierte mit einem Untergang ausgerechnet die WKStA, die den kaputten Akt in 70 Kartons geerbt hatte und aufarbeiten wollte. Die Eliteeinheit solle jetzt endlich in die Gänge kommen, unwichtige Nebenstränge und haltlose Anzeigen einstellen („Derschlags es!“), er werde ein Auge zudrücken.

Die Sache eskalierte, denn die WKStA hatte die Dienstbesprechung aufgenommen. Verdeckt und illegal, wie Pilnacek rügte. „Fürs Protokoll“, wie die WKStA sich rechtfertigte. Das Vertrauensverhältnis war rui-

arbeit betreiben und insgesamt die Leistungen der WKStA hinterfragen.“ So kam es auch. Ein Mitarbeiter Pilnaceks lieferte diesem noch am 21. Mai 2019 extra herausgesuchte fünf Fälle, in denen die Arbeit der WKStA schlampig gewesen sein soll. Pilnacek legte sie dem damaligen Justizminister Josef Moser vor, der eine Mediation forderte. Der Sitzkreis scheiterte.

III. Der Ibiza-Skandal

Das ist die Kulisse, vor der am Abend des 17. Mai 2019 die Ibiza-Affäre platzt. Nun passiert – zumindest aus der Sicht der WKStA – etwas Unerhörtes. Die Behörde, die extra dafür geschaffen wurde, Korruption auf Regierungsebene zu verfolgen, soll auf höchste Weisung – vorerst – nicht ermitteln, sondern nur das Video „beischaffen“. Am 18. Mai um 20.50 Uhr mailt Pilnacek an Fuchs: „HBM (Herr Bundesminister Josef Moser, ÖVP, Anm.) möchte der WKStA keine aktive Rolle zukommen lassen.“ Fuchs erlässt eine entsprechende Weisung, wonach die WKStA zwar das Video bei den Medien beschaffen, aber in der Sache nicht ermitteln solle. Es bestehe nämlich kein Anfangsverdacht. Auch die Medienarbeit erledige die Oberstaatsanwaltschaft.

Fuchs wird später aussagen, diese Weisung habe dazu gedient, der WKStA den

Fortsetzung nächste Seite

Das österreichische Justizsystem sieht vor, dass der (politisch besetzte) Justizminister, die Sektionschefs und die Oberstaatsanwälte auch in Korruptionsverfahren vorab über Hausdurchsuchungen informiert werden. Sie haben auch die Disziplinargewalt und das Weisungsrecht gegenüber der WKStA. Dieses wird derzeit massiv ausgeübt. „Zur Qualitätssicherung“, wie die Oberen sagen. „Aus politischer Gefallsucht“, sagen die Korruptionsermittler



Johann Fuchs leitet die Oberstaatsanwaltschaft. Er steht unter massiver Kritik von WKStA und Opposition

DIE AKTE IBIZA

Das auf Ibiza heimlich aufgenommene
Video löste eine wahre Flut an
Ermittlungen aus

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Beste-
chung von FPÖ-Abgeordneten und Ministern
durch die Firma Novomatic. Sie untersucht,
ob das Privatkrankenanstaltengesetz gekauft
wurde. Weiters werden Schenkungen von
Novomatic-Boss Johann Graf in Millionenhöhe
an Entscheidungsträger untersucht. Bei den
Ermittlungen wurde auch das Handy von Ex-Fi-
nanz-Generalsekretär Thomas Schmid entdeckt,
auf dem sich 300.000 Chats befinden. Politisch
brisant, aber verjährt ist auch die Förderung des
Alois-Mock-Instituts des U-Ausschuss-Vorsit-
zenden Wolfgang Sobotka. Eingestellt sind die
Ermittlungen in der sogenannten Schredder-
Affäre, bei der es um die heimliche
Beseitigung von fünf Festplatten aus dem
Kabinett von Kanzler Sebastian Kurz ging



Gudenus und Strache auf Ibiza: Kaum wurde das Video
veröffentlicht, wollte die Antikorruptionsbehörde
losstarten. Doch sie durfte per Weisung nicht

Rücken freizuhalten. Er habe nur gewollt,
dass man mehr Substrat für die „Anfangs-
verdachtsprüfung“ erhält. Die Beschützten
deuten die Weisung hingegen als Frontal-
angriff im vorausseilenden Gehorsam. Offen-
bar, so ihre Interpretation, sollte Zeit gewon-
nen werden. Aber wofür? Für das Wegschaf-
fen von Beweismitteln im Bundeskanzler-
amt? Unsinn, entgegnet Staatsanwalt Fuchs
im U-Ausschuss sinngemäß, das Gerede von
Strache sei einfach nicht strafbar gewesen.

Zwei Tage später beginnt die WKStA
dann doch zu ermitteln, Fuchs nimmt die
Weisung unter Druck der WKStA zurück,
diese liefert bereits kurz darauf erste Hin-
weise auf einen FPÖ-Verein, der Spenden
eines Immobilienkonzerns erhalten habe.
Im Innenministerium wird die Sonder-
kommission „Tape“ gebildet, bestehend aus
rund 24 Beamten, nur drei davon arbeiten
allerdings für die WKStA. Die Hinterbüh-
ne (wer drehte das Video) auszuleuchten
ist dem Innenressort wichtiger als die Vor-
derbühne, also die Korruption.

Auch sonst passiert Seltsames: Im Juli
veröffentlicht der *Falter* ein Video, auf dem
man den Assistenten von Sebastian Kurz,
Arno M., beim Schreddern von fünf Fest-
platten aus dem Bundeskanzleramt sieht –
und zwar nur wenige Tage bevor das Kabi-
nett Kurz stürzt.

Christina Jilek übernimmt den Fall, sie
sieht einen Zusammenhang mit Straches
Parteispenden-Vorwürfen auf dem Ibiza-Vi-
deo („Novomatic zahlt alle“) und schickt
einen Kriminalbeamten der Soko Tape los,
es ist R.

R. ermittelt schaumgebremst. Er kommt
zuerst bei der ÖVP-Zentrale vorbei, dann
besucht er M. in seiner Wohnung, scrollt
einmal durch dessen Handy und geht wie-
der. Auf eine Beschlagnahme von Arno
M.s Computer verzichtet er. Begründung:
Er sei in der ÖVP-Zentrale bereits von Ste-
fan Steiner, dem Chefberater von Sebas-
tian Kurz, gesehen worden. Da seien allfäl-
lige Beweise sicherlich schon gelöscht, eine
Nachschau sinnlos.

Für Christina Jilek ein unfassbarer Vor-
gang. Ohne Rücksprache sei M. sein Han-
dy ausgefolgt worden. Auch ihre Vorge-
setzte, Ilse-Maria Vrabl-Sanda, rügt im U-
Ausschuss das Vorgehen: „Das sagt einem
ja irgendwie schon der Hausverstand, da
braucht man kein besonderes kriminalisti-
sches Gespür, dass es hier unter Umständen
einen Auftraggeber oder Hinweise auf einen
Auftraggeber geben könnte, die man viel-
leicht dann aus elektronischen Unterlagen
erkennen könnte.“ Auch WKStA-Staatsan-
walt Gregor Adamovic wundert sich: „So
eine Begründung habe ich noch nie gesehen.
Weil in dieser Begründung eben eine Be-
weismittelunterdrückung und damit ja eine
Straftat geradezu als Vorannahme zugrun-
de gelegt wird!“ Seine Kollegin Christina
Jilek sei aus allen Wolken gefallen. Selbst-
verständlich wäre die Beschlagnahme des
Laptops in der ÖVP-Zentrale wichtig gewe-
sen, da man dort die „Kommunikation zu
möglichen Auftraggebern hätte finden könn-
ten und natürlich auch zu möglichen In-
halten, weil auch das in einer Kommuni-
kation mit dem Auftraggeber des Schred-
dervorgangs denkbar wäre“.

Oberstaatsanwalt Fuchs, jener Mann,
der Christina Jilek wegen eines falsch ab-
gelegten Zettels disziplinierte, kann hingen-
gen keine Verfehlung und auch keinen poli-
tischen Bezug zum Ibiza-Video erkennen, er
verteidigt den Beamten R. „Es ging in die-
sem Verfahren um einen Bestellbetrug bei

der Firma Reisswolf mit einem Volumen
von 100 Euro“, beschwichtigt er, „und es
ging um den Vorwurf, dass hier Datenträger
vernichtet worden sein könnten. Ich kann
jetzt irgendwie den Mehrwert der Sicher-
stellung von Datenträgern von M. für die-
se Beweisthemen nicht erkennen“.

Die Schredderakten, so weist Fuchs die
WKStA an, sollen auch bitte nicht dem Ibi-
za-Ausschuss vorgelegt werden. Erst nach
internem Protest erteilt Zadić die Weisung,
die Akten doch dem Parlament vorzulegen.

IV. Die ÖVP-Polizisten

Die Schredder-Affäre ist schnell vergessen.
Kurz macht sich sogar lustig über die Auf-
klärer. „Glauben Sie wirklich, wir haben das
Ibiza-Video auf dem Drucker versteckt?“,
fragt er Journalisten.

Warum ermittelte aber der Beamte R. so
desinteressiert? War er befangen? In einem
anonymen Schreiben eines „Insiders“ aus
dem Innenministerium wurde die WKStA
explizit gewarnt. Einige Mitarbeiter der
Soko, unter anderem auch R., seien Partei-
gänger der ÖVP, eine unbefangene Ermitt-
lung mit ihnen in dieser Causa unmöglich.

Jilek und Adamovic googeln die Namen
der Beamten, entdecken dabei, dass aus-
gerechnet R., der Schredder-Ermittler, tat-
sächlich als ÖVP-Gemeinderat in einer klei-
nen Gemeinde kandidierte. Soko-Chef An-
dreas Holzer wird diese Recherche später
als Schnüffelei skandalisieren, der *Kurier*
von einer rechtswidrigen „Beschattung“ be-
richten. Kurz wird in einem Hintergrund-
gespräch darauf drängen, dass die WKStA
evaluiert werde, „linke Netzwerke“ hätten
es sich dort bequem gemacht

Die WKStA schickt die anonyme An-
zeige betreffend die ÖVP-Ermittler ans In-
nenressort. Staatsanwalt Adamovic: „Wir
haben damals überhaupt kein Misstrauen
gehabt, sondern haben uns gedacht: Okay,
dieses Schreiben schickt man an die Soko,
und man wird in Kürze eine Antwort be-
kommen: Ja, da ist nichts dran! Irritierend
war es für uns erst dann, als wir gemerkt
haben, dass die Soko die Fragen nicht be-
antworten möchte und das quasi als eine
Art Grenzüberschreitung sieht.“

Die WKStA lässt nicht locker, die Po-
lizisten eskalieren den Fall nun bis zu In-
terimsjustizminister Clemens Jabloner. In
einer Dienstbesprechung mit Sektionschef
Pilnacek und Oberstaatsanwalt Fuchs pfeift
der Minister und ehemalige Verwaltungsge-
richtshofspräsident die WKStA zurück. Al-
lein der Umstand, dass ein Beamter bei der
ÖVP engagiert sei, begründe auch im Ibi-
za-Verfahren, in dem gegen die ÖVP ermittelt
werde, keine Befangenheit, so seine Weisung.
Im Übrigen vertraue er darauf, dass das BMI
befangene Beamte gegebenenfalls abziehe.

Soko-Chef Holzer, kürzlich übrigens
vom ÖVP-Innenminister zum Interimschef
des BKA befördert, versicherte zudem auch,
es gebe keine Befangenheit. Doch da wusste
Holzer bereits, dass Schredder-Ermittler R.
am Tag nach Bekanntwerden des Ibiza-Vi-
deos ein „Aufmunterungs-SMS“ an Strache
geschickt hatte. Bei einer Handy-Auswer-
tung wird man es später finden. R. schrieb:
„Lieber HC, ich hoffe auf einen Rücktritt
vom Rücktritt ... die Politik braucht dich!
Alles Gute für alles Weitere!“

V. Polizei & WKStA: der Konflikt

Als die WKStA-Ermittler mit dem Minis-
terium darüber streiten, ob solche Polizis-

DAS MINISTERIUM

ten wie R. in einem hochpolitischen Fall ermitteln dürfen, trüdelte die nächste anonyme Anzeige eines Insiders ein. Diesmal geht es um die Casinos Austria. Wieder bekommt Christina Jilek als zuständige Staatsanwältin das Dokument auf den Tisch. Die FPÖ habe dem Glücksspielkonzern Novomatic ein für sie günstiges Glücksspielgesetz versprochen – über parteinahe Vereine seien die Abgeordneten geschmiert worden. Peter Sidlo, ein blauer Bezirksrat, habe als Dank einen Vorstandsposten bei den Casinos erhalten, seine Vorgänger seien mit Millionen unnötig abgefertigt worden. All dies sei mit dem Wissen von einigen Raiffeisen-Granden geschehen, die in ihren eigenen Aktenvermerken einen „Hintergrunddeal mit den Blauen“ für Sidlos Bestellung notiert haben.

Jilek, Adamovic und ein Staatsanwalt namens Matthias Purkart rücken nun zu Hausdurchsuchungen aus. Etwa bei Strache, aber auch bei mächtigen Glücksspielbossen und vielen anderen Machthabern, etwa Ex-Finanzminister Hartwig Löger, Ex-Vizekanzler Josef Pröll und Raiffeisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner (damals Aufsichtsratschef der Casag). Besuch bekommt auch Thomas Schmid, der damalige Kurz-Vertraute und Generalsekretär im Finanzministerium. Die Razzia wird nach oben gemeldet, das sieht das Gesetz vor. Und möglicherweise wurde sie verpöffen. Schmid hat sein Handy beim Eintreffen der Ankläger auf Werkseinstellungen gesetzt und zuvor viele Chats gelöscht. Auf einer in seiner Wohnung entdeckten „Time-Capsule“ finden sich in Backups aber rund 300.000 Chats. Sie werden gerade ausgewertet, der Inhalt ist nicht bekannt.

Die WKStA findet offenbar Unmengen an Beweismaterial, und sie rekonstruiert mutmaßliche Regierungskriminalität anhand der sichergestellten Gesprächsverläufe, Mails und Kalendereinträge. Gesetzeskauf, verbotene Geschenkkannnahmen, Postenschacher werden nachlesbar. Die Ermittlungen betreffen nicht nur die FPÖ, sondern sie zielen ins Herz der Kurz-ÖVP, ins Handy von Schmid, heute Chef der Bundesbeteiligungsagentur.

Die WKStA beginnt der im Innenministerium angesiedelten Soko Tape derweil immer mehr zu misstrauen – und umgekehrt. Die Soko ermittle schlampig, werde von Fuchs aber protegiert, heißt es.

Da ist etwa diese Sache mit der Sicherstellung von Straches Handy. Der Vizekanzler a.D. rückte nach einigen Verhandlungen den Sperrcode heraus, eine Chance für die Justiz, an Beweise zu kommen. Aufgrund der Unachtsamkeit eines Polizisten wurde das Gerät aber wieder gesperrt. Staatsanwalt Matthias Purkart sagt vor dem U-Ausschuss: „Wir haben uns natürlich schon sehr geärgert, dass wir das so detailliert und so oft wiederholen und vorbereiten und dann genau das schiefeht!“ Und noch etwas ärgerte den Ankläger: Ein wichtiger Kalender von Raiffeisen-Generalanwalt Rothensteiner sei so schwarz eingescannt worden, dass man den Inhalt nicht habe lesen können. Er betraf ausgerechnet ein Treffen mit „Pröll und Kurz“ in Sachen Casinos. Auch in Kalendern notierte Passworte seien nicht gesichert worden. Purkart: „Da hat es uns natürlich ein bisschen die Augen rausgehaut.“

Die Oberstaatsanwaltschaft hätte nun die Soko kritisieren können. Doch stattdessen nervte Fuchs die WKStA. Zuerst beantragte er Auskunft, wieso diese denn überhaupt das SMS des Polizisten R. in

den beschlagnahmten Strache-SMS gefunden habe. „Es hatte für uns ein bisschen den Eindruck, dass immer dann, wenn wir aus Sicht der Fachaufsicht kritische Informationen in Berichten erwähnen, (...) wir uns rechtfertigen müssen“, gibt Staatsanwalt Adamovic zu Protokoll. Staatsanwalt Purkart: „Es hat uns ein bisschen fassungslos gemacht.“

VI. Der Streit um die Handydaten

Die WKStA wird immer misstrauischer gegenüber Fuchs. Um die beschlagnahmten Handys schnell und unabhängig auswerten zu können, will die WKStA diesmal im Haus beschäftigte Experten heranziehen – unter Aufsicht von Staatsanwalt Purkart. Doch Fuchs legt Protest ein. Man solle doch das Bundeskriminalamt beauftragen, das sei qualifizierter. Purkart: „Das war für mich ein bisschen unverständlich (...), wir werten ja auch in anderen Großverfahren immer wieder selbst Daten aus.“ Fuchs gibt nach: Beide Behörden werten die Handys aus. Die WKStA liefert schon nach wenigen Wochen Bericht um Bericht und dringt immer tiefer in den Fall ein. Das Bundeskriminalamt legt erst nach etwa einem Jahr seinen ersten Bericht vor.

Man könnte hier jetzt noch viele kleine Interventionen anführen, die die WKStA in Vorlagen an Alma Zadić beklagte. Dass sich mächtige Beschuldigte (Pröll, Rothensteiner) bei Sektionschef Pilnacek persönlich über die Ermittlungen beschwerten – aber zugleich auf Rechtsmittel verzichteten. Oder dass oftmals kleine Interna oder böse Spins an Medien durchgestochen wurden.

Auch die WKStA machte indes Fehler, schwere sogar. Erst kürzlich zeigte sie eine Presse-Journalistin wegen übler Nachrede und Verleumdung an, weil diese tatsächlich behauptet hatte, es seien höchstpersönliche Chats über die sexuelle Orientierung eines Beschuldigten in den Akten archiviert worden.

VII. Am Wort: Minister Kogler

Wie es weitergeht? Die WKStA wurde geschaffen, damit sie fernab politischen Drucks Korruptionsvorwürfe aufklärt. Doch davon ist die Behörde weit entfernt. Ständesvertreter, aber auch der Richter Oliver Scheiber (er erfand als Kabinettsmitarbeiter von SPÖ-Justizministerin Maria Berger die WKStA) fordern seit Jahren, dass nicht weisungsgebundene Oberstaatsanwälte, sondern Richter die Kontrolle der Antikorruptionsbehörde ausüben sollen. Doch seit der BVT-Affäre, in der die WKStA völlig überschießend den Verfassungsschutz durchsuchte, misstraut das Ministerium der Behörde und lässt sich grundrechtlich sensible Ermittlungsschritte drei Tage im Voraus berichten.

Die drei Oppositionsparteien fordern nun die Suspendierung von Oberstaatsanwalt Fuchs. Der Konflikt könnte aber auch ohne Disziplinierung befriedet werden. Die WKStA, so verlangt die im U-Ausschuss engagierte Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper, solle von der Aufsicht des Oberstaatsanwalts Fuchs befreit werden, weil sie diesen für strukturell befangen hält, indem die Zuständigkeit einer anderen Oberstaatsanwaltschaft (Innsbruck oder Linz) übertragen werde. Fuchs selbst sieht sich nicht als befangen. Am Wort ist nun Interimsjustizminister Werner Kogler. Er muss sich entscheiden.

Das Justizministerium ist grün geleitet.

Aber die Fachaufsicht untersteht konservativen Beamten

Schon im Mai 2020 wendet sich die Korruptionsstaatsanwaltschaft an Justizministerin Alma Zadić. In vertraulichen Sitzungen überreichen ihr die Ermittler ein Handout, auf dem die vielen kleinen Nadelstiche gegen die WKStA dokumentiert sind. Die Ankläger protestieren vor allem gegen Sektionschef Christian Pilnacek und Oberstaatsanwalt Fuchs. Pilnacek verliert seinen Job. Fuchs bleibt im Amt



Justizministerin Zadić verspricht den Anklägern einen „runden Tisch“. Nun muss sie, oder ihr Karenzvertreter Werner Kogler, eine nachhaltige Lösung suchen

„www.burgenland.orf.at“, 10.02.2021

Tag 18 im U-Ausschuss: Politik und Glücksspiel

Am Mittwoch und Donnerstag tagt in Eisenstadt wieder der Commerzialbank-Untersuchungsausschuss. Geladen sind unter anderem eine weitere Vorständin, die ehemalige Sekretärin von Bankchef Martin Pucher sowie der Ex-Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic.

Am Mittwoch geht es im Untersuchungsausschuss zum Bankenskandal vor allem um Politik und um die Glücksspielbranche. Erste Auskunftsperson ist Ex-Novomatic Chef Franz Wohlfahrt. Der Ausschuss beschäftigt sich auch mit dem Kleinen Glücksspiel, dem Automatenspiel. Das Burgenland hat es durch eine 2012 in Kraft getretene Novelle des Veranstaltungsgesetzes legalisiert.

Resortzuständig in der rot-schwarzen Landesregierung war die damalige Landesrätin Michaela Resetar (ÖVP). Auf Landtagebene haben damals die Klubobleute Christian Illedits (SPÖ) und Rudolf Strommer (ÖVP) verhandelt. Illedits ist Präsident des ASV Draßburg. Sponsor des Fußball-Vereines ist die Novomatic Tochter Admiral. Illedits ist nach Annahme eines Goldgeschenkes durch den Commerzialbank gesponserten SVM im August zurückgetreten. Er hat im Ausschuss erklärt, dass er mit der Lizenzvergabe für Glücksspiel-Automaten nichts zu tun hatte. Am Mittwoch soll nun Ex-Landesrätin Resetar befragt werden.

Nach Beugestrafe: Vorständin kommt am Donnerstag

Einen Blick hinter die Kulissen der Commerzialbank erhofft sich der Ausschuss auch durch die Befragung von Martin Puchers ehemaliger Sekretärin und jener der dritten Bankvorständin am Donnerstag. Die Bankchefin ist bei der ersten Ladung nicht gekommen und muss deswegen 500 Euro Beugestrafe zahlen.

Eine Woche nach den Aussagen Puchers im Untersuchungsausschuss zu weiteren Goldgeschenken für Politiker fordert die ÖVP Konsequenzen durch Landeshauptmann und SPÖ Parteichef Hans Peter Doskozil. Die SPÖ sieht sich durch die Amtshaftungs-Klage der Einlagensicherung gegen die Republik in der Ansicht bestärkt, dass bei der Verhinderung des Commerzialbank-Skandals Bundesorgane versagt haben.

➤ Im U-Ausschuss ging's um Sponsorverträge mit Sportklubs

Politik und Glücksspiel

Wie ein „Großes Glücksspiel“ war die Commercialbank für Millionen-Jongleur Martin Pucher. Alles verloren! Um das Kleine Glücksspiel und seine Legalisierung im Burgenland ging es in der 17. Sitzung des U-Ausschusses. Die Befragung der Zeugen zielte auf dubiose Verstrickungen zwischen Politik und Novomatic ab.

Als Erster am Wort war Franz Wohlfahrt, bis 2014 Vorstandsvorsitzender der Novomatic AG. Ermittlungen gegen ihn in einem früheren Fall rund um das BZÖ und Scheinrechnungen waren eingestellt worden. Jetzt ging es um die Legalisierung des Kleinen Glücksspiels im

Burgenland. „Es ist sinnvoll, kontrolliert Lizenzen zu vergeben, damit das Glücksspiel nicht völlig in die Illegalität abgeleitet“, betonte Wohlfahrt.

„Gegenbeispiel Wien“: Wegen des Verbots stieg dort die Zahl illegaler Automaten. In Bezug aufs Burgenland kann sich Wohl-

fahrt nicht erinnern, dass er jemals mit einem Abgeordneten aus dem Landtag über die Einführung des Kleinen Glücksspiel geredet habe.

Den Grund für die Legalisierung gab Ex-Landesrätin Michaela Resetar an. „Weil früher oft illegal gespielt wurde, haben wir uns mit dem Koalitionspartner SPÖ in harten Verhandlungen zum Kleinen Glücksspiel durchgerungen.“

Großer Wert wurde auf den Spielerschutz gelegt“, erklärte die ÖVP-Politikerin. Zuständig für die Parteiengespräche im Detail waren die Klubobmänner, Rudolf Strommer (ÖVP) und Christian Illedits (SPÖ). In einem aufwendigen Verfahren habe schließlich eine Beurteilungskommission die Ergebnisse geprüft. „Vergeben wurden zwei kleine und eine große Lizenz“, schließt Resetar ab. Alle sieben Regierungsmitglieder hatten dem Kleinen

Sponsorverträge SVM Profisport GmbH (Profis)				
	Betrag	Nett	Brutto	Laufzeit Verträge
COMMERCIALBANK	€ 750 000,00	€ 150 000,00	€ 500 000,00	Grundvertrag 17/18, 18/19, 19/20
	€ 500 000,00	€ 100 000,00	€ 600 000,00	Zusatzvereinb. 19/20, 20/21, 21/22
[REDACTED]	€ 500 000,00	€ 100 000,00	€ 600 000,00	Grundvertrag 1. Jahr
	€ 300 000,00	€ 60 000,00	€ 360 000,00	Zusatzvereinbarung 18/19, 19/20, 20/21
STANGL	€ 1 200 000,00	€ 240 000,00	€ 1 440 000,00	Grundvertrag 17/18, 18/19
ZIMMERMANN	€ 1 300 000,00	€ 260 000,00	€ 1 560 000,00	Grundvertrag 17/18, 18/19

➤ Mitarbeiterinnen der Bank mit Prüfern zur EURO geschickt

als „heißes Pflaster“

Glücksspiel zugestimmt. Von Vorwürfen gegen Illedits, er habe sich über das erlaubte Maß hinaus in die Vergabe eingemischt, um angeblich Sponsorgeld für einen Sportverein zu ergattern, habe sie nichts gewusst. Die Ex-Landesrätin: „Hätte es so etwas gegeben, wäre ich entsetzt gewesen. Ich hätte es nicht zugelassen.“

Apropos Sponsoring der Novomatic-Tochter Admiral für den ASV Draßburg mit Präsident Illedits: Den Vorwurf von zwei „Novomatic-Millionen für den Dorfklub“ kommentierte Wohlfahrt trocken: „Diese Summe würde der Konzern nicht einmal zahlen, wenn der ASV in der Champions League gespielt hätte.“

Über Zahlungen an den SV Mattersburg berichtete eine frühere Sekretärin von Pucher. Sie legte eine Liste vor (ein Ausschnitt, siehe Faksimile): Demnach hatte



Mit dem Glücksspiel im Burgenland befasste sich der U-Ausschuss.

die Bank einen Sponsorvertrag über 900.000 € pro Jahr und eine Zusatzvereinbarung über 600.000 Euro, beides brutto. Der größte Geldgeber laut Papier war die Zimmermann GmbH vom mitbeschuldigten Ex-Vize des Aufsichtsratschef mit jährlich 1,56 Millionen €. Brisantes Detail am Rande: Die Sekretärin hatte mit

einer Bankkollegin Prüfer der Oesterreichischen Nationalbank zu einem Spiel der Fußball-EM 2008 begleitet – auf Wunsch von Pucher.

Übrigens: Eingestellt sind die Ermittlungen gegen Regina Petrik. Die Grünen-Klubobfrau hatte unerlaubt vertrauliche Akten aus dem U-Ausschuss fotografiert.

Karl Grammer

„www.casinoonline.de“, 11.02.2021

Novomatic: Verstrickungen um Glücksspiellizenzen und Sport-Sponsoring?

Gab es Absprachen zwischen Novomatic/Admiral und der burgenländischen Politik? (Quelle: Pixabay)

Novomatic und das Tochter-Unternehmen Admiral waren gestern Thema im U-Ausschuss zur Pleite der österreichischen Commerzialbank. Aussagen musste der Ex-Vorstandsvorsitzende der Novomatic, Franz Wohlfahrt. Konkret gehe es um die Frage, ob Admiral den burgenländischen Fußballverein ASV Draßburg im Gegenzug für Spielautomaten-Lizenzen gesponsert haben könnte.

Das kleine Glücksspiel sei im Jahre 2011 in der Region mit der Unterstützung des ehemaligen Landesrats Christian Illedits (SPÖ) legalisiert worden, der gleichzeitig Präsident des Sportvereins gewesen sei, berichtet die [Zeitung Kurier](#).

Illedits wiederum hatte Geschenke vom früheren Commerzialbank-Chef Martin Pucher erhalten. Der Niedergang des Geldinstituts ist derzeit Thema im Untersuchungsausschuss des burgenländischen Landtags.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Glücksspiel ein Thema im Krimi um den pleitegegangenen Bankiers Martin Pucher ist. Das Nachrichtenmagazin Profil hatte Mitte Januar darüber berichtet, dass der 64-Jährige in den Jahren 1994 bis 2014 einen Betrag zwischen 1,8 und 2,7 Millionen Euro beim Glücksspiel verloren haben soll.

Wohlfahrt ohne Einblicke in Novomatic-Sponsoring

Über einen mutmaßlichen Zusammenhang zwischen dem [Novomatic-Sponsoring](#) und den 2011 vergebenen Glücksspiellizenzen an Admiral habe Wohlfahrt am Mittwoch nichts aussagen können. Laut ORF habe Wohlfahrt vor dem U-Ausschuss erklärt:

“ „Ich habe an den Gesetzwerdungsprozess keine Wahrnehmung und Erinnerung [...]. Ich war für Fußballsponsoring nicht zuständig, daher kann ich dazu keine Informationen erteilen.“ “

Wie die Burgenländische Volkszeitung berichtet, habe Wohlfahrt angegeben, nicht einmal gewusst zu haben, wo Draßburg liege. Dass ein Sponsoring in Millionenhöhe an den ASV Draßburg erfolgt sei, habe sich der ehemalige Novomatic-Geschäftsführer ebenfalls nicht vorstellen können. Medienberichten zufolge könnte der Regionalligist von Novomatic zwischen ein und zwei Millionen Euro erhalten haben.

Im Zusammenhang mit der Legalisierung des Automaten-Glücksspiels könne sich Wohlfahrt nicht an Kontakte mit burgenländischen Politikern erinnern. Auch nicht an einen Kontakt mit dem ehemaligen Landrat und ASV-Präsidenten Christian Illedits. Dieser hatte eine Verbindung zwischen dem Fußball-Sponsoring und der Erteilung der Glücksspiellizenzen stets bestritten.

„Wiener Zeitung“, 11.02.2021

Ex-Novomatic-Chef mit kargen Aussagen im Cb-Ausschuss

Wohlfahrt: Keine Wahrnehmungen zu Gesetzgebungsprozessen im Burgenland.

Mattersburg. Die Befragung von Ex-Novomatic-Geschäftsführer Franz Wohlfahrt im Untersuchungsausschuss zur Commerzialbank Mattersburg (Cb) am Mittwoch war wenig aufschlussreich. Wohlfahrt betonte, dass er nie für den operativen Bereich des Glücksspiels und auch nie für Sponsorings von Fußballvereinen zuständig gewesen sei. Folglich habe er zum Untersuchungsgegenstand keinerlei Wahrnehmungen oder Erinnerungen.

Zur Commerzialbank an sich könne er „mangels irgendeiner Beziehung zu dieser Bank“ auch keine Auskunft geben, stellte Wohlfahrt in seinem Einleitungsstatement fest. Hauptthema seiner Befragung war die Legalisierung des kleinen Glücksspiels im Burgenland mit Anfang 2012. Auch zu diesem Gesetzgebungsprozess konnte Wohlfahrt aber nicht viel sagen.

Der im Zuge der Causa Commerzialbank zurückgetretene Landesrat Christian Illedits (SPÖ) war damals Chefverhandler der SPÖ Burgenland für die Legalisierung des kleinen Glücksspiels. Novomatic-Tochter Admiral habe eine Lizenz erhalten, in zeitlicher Nähe habe der ASV Draßburg, dessen Präsident Illedits ist, einen neuen Sponsorvertrag bekommen, merkte ÖVP-Klubobmann Markus Ulram an. Illedits hatte einen Zusammenhang stets zurückgewiesen, Wohlfahrt hatte keine Wahrnehmungen. „Ich habe nicht die Gelegenheit gehabt herauszufinden, wo überhaupt Draßburg liegt“, sagte er.

Debatte um Brief an WKStA

Wohlfahrt betonte, er könne sich nicht vorstellen, dass das Sponsorring tatsächlich, wie medial kolportiert, in Millionenhöhe erfolgt sei - immerhin sei der ASV Draß-

burg ja nicht in der Champions League. Illedits habe er hin und wieder bei Veranstaltungen getroffen, an Gespräche über Glücksspielgesetze könne er sich nicht erinnern. Auch Alt-Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) habe er nicht in diesem Zusammenhang getroffen.

Für Debatten sorgte ein zugepieltes Schreiben an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), das Grünen-Klubchefin Regina Petrik vorlegte. SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Fürst störte sich daran, dass die darin enthaltene Anzeige auf dem Protokoll der U-Ausschuss-Befragung von ASV-Draßburg-Obmann Ernst Wild basiere, das aber noch nicht veröffentlicht ist. Wohlfahrt sagte auch dazu nichts - eine anonyme Anzeige, die wohl noch nicht einmal die Staatsanwaltschaft gelesen habe, wolle er nicht kommentieren. ■ (apa)

„www.derstandard.at“, 10.02.2021

Hero-Exit: Novomatic übernimmt Anbieter von E-Sport-Kryptowährung

Die Novomatic-Tochter Greentube steigt mit der Übernahme von Hero in den E-Sport-Bereich ein



Philip Peinsold (CTO bei Hero), Michael Bauer (CFO/CGO bei Greentube) und Paul Polterauer (CEO bei Hero).

Greentube, die Interactive Division des österreichischen Glücksspielkonzerns Novomatic, übernimmt den Blockchain-basierten E-Sport-Wettanbieter Hero zu 100 Prozent. Damit steigt Novomatic in den Bereich der E-Sport-Wetten ein. Über den Kaufpreis für die Übernahme des Start-ups ist nichts bekannt. Laut Hero-CTO Philip Peinsold will man gemeinsam die bestehenden Produkte weiterentwickeln und "den Spielern etwas Neues bieten".

Über 300.000 User auf Hero-Plattform

Hero wurde von Peinsold, Paul Polterauer und Bernhard Blaha mit dem Ziel gegründet, die Online-Wettindustrie zu verändern, indem es Usern ermöglicht wird, auf Blockchain-Basis eigene Wetten auf den Ausgang von Onlineturnieren zu erstellen.

Das geschieht ohne das Einmischen von Buchmachern und anderen Mittelsmännern, wie man bei Hero betont. "Unser Ziel war es schon immer, die Art des Onlinewettens zu verändern und Innovation und neue Technologie in den Sektor zu bringen, indem wir etwas völlig anderes anbieten", sagt Hero-CEO Polterauer. "Unsere Produkte stellen das alte Konzept, dass das Haus immer gewinnt, infrage."

Laut Eigenangaben hat die Plattform inzwischen eine Nutzerbasis von über 300.000 Personen – wiewohl das Hero-Network inzwischen nicht mehr nur für E-Sport, sondern auch für andere Formen von Wetten und sogar als Pokersystem genutzt wird. Zum Vergleich: Laut ESVÖ gibt es in Österreich 50.000 registrierte E-Sportlerinnen und -Sportler.

ICO: Herocoin sammelte zwei Millionen Dollar ein

Für das System der Wetten ohne Mittelsmann wurde auch ein eigener Krypto-Token, der Herocoin, ins Leben gerufen. Dieser dient als Währung für die Plattform und soll entsprechende Transparenz gewährleisten. Laut Website des Anbieters wurde der Herocoin auch mit der Intention geschaffen, dass jeder Anbieter ihn in sein eigenes System integrieren kann.

Im Jahr 2017 war der Herocoin der erste Token, der im Rahmen eines ICOs nach österreichischem Recht ausgegeben wurde. Damals wurden zwei Millionen Dollar eingenommen.

Novomatic setzt auf E-Sport

Wie erwähnt macht die Novomatic-Tochter Greentube mit dieser Akquisition den Schritt in die Bereiche E-Sport und Krypto. Ziel ist dabei auch, das Produktangebot zu diversifizieren. Michael Bauer, CFO/CGO bei Greentube, möchte "eine führende Position" bei den neuen Trends und Technologien einnehmen. "Der E-Sport- und Blockchain-Bereich bietet eine Menge an Möglichkeiten für den Gaming-Sektor und wird uns als Unternehmen neue Türen öffnen", sagt er. (stm, 10.2.2021)

„www.bvz.at“, 10.02.2021

Kaum Einblick ins kleine Glücksspiel, aber in die Bank

Die Befragung von Ex-Novomatic-Geschäftsführer Franz Wohlfahrt im Untersuchungsausschuss zur Commerzialbank Mattersburg (Cb) am Mittwoch war wenig aufschlussreich. Ex-Landesrätin Michaela Resetar wurde zum kleinen Glücksspiel befragt. Als weitere Auskunftspersonen sind eine ehemalige Sekretärin der Commerzialbank und ein Steuerberater geladen.

Die 17. Sitzung des Commerzialbank-Untersuchungs-Ausschusses bringt vier Befragungen - unter anderem geht es um die Legalisierung des kleinen Glücksspiels, die Geschenkelisten der Commerzialbank und Informationsflüsse um die Schließung der Bank. Zum Auftakt wurde der ehemalige Novomatic-Geschäftsführer Franz Wohlfahrt befragt.

Dieser betonte, dass er nie für den operativen Bereich des Glücksspiels und auch nie für Sponsorings von Fußballvereinen zuständig gewesen sei. Folglich habe er zum Untersuchungsgegenstand keinerlei Wahrnehmungen oder Erinnerungen.

Zur Commerzialbank an sich könne er "mangels irgendeiner Beziehung zu dieser Bank" auch keine Auskunft geben, stellte Wohlfahrt in seinem Einleitungsstatement fest. Hauptthema seiner Befragung war die Legalisierung des kleinen Glücksspiels im Burgenland mit Anfang 2012. Auch zu diesem Gesetzgebungsprozess konnte Wohlfahrt aber nicht viel sagen.

Der im Zuge der Causa Commerzialbank zurückgetretene Landesrat Christian Illedits (SPÖ) war damals Chefverhandler der SPÖ Burgenland für die Legalisierung des kleinen Glücksspiels. Novomatic-Tochter Admiral habe eine Lizenz erhalten, in zeitlicher Nähe habe der ASV Draßburg, dessen Präsident Illedits ist, einen neuen, hoch dotierten Sponsorvertrag bekommen, merkte ÖVP-Klubobmann Markus Ulram an. Illedits hatte einen Zusammenhang stets zurückgewiesen, Wohlfahrt hatte keine Wahrnehmungen. "Ich habe nicht die Gelegenheit gehabt herauszufinden, wo überhaupt Draßburg liegt", sagte er.

Wohlfahrt betonte, er könne sich nicht vorstellen, dass das Sponsoring tatsächlich, wie medial kolportiert, in Millionenhöhe erfolgt sei - immerhin sei der ASV Draßburg ja nicht in der Champions League. Illedits habe er hin und wieder bei Veranstaltungen getroffen, an Gespräche über Glücksspielgesetze könne er sich nicht erinnern. Auch Alt-Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) habe er nicht in diesem Zusammenhang getroffen.

Für Debatten sorgte ein zugespieltes Schreiben an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), das Grünen-Klubchefin Regina Petrik vorlegte. SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Fürst störte sich daran, dass die darin enthaltene Anzeige auf dem Protokoll der U-Ausschuss-Befragung von ASV-Draßburg-Obmann Ernst Wild basiere, das aber noch gar nicht veröffentlicht ist. Wohlfahrt sagte auch dazu nichts - eine anonyme Anzeige, die wohl noch nicht einmal die Staatsanwaltschaft gelesen habe, wolle er nicht kommentieren.

Ex-Landesrätin Resetar: "Pucher nie getroffen"

Als zweite Auskunftsperson des Tages wurde die frühere ÖVP-Landesrätin Michaela Resetar zum Zustandekommen der Legalisierung des kleinen Glücksspiels im Burgenland Anfang 2012 befragt. Es sei damals ihres Wissens nach zu keinen Kontakten oder Einflussnahmen seitens des Glücksspielkonzerns Novomatic gekommen, betonte Resetar. Auch zu Sponsorings des Konzerns für den ASV Draßburg sei ihr nichts bekannt.

"Uns ist damals aufgefallen, dass sehr viel illegal gespielt wurde. Wir haben dann abgewogen, ob es besser ist, legal zu spielen und zu wissen, wo die Automaten aufgestellt sind, oder ob wir das in der Illegalität lassen", so Resetar vor dem U-Ausschuss. Deshalb habe man sich letztlich dafür entschieden, das kleine Glücksspiel auf den Weg zu bringen. Die Parteienverhandlungen seien von den Klubobleuten geführt worden - Christian Illedits für die SPÖ und Rudolf Strommer für die ÖVP.

Novomatic sei damals bei ihr jedenfalls nicht aufgetreten. Die Lizenzen seien auf Vorschlag einer extra eingerichteten Beurteilungskommission vergeben worden. FPÖ-Abgeordneter Alexander Petschnig fragte, ob ihr die zeitliche Nähe zwischen der Legalisierung des kleinen Glücksspiels und einem neuen Sponsorvertrag von Novomatic-Tochter Admiral mit dem ASV Draßburg, dessen Präsident Illedits ist, bewusst sei. "Davon weiß ich nichts", sagte Resetar. Auch wer den Anstoß für eine Gesetzesänderung gegeben habe, wisse sie nicht mehr - "das ist mehr als zehn Jahre her".

Insgesamt sei ihr beim Gesetzgebungsprozess zum Glücksspielgesetz nichts Ungewöhnliches aufgefallen. "Mir war es immer wichtig, ich habe immer ein transparentes Gesetz haben wollen und das ist uns mit Sicherheit gelungen", betonte Resetar.

Ansonsten habe sie mit der Commerzialbank und auch mit der Tätigkeit des Landes als Revisionsverband der Eigentümer-Genossenschaft als Landesrätin nichts zu tun gehabt. Die Wirtschaftsagenden seien damals nicht bei ihr, sondern bei Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl (ÖVP) gewesen. Das Glücksspielgesetz sei in ihren Bereich gefallen. Dazu dass das Land Revisionsverband war, habe sie keine Wahrnehmung. Das sei in Regierungssitzungen kein Thema gewesen, sagte Resetar.

Ein Wortgefecht gab es im Zuge der Befragung einmal mehr zwischen SPÖ und ÖVP - Inhalt: die Geschenke Martin Puchers an Politiker. Seitens der SPÖ hielten Roland Fürst und Robert Hergovich fest, dass Pucher-Anwalt Norbert Wess nachträglich erklärt habe, Mattersburgs Stadtchefin Ingrid Salamon keines der bereits bekannten Edelmetall-Plättchen zum Geburtstag geschenkt bekommen habe. Die ÖVP hielt mit Patrik Fazekas und der vorwöchigen Befragung Puchers dagegen, wo dieser im Detail von Geschenken gesprochen hatte.

"Da sind Sie aber schön daneben gelegen"

Einen Einblick in die Geschenkelisten der Commerzialbank erhoffte man sich von der dritten Auskunftsperson, einer ehemaligen Sekretärin der Commerzialbank und früheren Assistentin Martin Puchers. Sie hatte zwar eng mit dem Bank-Chef zusammengearbeitet, sei aber von ihm nicht ins Vertrauen gezogen worden. Die besagten Geschenkelisten, von denen auch die BVZ bereits berichtete, umfassten demnach nur Kunden und Mitarbeiter und keine „Prominenten“. Zu Edelmetall-Geschenken könne sie keine Auskunft geben, sagte die ehemalige Sekretärin. Sie habe auch nie „Tuscheleien“ über eine Schieflage der Bank gehört oder Bargeld-Übergaben in Puchers Büro bemerkt. „Haben Sie nie eine Wahrnehmung dazu gehabt, was in der Bank geschehen ist?“, wollte Grünen-Klubobfrau Regina Petrik wissen. „Die Tür war verschlossen, wenn er Termine hatte“, antwortete die Ex-Sekretärin.

Thema waren auch die beiden Schlaganfälle Martin Puchers. Eine Erinnerung dazu erwähnte die ehemalige Mitarbeiterin im Zuge der Befragung: Vom ersten Schlaganfall habe sie erst viel später erfahren, wie im Nachhinein zu hören gewesen sei, habe sich dieser am 15. November 2015 ereignet – am selben Tag habe auch eine Aufsichtsrats-Sitzung stattgefunden, die den Prüfbericht 2015 zum Inhalt gehabt hatte.

Auf die Frage von Verfahrensrichter Walter Pilgermair, wie sie Martin Pucher als Chef wahrgenommen hatte, meinte die Ex-Bankmitarbeiterin: „Uns gegenüber war er immer korrekt. Er war ein Ehrenmann mit Handschlagqualität. Aber das war meine damalige Einschätzung.“ Pilgermair antwortete: „Da sind Sie mit Ihrer Menschenkenntnis aber schön daneben gelegen.“

VIP-Karten für Bankmitarbeiter

Sie habe sich auch um Sponsor- und Spielerverträge des SV Mattersburg gekümmert - "ich glaube Pucher wollte das, weil Fußball uns nicht interessiert hat", sagte die Auskunftsperson. Die Commerzialbank habe einen Sponsorvertrag über 900.000 Euro brutto pro Jahr und eine Zusatzvereinbarung über 600.000 Euro brutto gehabt. Der größte Sponsor war sie damit aber nicht. Die Firma Zimmermann vom ehemaligen dritten Aufsichtsratschef-Stellvertreter Ernst Zimmermann habe jährlich 1,56 Millionen Euro in den Verein gesteckt.

Im Zusammenhang mit dem Thema Fußball erinnerte sich die Ex-Sekretärin auch an die Namen von drei Mitarbeitern der Nationalbank auf den Geschenkelisten, auf denen laut ihrer Wahrnehmung sonst nur Kunden und Mitarbeiter standen. Die Bank-Mitarbeiter hätten Karten für ein EM-Match erhalten - im Zuge der Euro 2008, die in Österreich stattfand - und seien auch dort gewesen. Das könne sie sagen, weil sie mitgegangen sei, auf Puchers Wunsch, "damit die Herren dort nicht allein sind".

Reisen - laut Pucher-Einvernahme unter anderem nach Innsbruck, um dort Bankkuverts aufzugeben - seien offiziell für den Sportverein durchgeführt worden. Das Sekretariat habe dafür die Tickets gebucht. Zudem berichtete die Befragte, dass Ex-Bankvorständin Klikovits vor Prüfungen immer nervös gewesen. Klikovits habe ihr am 15. Juli erzählt, dass sie am Tag der Schließung noch bis 21.30 Uhr alleine in der Bank gewesen sei. "Mein Gedanke war damals nur, wieso lässt man einen Vorstand, der schon Selbstanzeige gemacht hat, noch in der Bank. Das hat mich geärgert", sagte die Sekretärin. Ob Klikovits in dieser Zeit Beweismittel vernichtet habe, könne sie nicht beurteilen.

Ob sie den Eindruck habe, dass man in der Bank auf Fit-and-proper-Schulungen Wert gelegt habe, wollte SPÖ-Abgeordneter Ewald Schneckner wissen. "Ich glaube, dass ich Herrn Pucher mit meinen Anforderungen an Fit-and-proper ziemlich auf die Nerven gegangen bin, das hat er auch so ausgedrückt", erzählte sie.

„www.burgenland.orf.at“, 10.02.2021

Das kleine Glücksspiel und der ASV Draßburg

Am 17. Tag im Untersuchungsausschuss zur Commerzialbank Mattersburg ist am Mittwoch um die Legalisierung des Automaten-Glücksspiels im Burgenland gegangen. Die Novomatic-Tochter Admiral bekam 2013 Lizenzen für rund 100 Automaten im Burgenland. Der Ausschuss versucht zu klären, ob es Gegenleistungen dafür gegeben haben könnte.

Im Burgenland wurde das kleine Glücksspiel, also das Automatenspiel, durch eine Novelle des Veranstaltungsgesetzes – in Kraft seit 2012 – legalisiert. Erste Auskunftsperson im Ausschuss in diesem Zusammenhang war am Mittwochvormittag der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Novomatic, Franz Wohlfahrt. Thema seiner Befragung waren die Legalisierung des kleinen Glücksspiels im Burgenland und die Sponsoring-Tätigkeiten der Novomatic-Tochter Admiral mit dem ASV Draßburg.

Wohlfahrt lieferte wenig Aufschlussreiches

Damals arbeitete Wohlfahrt noch für den Konzern, heute sagte er: „Ich habe an den Gesetzwerdungsprozess keine Wahrnehmung und Erinnerung.“ Und dabei blieb er auch im Wesentlichen. Was das Sponsoring des ASV Draßburg durch die Novomatic-Tochter Admiral betrifft, sagte Wohlfahrt: „Ich war für Fußballsponsoring nicht zuständig, daher kann ich dazu keine Informationen erteilen.“

Admiral, Illedits und der ASV Draßburg

An Kontakte zu burgenländischen Politikerinnen oder Politikern im Bezug auf die Legalisierung des kleinen Glücksspiels könne sich Wohlfahrt nicht erinnern – auch nicht an Kontakte mit Ex-Landesrat Christian Illedits (SPÖ). Illedits verhandelte das Gesetz als damaliger Klubobmann für die SPÖ. Er ist auch Präsident des ASV Draßburg. Der Fußballverein wird von der Novomatic-Tochter Admiral gesponsert. Illedits wies Zusammenhänge zurück.

Resetar: Intention sei ein transparentes Gesetz gewesen

Resort-zuständig für das Veranstaltungsgesetz war Landesrätin Michaela Resetar (ÖVP). Bei ihrer Befragung ging es um die Novelle des Veranstaltungsgesetzes 2012, als im Burgenland das kleine Glücksspiel legalisiert wurde. Der Ausschuss versuchte zu klären, ob es im Zusammenhang mit der Vergabe von Automatenlizenzen Interventionen gegeben hatte. Resetar selbst meinte im Zusammenhang mit Interventionen, es habe keine Andeutung gegeben, dass jemand Interesse gehabt habe. Ihre Intention sei ein transparentes Gesetz gewesen, und das sei gemeinsam mit der SPÖ gelungen.

Sekretärin: Er war ein Ehrenmann

Ebenfalls am Mittwoch im U-Ausschuss an der Reihe war die ehemalige Sekretärin von Bankchef Martin Pucher. Sie habe bis zum Schluss den Eindruck gehabt, dass es der Bank gut gehe. „Er war ein Ehrenmann mit Handschlag-Qualität“, so beschrieb die Sekretärin ihren ehemaligen Chef. Das habe sie bis zur Bankschließung gedacht. Die Frau war zuletzt Leiterin des Vorstandsekretariats. Von einer Schieflage der Bank habe sie nie etwas mitbekommen, auch nicht von Geschenken Puchers an prominente Personen. Von der Selbstanzeige Puchers und der zweiten Bankchefin, Franziska Klikovits, habe sie am 14. Juli von einer Tochter Martin Puchers erfahren.

Klikovits sei vor Prüfungen immer sehr nervös gewesen, sagte die Sekretärin. Ein- oder zweimal habe sie für sie zur Bank Austria gehen müssen, um dort Bargeld auf ein Konto einzuzahlen. Sie schätze, dass es dabei um Summen zwischen 100.000 und 200.000 Euro gegangen sei. Den Grund für die Einzahlungen wisse sie nicht.

Klikovits habe ihr am 15. Juli jedenfalls erzählt, dass sie am Tag der Schließung noch bis 21.30 Uhr alleine in der Bank gewesen sei. „Mein Gedanke war damals nur, wieso lässt man einen Vorstand, der schon Selbstanzeige gemacht hat, noch in der Bank. Das hat mich geärgert“, sagte die Sekretärin. Ob Klikovits in dieser Zeit Beweismittel vernichtet habe, könne sie nicht beurteilen.

Steuerberater konnte Malversationen nicht erklären

Als letzte Auskunftsperson wurde Mittwochabend der Steuerberater des Instituts befragt worden. Dieser betonte, dass er zu keinem Zeitpunkt Kenntnis über Malversationen bei der Bank gehabt habe. Er selbst sei „massiv“ durch die Pleite geschädigt worden. Unerklärlich schien ihm, dass Wirtschaftsprüfer, Finanzmarktaufsicht oder Nationalbank nichts auffiel.

Der Befragte war zunächst ab Ende 1994 direkt in der Bank tätig und später als selbstständiger Steuerberater unter anderem für diese. „Ich hatte zu keinem Zeitpunkt Hinweise auf Schwierigkeiten der Commerzialbank“, so der Zeuge. In den Medien sei verbreitet worden, er habe aufgrund von Insiderinfos Behebungen von seinem Sparbuch durchgeführt. Der Steuerberater bestätigte, am 6. Juli von seinem Sparbuch bei der Commerzialbank 170.000 Euro angehoben zu haben. Mit dem Geld sollte ein Teil einer Immobilie in Wien bezahlt werden. Zu diesem Zeitpunkt habe er noch keine Informationen über die bevorstehende Schließung gehabt. Er sei selbst „massiv“ von der Pleite geschädigt. Hätte er davon gewusst, hätte er den gesamten Wohnungskaufpreis abgehoben und bei einem Treuhänder hinterlegt, gab er zu bedenken und wehrte sich gegen Medienberichte. Wie viele andere fühle er sich „betrügerisch hinters Licht geführt und geschädigt“. „Es erscheint mir überhaupt unerklärlich, dass das niemand bemerkt hat, ob die Wirtschaftsprüfer, die FMA oder die OeNB. Es erscheint mir komisch, dass das niemand bemerkt hat.“

Die Auskunftsperson war unter anderem auch Steuerberater des SVM. Das Budget des Fußballklubs bezifferte er mit neun bis zehn Millionen Euro im Jahr, Sponsorbeträge machten dabei 60 Prozent aus. Hauptsponsoren seien die Firmen Stangl, Zimmermann, die Commerzialbank und in geringerem Ausmaß die Firma Bogner gewesen.

Ermittlungen gegen Petrik eingestellt

Abseits des Ausschusses hat die Staatsanwaltschaft Eisenstadt – laut Kurier – nun Ermittlungen gegen die Grünen-Klubobfrau Regina Petrik eingestellt – mehr dazu in **U-Ausschuss: Ermittlungen gegen Petrik eingestellt.**

„www.orf.at“, 10.02.2021

Ex-Staatsanwältin beklagt „Störfeuer“

Nach Anwalt Ramin M., der als einer der Drahtzieher des „Ibiza-Videos“ gilt, ist am Mittwoch die Ex-Staatsanwältin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), Christine Jilek, im „Ibiza“-U-Ausschuss befragt worden. Sie beschrieb ausführlich, wie sie die Ermittlungen erlebte – und sparte nicht mit Kritik am „System“. „Ich hätte die Ermittlungen nicht zügig führen können“, sagte Jilek.

Unter den derzeitigen Bedingungen sei das „nicht möglich“. Gemeint waren damit unter anderem die Berichtspflichten und Weisungen, die ihrer Meinung nach die Verfahren in die Länge ziehen und behindern. Sie habe erkannt, dass es jenen Personen, die in Schlüsselpositionen sitzen, nicht wichtig sei, dass sich das ändert. Der „Höhepunkt“ in ihren 13 Jahren als Staatsanwältin sei eine „Ausstellung“, eine Maßnahme zur Disziplinierung, vonseiten der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien gewesen. Sie habe sich entschlossen, das nicht länger hinzunehmen.

Jilek war als Staatsanwältin maßgeblich an den Ermittlungen rund um die „Schredder-Affäre“ involviert. Die WKStA vermutete einen Konnex zur „Ibiza-Affäre“, weil insgesamt fünf Festplatten – zwei davon waren Festplatten, die standardgemäß in Laptops eingebaut werden – von einem Kabinettsmitarbeiter von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) unter einem falschen Namen außerhalb Wiens geschreddert wurden. Allerdings wurde das Verfahren an die Staatsanwaltschaft (StA) Wien abgetreten und wenig später eingestellt.

Wegen interner E-Mail einen „Minuspunkt“

Im Zuge des Verfahrens hatte sie sich auch eine „Ausstellung“ von der zuständigen Fachaufsicht, der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien, unter Leiter Johann Fuchs eingefangen. Jilek wurde vorgeworfen, sie habe ein internes E-Mail, wonach die OStA Wien gegen die Vorlage des „Schredder“-Aktes im Untersuchungsausschuss ist, in einen falschen Ordner (im Fachjargon „Tagebuch“) des Stammverfahrens (Causa Casinos) gelegt. Die Ex-Staatsanwältin widersprach dem Vorwurf. Das Tagebuch sei ohnehin kein Aktenbestandteil. Daraufhin konsultierte sie einen Anwalt und setzte sich „auf eigene Kosten zu Wehr“.

Die „Ausstellung“ wurde nach einer Weisung des Justizministeriums aus Jileks Personalakt entfernt. Selbst habe sie nie eine Begründung für die Rücknahme des „Minuspunktes“ erhalten, lediglich ein Schreiben, es sei nun passiert. Sie habe diese „Ausstellung“ als „schikanös“ empfunden und wechselte mit 1. Jänner nach Graz, wo sie als Zivilrichterin tätig ist. Als Staatsanwältin habe sie alles versucht, um zügig und unabhängig zu arbeiten. „Das blieb aber erfolglos. Ich habe jegliches Vertrauen in die Fachaufsicht verloren“, so Jilek. Sie wolle die Probleme aber nicht einer Person umhängen, selbst wenn sie OStA-Leiter Fuchs erwähnte: „Das System sei der Fehler.“

Der Hintergrund der „Ausstellung“, so vermuten Kenner der Materie, sei ein seit Monaten anhaltender Streit zwischen WKStA und OStA Wien. Es geht etwa um Tonbandaufnahmen bei Sitzungen und gegenseitige Beschuldigungen. Die Antikorruptionsbehörde sieht sich wegen der Berichtspflichten nach oben und Weisungen nach unten unter Druck gesetzt, die OStA Wien sieht darin eine Qualitätskontrolle. Clamorose Verfahren, also Fälle, die unter großem Medieninteresse stehen und zum Teil äußerst komplex sind, unterliegen der Berichtspflicht. Laut WKStA würde diese aber zu längeren Verfahren führen.

„Störfeuer“ bei den Ermittlungen

Mehrere Faktoren würden die Ermittlungen behindern. So hätte sie etwa zu Beginn der „Ibiza“-Ermittlungen eine schriftliche Weisung der OStA Wien erhalten, so Jilek. Das sei noch nie passiert, dass ein Verfahren so beginnt. Der Auftrag habe gelautet: „Schafft das Video herbei.“ Statt Ermittlungen sollte die WKStA zuerst Erkundigungen zur Prüfung des Anfangsverdachts anstellen – obwohl die WKStA bereits von einem Anfangsverdacht ausging. Der übliche Weg wäre gewesen, dass die WKStA einen Anfangsverdacht geprüft hätte und ihr Vorhaben berichtet hätte, sagte Jilek zu FPÖ-Mandatarin Susanne Fürst.

Als Jilek die Korrespondenz zwischen dem damaligen Chef der Strafrechtssektion Christian Pilnacek und OStA-Leiter Fuchs gelesen habe, „hat es mich wirklich hingesezt“. In den E-Mails stand, dass der WKStA „keine aktive Rolle“ zukommen solle. Was genau damit gemeint ist, ist bis heute noch nicht geklärt. Der damalige ÖVP-Justizminister Josef Moser wollte etwa, dass die Kommunikation nicht über die WKStA läuft. Fuchs und Pilnacek äußerten sich zu den Vorwürfen nicht und wollen warten, bis die Prüfung eines Vorhabensbericht durch das Justizressort abgeschlossen ist.

Jilek sprach von „Störfeuern“ in den Ermittlungen, die sie in dreizehn Jahren noch nie erlebt habe. Auf die Frage von SPÖ-Mandatarin Kucharowits, ob es Leaks gab, sagte das Ex-WKStA-Mitglied, dass es durchaus Anzeigen gegen unbekannt gegeben habe. So hätte etwa der damalige Novomatic-Vorstandsvorsitzender Harald Neumann bei seiner Hausdurchsuchung gesagt, dass er „schon seit 14 Tagen drauf gewartet“ habe. Im Gesetz, so Jilek, sei geregelt, dass bei bedeutenden Verfahrensschritten die WKStA der OStA Wien drei Tage im Vorhinein berichtet, also etwa bei – bereits gerichtlich bewilligten – Hausdurchsuchungen.

Konnex wegen Anzeige vermutet

Erneut wurde das parteipolitische Engagement eines früheren „SoKo Ibiza“-Beamten erwähnt, der Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache eine „Steh-auf“-SMS schickte und für die ÖVP bei einer Gemeinderatswahl antrat. Er ermittelte auch in der „Schredder-Affäre“. Die WKStA warf ihm Befangenheit vor. Der damalige Justizminister Clemens Jabloner stellte aber klar, dass eine Parteizugehörigkeit nicht automatisch eine Befangenheit bedeute. Die Weisung ist laut Jilek in Ordnung gewesen. Hingegen war sie von der OStA-Aufforderung, wonach man Jabloners Weisung nicht in den Akt nehmen sollte, überrascht. OStA-Leiter Fuchs sagte in seiner Befragung, dass Jabloners Weisung allgemein gewesen sei und „nur Weisungen zur Sachbehandlung (...) in den Akt zu nehmen seien.“



Dass man vermutete, die „Schredder-Affäre“ hinge mit dem „Ibiza“-Verfahren zusammen, sei auf Grundlage einer Anzeige entstanden. Man habe einen möglichen Konnex prüfen wollen. Die OStA Wien habe anschließend eine Weisung gegeben: Wenn sich herausstellen sollte, dass es keine Verbindung zum „Ibiza-Video“ gibt, müsse die WKStA die Causa abtreten. OStA-Leiter Fuchs gab in seiner Befragung an, dass die WKStA das Verfahren selbst abgetreten habe,

weil sie eingesehen hatte, dass es keinen Zusammenhang gab. Dass die Weisung der OStA eine Anfrage beim Bundeskanzleramt, ob es einen Zusammenhang zwischen Schreddern und „Ibiza-Video“ gab, vorsah, argumentierte er damit, dass das die „letzte Maßnahme“ gewesen sei. Das Kanzleramt unter Brigitte Bierlein hatte einen Konnex verneint.

Fuchs, der als Leiter der OStA die Fachaufsicht über die Arbeit der Staatsanwaltschaften ausübt, führte in seiner Befragung auch aus, dass die angeführten Delikte ohnehin nicht in den Kompetenzbereich der WKStA gefallen seien. Mit der Weisung an die WKStA habe man sicherstellen wollen, dass die Sache nach der Auskunft des Bundeskanzleramts an die zuständige Staatsanwaltschaft geht. Mit der Abtretung des Verfahrens im August 2019 wurde auch eine Anordnung zur Sicherstellung von mobilen Endgeräten von Kabinettsmitarbeiter Arno M. nicht mehr durchgeführt. Dieser hatte die Festplatten schreddern lassen.

Masse an Berichten „sehr groß“

Da Jilek eine nach ihrer Meinung nach ausufernde Berichtspflicht beklagte, wollte ÖVP-Mandatar Klaus Furlinger wissen, wie viele sie im Zusammenhang mit dem „Ibiza“-Verfahren verfasst habe. Das könne sie nicht sagen, sagte die Ex-Staatsanwältin. Die Masse der Berichte sei in der konkreten Causa Casinos (Stichwort Peter Sidlo, Anm.) „sehr groß“. Um die hundert Berichte seien es gewesen. Die Berichtspflicht mache schon einen wesentlichen Teil der Arbeit der WKStA aus. Eine Neuerung gebe es durch den Berichtspflichtenerlass von Ende 2018, sagte Jilek.

Per Erlass hatte damals die OStA Wien strengere Berichtspflichten für die WKStA eingeführt. Seit Beginn des Jahres 2019 muss sie die OStA im Vorhinein über „bedeutende Verfahrensschritte“ informieren, zumindest drei Werktage vor dem geplanten Schritt. Das könnte zeitlich mit dem Verfahren rund um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zu tun haben, sagte Furlinger. Zur Erinnerung: Die WKStA führte im Februar 2018 eine Hausdurchsuchung beim BVT durch, die das Gericht später als rechtswidrig erkannte.

Furlinger bohrte weiter nach und fragte, ob das ehemalige WKStA-Mitglied je Kontakt zu Journalistinnen und Journalisten hatte. „Bitte stellen Sie einen Bezug zum Untersuchungsgegenstand her“, sagte Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl. Der ÖVP-Mandatar argumentierte, dass Medienvertreter bzw. Medienvertreterinnen sich mit Akten, die sie gar nicht haben dürften, brüsten würden. „Ich hatte in meiner ganzen Laufbahn nie Kontakt zu einem Journalisten“, erwiderte Jilek und sagte, dass sie einen Bruch des Amtsgeheimnisses auf das Schärfste zurückweise. „Mit der Antwort gebe ich mich zufrieden“, so Furlinger.

„Standard“, 10.02.2021

Wie die FPÖ bei den Casinos mitspielen wollte

Arca sollte Casag-Anteile von Sazka kaufen – Gudenus sprach mit Mirko Kovats über Einstiegsidee

Renate Graber

Der Einstieg der tschechischen Sazka in die Casinos Austria (Casag) 2018 hat viel bewegt – und zu einem schweren Streit unter den Aktionären des teilstaatlichen Glücksspielkonzerns geführt. Mit der 2016 eingestiegenen Novomatic zerkrachten sich die Tschechen, die immer die Mehrheit wollten, völlig. Als der Freiheitliche Peter Sidlo im März 2019 in den Casag-Vorstand bestellt wurde, enthielten sie sich der Stimme, sie hatten Bedenken gegen ihn. Inzwischen ist der Aktionärsstreit (der Staat hält 33 Prozent) vorbei: Ende 2019 stieg Johann Grafts Glücksspielkonzern aus, Sazka übernahm seine Anteile.

Viel davon geschah auf offener Bühne, allerdings ging es auch hinter dem Vorhang bewegt zu. Wie sich aus Unterlagen ergibt, die zum Teil im U-Ausschuss zu Ibiza und Postenschacher thematisiert wurden, war der damalige Investmentbanker Sidlo Mitte 2018 involviert,

als man versuchte, die Casinos-Aktionärsstruktur zu verändern.

Das erschließt sich auch aus Chats Sidlos mit Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus und aus einer Einvernahme Sidlos. Da sagte er, damals sei „eine Denkvariante“ gewesen, dass die slowakische Arca-Gruppe die Casinos-Anteile von Sazka übernehme. Im Chat mit Gudenus schrieb er das so: Seine Freunde seien „bereit und auch fähig, den Deal zu machen“. So wollte man „eine der Streitparteien aus dem Spiel nehmen“, erklärte Sidlo in der Postenschacher-Causa, in der er alle Vorwürfe zurückweist. Und: „Der Deal ist jedenfalls kein FPÖ-Deal und kein Novomatic-Deal.“

Arca statt Sazka

Zur Erinnerung: Die slowakische Arca wollte damals die Wiener Privatbank übernehmen, ist dabei aber am Veto der Bankenaufsicht gescheitert. Teile der FPÖ hätten sich sehr viel davon erwartet: Unter den neuen Eigentümern wollte man das

Institut dafür nützen, die FPÖ und die rechten Fraktionen aus dem EU-Parlament diskret zu finanzieren; DER STANDARD hat berichtet.

Abseits der Arca gab es aber noch andere Ideen für eine Übernahme der Casinos-Anteile der Sazka Group. Das belegen Gudenus-Chats von August 2018, in denen er sich mit einem früheren Manager aus der Finanzbranche unterhielt. Letzterer schlug Gudenus „bezüglich Casag“ ein Treffen mit Mirko Kovats vor, der einst die A Tec Industries aufgebaut hatte, die 2010 Insolvenz anmelden musste.

Wie kam Kovats ins Spiel? Laut dem Exmanager, der nicht namentlich genannt werden will, sei die Unzufriedenheit von Casag-Aktionär

Sazka ja öffentlich bekannt gewesen und Kovats habe Geschäftsmöglichkeiten in Österreich sondiert.

Tatsächlich trafen Gudenus, Kovats und der Exmanager einander am 23. August 2018 um 15 Uhr für eine Stunde im Wiener Palais Coburg. „Mirko war begeistert von Dir!“, erfuhr Gudenus danach per Whatsapp von seinem Bekannten, der ankündigte: „Ich bereite mit Kovats etwas vor.“ Gudenus Antwort: „Wir bleiben dran :)“

Mit diesem Treffen hatte es sich dann aber auch schon, die Idee wurde nicht weiter verfolgt, so der Exmanager. Kovats selbst erinnert sich an den Coburg-Termin mit Gudenus nicht, wie er dem STANDARD sagte. Er habe Gudenus von früher gekannt, aus einem geplanten Russland-Geschäft, aus dem dann nichts geworden sei. Gudenus gab keine Stellungnahme ab, Sidlo wusste laut seiner Aussage von alledem nichts.

Das Ende vom Lied ist bekannt: Sazka blieb an Bord – und hält heute 55 Prozent an den Casinos.

55,48

Prozent hält Sazka an der Casinos Austria AG. Der Weg zur Mehrheit war turbulent.

„www.trendingtopics.at“, 09.02.2021

Krypto-Startup Hero wird von Novomatic-Tochter Greentube übernommen

Sie waren die ersten, die in Österreich einen ICO gemacht haben und galten eine Zeit lang als das heißeste heimische Krypto-Startup. Dann wurde es aber stiller um die Firma, Mitgründer Bernhard Blaha verließ die Firma und wurde der neue CEO von Blocktrade, und das Startup stand vor seiner Auflösung.

Nun aber gibt es ein zweites Leben für das Startup, das auch unter dem Namen Herosphere bekannt wurde und einen eigenen Token (den Herocoin) herausgegeben hat. Wie Trending Topics exklusiv in Erfahrung gebracht hat, hat die Novomatic-Tochter Greentube Hero nun zu 100 Prozent übernommen und steigt damit in den eSports- und Blockchain-Bereich ein. Greentube ist selbst als Startup gestartet, wurde dann ab 2010 vom Novomatic-Konzern übernommen und ist Anbieter zahlreicher Online- und Mobile-Games.

Bei Hero bzw. der Plattform Herosphere geht es darum, dass ohne Buchmacher auf Online-Games wie „League of Legends“ oder „DOTA2“ wetten können. Als Wetteinsatz können die Herocoins verwendet werden. Angaben des Unternehmens zufolge zählt das Startup rund 300.000 Nutzer. Das Konzept soll sich auf Pooling-, Wett-, Fantasy- oder Poker-Systeme übertragen lassen. Zum Kaufpreis gibt es keine weiteren Angaben – jedenfalls soll es sich um einen Asset-Deal sowie die Übernahme der Kern-Team-Mitglieder handeln.

Einstieg von Novomatic in den Blockchain-Bereich

„Bei Greentube wollen wir eine führende Position einnehmen, wenn es darum geht, neue Trends und Technologien aufzugreifen, und mit den einzigartigen Produkten von Hero haben wir ein innovatives und spannendes Unternehmen erworben, mit dem wir Neuland betreten werden“, heißt es seitens Michael Bauer, CFO/CGO bei Greentube. „Der eSports- und Blockchain-Bereich bietet eine Menge Möglichkeiten für den Gaming-Sektor und wird uns als Unternehmen neue Türen öffnen.“

Die Übernahme durch die Novomatic-Tochter macht Mitgründer und CEO Paul Polterauer sichtlich stolz: „Unsere Produkte stellen das alte Konzept, dass das Haus immer gewinnt, in Frage und ermöglichen es den Nutzern stattdessen, eine Community aufzubauen, von der sie besser profitieren. Von einem so renommierten Unternehmen wie Greentube übernommen zu werden, ist ein großer Beweis für die harte Arbeit, die wir in die Entwicklung und Weiterentwicklung unserer Produkte gesteckt haben.“ Auch CTO Philip Peinsold wird weiter für Hero tätig sein.

„www.leadersnet.at“, 09.02.2021

Novomatic steigt in den Blockchain- und e-Sports-Bereich ein

Novomatic-Tochter Greentube übernimmt Krypto-Start-up Hero.

Die Welt der Blockchain und Krypto-Währungen erlebt in den letzten Wochen und Monaten eine Welle des Aufschwungs: Nachdem Tesla-Chef Elon Musk mit seinem Unternehmen ein Milliardeninvestment in die Kryptowährung Bitcoin getätigt hat (**LEADERSNET berichtete**), gibt es nun auch hierzulande News aus über eine Akquisition aus dem Blockchain-Bereich: Die **Novomatic-Tochter Greentube** übernimmt Hero – jenes Start-up, das eine Weile als das "heißeste heimische Krypto-Startup" gehandelt wurde.

Novomatic betritt den Blockchain-Bereich

Wie **Trending Topics** berichtet, wird dem Start-up jetzt eine Art "zweites Leben" eingehaucht. Hero, das auch unter dem Namen Herosphere bekannt wurde und einen eigenen Token (den Herocoin) herausgegeben hat, wurde nun nämlich zu 100 Prozent von Greentube übernommen und steigt damit in den eSports- und Blockchain-Bereich ein. Greentube ist selbst als Startup gestartet, wurde dann ab 2010 vom Novomatic-Konzern übernommen und ist Anbieter zahlreicher Online- und Mobile-Games.

Das Start-up Hero ermöglicht es Usern via seiner Plattform "Herosphere", ohne Buchmacher auf Online-Games wie "League of Legends" oder "DOTA2" zu wetten indem die "Herocoins" als Wetteinsatz verwendet werden. Das Start-up zählt laut eigenen Angaben aktuell rund 300.000 Nutzer. Das Konzept soll sich auf Pooling-, Wett-, Fantasy- oder Poker-Systeme übertragen lassen. Zum Kaufpreis gibt es keine weiteren Angaben – jedenfalls soll es sich um einen Asset-Deal sowie die Übernahme der Kern-Team-Mitglieder handeln.

Blockchain und e-Sports als "Türöffner"

"Bei Greentube wollen wir eine führende Position einnehmen, wenn es darum geht, neue Trends und Technologien aufzugreifen, und mit den einzigartigen Produkten von Hero haben wir ein innovatives und spannendes Unternehmen erworben, mit dem wir Neuland betreten werden", heißt es seitens Michael Bauer, CFO/CGO bei Greentube. "Der eSports- und Blockchain-Bereich bietet eine Menge Möglichkeiten für den Gaming-Sektor und wird uns als Unternehmen neue Türen öffnen."

"Unsere Produkte stellen das alte Konzept, dass das Haus immer gewinnt, in Frage und ermöglichen es den Nutzern stattdessen, eine Community aufzubauen, von der sie besser profitieren. Von einem so renommierten Unternehmen wie Greentube übernommen zu werden, ist ein großer Beweis für die harte Arbeit, die wir in die Entwicklung und Weiterentwicklung unserer Produkte gesteckt haben", so Mitgründer und CEO Paul Polterauer. Wie trending topics berichtet, wird auch CTO Philip Peinsold nach der Übernahme durch Greentube weiter für Hero tätig sein. (red)

www.greentube.com

www.herosphere.gg

„Automaten Markt“, Februar 2021

Dr. Henzgen kritisiert „moralisierende“ Glücksspielregulierung

Dr. Daniel Henzgen, Löwen Entertainment, kritisiert die Glücksspielregulierung in Deutschland in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Über die hohe Bedeutung von Spieler- und Jugendschutz sowie Suchtprävention gebe es laut Henzgen gar keinen Dissens. Entscheidend sei der Weg dorthin. Henzgen hält Spielersperrsysteme, Kontrollen der Betreiberzuverlässigkeit und verpflichtende Zusammenarbeit mit Präventionsberatern für richtig. Nicht geeignet sei der typisch deutsche moralische Argumentationsansatz. Denn: „Mit moralischem Rigorismus erreichen Sie keine sinnvollen politischen Ziele.“ Vielmehr gerate man in ein „Prohibitionsdilemma“. In Hinterzimmern, Shisha-Bars und Kulturvereinen würden Tausende unregulierte Automaten

stehen. Ein Beispiel: In Berlin dürfe man den Besuchern von Spielhallen nicht mal ein Glas Wasser anbieten, trotzdem oder gerade deswegen sei Berlin zum Hotspot des illegalen Glücksspiels geworden. Löwen Entertainment werde laut Dr. Henzgen seine fünf Hallen in der Hauptstadt schließen. „Da lacht sich so manch einer in den Shisha-Bars kaputt.“ Dr. Henzgen fordert eine qualitative Regulierung und „keine mehr mit dem Zollstock“. Der ganze Beitrag kostenpflichtig auf: [faz.net](https://www.faz.net).



Dr. Daniel Henzgen.